



Bericht
des Prüfungsamtes
des Kreises Mettmann

über die Prüfung des Jahresabschlusses
des Kreises Mettmann

zum 31.12.2010
in der Fassung vom 30.09.2011

Inhaltsverzeichnis

A.	PRÜFAUFTRAG.....	5
B.	GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN.....	6
1	Stellungnahme zur Lagebeurteilung, zum Bestand und zur Entwicklung	7
2	Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung	14
C.	GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	15
D.	PRÜFUNGSFESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG....	17
3	Inventar und Inventur.....	17
4	Buchführung und Rechnungslegung	19
5	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	25
6	Internes Kontrollsystem	27
7	Schlussbilanz.....	30
7.1	Aktiva	30
7.1.1	Anlagevermögen.....	30
7.1.1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände.....	30
7.1.1.2	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	31
7.1.1.3	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte.....	31
7.1.1.4	Infrastrukturvermögen.....	32
7.1.1.5	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	34
7.1.1.6	Betriebs- und Geschäftsausstattung.....	35
7.1.1.7	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	35
7.1.1.8	Finanzanlagen.....	36
7.1.2	Umlaufvermögen	40
7.1.2.1	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.....	40
7.1.2.2	Liquide Mittel.....	43
7.1.3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten.....	44
7.2	Passiva.....	44
7.2.1	Eigenkapital	44
7.2.1.1	Allgemeine Rücklage	45
7.2.2	Sonderposten.....	46
7.2.2.1	Sonderposten für Zuwendungen	46
7.2.3	Rückstellungen.....	47
7.2.3.1	Pensionsrückstellungen	47
7.2.3.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten.....	48
7.2.3.3	Sonstige Rückstellungen	48
7.2.4	Verbindlichkeiten.....	50
7.2.5	Passive Rechnungsabgrenzung.....	52
8	Ergebnisrechnung und Finanzrechnung	54
8.1	Erträge.....	54
8.1.1	Steuern und ähnliche Abgaben	54
8.1.2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen.....	55
8.1.3	Sonstige Transfererträge	57
8.1.4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte.....	59
8.1.5	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	60
8.1.6	Sonstige ordentliche Erträge.....	62
8.2	Aufwendungen.....	64
8.2.1	Personalaufwendungen	64
8.2.2	Versorgungsaufwendungen.....	67
8.2.3	Sach- und Dienstleistungen.....	68
8.2.4	Transferaufwendungen.....	70
8.2.5	Sonstige ordentliche Aufwendungen	72
8.3	Finanzergebnis	74
8.3.1	Finanzerträge.....	74

8.4	Investitionstätigkeit.....	75
8.4.1	Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	75
8.4.2	Veräußerung von Finanzanlagen.....	76
8.4.3	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	77
8.4.4	Auszahlungen für Baumaßnahmen	78
8.4.5	Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	79
8.4.6	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen.....	80
8.5	Finanzierungstätigkeit.....	81
8.5.1	Anfangsbestand an Finanzmitteln	81
8.5.2	Bestandsänderung fremde Finanzmittel	82
8.5.3	Bestand Liquide Mittel	82
9	Anhang.....	83
10	Lagebericht.....	86
11	Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern	87
E.	NACHTRÄGLICHE KORREKTUREN DER ERÖFFNUNGSBILANZ	88
F.	BESTÄTIGUNGSVERMERK.....	90

Anlagen

Jahresabschluss zum 31.12.2010 vom 30.09.2011 (Teilrechnungen nicht beigelegt)

 Der Bericht ist ein WORD-Dokument. Er kann auf digitalen Speichermedien zur Verfügung gestellt oder auf elektronischem Wege versandt werden (auch im PDF-Format).

Tel. 02104 991352, E-mail: amt14@kreis-mettmann.de.

Abkürzungen

AAV	Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW
BK	Berufskolleg
DV	Datenverarbeitung
Fibu	Finanzbuchhaltung
FS	Förderschule
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GO	Gemeindeordnung
GoB	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
GoBs	Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführungssysteme
HGB	Handelsgesetzbuch
HM	Hausmeister
HPK	Heilpädagogischer Kindergarten
IKS	Internes Kontrollsystem
ka	kreisangehörig
KDP	Kostendämpfungspauschale
Kita	Kindertagesstätte
KP II	Konjunkturpaket II
KrO	Kreisordnung
PB	Produktbereich
RST	Rückstellungen
TG	Technisches Gebäudemanagment
VBL	Verbindlichkeiten
VG	Verwaltungsgebäude

A. PRÜFAUFTRAG

Im Rahmen des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wurde das Rechnungswesen zum 01.01.2007 auf kaufmännische Buchführung umgestellt. Nach § 95 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) ist zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ein Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist. Er muss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermitteln und ist zu erläutern.

Der Jahresabschluss besteht aus

- der Ergebnisrechnung,
- der Finanzrechnung,
- den Teilrechnungen,
- der Bilanz und
- dem Anhang.

Ihm ist ein Lagebericht beizufügen.

Nach § 101 GO in Verbindung mit der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO) ist der Jahresabschluss dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt. Die Prüfung erstreckt sich darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen oder sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

In die Prüfung sind

- die Inventur,
- das Inventar,
- die Buchführung und Rechnungslegung,
- die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden,
- die Sicherheitsstandards und interne Aufsicht und
- die Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einzubeziehen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat über Art und Umfang der Prüfung sowie über das Ergebnis der Prüfung einen Prüfungsbericht zu erstellen. Der Bestätigungsvermerk oder der Vermerk über seine Versagung ist in den Prüfbericht aufzunehmen.

In den Gemeinden, in denen eine örtliche Rechnungsprüfung besteht, bedient sich der Rechnungsprüfungsausschuss zur Durchführung der Prüfung dieser Rechnungsprüfung (§ 101 Abs. 8 GO)

B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2010 bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz und dem Anhang in der Fassung vom 30.09.2011 sowie der Lagebericht wurden unter Beachtung der §§ 95 und 101 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) geprüft.

Die Inventur, das Inventar, die Buchführung und Rechnungslegung, die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die Sicherheitsstandards und die Übersicht über die örtlich festgelegten Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände sind in die Prüfung einbezogen worden.

Geprüft wurde auch, ob die gesetzlichen Bestimmungen, die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen eingehalten wurden.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden. Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze.

Prüfungsrelevant waren auch die wesentlichen Einschätzungen der Verwaltungsleitung zum Jahresabschluss und ihre Würdigung in der Gesamtdarstellung und im Lagebericht.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

1 STELLUNGNAHME ZUR LAGEBEURTEILUNG, ZUM BESTAND UND ZUR ENTWICKLUNG

Vermittlung und Analyse der tatsächlichen Verhältnisse

Der Entwurf des Jahresabschlusses 2010 stellt unter den Seiten (gelb) 1 ff. den Lagebericht dar.

Das Jahresergebnis weist einen negativen Saldo aus Erträgen und Aufwendungen von -272.921,18 € aus. Dies entspricht -0,06 % der ordentlichen Erträge (Vorjahr 0,8 %) und -0,06 % der Bilanzsumme (Vorjahr 0,7 %).

Gegenüber der Haushaltsplanung, die ursprünglich einen ausgeglichenen Haushalt vorsah ergab sich zwischenzeitlich gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz ein Fehlbetrag von 5,3 Mio. €. Durch Sparmaßnahmen und Ergebnisverbesserungen in Höhe von 5,0 Mio. € konnte dieser Fehlbetrag fast vollständig kompensiert werden.

Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage

Die Vermögens- und Schuldenlage wird dadurch deutlich, zu welchem Anteil das Vermögen mit Eigen- bzw. Fremdkapital finanziert ist.

AKTIVA	Mio.€	%	PASSIVA	Mio.€	%
Anlagevermögen	340,2	73,9	Eigenkapital	194,1	42,2
davon:			Sonderposten	59,0	12,8
Sachanlagen	254,4	55,3	Rückstellungen	169,424	36,8
Finanzanlagen	84,7	18,4	Verbindlichkeiten	24,8	5,4
Umlaufvermögen	106,6	23,2	RAP	12,7	2,8
RAP	13,3	2,9			
Gesamt:	460,0	100,0	Gesamt:	460,0	100,0

Es errechnet sich eine Eigenkapitalquote von 42,2 % (Vorjahr 43,9%).

Über die Ertragslage wird in der Ergebnisrechnung wie folgt berichtet:

ERGEBNISRECHNUNG 2010			
Ertrags- und Aufwandsarten	Ist-Ergebnis 2010	Ist-Ergebnis 2009	Veränderung
Erträge			
Steuern und ähnliche Abgaben	9.446.329,84 €	6.054.815,37 €	3.391.514,47 €
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	318.096.648,08 €	313.757.330,68 €	4.339.317,40 €
Sonstige Transfererträge	5.046.067,61 €	10.287.863,47 €	-5.241.795,86 €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.523.344,81 €	32.614.511,85 €	-91.167,04 €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.581.419,51 €	7.750.273,17 €	-168.853,66 €
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.249.806,70 €	43.577.620,62 €	-5.327.813,92 €
Sonstige ordentliche Erträge	14.058.945,81 €	10.178.002,77 €	3.880.943,04 €
Aktivierete Eigenleistungen	65.459,50 €	195.538,24 €	-130.078,74 €
Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe ordentliche Erträge	425.068.021,86 €	424.415.956,17 €	652.065,69 €
Aufwendungen			
Personalaufwendungen	59.667.588,02 €	59.036.602,68 €	630.985,34 €
Versorgungsaufwendungen	6.098.654,00 €	6.402.477,95 €	-303.823,95 €
Sach- und Dienstleistungen	47.264.961,91 €	44.759.713,92 €	2.505.247,99 €
Bilanzielle Abschreibungen	6.343.533,34 €	5.639.263,09 €	704.270,25 €
Transferaufwendungen	196.235.388,49 €	197.543.351,67 €	-1.307.963,18 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	110.619.947,43 €	110.496.831,88 €	123.115,55 €
Summe ordentliche Aufwendungen	426.230.073,19 €	423.878.241,19 €	2.351.832,00 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.162.051,33 €	537.714,98 €	-1.699.766,31 €
Finanzerträge	950.631,55 €	2.710.266,01 €	-1.759.634,46 €
Zinsen, sonstige Finanzaufwendungen	61.501,40 €	21.025,68 €	40.475,72 €
Finanzergebnis	889.130,15 €	2.689.240,33 €	-1.800.110,18 €
ORDENTLICHES ERGEBNIS	-272.921,18 €	3.226.955,31 €	-3.499.876,49 €
Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	0,00 €	0,00 €	0,00 €
ERGEBNIS:	-272.921,18 €	3.226.955,31 €	-3.499.876,49 €

Die **Summe der ordentlichen Erträge** bleibt gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert, da die Ertragssteigerungen bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* (+4,3 Mio. €), bei den *Steuern und ähnlichen Abgaben* (+3,4 Mio. €) und bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* (+3,9 Mio. €) durch den Rückgang der Erträge bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* (-5,3 Mio. €) und bei den *Sonstigen Transfererträgen* (-5,2 Mio. €) ausgeglichen werden.

Die **Summe der ordentlichen Aufwendungen** ist um 2,3 Mio. € gestiegen. Dies ist auf die Steigerung der Aufwendungen für *Sach- und Dienstleistungen* um 2,5 Mio. € (Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II, Reintegration von ME-Bit) und auf eine Steigerung der *Bilanziellen Abschreibungen* um 704 T€ (Überführung des Anlagevermögens von ME-Bit in die Verwaltung) zurückzuführen. Die Reduzierung der *Transferaufwendungen* um 1,3 Mio. € ist auf eine Senkung der Verbandsumlage VRR und der Landschaftsumlage zurückzuführen.

Der Rückgang der **Finanzerträge** gegenüber dem Vorjahr um 1,76 Mio. € resultiert im Wesentlichen aus Mindererträgen aus Zinseinnahmen von rd. - 1,7 Mio. €.

Insgesamt ergibt sich mit 270 T€ ein negatives Gesamtergebnis.

FINANZRECHNUNG 2010 Teil I			
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit			
Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ist-Ergebnis 2010	Ist-Ergebnis 2009	Veränderung
Einzahlungen			
Steuern und ähnliche Abgaben	9.445.776,71 €	6.054.400,50 €	3.391.376,21 €
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	312.825.837,43 €	312.608.384,47 €	217.452,96 €
Sonstige Transfereinzahlungen	4.904.586,64 €	10.181.920,21 €	-5.277.333,57 €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.980.889,03 €	32.721.899,39 €	258.989,64 €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.710.245,17 €	7.726.704,72 €	-16.459,55 €
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.055.482,76 €	39.293.236,03 €	-1.237.753,27 €
Sonstige Einzahlungen	5.710.461,16 €	4.951.940,20 €	758.520,96 €
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1.549.084,45 €	2.673.757,38 €	-1.124.672,93 €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	413.182.363,35 €	416.212.242,90 €	-3.029.879,55 €
Auszahlungen			
Personalauszahlungen	53.285.297,40 €	49.556.012,72 €	3.729.284,68 €
Versorgungsauszahlungen	5.714.774,00 €	5.181.231,00 €	533.543,00 €
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	47.714.157,55 €	43.405.074,63 €	4.309.082,92 €
Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	360.581,92 €	22.955,69 €	337.626,23 €
Transferauszahlungen	196.070.121,79 €	194.047.998,13 €	2.022.123,66 €
Sonstige Auszahlungen	102.646.632,36 €	106.352.597,57 €	-3.705.965,21 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	405.791.565,02 €	398.565.869,74 €	7.225.695,28 €
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.390.798,33 €	17.646.373,16 €	-10.255.574,83 €

Der **Einzahlungsüberschuss** des Jahres 2010 in Höhe von **7,39 Mio. €** ist gegenüber dem Vorjahr um 10,3 Mio € geringern ausgefallen. Dies ist zum Einen auf die geringeren Einzahlungen von rd. 3,0 Mio. €, die geprägt sind durch

- geringere *Sonstige Transfereinzahlungen* (-5,3 Mio. €)
- geringere *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* (-1,2 Mio. €) und
- geringere *Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen* (-1,1 Mio. €)

zurückzuführen und zum Anderen auf die gestiegenen Auszahlungen. Die Steigerung der Auszahlungen ist im Wesentlichen auf

- höhere *Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen* (+4,3 Mio. €)
- höhere *Personalauszahlungen* (+3,7 Mio. €) und
- höhere *Transferauszahlungen* (+2,0 Mio. €)

zurückzuführen.

Der **Einzahlungsüberschuss** ist fast zu 100 % zweckgebunden, da in Höhe von 7,36 Mio. € Ermächtigungsübertragungen für nicht mehr in 2010 erfolgte Auszahlungen nach 2011 übertragen wurden.

FINANZRECHNUNG 2010 Teil II			
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit			
Investitionstätigkeit	Ist-Ergebnis 2010	Ist-Ergebnis 2009	Veränderung
Einzahlungen			
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	6.699.168,46 €	4.526.979,26 €	2.172.189,20 €
Veräußerung von Sachanlagen	20.798,00 €	19.003,87 €	1.794,13 €
Veräußerung von Finanzanlagen	13.768.933,94 €	0,00 €	13.768.933,94 €
Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Investitionseinzahlungen	190.916,30 €	63.073,12 €	127.843,18 €
Summe der investiven Einzahlungen	20.679.816,70 €	4.609.056,25 €	16.070.760,45 €
Auszahlungen			
für den Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden	478.553,73 €	537.854,79 €	-59.301,06 €
für Baumaßnahmen	3.505.725,18 €	11.240.844,76 €	-7.735.119,58 €
für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen	2.478.719,63 €	2.624.219,71 €	-145.500,08 €
für den Erwerb von Finanzanlagen	0,00 €	687.430,82 €	-687.430,82 €
von aktivierbaren Zuwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Sonstige Investitionsauszahlungen	20.390,00 €	54.660,00 €	-34.270,00 €
Summe der investiven Auszahlungen	6.483.388,54 €	15.145.010,08 €	-8.661.621,54 €
Saldo der Investitionstätigkeit	14.196.428,16 €	-10.535.953,83 €	24.732.381,99 €
Finanzierungstätigkeit			
	Ist-Ergebnis 2009	Ist-Ergebnis 2009	Veränderung
Einzahlungen			
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	109.819,43 €	86.664,94 €	23.154,49 €
Aufnahme von Liquiditätskrediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Auszahlungen			
Tilgung und Gewährung von Darlehen	144.825,39 €	111.959,45 €	32.865,94 €
Tilgung von Liquiditätskrediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-35.005,96 €	-25.294,51 €	-9.711,45 €

Die größten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr sind bei folgenden Positionen zu finden:

Die in 2010 fällig gewordenen Sparbriefe wurden aufgrund der anhaltenden niedrig Zinsphase in 2010 nicht wieder neu angelegt, so dass eine Steigerung der Einzahlungen aus der *Veräußerung von Finanzanlagen* in Höhe von 13,7 Mio. € zu verzeichnen ist.

Die erhaltenen *Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen* sind um rd. 2,1 Mio. € gestiegen, da der Kreis in 2010 Mittel aus dem Konjunkturpaket abgerufen hat.

In der Summe sind die *investiven Auszahlungen* um rd. 8,7 Mio. € gesunken, dies resultiert daraus, dass die in 2009 laufenden großen Baumaßnahmen (Sporthalle am BK Neandertal, Neubau der FS Virneburg, Neubau der K 20n) in 2010 abgeschlossen wurden.

FINANZRECHNUNG 2010 Teil III			
Finanzmittelüberschuss - Veränderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln			
	Ist-Ergebnis 2010	Ist-Ergebnis 2009	Veränderung
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	7.390.798,33 €	17.646.373,16 €	-10.255.574,83 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	14.196.428,16 €	-10.535.953,83 €	24.732.381,99 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-35.005,96 €	-25.294,51 €	-9.711,45 €
FINANZMITTELÜBERSCHUSS	21.552.220,53 €	7.085.124,82 €	14.467.095,71 €
Anfangsbestand an Finanzmitteln	50.254.279,55 €	42.818.162,13 €	7.436.117,42 €
Bestandsänderung fremde Finanzmittel	11.925.378,80 €	356.731,42 €	11.568.647,38 €
fremde Mittel Schulgirokonto	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Korrektur	141.682,90 €	-5.738,82 €	147.421,72 €
FINANZMITTELÜBERSCHUSS lfd. Jahr	21.552.220,53 €	7.085.124,82 €	14.467.095,71 €
Endbestand Finanzmittel 31.12.2010	83.873.561,78 €	50.254.279,55 €	33.619.282,23 €

Der Endbestand der hier ausgewiesenen Finanzmittel stimmt mit dem Bestand der Bilanzposition *Liquide Mittel* überein.

Einbeziehung produktorientierter Ziele und Kennzahlen gemäß § 12 GemHVO in die Analyse

Nach § 12 GemHVO sollen für die gemeindliche Aufgabenerfüllung produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs festgelegt sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden. Diese Ziele und Kennzahlen sollen zur Grundlage der Gestaltung der Planung, Steuerung und Erfolgskontrolle des jährlichen Haushalts gemacht werden.

Aus dem Jahresabschluss lassen sich folgende Zahlen entwickeln:

Kennzahlen Bilanz		Ergebnis lt. JA	Ergebnis JA 2009	Ergebnis JA 2010
Eigenkapitalquote =	Eigenkapital X 100 Bilanzsumme	42,20%	43,90%	45,90%
Anlagenintensität =	Anlagevermögen X 100 Bilanzsumme	73,94%	80,40%	84,40%
Infrastrukturquote =	Infrastrukturvermögen X 100 Bilanzsumme	14,30%	15,20%	16,90%
Quote Jahresüberschuss/ Bilanz =	Jahresüberschuss X 100 Bilanzsumme	-0,06%	0,70%	0,90%

Kennzahlen Ergebnisrechnung		Ergebnis lt. JA	Ergebnis JA 2009	Ergebnis JA 2008
Umlagequote =	Zuwendungen und Umlagen X 100 ordentliche Erträge	74,80%	73,90%	74,10%
Personalintensität =	Personalaufwendungen X 100 ordentliche Aufwendungen	14,00%	13,90%	12,30%
Zinslastquote =	Finanzaufwendungen X 100 ordentliche Aufwendungen	0,01%	0,01%	0,004%
Quote Jahresüberschuss/ Ergebnisrechnung =	Jahresüberschuss X 100 ordentliche Erträge	-0,06%	0,80%	0,90%

Aussagekraft erhalten diese Kennzahlen allerdings u.U. erst in einem längerfristigen Zeitvergleich/interkommunalen Vergleich/Detailvergleich.

Bericht über die Vorgänge besonderer Bedeutung / Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Kreises

Im Lagebericht wird auf folgendes hingewiesen:

- aufgrund des gesetzmäßigen Zeitversatzes führen die Steuerausfälle, die die kreisangehörigen Städte verkraften mussten, erst 2011 zu einer entsprechenden Verringerung der Umlagegrundlagen für den Kreis
- der Kreis ist in der Lage durch Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen
- der Doppelhaushalt 2011/2012 sieht einen ausgeglichenen geplanten Haushalt 2011 und einen unausgeglichenen Haushalt 2012, durch den Verzehr allgemeiner Rücklagemittel von 9,2 Mio. €, vor
- es wird davon ausgegangen, dass sich die gesamtwirtschaftliche Situation bis 2015 erholt hat, so dass für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2013-2015 ausgeglichene Haushalte geplant wurden
- für die folgenden Jahre bestehen einige Risiken, deren finanzielle Auswirkungen zur Zeit noch nicht absehbar sind (Mietvertrag für das VG III läuft Ende 2013 aus und das VG II ist sanierungsbedürftig)
- verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt, ist mit einer Steigerung der Aufwendungen im Bereich SGB II zu rechnen

Inventar und Inventur

Die Inventur wurde ordnungsgemäß durchgeführt und das Inventar ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vollständig aufgenommen und richtig bewertet im Jahresabschluss wiedergegeben worden.

Buchführung- und Rechnungslegung

Die vom Innenministerium vorgegebenen Muster zu § 27 GemHVO zum Kontenrahmen sowie zu § 41 GemHVO zur Bilanzgliederung sind, soweit Konten eingerichtet wurden, eingehalten worden. Die dargestellten Bestandsabgleiche der einzelnen Buchführungselemente weisen

übereinstimmende Bestände aus, die bei Erstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses übernommen wurden. Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Rechnungslegung wird für den Jahresabschluss prüfseitig bestätigt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und die besonderen Vorschriften der GemHVO wurden bei der Bilanzierung und Bewertung beachtet. Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie der für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgebenden Faktoren, insbesondere Änderungen in der Ausnutzung von Ermessensspielräumen, wurden im Rahmen der Prüfung im Wesentlichen nicht festgestellt. Sachverhaltsgestaltungen, die von der üblichen von den Abschlussadressaten zu erwartenden Handhabung abweichen und sich auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses auswirken, wurden im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt.

Internes Kontrollsystem (IKS)

Nach Einschätzung des Prüfungsamtes ist ein den Anforderungen des Handelsgesetzbuches entsprechendes internes Kontrollsystem bei der Kreisverwaltung vorhanden.

Anhang

Der Anhang ist vollständig und vermittelt im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises. Er enthält die gesetzlich vorgeschriebenen Erläuterungen.

Örtlich festgelegte Nutzungsdauern

Die örtlich festgelegten Nutzungsdauern sind nicht zu beanstanden. Soweit vom Innenministerium durch die GemHVO Rahmennutzungsdauern vorgegeben wurden, sind diese beachtet worden. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

Fazit: Prüfung - Jahresabschluss

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

2 UNREGELMÄßIGKEITEN IN DER RECHNUNGSLE- GUNG

Sonstige Rückstellungen – Kostendämpfungspauschale

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Vorjahreswert für die Sonstigen Rückstellungen – Kostendämpfungspauschale für 2010 unverändert übernommen wurde. Gemäß Runderlass vom 08.11.2010 teilte das Finanzministerium mit, dass die Regelungen des § 12a BVO wirksam zustande gekommen sind und nicht gegen höherrangiges Recht verstoßen. Die Rückstellung hätte somit zum 31.12.2010 aufgelöst werden müssen. Da der Sachverhalt für die Kämmerei zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht so eindeutig einzuordnen war, wurde die Rückstellung nicht aufgelöst. Mit der Kämmerei wurde vereinbart, dass die Rückstellung in 2011 aufgelöst wird.

Passive Rechnungsabgrenzung

Der Nachteilsausgleich wurde für die erhaltenen Zuweisungen für Kosten der Unterkunft/ Heizung in Höhe von 12.518.495,62 € für die Jahre 2007–2009 gezahlt und bei der passiven Rechnungsabgrenzung verbucht, um den Kreisausschuss-Beschluss vom 16.12.2010, mit dem Betrag die Kreisumlage 2011 zu senken, umzusetzen. Gemäß § 42 Abs. 3 GemHVO betrifft die passive Rechnungsabgrenzung Einnahmen vor dem Abschlussstichtag für zukünftige Erträge. Hierbei handelt es sich jedoch um Einnahmen für die Jahre 2007–2009, also nicht um zukünftige Erträge.

Die Buchung entsprechend der ordnungsgemäßen Buchführung hätte als Ertragsbuchung auf der Passivseite in den Jahresüberschuss/ Eigenkapital erfolgen müssen. Durch die Buchung auf der Bilanzposition *Passive Rechnungsabgrenzung* ändert sich allerdings die Bilanzsumme nicht, es handelt sich hier um einen Passivtausch.

Die Buchung in der nun erfolgten Form ist zwar nachvollziehbar, entspricht aber nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung. Dies ist als wesentlicher Verstoß gegen die GoB zu werten und führt nach den NKF-Bestimmungen zu einer Unregelmäßigkeit. Diese Unregelmäßigkeit ist auch hinsichtlich ihrer Auswirkung auf den Bestätigungsvermerk zu betrachten. Der nicht regelkonform gebuchte Betrag von 12,5 Mio. € überschreitet die Wesentlichkeitsgrenze von 2,19 Mio. € Im vorliegenden Fall reicht es aber für die Bewertung der Wesentlichkeit und ihrer Auswirkung auf die Testierung nicht aus, dies als alleinigen Bewertungsmaßstab zu nehmen.

Die gewählte Buchungsform gewährleistet die Umsetzung des Kreisausschuss-Beschlusses vom 16.12.2010, der im Bewusstsein des zu erwartenden Zahlungseinganges 2011 gefasst wurde. Eine Korrektur der formell nicht richtigen Buchung wäre wegen ihrer letztendlich wesentlich negativeren Auswirkung auf die erfolgte Beschlusslage, den Haushalt 2011, den vorbereiteten Nachtragshaushalt, den negativen Auswirkungen auf die Kreisumlage und das Finanzgefüge der kreisangehörigen Städte und dem damit verbundenen Vertrauensverlust der Städte gegenüber dem Kreis, unverhältnismäßig. Die nachträgliche Änderungsbuchung und ihre Auswirkungen sind hier als wesentlicher zu betrachten als die Akzeptanz der unrichtig vorgenommenen Buchung auf den passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Auf eine Einschränkung des Bestätigungsvermerkes wird somit verzichtet.

C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand der Prüfung waren gemäß § 95 GO in Verbindung mit der GemHVO

- das Inventar und die Inventur
- die Buchführung- und Rechnungslegung
- die Bilanzierung- und Bewertungsmethoden
- die Sicherheitsstandard und die interne Aufsicht
- der Jahresabschluss bestehend aus Ergebnis-, Finanz-, Teilrechnungen, Bilanz und Anhang
- der Lagebericht
- der Forderungs-, Verbindlichkeiten- und Anlagenspiegel
- die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern

Die Prüfung erfolgte im Hinblick auf

- **Ordnungsmäßigkeit der Inventur und des Inventars und die Übereinstimmung des daraus entwickelten Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes und**
- **Einhaltung der maßgeblichen gesetzlichen Vorschriften (insbes. GO, GemHVO und HGB) und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Vorschriften**
- **Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung**

Art und Umfang der Prüfung basierten auf einem risikoorientierten Prüfungsansatz.

Aufgrund der festgestellten Risikobereiche ergaben sich folgende **Prüfungsschwerpunkte**:

- Entwicklung des Anlagevermögens
- Auswirkungen von Reintegration Me-Bit
- Bereiche mit wesentlichen Abweichungen gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsansatz und gegenüber dem Vorjahr
- weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen wurden die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften ausreichend zu prüfen.

Die Prüfung wurde so angelegt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung der tatsächlichen Vermögens-, Schulden-, Finanz- und Ertragslage des Kreises wesentlich auswirken, bei gewissenhafter Prüfung erkannt werden. In diesem Zusammenhang war die Prüfung darauf ausgerichtet, Fehler aufzudecken, die die festgelegte **Wesentlichkeitsgrenze** überschreiten.

Ermittlung der Wesentlichkeitsgrenze:

Jahresabschluss 30.09.2011		hiervon 0,5 %
Bilanzsumme	460.038.544,03 €	2.300.192,72 €
ordentliche Erträge	425.068.021,86 €	2.125.340,11 €
ordentliche Aufwendungen	426.230.073,19 €	2.131.150,37 €
	Mittelwert:	2.185.561,07 €
Wesentlichkeitsgrenze: 2,19 Mio. €		

Der Lagebericht wurde gemäß § 48 GemHVO in Verbindung mit § 101 (1) GO geprüft. Das Ergebnis der Prüfung wurde unter Berichtspunkt D.10 dokumentiert.

Die Prüfungen stützten sich auf folgende wesentliche **Rechtsgrundlagen/ Erläuterungen/ Kommentare:**

- ❖ NKF-Gesetz NRW vom 16.11.2004 mit den dort beschriebenen Änderungen der KrO, GO, GemHVO u.a.m.
- ❖ Handreichungen des Innenministers 1. bis 4. Auflage mit den Neufassungen GO und GemHVO
- ❖ Handelsgesetzbuch (HGB)
- ❖ Hinweise zur Prüfung des Jahresabschlusses nach NKF (erstellt durch Mitarbeiter/innen diverser Rechnungsprüfungsämter)
- ❖ Hinweise zur Prüfung des Jahresabschlusses nach neuem Gemeindehaushaltsrecht (verabschiedet durch den Arbeitskreis der Leiter/innen der Rechnungsprüfungsämter der größten deutschen Städte)
- ❖ Kommentar der Gemeindeprüfungsanstalt zum Gemeindehaushaltsrecht NRW
- ❖ Beck'scher Bilanz-Kommentar
- ❖ Fachbuch Kommunales Finanzmanagement NRW (Bernhardt, Mutschler, Stockel-Feldmann)
- ❖ Verschiedene Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW)
- ❖ Bewertungsleitfaden des Kreises in der Fassung vom 09.03.2005
- ❖ Bewertungsrichtlinie des Kreises für das Sachanlagevermögen
- ❖ Inventurrichtlinien des Kreises vom 25.02.2005
- ❖ Spezielle Vorschriften zu Bilanzpositionen (z.B. Gesetze, Erlasse usw.)

Die Prüfungen wurden in der Zeit vom 01.06.2011 bis 30.09.2011 durchgeführt. **Art, Umfang und Ergebnis** der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in Arbeitspapieren festgehalten und werden auch unter den Berichtspunkten D 7. ff. transparent gemacht.

Prüfungsleitung und Durchführung stellen sich wie folgt dar:

Harald Beier
(Prüfungsleitung)

Die Prüfung wurde von folgenden NKF – zertifizierten Prüfern/innen durchgeführt:

Susanne Hahner	Elke Hallmann	Friedrich Hinüber	Wolfgang Mai	Katrin Schiemann (Berichtskoordination)
----------------	---------------	-------------------	--------------	--

D. PRÜFUNGSFESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

3 INVENTAR UND INVENTUR

Nach § 91 GO hat die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten in einer Inventur aufzunehmen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten anzugeben (Inventar).

Die Durchführung der Inventur regelt die Inventurrichtlinie des Kreises, in der
Inventurplanung (Zeitplan, Sachplan, Personalplan)
Durchführung der Inventur (Vorbereitung, Erfassung, Bewertung, Dokumentation)
Fortschreibungen der Neuzugänge und Abgänge
Behandlung, Aufbewahrung, Instandhaltung, Versicherung, Haftung
Inventurprüfung und
Inventurzeiträume
beschrieben sind.

Gemäß § 28 und 29 GemHVO kann das Inventar anhand vorhandener Verzeichnisse über Bestand, Art, Menge, Wert aufgestellt werden (Buch- und Beleginventur).

Im Zuge der Aufstellung der Eröffnungsbilanz sind umfassende Bestandsaufnahmen einschließlich der körperlichen Bestandsaufnahmen für die physisch erfassbaren Vermögensgegenstände erfolgt. Diese Bestände wurden durch Zu- und Abgänge einschließlich Abschreibungen fortgeschrieben.

Auf Basis der bebuchten Anlagenbuchhaltung ist für das **Sachanlagevermögen** und die **Sonderposten** zum 31.12.2010 eine **Buchinventur** erfolgt, indem zu diesem Inventurstichtag der buchmäßige Endbestand der Anlagenbuchhaltung ermittelt und in die Inventarlisten übernommen wurde.

Für die **Immateriellen Gegenstände**, für die **Finanzanlagen**, für die **Forderungen und Verbindlichkeiten**, für die **Wertpapiere des Umlaufvermögens**, für die **Liquiden Mittel**, für die **Rücklagen und Rückstellungen** sowie für die **Rechnungsabgrenzungen** fand die **Beleginventur** Anwendung.

Eine körperliche Inventur fand für die Vorräte des Magazins statt.

Eine körperliche Inventur ist gem. § 28 Abs. 1 GemHVO für alle physisch erfassbaren Gegenstände mindestens alle 3 Jahre durchzuführen.

Um eine massive Personalbindung über die gesamte Kreisverwaltung alle 3 Jahre zu vermeiden, wird die körperliche Bestandsaufnahme entzerrt und gleichmäßig über diesen Zeitraum verteilt.

In der Zeit von 2007 bis 2009 wurde in allen Ämtern die 1. Folgeinventur durchgeführt. In 2010 wurde in den Ämtern 02 (Kreispolizeibehörde), 14 (Prüfungsamt), 20 (Kämmerei), 40 (Amt für Schulen/Teilbereiche), 50 (Sozialamt), 53 (Gesundheitsamt/ Teilbereiche) und 70 (Umweltamt) die 2. Folgeinventur durchgeführt.

Im Ergebnis konnte prüfseitig festgestellt werden, dass die Vollständigkeit der Bestandsaufnahme und die Richtigkeit der Bestandsaufnahme aufgrund der oben dargestellten Inventurverfahren sichergestellt ist.

Die **Nachprüfbarkeit der Bestandsaufnahme** ist aus Sicht des Prüfungsamtes aufgrund der im Rahmen der Inventur erstellten Dokumentation und zusätzlich aufgrund der in den Prüfberichten zur Prüfung des Jahresabschlusses enthaltenen Dokumentationen gewährleistet.

Die **Einzel erfassung der Bestände** erfolgte organisatorisch durch die Aufteilung der Inventur auf Teams der einzelnen Fachbereiche, die wiederum die Vermögensgegenstände ihres Zuständigkeitsbereiches einzeln erfasst haben.

Der **Grundsatz der Wirtschaftlichkeit** wurde durch die zentrale Organisation der Inventur seitens der Kämmerei und die Mithilfe aller Fachbereiche des Hauses beachtet. Nur im Ausnahmefall Schulamt wurde aufgrund des erheblich größeren Umfangs der Inventur nach Absprache externe Hilfe in Anspruch genommen.

Der **Grundsatz der Klarheit** ist durch die klaren Aufzeichnungen, die aufgrund des Inventurablaufes mit einheitlich vorgegebenen Inventarlisten abgefordert worden waren, ebenfalls eingehalten worden.

Fazit Prüfung Inventar und Inventur:

Die Inventur wurde ordnungsgemäß durchgeführt und das Inventar ist unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vollständig aufgenommen und richtig bewertet im Jahresabschluss wiedergegeben worden.

4 BUCHFÜHRUNG UND RECHNUNGSLEGUNG

Alle Geschäftsvorfälle sowie die Vermögens- und Schuldenlage sind gem. § 27 Abs. 1 GemHVO nach dem System der doppelten Buchführung unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung (GoB) in den Büchern klar ersichtlich und nachprüfbar aufzuzeichnen. Die GoB sind hergeleitet aus den handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 238 ff HGB) und beinhalten, dass die Buchungen und Eintragungen vollständig, richtig, zeitgerecht und geordnet gebucht werden. Die Bücher müssen Auswertungen nach der Haushaltsgliederung, nach der sachlichen Ordnung sowie in zeitlicher Ordnung zulassen.

Die Buchführung wird über automatisierte Datenverarbeitung (DV-Buchführung) abgewickelt. Gem. § 27 Abs. 5 GemHVO ist daher sicherzustellen, dass

1. fachlich geprüfte Programme und freigegebene Verfahren eingesetzt werden,
2. die Daten vollständig und richtig erfasst, eingegeben, verarbeitet und ausgegeben werden,
3. nachvollziehbar dokumentiert ist, wer, wann, welche Daten eingegeben oder verändert hat,
4. in das automatisierte Verfahren nicht unbefugt eingegriffen werden kann,
5. die gespeicherten Daten nicht verloren gehen und nicht unbefugt verändert werden können,
6. die gespeicherten Daten bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfristen jederzeit in angemessener Frist lesbar und maschinell auswertbar sind,
7. Berichtigungen der Bücher protokolliert und die Protokolle wie Belege aufbewahrt werden,
8. elektronische Signaturen mindestens während der Dauer der Aufbewahrungsfristen nachprüfbar sind,
9. die Unterlagen, die für den Nachweis der richtigen und vollständigen Ermittlung der Ansprüche oder Zahlungsverpflichtungen sowie für die ordnungsgemäße Abwicklung der Buchführung und des Zahlungsverkehrs erforderlich sind, einschließlich eines Verzeichnisses über den Aufbau der Datensätze und die Dokumentation der eingesetzten Programme und Verfahren bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist verfügbar bleiben,
10. die Verwaltung von Informationssystemen und automatisierten Verfahren von der fachlichen Sachbearbeitung und der Erledigung von Aufgaben der Finanzbuchhaltung verantwortlich abgegrenzt wird.

Die DV-Buchführung und die Rechnungslegung sind unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS) vorzunehmen. Die Grundsätze sind zusammengefasst im Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen an die obersten Finanzbehörden der Länder vom 7. November 1995 - IV A 8 - S 0316 - 52/95- BStBl 1995 I S. 738.

Darin wird die Behandlung von Daten und Belegen in elektronischen Buchführungssystemen geregelt. Die GoBS enthalten die Vorgaben für das interne Kontrollsystem (IKS) und für die Verfahrensdokumentation, die zum Nachweis des ordnungsmäßigen Betriebes des Systems erforderlich ist.

Für Buchführung und Rechnungslegung wird die Software PROFISKAL Nplus der Firma DOGRO in den folgenden Versionsständen eingesetzt:

Modul	Bezeichnung	Stand
DAF / DFM P3 01.07.02a	Anwendungssteuerung / Finanzmanagement	Mai 2010
DAB P3 01.07.04	Anlagenbuchhaltung	September 2010
DAV P3 01.07.04	Planaufstellung	September 2010
DBD / DAC P3 01.07.00	Betriebsdatenerfassung / Anwendungssteuerung Controlling	Mai 2009
DKR P3 01.07.04	Kostenrechnung	September 2010
DNA P3 01.07.00	Navigator	Mai 2009
DPK P3 01.07.04	Produktkatalog	September 2010
DPM P3 01.07.00	Passwort Management	Mai 2009
DKW P3 01.07.04	Kassenwesen	November 2010
DMV P3.01.07.04	Mahnung und Vollstreckung	November 2010

Jede neue Version der eingesetzten Module wird mit je einer technischen und einer fachlichen Freigabe des Softwareentwicklers und bedarfsweise mit Bedien- und/oder technischen Handbüchern sowie Online-Dokumentationen ausgeliefert. Anwenderhandbücher zu

- Finanzmanagement,
- Planaufstellung,
- Anwendungssteuerung,

und ein Bedienerhandbuch liegen vor. Sie sind für jeden Nutzer im Intranet und im Netzwerk des Kreises abrufbar.

Die Dokumentation über den Ablauf der Testbuchungen und die Ergebnisse für die Freigabe durch die Kämmerei wurden dem Prüfungsamt vorgelegt. Sie gaben keinen Anlass zu Beanstandungen. Das Prüfungsamt hat am 23.11.2010 bescheinigt, dass gegen die Übernahme der Module in der Version P3.01.07.04 in den Produktionsbetrieb keine Bedenken bestehen. Darüber hinaus wird die Plausibilität und Richtigkeit der verarbeiteten Daten bei den vorgeschriebenen Kassenprüfungen, Kassenbestandsaufnahmen und durch die Visakontrolle ständig überwacht.

Die verbindliche Struktur der Bilanz nach § 41 GemHVO sowie der vom Innenministerium vorgeschriebene Kontenrahmen sind eingehalten. Die vorgenommene Kontierung sichert die richtige Zuordnung der Geschäftsvorfälle auf entsprechende Produktbereiche, -gruppen und Produkte, ermöglicht die Erstellung der Teil- und Gesamtrechnungen und entspricht den Anforderungen der Finanzstatistik. Soweit verbindlich vorgeschrieben wurden die Muster zum Runderlass des Innenministeriums vom 24.02.2005 (SMBl. NRW. 6300) verwendet.

Der Bestandsabgleich des vorgelegten Abschlusses mit dem Buchhaltungssystem und innerhalb des Systems stellt sich wie folgt dar:

Anlagevermögen: Sachanlagen und Finanzanlagen			
Bilanzposition	Bilanz 30.09.2011 (Excel)	Saldenliste FiBu 10.10.2011 (Stand 31.12.2010)	Anlagenbuchhaltung 10.10.2011 (Stand 31.12.2010)
Anlagevermögen	340.157.408 €	340.157.408 €	255.437.812 €
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.081.113 €	1.081.113 €	1.081.113 €
Sachanlagen	254.356.700 €	254.356.700 €	254.356.700 €
<i>unbebaute Grundstücke</i>			
Grünflächen	977.485 €	977.484 €	977.484 € *1)
Ackerland	176.220 €	176.220 €	176.220 €
Wald, Forsten	138.270 €	138.270 €	138.270 €
Sonstige Grundstücke	1.050.099 €	1.050.099 €	1.050.099 €
<i>Summe Grundstücke</i>	<i>2.342.074 €</i>	<i>2.342.073 €</i>	<i>2.342.073 €</i>
<i>Bebaute Grundstücke</i>			
Kindertageseinrichtungen	5.422.029 €	5.422.029 €	5.422.029 €
Schulen	79.481.537 €	79.481.537 €	79.481.537 €
Wohnbauten	34.772.680 €	34.772.680 €	34.772.680 €
Sonstige Gebäude	30.418.020 €	30.418.020 €	30.418.020 €
<i>Summe Gebäude</i>	<i>150.094.266 €</i>	<i>150.094.266 €</i>	<i>150.094.266 €</i>
Grundstücke d. Infrastrukturvermögens	12.410.502 €	12.410.503 €	12.410.503 € *1)
Brücken und Tunnel	6.440.459 €	6.440.459 €	6.440.459 €
Entwässerungs-/Abwasserbeseitigung	2.545.891 €	2.545.891 €	2.545.891 €
Straßennetz	42.309.927 €	42.309.927 €	42.309.927 €
Sonstige Bauten Infrastruktur	2.087.274 €	2.087.274 €	2.087.274 €
<i>Summe Infrastruktur</i>	<i>65.794.053 €</i>	<i>65.794.054 €</i>	<i>65.794.054 €</i>
Bauten auf fremden Grundstücken	102.340 €	102.340 €	102.340 €
Kunstgegenstände pp.	143.824 €	143.824 €	143.824 €
Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge	4.426.793 €	4.426.793 €	4.426.793 €
Betriebs- u. Geschäftsausstattung	5.718.147 €	5.718.147 €	5.718.147 € *1)
Anzahlungen, Anlagen im Bau	25.735.202 €	25.735.202 €	25.735.202 €
Finanzanlagen	84.719.595 €	84.719.595 €	0 € *2)
Anteile an verbundenen Unternehmen	79.319.861 €	79.319.861 €	0 €
Beteiligungen	4.602.470 €	4.602.470 €	0 €
Wertpapiere des Anlagevermögens	211.199 €	211.199 €	0 €
Sonstige Ausleihungen	586.065 €	586.065 €	0 €
Anlagevermögen	340.157.408 €	340.157.408 €	

zu *1) Bei der Jahresabschlussprüfung wurde festgestellt, dass beim Abgleich von Bilanz, Finanzbuchhaltung und Anlagenbuchhaltung bei den unbebauten Grundstücken, beim Infrastrukturvermögen und bei der Betriebs- und Geschäftsausstattung geringfügige Differenzen zwischen 0,15 € und 1,00 € bestehen. Die Abweichung wurde der Kämmererei mitgeteilt. Der Sachverhalt wurde geprüft und es wurde festgestellt, dass ein Programmfehler bei der automatischen Übernahme der Vorjahreswerte des Anlagenspiegels zu diesen Differenzen geführt hat. Aufgrund des anstehenden Programmwechsels 2012 und der geringen Abweichung wurde im Einvernehmen mit dem Prüfungsamt darauf verzichtet, eine aufwendige Fehlersuche und deren Beseitigung durch die Softwarefirma zu veranlassen. Die Werte wurden manuell entsprechend den Vorjahreswerten angepasst. Für den letzten ProFiskal-Jahresabschluss 2011 muss ebenfalls eine entsprechende manuelle Anpassung erfolgen. Das Prüfungsamt wird diesen Vorgang zu gegebener Zeit überprüfen.

zu *2) Die Finanzanlagen wurden nicht in die Anlagenbuchhaltung übernommen, sondern werden unmittelbar in der Finanzbuchhaltung geführt.

Die vollständige Übereinstimmung der Posten des Anlagevermögens in den verschiedenen Buchhaltungselementen kann, wie aus der Erläuterung zur vorangestellten Tabelle hervorgeht, nicht festgestellt werden. Wegen der Geringfügigkeit und des bevorstehenden Softwarewechsel steht diese Abweichung einem Bestätigungsvermerk nicht entgegen.

Umlaufvermögen: Vorräte, Forderungen, Liquide Mittel, Aktive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzposition	Bilanz 30.09.2011 (Excel) (Stand 31.12.2010)	Saldenliste Fibu 10.10.2011 (Stand 31.12.2010)	
Anlagevermögen (Übertrag)	340.157.408 €	340.157.408 €	
Umlaufvermögen	106.615.954 €	112.110.807 €	
Betriebsstoffe, Waren	130.007 €	130.007 €	
<i>Vorräte</i>	130.007 €	130.007 €	
<i>Ford. u. s. Vermögensgegenstände</i>	22.612.384 €	28.107.238 €	Einzel- und Pauschalwertberichtigungen:
öff.rechtl. Forderungen	21.057.582 €	26.552.435 €	
öff.rechtl. Gebührenforderung	1.202.342 €	1.800.153 €	-598.044 €
öff.rechtl. Beitragsforderung	0 €	233 €	
öff.rechtl. Steuerforderung	941 €	941 €	
öff.rechtl. Ford. aus Transferleistungen	11.087.952 €	7.627.885 €	-4.700.707 €
Ford. aus Transferleistungen ka. Städte		4.442.627 €	
Forderungen aus Transferleistungen		3.718.147 €	
Sonstige öff.rechtl. Forderungen	8.766.348 €	2.927.220 €	
öff.rechtl.Forderungen durchlaufend		1.895 €	-196.102 €
Sonstige öff.rechtl. Forderungen		6.033.335 €	
Privatrechtliche Forderungen	1.359.932 €	1.359.932 €	-5.494.853 €
gegenüber privatem Bereich	680.634 €	301.793 €	
gegen öffentlichen Bereich	679.131 €	679.131 €	
gegen verbundene Unternehmen	168 €	168 €	
durchlaufende Forderungen	0 €	390.322 €	
Mitbuchkonto ZP Debitor		-11.481 €	
Sonstige Vermögensgegenstände inkl. Vorsteuerkto 179100 und Forderungen gegen Beschäftigte	194.870 €	194.870 €	
Wertpapiere des Umlaufvermögens	0 €	0 €	
Liquide Mittel	83.873.562 €	83.873.562 €	
Aktive Rechnungsabgrenzung	13.265.183 €	13.265.183 €	
Summe Aktiva	460.038.544 €	465.533.397 €	
Vergleich mit EB manuell:		460.038.544 €	
Differenz:		5.494.853 €	
Einzel-Wertberichtigung Gebühren		-383.044 €	
Einzel-Wertberichtigung sonst. ö.r. Ford.		-161.102 €	
Pauschal-Wertberichtigungen aus Gebühren		-215.000 €	
Pauschal-Wertberichtigungen zu Transferleistungen		-4.700.707 €	
Pauschal-Wertberichtigungen zu sonst. öff.r. Forder.		-35.000 €	
verbleibt eine Differenz von:		0 €	

Die Forderungen in der Saldenliste werden gegenüber der Excel-Bilanz um die Wertberichtigungen erhöht ausgewiesen. Teilweise sind buchhalterisch auch andere Zuordnungen erfolgt.

Die Übereinstimmung der Gesamtsummen kann aber bestätigt werden.

Passiva: Eigenkapital, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Passive Rechnungsabgrenzung		
Bilanzposition	Bilanz 30.09.2011 (Excel) (Stand 31.12.2010)	Saldenliste Fibu 10.10.2011 (Stand 31.12.2010)
Eigenkapital	194.127.970 €	194.127.970 €
Allgemeine Rücklage	191.382.664 €	191.382.664 €
ohne Bindung	188.351.521 €	
erbrechtliche Zuwendungen	243.334 €	
Maßnahmen für Senioren	0 €	
Zweckgebundene Deckungsrücklage	2.787.810 €	
Sonderrücklage	3.260.748 €	3.260.748 €
Ausgleichsrücklage	1 €	1 €
Jahresüberschuss	-272.921 €	-272.921 €
Jahresfehlbetrag fremde Haushalte	-242.522 €	-242.522 €
Sonderposten	59.013.787 €	59.013.787 €
für Zuwendungen	56.152.281 €	56.152.281 €
für den Gebührenaussgleich	2.861.506 €	2.861.506 €
Rückstellungen	169.423.891 €	169.423.891 €
Pensionsrückstellungen	126.518.383 €	126.518.383 €
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	12.727.919 €	12.727.919 €
Instandhaltungsrückstellungen	857.622 €	857.622 €
Sonstige Rückstellungen	29.319.968 €	29.319.968 €
Sonstige RST für ATZ Angestellte		5.769.565 €
Sonstige RST für ATZ Beamte		2.348.342 €
Sonstige RST für Pensionen und Beihilfen (KDP)		375.000 €
Sonstige RST für Überstunden und Urlaub		3.454.955 €
Sonstige RST für Prämienzahlung Zielvereinbarung		530.000 €
Sonstige RST für Versorgungslasten (§ 107b BeamtVG)		1.416.553 €
Sonstige RST Amt 70, Eko-City		1.642.000 €
Sonstige RST für Krankenhilfe SGB XII		1.313.700 €
Sonstige RST für ungewisse Verbindlichkeiten		2.269.853 €
Sonstige RST für VRR		6.000.000 €
Sonstige RST für Straßenumstufung		4.200.000 €
Verbindlichkeiten + Kontengruppe 38	24.802.972 €	24.802.972 €
aus Krediten für Investitionen	849.846 €	849.846 €
vom öffentlichen Bereich	849.846 €	
aus Lieferungen und Leistungen	2.659.940 €	1.192.224 €
Verbindlichkeiten Landeshaushalt		1.467.715 €
aus Transferleistungen	436.464 €	436.464 €
Sonstige Verbindlichkeiten	20.856.722 €	14.505.725 €
erhaltene Zuwendungen (Kontengruppe 38)		6.350.997 €
Passive Rechnungsabgrenzung	12.669.924 €	12.669.924 €
Summe Passiva	460.038.544 €	460.038.544 €
	Differenz	0 €

Danach kann die Übereinstimmung der verschiedenen Buchhaltungselemente für die Passiva festgestellt werden.

Ergebnisrechnung 2010			
Ertrags- und Aufwandsarten	Excel-Liste Anhang	Saldenliste DFM	Differenz
Erträge	30.09.2011	10.10.2011	
Steuern und ähnliche Abgaben	9.446.329,84 €	9.446.329,84 €	0,00 €
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	318.096.648,08 €	318.096.648,08 €	0,00 €
Sonstige Transfererträge	5.046.067,61 €	5.046.067,61 €	0,00 €
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.523.344,81 €	32.523.344,81 €	0,00 €
Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.581.419,51 €	7.581.419,51 €	0,00 €
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.249.806,70 €	38.249.806,70 €	0,00 €
Sonstige ordentliche Erträge	14.058.945,81 €	14.058.945,81 €	0,00 €
Aktivierete Eigenleistungen	65.459,50 €	65.459,50 €	0,00 €
Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe ordentliche Erträge	425.068.021,86 €	425.068.021,86 €	0,00 €
Aufwendungen			
Personalaufwendungen	59.667.588,02 €	59.667.588,02 €	0,00 €
Versorgungsaufwendungen	6.098.654,00 €	6.098.654,00 €	0,00 €
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	47.264.961,91 €	47.264.961,91 €	0,00 €
Bilanzielle Abschreibungen	6.343.533,34 €	6.343.533,34 €	0,00 €
Transferaufwendungen	196.235.388,49 €	196.235.388,49 €	0,00 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	110.619.947,43 €	110.619.947,43 €	0,00 €
Summe ordentliche Aufwendungen	426.230.073,19 €	426.230.073,19 €	0,00 €
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.162.051,33 €	-1.162.051,33 €	0,00 €
Finanzerträge	950.631,55 €	950.631,55 €	0,00 €
Zinsen, sonstige Finanzaufwendungen	61.501,40 €	61.501,40 €	0,00 €
Finanzergebnis	889.130,15 €	889.130,15 €	0,00 €
ORDENTLICHES ERGEBNIS	-272.921,18 €	-272.921,18 €	0,00 €
Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
AUßERORDENTLICHES ERGEBNIS	0,00 €	0,00 €	0,00 €
ERGEBNIS:	-272.921,18 €	-272.921,18 €	0,00 €

Fazit: Prüfung – Buchführung und Rechnungslegung

Die dargestellten Bestandsabgleiche der einzelnen Buchführungselemente weisen übereinstimmende Bestände aus, die bei Erstellung des Entwurfs des Jahresabschlusses übernommen wurden. Die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung und Rechnungslegung wird für den Jahresabschluss prüfseitig bestätigt.

Aufgrund der laufenden Prüfungen der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung (§ 103 Abs. 1 Nr. 4 GO), der dauernden Überwachung der Zahlungsabwicklung (§ 103 Abs. 1 Nr. 5 GO) und der Prüfungshandlungen im Rahmen des Jahresabschlusses kann festgestellt werden, dass die Buchführung und die Rechnungslegung ordnungsgemäß sind und den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Das DV-gestützte Finanzverfahren ermöglicht Auswertungen sowohl unterjährig für jede beliebige Buchungsperiode als auch zur Vorbereitung des Jahresabschlusses nach der Haushaltsgliederung sowie in sachlicher und zeitlicher Ordnung. Das DV-gestützte Finanzverfahren ist geprüft und freigegeben. Die elektronische Verarbeitung der Buchungsdaten entspricht den GoB und GoBS.

5 BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind gemäß § 44 Abs. 1 GemHVO im Anhang des Jahresabschlusses, der diesem Prüfungsbericht als Anlage beigefügt ist, dargestellt. Neben dem allgemeinen Hinweis auf die Bilanzierung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung sind Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der einzelnen Bilanzpositionen gegeben worden.

Maßgeblich für die Bilanzierung und Bewertung waren zunächst die für die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 ermittelten vorsichtig geschätzten Zeitwerte. Diese Werte gelten nunmehr als Anschaffungs- und Herstellungskosten, die bis zum 31.12.2010 fortgeschrieben wurden.

Alle unbebauten und bebauten Grundstücke sind über das Liegenschaftskataster erfasst und gutachterlich durch ein Mitglied des Gutachterausschusses des Kreises unter Berücksichtigung der besonderen NKF-Bewertungsvorschriften bewertet worden. Hierbei wurde der **Grund und Boden von bebauten Grundstücken, die für kommunalnutzungsorientierte Aufgabenbereiche genutzt werden, einheitlich mit 40% des Wertes des umgebenden erschlossenen Baulandes** bewertet. Die **Gebäude** wurden nach dem Sachwertverfahren, dem Vergleichswertverfahren oder den Herstellungskosten bewertet, und –soweit sie in marktvergleichender Weise genutzt werden– nach dem Ertragswertverfahren. Für die **Außenanlagen** ist ein pauschaler Wert von 3% des Gebäudewertes in Ansatz gebracht worden.

Der Wert des **Grund und Bodens des Infrastrukturvermögens** ist im Innenbereich mit 10% des gebietstypischen Baulandwertes (215 €/m² bis 330 €/m²) und im Außenbereich mit dem Mindestwert von 1 €/m² angesetzt worden.

Das **Infrastrukturvermögen** wurde wie folgt bewertet:

Für das Straßennetz sind 6 Zustandsklassen gebildet worden, die Grundlage für entsprechende Bewertungsabschläge auf die festgelegten Mittelpreise für die Straßen und die Rad- und Gehwege waren.

Mittelpreise (Ausgangswerte Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007)	
Fahrbahn (incl. Abwasserrinnen, Sinkkästen, Markierung, Leitpfosten, Beschilderung) hierin enthalten ist ein Zuschlagsfaktor von 40 % (2,5 % Baustelleneinrichtung, 1,5 % Verkehrssicherung, 8,0 % Planungskosten, 12 % Sonstiges, 16 % MWSt)	82,00 €/m ²
Bordsteine	30,00 €/m
Schutzplanken	50,00 €/m
Rad- und Gehwege	47,00 €/m ²
Straßenbegleitgrün	10,00 €/m ²
Böschungen	5,00 €/m ²
Stützwand	516,00 €/m ²
Lärmschutzwand	540,00 €/m ²
Kanalleitung DN 150	75,00 €/m
Kanalleitung DN 1200	850,00 €/m
Schacht (unbefestigte Fläche)	750,00 €/Stck
Schacht (befestigte Fläche)	1.000,00 €/Stck

Für die **Anlagen im Bau** wurden die tatsächlichen Herstellungs- und Anschaffungskosten in Ansatz gebracht.

Für **Kunstgegenstände und Kulturdenkmäler, Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung** sind die vorsichtig geschätzten Zeitwerte bzw. Erinnerungswerte in Ansatz gebracht worden. Die **Vorräte** wurden mit den Anschaffungskosten bilanziert.

Die Bewertung der **Finanzanlage KVGM und der Werkstätte für Menschen mit Behinderung** erfolgte nach der Substanzwertmethode. Die anderen **Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen und das Sondervermögen** sind auf Basis der Eigenkapitalspiegelwertmethode in Ansatz gebracht worden.

Die **Ausleihungen** wurden in Höhe der **Rückzahlungsverpflichtung** bilanziert bzw. in Höhe des **Wertes der errechneten Geschäftsanteile** (sonstige Ausleihungen).

Korrespondierend zu einer **Beteiligung an einer Stiftung** wurde in Höhe des Beteiligungswertes eine **Sonderrücklage** gebildet. Bestandsnachweise sind in Form von Jahresabschlüssen und Saldenbestätigungen/ Depotbestätigungen erbracht worden. Die **Forderungen** sind alle mit dem Nominalwert in Ansatz gebracht worden.

Den **Wertberichtigungen** liegen entsprechende Untersuchungen der Forderungen auf Werthaltigkeit zugrunde. Es handelt sich überwiegend um Pauschalwertberichtigungen zu öffentlich-rechtlichen Forderungen aus Transferleistungen.

Die **liquiden Mittel, die Wertpapiere des Umlaufvermögens und die des Anlagevermögens, die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung und die Verbindlichkeiten aus Krediten** sind durch Bankbestätigungen nachgewiesen.

Parallel zum Anlagevermögen wurden in Höhe des Zeitwertes der erhaltenen Zuweisungen und Zuschüsse **Sonderposten** bilanziert. Weitere **Sonderposten für den Gebührenaussgleich** sind in Höhe der bisher entstandenen Überschüsse der kostenrechnenden Einrichtungen gebildet worden.

Die **Pensionsrückstellungen** wurden von der Versorgungskasse auf der Grundlage der Realdaten unter Berücksichtigung eines Abzinsungsfaktors von 5 % errechnet. Weitere **sonstige Rückstellungen** wurden für Altersteilzeit, Überstunden und nicht genommenen Urlaub in Höhe der erworbenen (errechneten) Ansprüche (Arbeitszeitguthaben X Stundensätze) ebenso gebildet, wie für noch nicht abgerechnete Krankenversicherungsleistungen für Sozialhilfeempfänger. Diese zum Bilanzstichtag 31.12.2010 noch nicht bekannten Krankenversicherungsleistungen wurden vorsichtig geschätzt. Gleiches gilt für Gebührenabrechnungen aus dem Abfallbereich.

Die Höhe der **Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen** und die **Rückstellungen für Deponien und Altlasten** wurden nach Begutachtung durch Fachingenieure sorgfältig geschätzt und (nicht abgezinst) mit dem Nominalwert bilanziert. **Verbindlichkeiten** sind in Höhe der Zahlungsverpflichtung bilanziert.

Die **Aktiven und Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind durch entsprechende Auszahlungen bzw. Einzahlungen belegt.

Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie der für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgebenden Faktoren, insbesondere Änderungen in der Ausnutzung von Ermessensspielräumen wurden im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt.

Sachverhaltsgestaltungen, die von der üblichen von den Abschlussadressaten zu erwartenden Handhabung abweichen und sich auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, wurden im Rahmen der Prüfung nicht festgestellt.

Auf die zusätzlichen detaillierten Ausführungen zur Bilanzierung und Bewertung unter den Berichtspunkten D 7. ff. dieses Prüfungsberichtes wird verwiesen.

Fazit: Prüfung – Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und die besonderen Vorschriften der GemHVO wurden bei der Bilanzierung und Bewertung beachtet.

6 INTERNES KONTROLLSYSTEM

Das IKS ist nach § 317 HGB ein Prozess, der auf die **Wirksamkeit und die Wirtschaftlichkeit des Geschäftsbetriebs in Übereinstimmung** mit den von der Verwaltungsleitung hierfür vorgegebenen Leitlinien, die **Einhaltung** der für die Verwaltung geltenden **gesetzlichen Bestimmungen** und sonstigen Vorschriften sowie die **Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung** ausgerichtet ist.

Die Unternehmenskultur bzw. das **Kontrollumfeld**, die **Risikobeurteilung durch die Verwaltungsleitung** und die sich daraus ergebenden **Kontrollaktivitäten** werden geprägt durch die von der Verwaltungsleitung vorgegebenen Leitlinien, überwiegend in der Form von **Dienstanweisungen**:

Allgemeine Dienst- und Geschäftsordnung (ADGO)					
Verwaltungs- aufbau und Verwaltungs- führung	Verhalten der Beschäftigten	Allgemeine Dienstangelegen- heiten, Dienstgebäude, Arbeitsmittel	Geschäftsgang, Behandlung der Verwaltungs- vorgänge, Sachbearbeitung	Schriftverkehr Zeichnungs- recht	Geschäftsverkehr mit dem Kreistag und den Ausschüssen

Dienstanweisung (DA), Anweisungen, Richtlinien u.ä.				
Buchhaltung, Zahlungs- abwicklung, Inventur	Technikunterstütze Informationsver- arbeitung TUI	Vergaben	Antikorruption	Prüfungsamt
DA Geschäftsbuchhaltung DA Stundung, Niederschlagung, Erlass DA Zahlungsabwicklung bei der Kreiskasse DA Verwaltung von Vorschusskassen vorläufige Inventurrichtlinie	DA Organisation der TUI DA Organisation der Informations- technologie DA Telekommunikation DA Nutzung Internet- dienste	DA Vergabe Vergabe- meldedatei Vergabe- statistik	DA Vorbeugung von Korruption Antikorruptions- gesetz mit Gefährdungsatlas Mobile Prüfgruppe	Rechnungsprüfungs- ordnung DA für das Prüfungsamt Vergabekoordinier- ungsstelle Datenschutz

Bedeutsam im Zusammenhang mit der **Finanzbuchhaltung und Zahlungsabwicklung** sind auch die **von der Verwaltung zusätzlich bereitgestellten Ausarbeitungen**:

- Grundsätze - Planung und Bewirtschaftung,
- NKF mit ProFiskal Nplus - Häufig gestellte Fragen - FAQ, Anwendungshinweise vom 31.01.2007,
- Anwendungshinweise zu ProFiskal Nplus: Deaktivierung/Aktivierung von Zahlungspartnern, vom 16.01.2007,
- diverse Profiskal - Handbücher und Online-Hilfen.

Die letztgenannten Hinweise, Hilfen und Anleitungen sind aus Gründen der Praktikabilität und Aktualität nicht in Form von Dienstanweisungen bekannt gemacht worden. Gleichwohl sind darin Regelungen enthalten, die den verbindlichen Charakter von Anweisungen haben (z. B. *Festlegung, dass Rückstellungen erst ab einem Mindestbetrag in Höhe von 5.000 € zu bilden sind – in „Grundsätze - Planung und Bewirtschaftung“ oder Hinweise zu jahresübergreifenden Buchungsvorgängen – in „NKF mit ProFiskal Nplus - Häufig gestellte Fragen - FAQ, Anwendungshinweise“ u. a.*).

Die **Aufgaben im Finanzwesen** werden bei der Kreisverwaltung seit vielen Jahren mit **Unterstützung der automatisierten Datenverarbeitung erledigt**. Die GemHVO knüpft hohe Anforderungen an die automatisierte Datenverarbeitung. Die Buchführung muss den Grundsätzen ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBs), ausgearbeitet von der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV), Eschborn, entsprechen (Anlage zum BMF-Schreiben vom 7. November 1995 IV A 8 - S 0316 - 52/95- BStBl 1995 I S. 738).

Die **elektronische Signatur** ist bei der Kreisverwaltung noch nicht in Gebrauch. Regelungen hierzu sind z. Z. nicht nötig.

Die **Einführung der Software** für das Finanzverfahren „Profiskal Nplus“ wurde vom Prüfungsamt begleitet.

Die **Vergabe der Benutzerrechte** obliegt allein der Kämmerei. Jeder Zugang, jede Änderung ist formularmäßig mit Unterschrift der Amtsleitung an Amt 20 zu richten. Nach Entscheidung werden Umfang und Details der Rechte dem Amt 16 zur technischen Umsetzung durch den Administrator mitgeteilt. Programmintern wird die Authentifizierung des Anwenders über ein eigenes Modul, unabhängig vom Betriebssystem oder Datenbankzugang verwaltet. Damit besteht keine Möglichkeit, sich Buchungsdaten direkt aus der Datenbank anzeigen zu lassen oder diese Daten zu bearbeiten. **Es ist sichergestellt, dass Nutzer nur entsprechend ihrer Berechtigungen Zugriff auf die Daten besitzen.**

Verarbeitete Buchungen können nicht mehr geändert werden. Änderungen erfolgen ausschließlich durch Stornobuchung und ggf. einen neuen Buchungsvorgang. Die Zugriffe werden protokolliert und sind aus dem System jederzeit abrufbar.

Die **Daten werden täglich gesichert** und stehen für die Systemwiederherstellung jederzeit zur Verfügung. Die **Aufbewahrungsfrist** beläuft sich nach § 257 (1) HGB in Verbindung mit 147 (1) Abgabenordnung wie für Handelsbücher auf **10 Jahre**.

Der **Einsatz neuer Module oder Programmversionen** erfolgt nach technischer und fachlicher Freigabe durch den Hersteller sowie der Freigabe durch die Kämmerei. Zusammen mit den entsprechenden Anwenderhandbüchern sind die Module/Programmversionen hinreichend dokumentiert.

Die **Abgrenzung der technischen Anwendung von der fachlichen Sachbearbeitung** ist gewährleistet. Amt 16 sorgt für den störungsfreien Betrieb des Finanzverfahrens sowie die Speicherung und Sicherung der Daten. Die fachliche Sachbearbeitung ist der Kämmerei und dem dezentralen DFM-Anwenderkreis vorbehalten.

Gemäß § 93 Abs. 2 GO wurde am 05.03.2008 je ein **Verantwortlicher** und je ein **Stellvertreter** für die **Finanzbuchhaltung** und für die **Zahlungsabwicklung** bestellt.

Die Kontrolle der Einhaltung aller Leitlinien/Anweisungen erfolgt verwaltungsintern zunächst durch die Vorgesetzten im Rahmen ihrer Dienst- und Fachaufsicht. Als darüber hinausgehende interne Revision fungiert das Prüfungsamt des Kreises, das die sich aus § 103 (1) GO ergebenden gesetzlichen Prüfungsaufgaben

- Jahresabschluss
- Vorgänge der Finanzbuchhaltung einschl. der zur Durchführung eingesetzten Programme
- dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung
- Finanzvorfälle gemäß Landeshaushaltsordnung
- Vergaben

wahrnimmt. Zu den weiteren freiwilligen übertragenen Prüfungsaufgaben nach § 103 (2) GO gehören nach der vom Kreistag beschlossenen Rechnungsprüfungsordnung

- die Prüfung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit
- die Prüfung der Betätigung des Kreises als Gesellschafter o.ä.
- die Prüfung der Vorräte und Vermögensbestände
- die Visakontrolle ausgewählter investiver Auszahlungen
- die Prüfung der Stellenbewertungen
- die Prüfung der Handvorschüsse und Geldannahmestellen.

Fazit: Prüfung – Internes Kontrollsystem

Nach Einschätzung des Prüfungsamtes ist ein den Anforderungen des Handelsgesetzbuches entsprechendes internes Kontrollsystem bei der Kreisverwaltung vorhanden.

7 SCHLUSSBILANZ

7.1 Aktiva

7.1.1 Anlagevermögen

7.1.1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Bilanzposition	
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	
Vorjahreswert	216.109,25 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	1.081.112,68 €
Veränderung	865.003,43 €
davon Abgänge	- 356.137,61 €
davon Zugänge	1.221.141,04 €
Kontrollsumme	865.003,43 €

Der bei dieser Bilanzposition um das fünffache höhere Wert gegenüber dem Vorjahr ist vorwiegend auf die Folgen der Reintegration des ME-Bit in die Verwaltung als Amt 16 zurückzuführen. Die Vermögenswerte und Schulden der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung wurden in die Bilanz des Kreises überführt.

Bis 2009 bestanden die Immateriellen Vermögensgegenstände (iVG) des Kreises vorwiegend aus der Software und den Lizenzen für die Kreisleitstelle. Die in der Verwaltung und den Einrichtungen des Kreises eingesetzte Software und Lizenzen waren bis dahin als Anlagevermögen des ME-Bit bilanziert. Sie sind 2010 in das Anlagevermögen des Kreises übergegangen.

Der geprüfte Jahresabschluss des ME-Bit zum 31.12.2009 weist iVG aus von

insgesamt	705.010,94 €
davon sind geleistete Anzahlungen	-48.001,63 €
es verbleiben	657.006,31 €

Neben den sonstigen Bestandsänderungen wurden die iVG des ME-Bit mit Buchung vom 20.09.2010 in das Anlagevermögen des Kreises übernommen. Die geleisteten Anzahlungen von 48.001,63 € wurden der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Der Wert zum Abschlussstichtag ergibt sich aus folgenden Salden:

DV-Software	253.512,82 €
GWG immaterielle Vermögensgegenstände	97.226,33 €
Lizenzen	1.216.424,23 €
Abschreibungen DV-Software	- 75.086,55 €
Abschreibungen GWG immaterielle Vermögensgegenstände	- 96.632,33 €
Abschreibungen Lizenzen	- 314.331,82 €
Gesamtsumme:	1.081.112,68 €

7.1.1.2 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	
Vorjahreswert	1.752.625,29 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	2.342.074,00 €
Veränderung	589.448,71 €
davon Abgänge	- 12.789,14 €
davon Zugänge	602.237,85 €
Kontrollsumme	589.448,71 €

Der wesentliche Teil der Veränderung ist auf die Aktivierung der Hochwasserschutzanlage am Aprather Mühlenteich mit einem Wert von 584.188,55 € zurückzuführen. Die Hochwasserschutzanlage wurde in 2010 fertig gestellt und unter Grünflächen aktiviert. Weiterhin wurden EB-Korrekturen von 1.107 € (Zugänge: 1.601 €, Abgänge: 494 €) durchgeführt.

7.1.1.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Bilanzposition	
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	
Vorjahreswert	152.304.099,43 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	150.094.266,43 €
Veränderung	- 2.209.833,00 €
davon Abgänge	- 2.300.397,60 €
davon Zugänge	90.564,60 €
Kontrollsumme	- 2.209.833,00 €

Bei den Zugängen handelt es sich um Aktivierungen von Anlagevermögen im Bereich der Schulen (Sonnenschutz: 80.612,08 €) und im Bereich der Kindertageseinrichtungen (Fertiggarage: 8.448,43 €). Die bebauten Grundstücke des Kreises stellen sich wie folgt dar:

1.2.2.1	1.2.2.2	1.2.2.3	1.2.2.4
Kinder- und Jugend- einrichtungen	Schulen	Wohnbauten	Sonstige Gebäude
KiGa, Leipziger Weg 8, Langenfeld	Berufskolleg Holterhöfchen 34, Hilden	Kreiseigene Liegenschaft Kasernenstr. 69, Düsseldorf	VG I Düsseldorfer Str. 26, Mettmann
KiGa, Scheifenkamp 8, Ratingen	Berufskolleg Neandertal Koeneckestr. 34, Mettmann	Hausmeisterhaus FS Virneburg, Langenfeld	EDV-Gebäude, Düsseldorfer Str.26 , Mettmann
Behindertenheim, Eckkampstr. 19, Ratingen	Berufskolleg Neandertal, Erweiterungsbau	Kreiseigene Liegenschaft Bismarckstr. 48, Mettmann	VG II Goethestr. 23, Mettmann
Außenwohngruppe Dieselstr. 7, Ratingen	Berufskolleg Neandertal, Werkstatt	Goldberger Str. , Mettmann (ehem.Landwirtschaftskammer)	VG IV Düsseldorfer Str. 47, Mettmann
Außenwohngruppe, Peter- Kraft-Str. 63, Ratingen	Berufskolleg Neandertal, Turnhalle	Hausmeisterhaus Berufskolleg Neandertal	Kreisbauhof Südring 9-13, Mettmann
KiGa Steeger Str. 3, Velbert	Sporthalle Am Bandsbusch, Hilden (Eigentümer Kreis ME und Stadt Hilden)	Südring 9-13, Mettmann (Wohnhäuser Kreisbauhof)	Steinzeitwerkstatt, Thekhauser Quall, Erkrath
	Förderschule Virneburg 17-19, Langenfeld	Scheifenkamp 10, Ratingen	
	Sprachbehindertenschule Peckhauser Str. 20, Mettmann	Hausmeisterhaus Förderschule Velbert	
	Helen-Keller-Schule Scheifenkamp 10, Ratingen	Offerstr. 38, Velbert	
	Berufskolleg Langenberger Str. 120, Velbert	Hausmeisterhaus Berufskolleg Velbert	
	Förderschule Am Thekbusch 2a, Velbert		
	Förderschule Hans-Böckler Str. 27, Velbert		
	Turnhalle Fontanestr. 9, Velbert		
Summe Gebäudewerte	Summe Gebäudewerte	Summe Gebäudewerte	Summe Gebäudewerte
4.865.753,00 €	67.770.793,00 €	13.084.249,00 €	18.657.930,00 €
Summe Bodenwerte	Summe Bodenwerte	Summe Bodenwerte	Summe Bodenwerte
556.276,00 €	11.710.744,43 €	21.688.431,00 €	11.760.090,00 €
Gesamtwert	Gesamtwert	Gesamtwert	Gesamtwert
5.422.029,00 €	79.481.537,43 €	34.772.680,00 €	30.418.020,00 €
Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte: 150.094.266,43 €			

7.1.1.4 Infrastrukturvermögen

Bilanzposition	
1.2.3 Infrastrukturvermögen	
Vorjahreswert	68.336.296,63 €
Ergebnis lt. Jahresabschlusses	65.794.052,61 €
Veränderung	-2.542.244,02 €
davon Abgänge	-2.961.285,60 €
davon Zugänge	419.041,58 €
Kontrollsumme	-2.542.244,02 €

Der Wert der Bilanzposition setzt sich wie folgt zusammen:

	Ergebnis lt. JA [€]	Vorjahreswert [€]	Zu- /Abgänge [€]
Grund u. Boden d. Infrastrukturvermögens	12.410.501,94	12.978.860,63	-568.358,69
Brücken und Tunnel	6.440.459,00	6.605.328,00	-164.869,00
Entwässerungsanlagen	2.545.891,00	2.608.691,00	-62.800,00
Straßennetz	42.309.926,67	43.811.296,00	-1.501.369,33
Sonstige Bauten d. Infrastrukturvermögens	2.087.274,00	2.332.121,00	-244.847,00
Gesamtsummen:	65.794.052,61	68.336.296,63	-2.542.244,02

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz wurden Differenzen zwischen den in der Anlagenbuchhaltung und den aufgemessenen Flächen festgestellt. Die Überprüfung der Bilanzposition wurde vom Liegenschaftsamt in 2010 abgeschlossen. Dabei wurde festgestellt, dass die weiteren Differenzen nur im Aufmaß des Straßenbegleitgrüns und der Böschungen liegen können. Die für das Straßenbegleitgrün und die Böschungen im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildeten Festwerte wurden somit korrigiert (siehe Straßennetz). Insgesamt wurde der Pauschalwert in Höhe von **532.880,95 €** vollständig **gegen Eigenkapital ausgebucht**. Weiterhin wurde eine **EB-Korrektur von -44.346 €** (Zugänge: 10.809 €, Abgänge 55.155 €) vorgenommen und weitere Zugangs- und Abgangsbuchungen, die unterm Stich zu einer **Wertsteigerung von 8.868,26 €** geführt haben.

Brücken und Tunnel

Die Zu-/Abgänge in Höhe von 164.869 € setzen sich wie folgt zusammen:

Zu-/Abgänge	Erläuterung
-163.030,48 €	Abschreibungen
6.491,98 €	Zugang AV (Neubau von 2 Brücken im Bereich Naherholung)
-10.106,69 €	Abgang AV (Abriss von 2 Brücken im Bereich Naherholung)
1.776,19 €	kummulierte Abschreibungen
-164.869,00 €	

Entwässerungsanlagen

Bestandsänderungen haben sich im Jahr 2010 nicht ergeben, so dass der Ansatz des Vorjahres nur um die Abschreibungen reduziert wurde.

Straßennetz

Bestandsänderungen haben sich im Jahr 2010 nicht ergeben, so dass der Ansatz des Vorjahres nur um die Abschreibungen (1.424.893 €) reduziert wurde.

Aufgrund der abschließenden Überprüfung der Bilanzposition Grund und Boden des Infrastrukturvermögens musste eine **Korrektur der im Rahmen der Eröffnungsbilanz** ermittelten Festwerte für die Böschungen und das Straßenbegleitgrün um **109.213,38 €** durchgeführt werden.

Der Festwert für die Böschungen (645.953,12 €) wurde um -36.071,88 € und der für das Straßenbegleitgrün (2.194.853,50 €) um -73.141,50 € korrigiert.

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Im Rahmen der Prüfung der Eröffnungsbilanz wurde festgestellt, dass die Erfassung der Lärmschutzwände und Stützmauern teilweise fehlerhaft war. Die Überprüfung der Bewertung der Lärmschutzwände und Stützmauern wurde vom Liegenschaftsamt in 2010 abgeschlossen. Die Überprüfung ergab Wertsteigerungen in Höhe von 283.827,13 €, sowie Wertminderungen in Höhe von -517.080,01 € und kumulierte Abschreibungen von 49.543,14 €, so dass sich hieraus insgesamt eine Wertkorrektur der Eröffnungsbilanz von -183.709,74 € ergibt.

Wesentliche Bestandsänderungen haben sich im Jahr 2010 nicht ergeben so dass der Ansatz des Vorjahres um die Abschreibungen (-61.137,24 €) reduziert wurde.

7.1.1.5 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Bilanzposition	
1.2.6 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge	
Vorjahreswert	1.682.250,00 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	4.426.793,29 €
Veränderung	2.744.543,29 €
davon Abgänge	- 564.531,16 €
davon Zugänge	3.309.074,45 €
Kontrollsumme	2.744.543,29 €

Der Bilanzwert gegenüber dem Vorjahr ist um rd. 2,7 Mio. € angestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass durch die Reintegration des ME-Bit in die Verwaltung (Produkt 01.16.01 – Informationstechnik, Telefonzentrale) Sachanlagen mit einem Wert von rd. 1,63 Mio. € zugeführt worden sind.

Die Bilanzkonten weisen folgende Salden aus:

Sachkonto		Ergebnis lt. JA [€]	Vorjahreswert [€]
071100	Maschinen, techn. Anlagen, Betriebsvorrichtungen	3.369.454,17	1.470.981,64
071101	Wertberichtig. Maschinen, techn. Anlagen, Betriebsvorr.	-796.493,91	-590.485,64
071200	Fahrzeuge	1.364.007,44	1.303.307,54
071201	Wertberichtigung Fahrzeuge	-622.686,41	-501.835,54
071300	Leitungsnetze	1.251.364,69	0,00
071301	Wertberichtigung Leitungsnetze	-139.131,69	0,00
071800	GWG Maschinen, techn. Anlagen, Fahrzeuge	13.710,47	13.713,47
071801	Wertberich. GWG Masch., techn. Anlagen, Fahrzeuge	-13.431,47	-13.431,47
	Gesamtergebnis	4.426.793,29	1.682.250,00

7.1.1.6 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Bilanzposition	
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	
Vorjahreswert	5.194.633,19 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	5.718.147,17 €
Veränderung	523.513,98 €
davon Abgänge	- 1.518.586,18 €
davon Zugänge	2.042.100,16 €
Kontrollsumme	523.513,98 €

Die Wertveränderungen dieser Bilanzposition gegenüber dem Vorjahr hängen im Wesentlichen mit der Übertragung des Anlagevermögens des ME-BIT auf den Kreis zusammen. Aus seinem Bestand wurden 590.661,90 € in die Bilanz des Kreises übernommen. Von den insgesamt rd. 5,72 Mio. € (wertberichtigt) sind nach Abschluss rd. 1,15 Mio. € dem Amt 16 zuzuordnen.

Sonstige nennenswerte Zugänge waren Investitionen für die Schulen über 158.674,02 €, zur Verkehrssicherheit über 133.803,08 € und Servertechnik über 144.543,35 €.

Die Salden der Bilanzkonten ergeben im Vergleich zum Vorjahr folgendes Bild:

	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert
Betriebs- und Geschäftsausstattung	8.689.769,18 €	7.229.999,30 €
GWG Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.111.875,08 €	3.637.127,15 €
Wertberichtigung Betriebs- und Geschäftsausstattung	-3.028.403,19 €	-2.089.709,19 €
Wertberichtigung GWG Betriebs- u. Geschäftsausstattung	-4.055.093,90 €	-3.582.784,07 €
Gesamtergebnis	5.718.147,17 €	5.194.633,19 €

7.1.1.7 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Bilanzposition	
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	
Vorjahreswert	23.839.505,05 €
Ergebnis lt. Jahresabschlusses	25.735.202,15 €
Veränderung	1.895.697,10 €
davon Abgänge	-1.943.252,10 €
davon Zugänge	3.838.949,20 €
Kontrollsumme	1.895.697,10 €

Der Endbestand zum 31.12.2010 gliedert sich laut Anlagenspiegel nach Sachkonten wie folgt auf:

Sachkonten	Vorjahreswert [€]	Zugänge [€]	Aktivierungen/ Umbuchungen [€]	Ergebnis lt. JA [€]
091200-Anlagen im Bau	18.198.299,12	2.769.894,62	-1.592.397,18	19.375.796,56
091212-A.i.B. Aufb. *, Betr.** Grünfl.	7.130,48	0,00		7.130,48
091312-A.i.B. Aufb., Betr. Kindereinr.	10.852,44	0,00	-10.852,44	0,00
091322-A.i.B. Aufb., Betr. Schulen	4.992.692,08	60.427,98	-131.891,64	4.921.228,42
091332-A.i.B. Aufb., Betr. Wohnbauten	2.809,95		-2.809,95	0,00
091342-A.i.B. Aufb., Betr. s. Dienstgeb.	0,00		2.809,95	2.809,95
091451-A.i.B. Straßennetz	169.232,22	783.558,12	-32.737,00	920.053,34
091452-A.i.B. Betriebsv. Straßennetz	22.294,44	0,00		22.294,44
091711-A.i.B. Maschinen, techn. Anl.	346.658,72	225.068,48	-85.838,24	485.888,96
091811-A.i.B. BGA	89.535,60		-89.535,60	0,00
	23.839.505,05	3.838.949,20	-1.943.252,10	25.735.202,15
		1.895.697,10		

* Aufbauten, ** Betriebsvorrichtungen

Rund 85 % der Zugänge in Höhe von 3,8 Mio. € betrafen folgende Maßnahmen:

Zugänge Anlagen im Bau	
943.697,58 €	Neubau FS Langenfeld
783.558,12 €	Naturradweg Niederbergbahn
766.194,02 €	Neubau K 20n
367.362,09 €	Erneuerung Brücke Dieker Straße
212.181,30 €	FS Ratingen Hausmeister-Haus
84.020,26 €	FS Velbert Thekbusch Wasseraufbereitung
71.979,28 €	Vollausbau K30 Langenberg
60.427,98 €	Sporthalle BK Neandertal
53.550,00 €	VG I Neubau Inv. Kennz. Raumorg., Machbarkeitsstudie
3.289.420,63 €	

7.1.1.8 Finanzanlagen

Bilanzposition	
1.3 Finanzanlagen	
Vorjahreswert	107.211.333,60 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	84.719.595,28 €
Veränderung	- 22.491.738,32 €
davon Abgänge	- 22.502.042,72 €
davon Zugänge	10.304,40 €
Kontrollsumme	- 22.491.738,32 €

Die Bilanzposition 1.3 Finanzanlagen gliedert sich in folgende Positionen:

Bilanzposition	Ergebnis lt. JA [€]	Vorjahreswert [€]	Zu-/Abgänge [€]
1.3.1 Anteile an verb. Unternehmen	79.319.861,14	85.716.530,57	-6.396.669,43
1.3.2 Beteiligungen	4.602.470,20	4.602.470,20	0,00
1.3.3 Sondervermögen	0,00	1.311.356,00	-1.311.356,00
1.3.4 Wertpapiere d. Anlagevermögens	211.198,88	13.980.132,82	-13.768.933,94
1.3.5 Ausleihungen	586.065,06	1.600.844,01	-1.014.778,95
Gesamtwert:	84.719.595,28	107.211.333,60	-22.491.738,32

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen (79.319.861,14 €)

	Anteil Kreis	Wert lt. JA [€]	Vorjahreswert [€]
Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH	100%	66.025.220,07	72.266.729,50
WfB Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH	100%	13.261.273,76	13.261.273,76
Beschäftigungsgesellschaft mbH	54,55%	5.413,00	160.573,00
Fachseminar für Altenpflege GmbH	100%	27.954,31	27.954,31
Gesamtwert:		79.319.861,14	85.716.530,57

Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH

Gegenstand des Unternehmens ist der öffentliche Personennahverkehr im Kreis Mettmann. Das Unternehmen ist durch einen Bestand von 998.329 in direktem Besitz gehaltenen RWE-Aktien gekennzeichnet. Daneben hält die Gesellschaft über eine Beteiligung an der RWE-Holding AG indirekt weitere 111.540 Aktien der RWE AG. Die Dividendenausschüttungen werden zur Abdeckung der Verluste aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) verwandt.

Für die Eröffnungsbilanz des Kreises Mettmann wurde eine Bewertung nach dem Substanzwertverfahren durchgeführt, der u.a. der niedrigste Kurswert der letzten 3 Monate vor dem Eröffnungsbilanzstichtag (75,33 €) zugrunde lag. Zum Abschlussstichtag 31.12.2010 wurde für die RWE-Stammaktie ein Schlusskurs in Höhe von 49,89 € festgestellt. Hinsichtlich des Kurses hat die Kämmererei einen Mittelwert aus den Kurs-Werten zum jeweiligen Stichtag 31.12. der Jahre 2007-2010 und einem errechneten Wert für die Zukunftsprognose gebildet. Der Kurs der Zukunftsprognose wurde ermittelt durch die Addition des Eröffnungsbilanzwertes 75,33 € und des aktuellen Wertes der Bilanzpressekonferenz am 24.02.2011 von 49,39 € = Mittelwert 62,36 €. Auf Basis dieser Werte wurde ein Mittelwert von 61,40 € errechnet und für den Bilanzansatz für die Anteile der KVGM zum 31.12.2010 entsprechend dem Substanzwertverfahren festgelegt. **Der Bilanzwert beträgt danach 66.025.220,07 €.**

Die außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 6.241.509,93 € wurde gemäß § 35 Abs. 5 GemHVO im Anhang erläutert.

WfB Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

Im Geschäftsjahr 2010 wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 736.148,25 € erreicht. Es liegen keine Hinweise auf eine dauerhafte Wertminderung vor, so dass der Wert des Vorjahrs unverändert mit 13.261.273,76 € übernommen wurde.

Beschäftigungsgesellschaft mbH

Der vorläufige Jahresabschluss 2010 der Beschäftigungsgesellschaft weist einen Jahresfehlbetrag in Höhe von – 259.414,84 € aus. Der Wertansatz der Beschäftigungsgesellschaft wurde daher entsprechend der Höhe des Kreisanteils gemindert von 160.573,00 € auf nunmehr 5.413 €.

Beschäftigungsgesellschaft mbH 31.12.2010	
Gezeichnetes Kapital	56.242,11 €
Gewinnrücklage	213.095,32 €
Jahresfehlbetrag 2010	-259.414,84 €
Wert der Gesellschaft 31.12.2010	9.922,59 €
Anteil Kreis 54,55 %	5.412,77 € = 5.413 €

Fachseminar für Altenpflege GmbH

Aufgrund einer Verlustausgleichsverpflichtung des Kreises ist der Wert der Gesellschaft in 2010 gegenüber dem Vorjahr mit 27.954,31 € unverändert geblieben.

1.3.2 Beteiligungen (4.602.470,20 €)

Beteiligungen	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert
Stiftung Neandertalmuseum	3.260.747,88 €	3.260.747,88 €
Regiobahn mbH	555.625,83 €	555.625,83 €
KDM mbH	464.519,87 €	464.519,87 €
Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH	264.911,62 €	264.911,62 €
ZV Wildgehege Neandertal	56.665,00 €	56.665,00 €
Gesamtwert:	4.602.470,20 €	4.602.470,20 €

Gemäß § 55 Abs. 6 GemHVO wird weiterhin bei der rechtlich selbständigen Stiftung „Neandertalmuseum“ der anteilige Wert des „Eigenkapitals“ in Höhe von 3.260.747,88 € in der Bilanz angesetzt.

Da zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2010 und auch zum Zeitpunkt der Prüfung im August 2011 kein geprüfter Jahresabschluss 31.12.2009 des Zweckverbandes Wildgehege vorlag, können keine Aussagen zum Wert der Beteiligung ermittelt nach der Eigenkapitalspiegelwert-Methode gemacht werden. Der Zweckverband Wildgehege wurde zum 01.01.2011 aufgelöst, so dass eine evtl. Wertberichtigung nicht mehr relevant wird.

1.3.3 Sondervermögen (0 €)

Sondervermögen des Kreises war bis zur Auflösung zum 01.01.2010 nur in Form der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung ME-Bit (Informationstechnologie) vorhanden. Durch die Reintegration von Me-Bit in die Verwaltung reduziert sich der Wert des Sondervermögens von 1.311.356 € auf 0 €.

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens (211.198,88 €)

Die Bilanzposition beinhaltet 2010 folgende Wertpapiere:

Wertpapiere	Fälligkeit	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert
Pensionsfond I	März 2010	-	12.060.189,80 €
Pensionsfond II	März 2010	-	1.021.313,32 €
Sparbrief	September 2010	-	687.430,82 €
erbrechtliche Zuwendungen	April 2012	211.198,88 €	211.198,88 €
Gesamtwert:		211.198,88 €	13.980.132,82 €

Die Wertpapiere wurden zu den o.g. Terminen fällig und sind aufgrund des andauernden niedrigen Zinsniveaus nicht wieder in 2010 angelegt worden (- 13.768.933,94 €).

1.3.5 Ausleihungen (586.065,06 €)

1.3.5.3 Ausleihungen an Sondervermögen

ME-Bit wurden in 2003 durch Beschlussfassung des Kreistages materielle und immaterielle Vermögensgegenstände in Form von Gesellschaftsdarlehen übertragen. Mit der Auflösung des ME-Bit zum 01.01.2010 entfällt somit das Gesellschafterdarlehen.

1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen

Unter den „sonstigen Ausleihungen“ müssen langfristige Forderungen der Gemeinde, die nicht den spezielleren Bilanzposten zuzuordnen sind, angesetzt werden.

Der Wert der Sonstigen Ausleihungen setzt sich wie folgt zusammen:

	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert	Zu-/Abgänge
Mettmanner Bauverein	16.200,00 €	16.200,00 €	0,00 €
Gehalts- und PKW Zuschüsse	32.142,00 €	43.275,00 €	-11.133,00 €
Kreisbedienstetendarlehen	38.154,65 €	49.280,54 €	-11.125,89 €
Arbeitgeberbaudarlehen	0,00 €	1.999,00 €	-1.999,00 €
Lokalradio Betriebsgesellschaft mbH u. Co KG	55.220,36 €	31.817,99 €	23.402,37 €
Verband d. kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	12.827,00 €	12.827,00 €	0,00 €
ZV VRR	420.361,13 €	420.361,13 €	0,00 €
d-NRW Public Konsortium GbR	8.034,92 €	0,00 €	8.034,92 €
KDN-Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister	3.125,00 €	0,00 €	3.125,00 €
Gesamt:	586.065,06 €	575.760,66 €	10.304,40 €

Die Differenzen bei den Gehalts- und PKW Zuschüssen sowie Darlehen an die Mitarbeiter ergeben sich aufgrund von Zugängen und Tilgungen im Jahr 2010.

Der Wert der Lokalradio Betriebsgesellschaft mbH u. Co KG erhöht sich um 23.402,37 € aufgrund von Nachbuchungen von Zinsen und Beteiligungserträgen der letzten 3 Jahre.

Durch die Auflösung von ME-Bit gingen die Anteile d-NRW Public Konsortium GbR (0,65 %) und KDN- Dachverband Kommunaler Dienstleister (7,69 %) auf den Kreis Mettmann über und wurden entsprechend mit dem Wert der Anschaffungskosten bilanziert.

7.1.2 Umlaufvermögen

7.1.2.1 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bilanzposition	
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
Vorjahreswert	24.551.402,76 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	22.612.384,47 €
Veränderung	- 1.939.018,29 €
davon Abgänge	- 403.519.844.221,07 €
davon Zugänge	403.517.905.202,78 €
Kontrollsumme	- 1.939.018,29 €

Die Abgänge gegenüber dem Vorjahr stellen sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Abgänge gegenüber dem Vorjahr	
Forderungen aus Transferleistungen	2,58 Mio. €
Privatrechtliche Forderungen gegen Sondervermögen	0,37 Mio. €
Sonstige Vermögensgegenstände	0,48 Mio. €

Grundlage für die Reduzierung der Forderungen aus Transferleistungen ist der erstmalige Erlass aller uneinbringlichen Forderungen die bereits älter als 10 Jahre sind.

Lt. Beschluss des Kreistages wurde der bisher selbständige Eigenbetrieb ME-BIT als Amt 16 wieder in den Kreis eingegliedert. Dadurch entfällt die offene Tilgung für das Gesellschafterdarlehen in Höhe von 376 T€.

Zur Überprüfung der Vollständigkeit wurden mit dem Auswertungsmodul der DOGRO - Finanzbuchhaltung Saldenlisten der Sachkontengruppen -16 öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen- und -17 privatrechtliche Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände-, und den dazu gehörigen Wertberichtigungskonten der Kontengruppen 21 und 22 generiert. Die folgende Gegenüberstellung zeigt die Übereinstimmung der Salden.

Gegenüberstellung	Ergebnis lt. JA
Kontengruppe 16 u. 17	28.107.237,55 €
./. Wertberichtigung Kontengruppe 21 und 22	-5.494.853,08 €
Zwischensumme	22.612.384,47 €
Summe Bilanz JA	22.612.384,47 €
Differenzsumme	0,00 €

Die Kontengruppen 16 und 17 bestehen aus folgenden Sachkonten:

Sachkonto	Bezeichnung	Betrag	Wertberichtigung	Saldo
162100	Öff.-rechtliche Gebührenforderungen	1.800.152,91 €	598.044,41 €	1.202.108,50 €
163100	Öff.-rechtliche Beitragsforderungen	233,09 €		233,09 €
164100	Öff.-rechtliche Steuerforderungen	941,00 €		941,00 €
165100	Öff.-rechtliche Forderungen a. Transferleist.	7.627.884,73 €	4.700.706,84 €	2.927.177,89 €
165101	Ford. aus Transferleistungen ka Städte	4.442.627,38 €		4.442.627,38 €
165102	Forderungen aus Transferleistungen	3.718.146,92 €		3.718.146,92 €
169100	Sonst. öff.-rechtl. Forderungen	2.927.219,80 €	161.101,83 €	2.766.117,97 €
169101	Forderungen öff.-rechtl. durchlfd.	1.894,66 €		1.894,66 €
169102	Sonst. öff.-rechtl. Forderungen	6.033.335,00 €	35.000,00 €	5.998.335,00 €
172100	Privatrechtl. Forderungen g. priv. Bereich	301.793,29 €		301.793,29 €
173100	Privatrechtl. Forderungen g. öff. Bereich	679.130,80 €		679.130,80 €
173101	Korrekturkonto privatr. Ford. öff. Ber.	0,00 €		0,00 €
174100	Privatrechtl. Forderungen g. verb. Untern.	167,66 €		167,66 €
175100	Privatrechtl Forder. gegen Beteiligungen	0,00 €		0,00 €
176100	Forderungen ME-BIT	0,00 €		0,00 €
176101	Durchlaufende Forderungen	390.321,79 €		390.321,79 €
176100	Mitbuchkonto ZP Debitor	-11.481,34 €		-11.481,34 €
178000	Sonstige Vermögensgegenstände	191.289,04 €		191.289,04 €
179200	Forderungen gegen Beschäftigte	3.566,00 €		3.566,00 €
179201	Forderung aus Gehaltsabrechnung (alt)	14,82 €		14,82 €
Gesamt:		28.107.237,55 €	5.494.853,08 €	22.612.384,47 €

Die Summe der Sachkonten stimmt unter Berücksichtigung der durchgeführten Wertberichtigung mit der in der Schlussbilanz ausgewiesenen Summe überein.

Die Wertberichtigungskontengruppen 21 und 22 bestehen aus folgenden Einzelsachkonten:

Kontonummer	Bezeichnung	Betrag 2010	Betrag 2009
211000	EWB zu öff.-rechtl. Forderungen aus Gebühren	383.044,41 €	1.130.842,00 €
215000	EWB sonstige öff.-rechtl. Forderungen	161.101,83 €	184.090,00 €
221000	PWB zu öff.-rechtl. Forderungen aus Gebühren	215.000,00 €	215.000,00 €
224000	PWB zu öff.-rechtl. Forderungen Transferleistungen	4.700.706,84 €	6.819.608,00 €
225000	PWB sonstige öff.-rechtl. Forderungen	35.000,00 €	35.000,00 €
Gesamt:		5.494.853,08 €	8.384.540,00 €

Bei den Transferleistungen wurden 4,7 Mio. € (VJ 6,8 Mio. €) pauschal wertberichtigt. Die pauschale Wertberichtigung bei den Forderungen aus Gebühren und sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen liegt unverändert bei 215.000 €. Die Einzelwertberichtigungen wurden entsprechend dem Bestand der niedergeschlagenen Forderungen in Höhe von rd. 0,55 Mio. € vorgenommen.

Die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr (1,3 Mio. €) belaufen sich auf 0,75 Mio. €. Der Bestand der niedergeschlagenen Forderungen wird in Form einer EXCEL-Tabelle nachgewiesen. Bei einem Abgleich der Sachkonten mit den bilanzierten Forderungen ist zu beachten, dass die Gesamtsumme der offenen Forderungen die vom Verfahren PROFISKAL erzeugt wurden um die manuell ausgeführten Buchungen und Korrekturbuchungen ergänzt werden muss, da diese Buchungen nicht in der Summe der vom Verfahren erzeugten bilanzierten Forderungen enthalten sind.

Es handelt sich um folgende Buchungen:

Kontonummer	Bezeichnung	Betrag
165101	Forder. aus Transferleistungen ka Städte	4.442.627,38 €
165102	Forder. aus Transferleistungen	3.718.146,92 €
169101	sonst. öff.-rechtl. Forderungen	2.927.219,80 €
169102	sonst. öff.-rechtl. Forderungen	6.033.335,00 €
172101	Korrekturkonto z. 172100	0,00 €
178000	sonstige Forderungen	191.289,07 €
179100	Vorsteuer	3.566,00 €
179200	Forderungen gegen Beschäftigte	2.994,63 €
179201	Forderungen aus Gehaltsabrechnungen (alt)	14,82 €
Summe		17.319.193,62 €

Um eine Plausibilitätskontrolle der Forderungen durchzuführen wurden die Sachkonten aus der Vorjahrestabelle manuell überprüft und alle festgestellten Forderungen über 100.000 € in die folgende Tabelle übernommen.

Forderungen 31.12.2010 alle Sachkonten über 100.000 €

Sachkonto	Bezeichnung	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert
656210	Mahn- und Pfändungsgebühren	141.167 €	141.273 €
656100	Bußgelder	776.230 €	812.302 €
656101	Bußgelder Geschwindigkeit/Rotlicht	260.302 €	272.722 €
656102	Bußgelder allgem. Ordnungswidrigkeiten	492.319 €	415.622 €
656100	Bußgelder Prod. 02.03.02	146.128 €	124.204 €
656102	Bußgelder allgem. Prod. 02.03.02	134.867 €	149.986 €
631100	Verwaltungsgebühren Verkehrssicherheit	181.529 €	178.380 €
631100	Verw.geb Fahr- u. Beförderungserlaubn.	0 €	91.451 €
631100	Verwaltungsgebühren Zulassung	0 €	104.684 €
631100	Verwaltungsgebühren Halterpflichten	1.162.118 €	1.144.953 €
621100	Kostenbeitrag Prod. 05.02.01	153.287 €	183.720 €
621100	Kostenbeitrag Prod. 05.02.05	131.408 €	106.925 €
621110	Ansprüche gegen Unterhaltspf. aE	3.418.465 €	5.672.604 €
621130	Erstattung Hilfen aE	476.481 €	233.913 €
622110	Ansprüche gegen Unterhaltspf. iE	0 €	82.199 €
622120	Rückzahlung Hilfen iE	0 €	117.273 €
648251	Erstattung LVR Pflegekosten	0 €	0 €
614003	Bundeszweisung PK Kompetenzagentur	894.550 €	922.973 €
614004	Bundeszweisung SK Kompetenzagentur	152.072 €	183.420 €
642150	Einzahlung aus Altpapierverkäufen	263.554 €	309.757 €
681100	Investitionszuweisung vom Land K20n	314.000 €	449.400 €
681100	Investitionszuweisung vom Land	133.400 €	233.400 €
661700	Festgeldzinsen von Banken	0 €	0 €
Gesamt:		9.231.877 €	11.931.161 €
Zuzüglich manuelle Buchungen		17.319.193 €	18.197.294 €
Zwischensumme		26.551.070 €	30.128.455 €
Summe Bilanz vor Wertberichtigung		28.107.238 €	32.935.942 €
Anteil dargestellter Forderungen		94,46 %	91,48 %

Die restlichen 5,54 % setzen sich aus Kleinbeträgen verteilt auf zahlreiche Sachkonten unter 100.000 € zusammen.

In den vergangenen Jahren wurde unter Unregelmäßigkeiten und Verstöße immer darauf hingewiesen, dass das Finanzverfahren der Firma DOGRO nicht die Möglichkeit bietet, eine Offene-Posten-Liste zu erzeugen. Da mit der Einführung des neuen Finanzverfahrens der Firma Agresso ab 2012 dieser Mangel behoben sein wird, wird dieser Punkt in den Prüfberichten der Jahresabschlüsse 2010 und 2011 nicht mehr als Unregelmäßigkeit aufgeführt.

7.1.2.2 Liquide Mittel

Bilanzposition	
2.4 Liquide Mittel	
Vorjahreswert	50.254.279,55 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	83.873.561,78 €
Veränderung	33.619.282,23 €
davon Abgänge	- 407.350.620.942,87 €
davon Zugänge	407.384.240.225,10 €
Kontrollsumme	33.619.282,23 €

* Die extrem hohen Beträge bei den Zu- und Abgängen sind dadurch entstanden, dass systembedingt alle Buchungen erfasst werden, einschließlich der täglichen Zahlwegumbuchungen sowie der fehlerhaften Buchungen die erkannt und berichtigt worden sind. Vom System werden diese Buchungen sowohl im Soll wie auch im Haben summiert. Da diese Buchungen sich jedoch in der Summe aufheben, wird nur die Fortschreibung im Soll und Haben erhöht. Der buchmäßige Kassenbestand ist in der Höhe richtig ausgewiesen.

Die Bestände der liquiden Mittel haben sich wie folgt entwickelt:

	Bestand lt. JA	Vorjahresbestand
Tages- und Festgelder	83.540.356 €	49.707.089 €
Girokonten	121.150 €	301.019 €
Vorschüsse/Fremde Mittel	212.056 €	246.171 €
	83.873.562 €	50.254.279 €

In der Erhöhung des Bilanzansatzes von ca. 30 Mio. € sind rd. 13 Mio. € enthalten, die bisher in Form von Sparkassenbriefen unter der Bilanzposition 1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens verbucht waren. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wurde auf die Anlage über einen längeren Zeitraum verzichtet.

Die Abstimmung der Saldenbestätigungen der Banken und Sparkassen mit den Beständen im Jahresabschluss ergab eine Übereinstimmung, wie aus der folgenden Aufstellung zu ersehen ist.

Aufstellung Kreiskasse eigene Mittel	83.757.100,56 €
Aufstellung Kreiskasse fremde Mittel	116.461,22 €
	83.873.561,78 €

Den liquiden Mitteln stehen Ausgabenermächtigungen in Höhe von rd. 29,5 Mio. € gegenüber, die für noch nicht umgesetzte bzw. abgerechnete Maßnahmen des abgelaufenen Jahres gebildet wurden.

7.1.3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bilanzposition	
3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	
Vorjahreswert	12.890.320,80 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	13.265.182,85 €
Veränderung	374.862,05 €
davon Abgänge	- 51.174.298,60 €
davon Zugänge	51.549.160,65 €
Kontrollsumme	374.862,05 €

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten (aRAP) werden gebildet, wenn Auszahlungen bereits geleistet wurden, aber erst im folgenden Jahr der Aufwand entsteht. Die 2009 ausgewiesenen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden im Jahr 2010 ordnungsgemäß ganz oder teilweise aufgelöst und ggf. neu gebildet.

Folgende aRAP über 200.000 € wurden bebucht.

	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert
aRAP Beamtenbesoldung, RVK	1.520.712,11 €	1.527.779,37 €
aRAP Sozialhilfe	11.712.666,93 €	11.287.359,39 €

Die größte Veränderung gegenüber dem Vorjahr liegt im Bereich der Sozialhilfe. Hier wurde die Bilanzposition um 425.307,54 € erhöht. Es handelt sich um die kommunalen SGB II Leistungen und die SGB XII Leistungen, welche Ende Dezember ausgezahlt werden, jedoch erst Aufwand im Januar darstellen.

7.2 Passiva

7.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital setzt sich aus den Rücklagen und dem Jahresergebnis wie folgt zusammen:

	lt. Jahresabschluss	Vorjahresergebnis
Eigenkapital	194.127.969,95 €	196.767.892,10 €
Allgemeine Rücklage	191.382.664,43 €	190.312.392,16 €
Sonderrücklage	3.260.748,00 €	3.260.748,00 €
Ausgleichsrücklage	1,00 €	1,00 €
Jahresfehlbetrag Kreishaushalt	-272.921,18 €	3.226.955,31 €
Jahresfehlbetrag fremde Haushalte	-242.522,30 €	-32.204,37 €

7.2.1.1 Allgemeine Rücklage

Ihre Höhe errechnet sich aus der Differenz zwischen den Aktivposten der Bilanz und allen übrigen Passivposten:

	lt. Jahresabschluss	Vorjahresergebnis
Allgemeine Rücklage	191.382.664,43 €	190.312.392,16 €
Summe Aktivposten:	460.038.544,03 €	448.532.603,76 €
minus Passivposten:		
Sonderrücklage	- 3.260.748,00 €	- 3.260.748,00 €
Ausgleichsrücklage	- 1,00 €	- 1,00 €
Jahresfehlbetrag Kreishaushalt	272.921,18 €	- 3.226.955,31 €
Jahresfehlbetrag fremde Haushalte	242.522,30 €	32.204,37 €
Sonderposten	- 59.013.787,47 €	- 58.978.851,44 €
Rückstellungen	- 169.423.891,41 €	- 166.689.378,36 €
Verbindlichkeiten	- 24.802.971,67 €	- 26.080.318,89 €
Passive Rechnungsabgrenzung	- 12.669.923,53 €	- 16.162,97 €

Die allgemeine Rücklage setzt sich wie folgt zusammen:

	lt. Jahresabschluss	Vorjahresergebnis
Allgemeine Rücklage	191.382.664,43 €	190.312.392,16 €
davon		
<i>Mittel ohne Bindung</i>	188.351.520,51 €	184.707.401,62 €
<i>Erbrechtliche Zuwendungen</i>	243.333,92 €	242.679,54 €
<i>Zweckgebundene Deckungsrücklage</i>	2.787.810,00 €	5.362.311,00 €

Erbrechtliche Zuwendungen

Es handelt sich um einen dem Kreis Mettmann 1987 im Zuge der Erbfolge zugeflossenen Betrag von ursprünglich umgerechnet 199.403,83 €, der zweckgebunden nur für soziale Zwecke verwendet werden darf, die sonst im Kreishaushalt nicht veranschlagt würden. Die Mittel sind verzinslich angelegt.

Zweckgebundene Deckungsrücklage/Ermächtigungsübertragungen

Nach § 43 Abs. 3 GemHVO ist in Höhe der übertragenen Aufwandsermächtigungen eine zweckgebundene Deckungsrücklage im Eigenkapital einzustellen. Der Ausweis erfolgt als „davon“-Ausweis der Allgemeinen Rücklage.

In der Gesamtergebnisrechnung stellen sich die Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen wie folgt dar:

13 Sach- und Dienstleistungen	2.491.750,00 €
16 sonstige ordentliche Aufwendungen	256.060,00 €
20 Zinsen, sonstige Finanzaufwendungen	40.000,00 €
Gesamtsumme:	2.787.810,00 €

Die Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen stellen sich in den Teilergebnisrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen			
hierzu gehören: Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, sonstige ordentliche Aufwendungen, Personalaufwendungen, Versorgungsaufwendungen			
Produktbereich:	Teilergebnis:	davon Teilbeträge	
	> 200.000 €	> 200.000 €	
01 Innere Verwaltung	2.572.800,00 €	635.760,00 €	TG, VG einschl. Bauhof
		1.196.200,00 €	TG, Berufskollegs
		567.990,00 €	TG, Förderschulen

In erster Linie handelt es sich bei den übertragenen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 2.787.810 € um Mittel für noch durchzuführende Bauunterhaltungsmaßnahmen im Bereich Gebäudemanagement.

7.2.2 Sonderposten

7.2.2.1 Sonderposten für Zuwendungen

Bilanzposition	
2. 1 Sonderposten für Zuwendungen	
Vorjahreswert	56.223.764,85 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	56.152.281,42 €
Veränderung	- 71.483,43 €
davon Abgänge	- 1.264.904,80 €
davon Zugänge	1.193.421,37 €
Kontrollsumme	- 71.483,43 €

Auf folgenden Sachkonten wurden im Jahr 2010 Buchungen vorgenommen:

Art des SoPo	Vorjahreswert [€]	Auflösung [€]	Zugänge [€]	Ergebnis lt. JA [€]
SoPo Bund	9.639.057,21	193.188,52		9.445.868,69
SoPo Land	46.546.008,05	1.157.183,67	176.684,76	45.565.509,14
SoPo s. öff. Bereich/Gemeinden unbew. AV	8.863,49	49,00		8.814,49
SoPo s. öff. Bereich/Gemeinden bew. AV	0,00	80.672,06	1.125.732,44	1.045.060,38
SoPo priv. Unternehmen	7.965,37	1.635,00		6.330,37
SoPo sonst. Bereich	20.468,53	8.861,31	67.688,93	79.296,15
SoPo aus erhaltenen Spenden	1.402,20	0,00		1.402,20
SoPo für Anlagevermögen	56.223.764,85	1.441.589,56	1.370.106,13	56.152.281,42

Wesentliche Änderungen haben sich in 2010 nur bei dem beweglichen Anlagevermögen ergeben. Unter der Bilanzposition Maschinen, technische Anlagen wurde die Grundwassersanierungsanlage Hilden/Benrath aktiviert. Da der Kreis dafür Zuschüsse erhalten hat, wurde ein Sonderposten in Höhe von 1.125.732,44 € passiviert.

7.2.3 Rückstellungen

7.2.3.1 Pensionsrückstellungen

Bilanzposition	
3.1 Pensionsrückstellungen	
Vorjahreswert	121.948.903,00 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	126.518.383,00 €
Veränderung	4.569.480,00 €
davon Abgänge	- 6.378.911,00 €
davon Zugänge	10.948.391,00 €
Kontrollsumme	4.569.480,00 €

Pensionsrückstellungen sind zu bilden für Versorgungs- und Beihilfeansprüche für aktive und ehemalige Beamtinnen und Beamte sowie deren hinterbliebenen Ehegatten. Mit den Zu- und Abgängen ergaben sich im Vergleich zum Vorjahr folgende Werte für die einzelnen Rückstellungsarten:

Rückstellungsart	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert	Zu-/Abgänge
Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	48.400.669,00 €	47.721.000,00 €	679.669,00 €
Beihilferückstellungen für Beschäftigte	13.636.819,00 €	13.049.478,00 €	587.341,00 €
Pensionsrückstell. für Versorgungsempf.	45.789.130,00 €	43.871.807,00 €	1.917.323,00 €
Beihilferückstell. für Versorgungsempf.	12.658.430,00 €	11.551.623,00 €	1.106.807,00 €
Pensionsrückstellungsanteile f. Übernahme von Beschäftigten anderer Dienstherrn	6.033.335,00 €	5.754.995,00 €	278.340,00 €
Gesamt	126.518.383,00 €	121.948.903,00 €	4.569.480,00 €

Die Rheinische Versorgungskasse (RVK) hat die Teilwerte zur Festsetzung der Pensions-RST gemäß Runderlass des Innenministeriums vom 04.01.2006 „Durchführungshinweise zur Bewertung von Pensionsverpflichtungen“ für die Beschäftigten und Versorgungsempfänger zum Stichtag 31.12.2010 neu berechnet. Die Bilanzposition weist die entsprechenden Rückstellungsbeträge von insgesamt 126.518.393 € richtig aus.

Wie in den Erläuterungen zur Bilanz zutreffend dargestellt sind die Rückstellungen auf Basis vorläufiger Dienstzeitalterberechnungen einzelfallbezogen von der RVK berechnet. Die Anhebung der Altersgrenze für den Pensionseintritt wurde in der Berechnung der RVK berücksichtigt. Enthalten sind die Ansprüche der im Zuge der Kommunalisierung der Versorgungs- und Umweltverwaltung übernommenen Beamten des Landes NRW in Höhe von 6.033.335 €.

7.2.3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Bilanzposition	
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	
Vorjahreswert	15.911.522,65 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	12.727.919,31 €
Veränderung	- 3.183.603,34 €
davon Abgänge	- 3.203.603,34 €
davon Zugänge	20.000,00 €
Kontrollsumme	- 3.183.603,34 €

Für die Bilanzposition Rückstellungen für Deponien und Altlasten wurden in der Sachkontengruppe 26 insgesamt 4 Sachkonten eingerichtet.

Sachkonto	Ergebnis lt. JA [€]	Vorjahreswert [€]	Zu- /Abgänge [€]
261000-RSt f. Sanierung Altlasten	5.449.099,66	7.067.932,00	-1.618.832,34
261010-RSt f. Nachsorge sanierter Altlasten	2.701.870,00	4.266.641,00	-1.564.771,00
261100-RSt f. Rekultivierung von Deponien	3.942.158,37	3.942.158,37	0,00
261110-RSt f. Nachsorge rekultiv. Deponien	634.791,28	634.791,28	0,00
	12.727.919,31	15.911.522,65	-3.183.603,34

Da die Grundwassersanierungsmaßnahme Hilden/Benrath dem investiven Bereich zugeordnet wurde, führte dies zur Auflösung von Rückstellungsbeträgen. Darüber hinaus führte die Neukalkulation des Rückstellungsaufwandes für die Altlastensanierung und die Nachsorge der nächsten 30 Jahre zu Auflösungsbeiträgen.

Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien wurden insbesondere für die Deponie Immigrath passiviert. Der bereits zum 1.1.2007 in Ansatz gebrachte Betrag bleibt unverändert bestehen, da die mit dem neuen privaten Gesellschafter AKM begonnenen Vertragsverhandlungen nicht zum Abschluss gebracht werden konnten.

7.2.3.3 Sonstige Rückstellungen

Bilanzposition	
3.4 Sonstige Rückstellungen	
Vorjahreswert	26.941.962,62 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	29.319.967,55 €
Veränderung	2.378.004,93 €
davon Abgänge	- 1.085.029,07 €
davon Zugänge	3.463.034,00 €
Kontrollsumme	2.378.004,93 €

Der Wert der Bilanzposition setzt sich wie folgt zusammen:

Sonstige Rückstellungen für:	Ergebnis lt. JA [€]	Vorjahres- wert [€]	Zu- /Abgänge [€]
Überstunden u. nicht genommenen Urlaub	3.454.954,85	3.429.454,74	25.500,11
Altersteilzeit	8.117.906,82	6.315.047,93	1.802.858,89
Kostendämpfungspauschale	375.000,00	375.000,00	0,00
Krankenversicherungsleistungen	1.313.700,00	1.443.800,00	-130.100,00
Abfallgebühren	1.642.000,00	1.028.750,00	613.250,00
Diverse ungewisse Verbindlichkeiten	2.269.852,88	3.211.781,95	-941.929,07
Rechtsstreit DB Regio ./ ZV VRR	6.000.000,00	6.000.000,00	0,00
Prozesskosten schwebende Klageverfahren	0,00	13.000,00	-13.000,00
Prämienzahlungen für Zielvereinbarungen	530.000,00	380.000,00	150.000,00
Vermögensabgänge Umstufung K20	4.200.000,00	4.200.000,00	0,00
Versorgungsausgleich (Dienstherrenwechsel)	1.416.553,00	545.128,00	871.425,00
Gesamtsummen:	29.319.967,55	26.941.962,62	2.378.004,93

Die Sonstigen Rückstellungen stellen 6,54% der Bilanzsumme dar. Unter Berücksichtigung des risikoorientierten Prüfansatzes werden bei diesen Rückstellungen die Positionen

- Altersteilzeit
- Diverse ungewisse Verbindlichkeiten und
- Versorgungsausgleich (Dienstherrenwechsel)

geprüft (40,3 % der Bilanzposition).

Sonstige Rückstellungen für Altersteilzeit

Im Jahr 2010 erhöhte sich der Rückstellungsbetrag um ca. 1,8 Mio. € auf insgesamt 8.117.906,82 €. Die Rückstellung für Angestellte beläuft sich auf 5.769.565,06 € und für Beamte auf 2.348.341,76 €.

Durch das Auslaufen der rechtlichen Grundlage Ende 2009 haben sich zum Ende des Jahres 2009 noch einige Bedienstete entschieden, die Altersteilzeit in Anspruch zu nehmen. Obwohl der Beginn der Altersteilzeit in 2009 liegt, wirkt sie sich entscheidend erst 2010 aus. Im Jahr 2010 wurde lediglich noch eine neue Altersteilzeit vereinbart. 21 Beschäftigte haben die Arbeitsphase beendet. Für sie muss keine Rückstellung mehr gebildet werden.

Sonstige Rückstellungen für diverse ungewisse Verbindlichkeiten

Der Rückstellungsbetrag für diverse ungewisse Verbindlichkeiten reduzierte sich im Jahr 2010 um ca. 942 T€ auf 2.269.852,88 € (Zugänge: 986.150,00 €; Abgänge: 1.928.079,07 €).

Die Zugänge und Abgänge werden im Wesentlichen (> 200.000 €) wie folgt nachgewiesen:

Produkt	Zugang	Abgang
01.13.05 - TG, Förderschulen	0,00 €	204.797,12 €
05.01.01 - Beratung u. Leistung bei Behinderung	500.000,00 €	575.000,00 €
05.03.01 - Grundsicherung f. Arbeitsuchende nach dem SGB II	123.800,00 €	410.000,00 €

- 01.13.05 - Kosten für den Abriss eines Hochhauses der Graf-Recke-Stiftung
- 05.01.01 - Zugang: je 250.000 € Leistungen für behinderte Kinder u. Leistungen der sonstigen Eingliederungshilfe; Abgang: 525.000 € Leistungen der sonstigen Eingliederungshilfe

rungshilfe (davon 350.710,10 € Verbrauch, 167.101,15 € Auflösung, 7.188,75 € Umbuchung)

- 05.03.01 Abgang: 370.000 € Psychosoziale Betreuung nach § 16 a SGB II (davon 21.786,80 € Verbrauch, 333.217,70 € Auflösung, 14.995,50 € Umbuchung)

Sonstige Rückstellungen für Versorgungsausgleich

Der Rückstellungsbetrag für den Versorgungsausgleich erhöhte sich um ca. 871 T€ auf 1.416.553 € (Zugänge: 966.763 €; Abgänge: 95.338 €).

Bei den Beträgen handelt es sich um von der Rheinischen Versorgungskasse errechnete Rückstellungsverpflichtungen für Mitarbeiter, die vom Kreis Mettmann zu anderen Dienstherrn gewechselt haben. Für einen Mitarbeiter, der 2010 gewechselt hat, wurde eine Rückstellung in Höhe von 58.293 € gebildet. Die anderen Zu- bzw. Abgangsbeträge wurden aufgrund eines von der RVK im Jahre 2010 erstellten Gutachtens und einer dadurch notwendigen Anpassung der Rückstellungsbeträge gebucht.

Unregelmäßigkeiten und Verstöße

Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass der Vorjahreswert für die Sonstigen Rückstellungen – Kostendämpfungspauschale für 2010 unverändert übernommen wurde. Gemäß Runderlass vom 08.11.2010 teilte das Finanzministerium mit, dass die Regelungen des § 12a BVO wirksam zustande gekommen sind und nicht gegen höherrangiges Recht verstoßen. Die Rückstellung hätte somit zum 31.12.2010 aufgelöst werden müssen. Da der Sachverhalt für die Kämmerei zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses nicht so eindeutig einzuordnen war, wurde die Rückstellung nicht aufgelöst. Mit der Kämmerei wurde vereinbart, dass die Rückstellung in 2011 aufgelöst wird.

7.2.4 Verbindlichkeiten

Bilanzposition	
4. Verbindlichkeiten	
Vorjahreswert	26.080.318,89 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	24.802.971,67 €
Veränderung	- 1.277.347,22 €
davon Abgänge	- 3.530.170.716,75 €
davon Zugänge	3.528.893.369,53 €
Kontrollsumme	- 1.277.347,22 €

Die Gesamtposition Verbindlichkeiten besteht aus folgenden Einzelpositionen:

	Ergebnis lt. JA [€]	Vorjahreswert [€]	Zu-/Abgänge [€]
4.2 VBL aus Krediten für Investitionen	849.846,03	888.144,52	38.298,49
4.5 VBL aus Lieferungen u. Leistungen	2.659.939,53	2.391.467,19	-268.472,34
4.6 VBL aus Transferleistungen	436.464,47	300.340,68	-136.123,79
4.7 Sonstige VBL	20.856.721,64	22.500.366,50	1.643.644,86
Gesamtsummen:	24.802.971,67	26.080.318,89	1.277.347,22

Die Sonstigen Verbindlichkeiten stellen 89 % der Verbindlichkeiten dar. Unter Berücksichtigung des risikoorientierten Prüfansatzes werden nur die Sonstigen Verbindlichkeiten einer weitergehenden Prüfung unterzogen.

Der Bestand der Sonstigen Verbindlichkeiten setzt sich aus mehreren Soll- und Habenbeständen zusammen, die aus den Konten der Kontenklasse 3, den Konten 37 und 38, bestehen. Zur Überprüfung der Vollständigkeit wurden mit dem Auswertungsmodul der DOGRO - Finanzbuchhaltung Konteninformationen zu den Sachkonten der Kontengruppe 37 und 38 - sonstige Verbindlichkeit - generiert. Die ausgewiesene Summe des Jahresabschlusses stimmt mit dem Saldo des Betrages aus der DOGRO- Finanzbuchhaltung überein.

Die folgende Gegenüberstellung zeigt die Salden der einzelnen Konten:

Bezeichnung	Anfangsbestand	Abgänge	Zugänge	JA-Endbestand
aut. Mitbuchkonto ZP Kreditor	44.574,15 €	4.596.839,12 €	4.608.618,37 €	56.353,40 €
VBL durchlfd. fremde Vorg.	21.568,53 €	5.516.044,79 €	5.498.524,96 €	4.048,70 €
VBL zu 181100	41.302,24 €	15.753,45 €	0,00 €	25.548,79 €
VBL ARGE VG I + VG II	89.678,48 €	5.396,26 €	0,00 €	84.282,22 €
VBL Ersatzgelder ökolog. Maßnahmen	594.944,30 €	46.005,98 €	0,00 €	548.938,32 €
sonstige VBL	-7,00 €	24.803,67 €	27.954,86 €	3.144,19 €
Manuelle VBL ME-BIT	0,00 €	1.760.225,85 €	1.760.225,85 €	0,00 €
VBL KDN	0,00 €	19.670,85 €	19.670,85 €	0,00 €
VBL D-NRW		99.800,06 €	99.800,06 €	
VBL aus LST/KST/Soli	0,00 €	52.428.941,94 €	52.428.941,94 €	0,00 €
VBL aus Sozialabgaben	0,00 €	1.360.619,53 €	1.360.619,53 €	0,00 €
VBL aus UST	0,00 €	54.997,40 €	54.997,40 €	0,00 €
Ust Zahllast Finanz- amt D´dorf - ME	-4.883,92 €	67.580,17 €	66.618,55 €	-5.845,54 €
Erhaltene Anzahlungen	7.809.845,29 €	1.167.384,58 €	5.920.930,52 €	12.563.391,23 €
andere sonstige VBL	95.484,64 €	10.830,30 €	90.081,17 €	174.735,51 €
Zahlwegumbuchungen Verwahrgelaß	1.537.885,76 €	3.077.695.330,39 €	3.077.208.572,76 €	1.051.128,13 €
Einnahmen m. unvollst. Buchungshinweisen	10.472,48 €	10.472,48 €	0,00 €	0,00 €
Erhaltene Zuwendungen für Investitionen	2.531.072,54 €	2.942.071,72 €	1.362.400,00 €	951.400,82 €
Erhaltene Zuwendungen vom Land	7.307.929,68 €	3.469.628,09 €	13.465,68 €	3.851.767,27 €
Zuweisung Altlasten- sanierung	1.152.000,00 €	1.121.835,40 €	0,00 €	30.164,60 €
Einzelinv-Zuw. priv. Unt. bew.AV.			7.500,00 €	7.500,00 €
Einzelinv. Zuw. Sonst. Ber. bew. AV	35,00 €	35,00 €	0,00 €	0,00 €
Erhaltene Zuwendung konsumtiv	1.268.402,18 €	1.263.671,70 €	1.505.371,37 €	1.510.101,85 €
Investitionspauschale	0,00 €	1.355.878,80 €	1.355.878,80 €	0,00 €
Schulpauschale	0,00 €	2.261.793,00 €	2.261.793,00 €	0,00 €
Erhaltene Spenden	62,15 €	0,00 €	0,00 €	62,15 €
Summen	22.500.366,50 €	3.157.295.610,53 €	3.155.651.965,67 €	20.856.721,64 €

Die Höhe der Zugänge der Verbindlichkeiten wird geprägt durch die Positionen:

- Erhaltene Anzahlungen – Es handelt sich hierbei um erhaltene Einzahlungen auf Zuwendungsbescheide für noch nicht abgeschlossene Maßnahmen (Teilzahlung AAV, Zuschuss für Panoramamaradweg, Neubau der K 20n, Erneuerung Brücke K 16, Restbetrag Schulpauschale)
- Erhaltene Zuwendungen vom Land in Höhe von 3.851.767,27 € (Projekt Masterplan)

7.2.5 Passive Rechnungsabgrenzung

Bilanzposition	
5. Passive Rechnungsabgrenzung	
Vorjahreswert	16.162,97 €
Ergebnis lt. Jahresabschluss	12.669.923,53 €
Veränderung	12.653.760,56 €
davon Abgänge	- 16.162,97 €
davon Zugänge	12.669.923,53 €
Kontrollsumme	12.653.760,56 €

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten des Jahres 2009 wurden im Jahre 2010 ordnungsgemäß aufgelöst.

In 2010 wurden passive Rechnungsabgrenzungsposten für Einnahmen für zukünftige Erträge im Bereich des Amtes für Informationstechnologie und Vorabnahmen aus dem Bereich Sozialwesen und für das Projekt Neanderland Biennale gebildet.

Wesentlichen Anteil jedoch nimmt die Zahlung des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW zum Nachteilsausgleich hinsichtlich der zu geringen Zuweisungsbeträge zu den Kosten der Unterkunft/Heizung in Höhe von 12.518.495,62 €. Der Nachteilsausgleich aus Mitteln der Wohngeldersparnis wurde für die erhaltenen Zuweisungen für die Jahre 2007-2009 gezahlt und wurde mit Festsetzungsbescheid (eingegangen am 28.12.2010) gegeben.

Die Buchungen erfolgten in der Finanz- und Ergebnisrechnung gemäß dem Festsetzungsbescheid. In der Bilanz wurde der Zuweisungsbetrag in die Bilanzposition – Passive Rechnungsabgrenzung / Vorabnahmen gebucht.

In der Kreisausschusssitzung vom 16.12.2010 wurden die Mitglieder über eine evt. Nachzahlung informiert (LKT Rdschreiben 0884/10). Es wurde mit einer Einzahlung des Landes im Jahr 2011 gerechnet, da zum Zeitpunkt der Kreisausschusssitzung weder das Gesetz im Landtag beschlossen noch ein Zuwendungsbescheid vorhanden war. In der Sitzung wurde beschlossen, die Nachteilsausgleichszahlung zur Senkung der Kreisumlage in 2011 zu verwenden.

Die Einzahlung erfolgte dann zum Ende des Jahres 2010. Der Betrag wurde auf die Position passive Rechnungsabgrenzung gebucht, um den Ertrag, wie im Kreisausschuss beschlossen, zur Senkung der Kreisumlage als Ertrag in 2011 zu buchen.

Unregelmäßigkeiten und Verstöße

Der Nachteilsausgleich wurde für die erhaltenen Zuweisungen für Kosten der Unterkunft/ Heizung in Höhe von 12.518.495,62 € für die Jahre 2007–2009 gezahlt und bei der passiven Rechnungsabgrenzung verbucht, um den Kreisausschuss-Beschluss vom 16.12.2010, mit dem Betrag die Kreisumlage 2011 zu senken, umzusetzen. Gemäß § 42 Abs. 3 GemHVO betrifft die passive Rechnungsabgrenzung Einnahmen vor dem Abschlussstichtag für zukünftige Erträge. Hierbei handelt es sich jedoch um Einnahmen für die Jahre 2007–2009, also nicht um zukünftige Erträge.

Die Buchung entsprechend der ordnungsgemäßen Buchführung hätte als Ertragsbuchung auf der Passivseite in den Jahresüberschuss/ Eigenkapital erfolgen müssen. Durch die Buchung auf der Bilanzposition *Passive Rechnungsabgrenzung* ändert sich allerdings die Bilanzsumme nicht, es handelt sich hier um einen Passivtausch.

Die Buchung in der nun erfolgten Form ist zwar nachvollziehbar, entspricht aber nicht den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung. Dies ist als wesentlicher Verstoß gegen die GoB zu werten und führt nach den NKF-Bestimmungen zu einer Unregelmäßigkeit. Diese Unregelmäßigkeit ist auch hinsichtlich ihrer Auswirkung auf den Bestätigungsvermerk zu betrachten. Der nicht regelkonform gebuchte Betrag von 12,5 Mio. € überschreitet die Wesentlichkeitsgrenze von 2,19 Mio. €. Im vorliegenden Fall reicht es aber für die Bewertung der Wesentlichkeit und ihrer Auswirkung auf die Testierung nicht aus, dies als alleinigen Bewertungsmaßstab zu nehmen.

Die gewählte Buchungsform gewährleistet die Umsetzung des Kreisausschuss-Beschlusses vom 16.12.2010, der im Bewusstsein des zu erwartenden Zahlungseinganges 2011 gefasst wurde. Eine Korrektur der formell nicht richtigen Buchung wäre wegen ihrer letztendlich wesentlich negativeren Auswirkung auf die erfolgte Beschlusslage, den Haushalt 2011, den vorbereiteten Nachtragshaushalt, den negativen Auswirkungen auf die Kreisumlage und das Finanzgefüge der kreisangehörigen Städte und dem damit verbundenen Vertrauensverlust der Städte gegenüber dem Kreis, unverhältnismäßig. Die nachträgliche Änderungsbuchung und ihre Auswirkungen sind hier als wesentlicher zu betrachten als die Akzeptanz der unrichtig vorgenommenen Buchung auf den passiven Rechnungsabgrenzungsposten. Auf eine Einschränkung des Bestätigungsvermerkes wird somit verzichtet.

Unregelmäßigkeiten und Verstöße

Auf die jeweiligen Hinweise unter den einzelnen Bilanzpositionen wird verwiesen. Alle Hinweise sind unter dem Berichtspunkt *B.2 Unregelmäßigkeiten in der Rechnungslegung* noch einmal zusammengefasst dargestellt.

8 ERGEBNISRECHNUNG UND FINANZRECHNUNG

8.1 Erträge

8.1.1 Steuern und ähnliche Abgaben

Ergebnisrechnung	
Steuern und ähnliche Abgaben	
Istergebnis	9.446.329,84 €
Fortgeschriebener Ansatz	6.060.500,00 €
Abweichung	3.385.829,84 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird durch Mehrerträge im Produktbereich 16 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft hervorgerufen. Durch die Neufassung der Berechnungsgrundlage für die Verteilung der Wohngeldeinsparung für die Kreise und kreisfreien Städte erhielt der Kreis Mettmann 2010 einen höheren Zuweisungsbetrag als zunächst geplant.

Die Erträge stellen sich komplett im Produkt 16.01.01 - Steuern, allgemeine Umlagen, allgemeine Zuweisungen und zwar wie folgt dar:

Zahlung des Landes	9.404.837,12 €
Jagdsteuer	41.492,72 €
	9.446.329,84 €

Bei der Zahlung des Landes handelt es sich um die pauschalierte Ausgleichszahlung des Landes für den Wegfall des Wohngeldes. Im Jahr 2009 wurde dieser Ertrag noch im Produktbereich 05 - Soziale Leistungen vereinnahmt.

Die Jagdsteuer wird bis zum Jahr 2013 stufenweise abgeschafft. Aus diesem Grunde reduzierte sich der Ertrag gegenüber dem Vorjahr um 17.334,45 €.

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Steuern und ähnliche Abgaben	
Istergebnis Ergebnisrechnung	9.446.329,84 €
Istergebnis Finanzrechnung	9.445.776,71 €
Differenz	553,13 €

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Steuern und ähnliche Abgaben	
Istergebnis	9.446.329,84 €
Vorjahreswert	6.054.815,37 €
Abweichung	3.391.514,47 €

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes des Landes NRW im Urteil vom 26.05.2010 musste die Landesregierung das AG-SGB II NRW ändern. Da insbesondere die Berechnungsgrundlagen und der Verteilungsmaßstab der Wohngeldersparnis als verfassungswidrig erkannt wurden, musste eine neue Anlage A zu §7 Abs. 3 des AG - SGB II geschaffen werden. Auf Grund der neuen Berechnungsgrundlagen für die Kreise und kreisfreien Städte erhielt der Kreis Mettmann gegenüber dem Vorjahr einen höheren Zuweisungsbetrag.

8.1.2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Ergebnisrechnung	
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	
Istergebnis	318.096.648,08 €
Fortgeschriebener Ansatz	320.332.446,00 €
Abweichung	- 2.235.797,92 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird im Wesentlichen geprägt durch Mindererträge in den Produktbereichen:

01 - Innere Verwaltung	-1.292.488,26 €
12 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	-386.898,47 €
14 - Umweltschutz	-737.718,47 €

Das gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz niedrigere Ergebnis wurde im Wesentlichen geprägt durch geringere Erträge im PB 01 Kaufmännisches Gebäudemanagement ca. -0,5 Mio. €, Technisches Gebäudemanagement VG ca. -0,4 Mio. € und Technisches Gebäudemanagement Förderschulen ca. -0,4 Mio. €. Die geringen Erträge sind darauf zurückzuführen, dass es bei der Umsetzung der KP II Maßnahmen und weiteren Baumaßnahmen zu Verzögerungen kam, so dass die Maßnahmen noch nicht aktiviert wurden und die entsprechenden Sonderposten nicht passiviert werden konnten. Entsprechend konnten auch noch keine Erträge aus der Auflösung der Sonderposten verbucht werden.

Geringere Erträge im PB 12 sind aufgrund der Senkung der Sonderumlage VRR entstanden.

Im PB 14 führte ein ursprünglich konsumtiv veranschlagter Zuschuss für die Grundwassersanierungsanlage Hilden/Benrath in Höhe von 760 T€ zu den Mindererträgen. Die Anlage wurde unter der Bilanzposition Maschinen und technische Anlagen aktiviert und für die gewährte Zuwendung wurde ein Sonderposten passiviert.

Die Zuwendungen und allgemeinen Umlagen stellen sich im Wesentlichen in den Teilergebnisrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Zuwendungen und allgemeine Umlagen:			
hierzu gehören:			
Schlüsselzuweisungen, Bedarfszuweisungen, allgemeine Zuweisungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten, allgemeine Umlagen von Land und Gemeinden, Kreisumlage, Landschaftsumlage, Erträge aus aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen z. B. aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende, Zuschüsse.			
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €	
01 Innere Verwaltung	7.724.141,74 €	2.441.107,46 €	Kaufmännisches Gebäudemanagement
		4.576.599,73 €	TG Berufskollegs
		260.011,18 €	TG Förderschulen
03 Schulträgeraufgaben	4.911.562,79 €	1.207.614,15 €	Berufskolleg Hilden
		860.354,77 €	Berufskolleg Mettmann
		725.803,81 €	Berufskolleg Ratingen
		795.063,05 €	Berufskolleg Velbert
		1.125.100,01 €	Schülerbeförderung
05 Soziale Leistungen	1.464.306,82 €	1.355.878,80 €	Förderung von anderen Trägern
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	791.088,59 €		Kompetenzagentur
07 Gesundheitsdienste	275.586,02 €	200.850,00 €	Psychologische Versorgung
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	10.231.451,53 €	787.259,82 €	Bau/Unterhaltung Kreisstraßen, Wege
		9.444.191,71 €	ÖPNV
16 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	292.158.427,18 €		Steuern, allg. Umlagen, allg. Zuweisungen

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	
Istergebnis Ergebnisrechnung	318.096.648,08 €
Istergebnis Finanzrechnung	312.825.837,43 €
Differenz	5.270.810,65 €

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (ca. 3,5 Mio. €) werden bei der Ertragsposition Zuwendungen und allgemeine Umlagen verbucht. Dieser Ertragsbuchung stehen keine fließenden Finanzmittel gegenüber, so dass sich ein entsprechender Überhang der Erträge über die Mittel lt. Finanzrechnung ergibt. Die restliche Differenz entfällt auf im November 2010 angeforderte Mittel aus dem KP II, die erst in 2011 eingegangen sind.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	
Istergebnis	318.096.648,08 €
Vorjahreswert	313.757.330,68 €
Abweichung	4.339.317,40 €

Produktbereich	Ergebnis lt. JA	Vorjahresergebnis	Abweichung > 200.000 €
01 Innere Verwaltung	7.724.141,74 €	5.787.786,08 €	1.936.355,66 €
03 Schulträgeraufgaben	4.911.562,79 €	4.694.145,98 €	217.416,81 €
05 Soziale Leistungen	1.464.306,82 €	144.056,65 €	1.320.250,17 €
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	791.088,59 €	395.369,09 €	395.719,50 €
12 Verkehrsflächen, -anlagen, ÖPNV	10.231.451,53 €	9.406.788,59 €	824.662,94 €
16 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft	292.158.427,18 €	292.576.117,25 €	-417.690,07 €

Im Wesentlichen wird die Steigerung der Erträge geprägt im PB 01 Technisches Gebäudemanagement von +419.000 € und Kaufmännisches Gebäudemanagement von +1.008.000 € durch höhere Erträge aus der Schulpauschale, die aufgrund der Verteilungssystematik in konsumtive/investive Verwendungen in 2010 höher sind. Weiterhin ergab sich aufgrund der Abrechnung ein Rückzahlungsbetrag von den ka Städten, welcher mit der Berufsschulumlage 2010 verrechnet wurde.

Im PB 05 - Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege ist die Ertragssteigerung auf die Auflösung der Sonderposten für Investitionszuweisungen zurückzuführen.

Die höheren Erträge im PB 12 sind auf die Anhebung der VRR-Umlage zurückzuführen.

8.1.3 Sonstige Transfererträge

Ergebnisrechnung	
Sonstige Transfererträge	
Istergebnis	5.046.067,61 €
Fortgeschriebener Ansatz	4.760.150,00 €
Abweichung	285.917,61 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird im Wesentlichen geprägt durch Mehr- und Mindererträge im PB 05 Soziale Sicherung. Während bei dem Produkt 05.02.03 „Hilfe bei Pflegebedürftigkeit“ Mehrerträge in Höhe von rd. 452 T€ verbucht werden konnten, waren beim Produkt 05.02.04 „Krankenhilfe, sonstige Leistungen in besonderen Lebenslagen“ Mindererträge von ca. 170 T€ zu verzeichnen. Diese beiden Positionen machen ca. 99 % der o.a. Abweichung aus.

Die Sonstigen Transfererträge stellen sich in den Teilergebnisrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Sonstige Transfererträge			
hierzu gehören: der Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen wie z. B. Kostenbeiträge, Aufwandsersatz, übergeleitete Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete, Kostenerstattung durch Träger anderer sozialer Leistungen			
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €	
05 Soziale Leistungen	5.046.067,61 €	1.567.058,80 €	Leistungen zum Lebensunterhalt
		1.738.440,39 €	Hilfe und Pflegebedürftigkeit
		528.450,11 €	Grundsicher. i. Alter u. b. Erwerbsminderung
		519.214,85 €	Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II
		399.765,15 €	Förderung v. a. Trägern der Wohlfahrtspflege

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Sonstige Transfererträge	
Istergebnis Ergebnisrechnung	5.046.067,61 €
Istergebnis Finanzrechnung	4.904.586,64 €
Differenz	141.480,97 €

Die Differenz zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung resultiert aus offenen Forderungen.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Sonstige Transfererträge	
Istergebnis	5.046.067,61 €
Vorjahreswert	10.287.863,47 €
Abweichung	- 5.241.795,86 €

Der Reduzierung der Erträge gegenüber dem Vorjahr um rd. 5,2 Mio € betrifft im Wesentlichen den PB 05 Soziale Sicherung und den PB 12 Öffentlicher Personennahverkehr. Die Höhe der Erträge in 2009 im Produkt 05.02.04 „Krankenhilfe, sonstige Leistungen in besonderen Lebenslagen“ von rd. 3,78 Mio. € waren geprägt durch eine einmalige Erstattung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR).

Im PB 12 ÖPNV wurden im Jahre 2009 die Erstattungserträge aus der Ergebnisrechnung des VRR Zweckverbandes aus der Umlage des Jahres 2007 in Höhe von rund 2,1 Mio. € vereinnahmt. Weitere Erstattungen konnten im Jahre 2010 nicht vereinnahmt werden.

8.1.4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Ergebnisrechnung	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	
Istergebnis	32.523.344,81 €
Fortgeschriebener Ansatz	34.395.050,00 €
Abweichung	- 1.871.705,19 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz zeigte sich im Wesentlichen im PB 11 „Ver- und Entsorgung“ mit rd. - 1,96 Mio. €. Sie ist fast ausschließlich bei dem Produkt „Entsorgung häuslicher Abfälle“ entstanden und darauf zurückzuführen, dass im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise 2009 die Altpapiererlöse dramatisch eingebrochen sind. Im fortgeschriebenen Ansatz enthalten sind Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Gebührenausschlag in Höhe von 1,0 Mio. €. Da sich die Altpapierpreise 2010 schnell erholt haben und somit nur 0,8 Mio. € weniger Einnahmen zu verzeichnen waren als geplant, wurde auf die Auflösung des Sonderpostens verzichtet.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte stellen sich in den Teilergebnisrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte			
hierzu gehören:			
Verwaltungsgebühren, Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten			
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €	
02 Sicherheit und Ordnung	10.302.248,41 €	472.449,96 €	Lebensmittelüberwachung
		1.020.812,65 €	Verkehrssicherheit
		923.919,58 €	Fahr- und Beförderungserlaubnisse
		3.467.751,41 €	Zulassung von Fahrzeugen
		551.211,64 €	Überwachung von Halterpflichten
		3.264.823,31 €	Notarztversorgung
07 Gesundheitsdienste	453.872,85 €	227.118,79 €	Amts- und sozialärztliche Leistungen
09 Räumliche Planung/ Entwicklung, Geoinform.	646.377,43 €	552.490,34 €	Grundstücksbezogene Basisinformationen
11 Ver- und Entsorgung	20.703.194,07 €	20.701.569,07 €	Entsorgung häuslicher Abfälle

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	
Istergebnis Ergebnisrechnung	32.523.344,81 €
Istergebnis Finanzrechnung	32.980.889,03 €
Differenz	- 457.544,22 €

Ursache für die Differenz ist die nicht finanzwirksame Auflösung des Sonderpostens Gebührenaussgleich Notarzt in Höhe von 400 T€.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	
Istergebnis	32.523.344,81 €
Vorjahreswert	32.614.511,85 €
Abweichung	- 91.167,04 €

8.1.5 Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Ergebnisrechnung	
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	
Istergebnis	38.249.806,70 €
Fortgeschriebener Ansatz	36.865.929,04 €
Abweichung	1.383.877,66 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird im Wesentlichen geprägt durch Mehrerträge in den Produktbereichen:

05 Soziale Leistungen	770.282,36 €
12 Verkehrsflächen, -anlagen, ÖPNV	414.750,37 €
15 Wirtschaft und Tourismus	120.267,67 €
	1.305.300,40 €

Im PB 05 verteilt sich die Abweichung auf eine Vielzahl von Produkten. Besonders hervorzuheben ist mit einer Abweichung von 348.408,21 € die Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Kostenerstattungen des Bundes).

Im PB 12 betrifft die Abweichung in voller Höhe das Produkt 12.01.01 - Durchführung von Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen (322.000 € Sachkostenerstattung vom Land - Ausgleichszahlung Umstufung Straßen Mettmann; K37 und K38).

Im PB 15 betrifft die Abweichung mit 110.069,78 € vor allem das Produkt Wirtschaftsförderung (Kostenerstattung ExpoReal).

Die Erträge stellen sich in den Teilergebnisrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Erträge aus Kostenerstattungen, Kostenumlagen		
hierzu gehören:		
Erstattung von Personal- und Sachkosten, Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft (SGB II), Erträge aus aufgabenbezogenen Landesbeteiligungen z. B. aus der Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende		
Produktbereich:	Teilergebnis:	davon Teilbeträge
	> 200.000 €	> 200.000 €
01 Innere Verwaltung	1.818.961,83 €	978.031,34 € Allg. Personalwirtschaft
02 Sicherheit und Ordnung	2.502.247,75 €	291.084,30 € Wahlen 871.020,76 € Chem. u. Lebensmitteluntersuchungen 875.010,44 € Leitstelle
03 Schulträgeraufgaben	248.670,33 €	
05 Soziale Leistungen	31.910.732,36 €	2.804.595,46 € Grundsicher. i. Alter u. Erwerbsm. 23.153.155,34 € Grundsicher. für Arbeitssuchende 1.193.200,96 € Komm. Versorgungsverwaltung 1.705.442,58 € Einrichtungen f. beh. Erwachsene 723.383,57 € Integrative Kindertagesst. Velbert 570.301,57 € Heilpäd. Tagesstätte Ratingen 578.801,78 € Heilpäd. Tagesstätte Heiligenhaus 771.305,87 € Heil./Integr. Tagesst. Langenfeld
07 Gesundheitsdienste	202.183,55 €	
11 Ver- und Entsorgung	311.577,19 €	311.577,19 € Entsorgung häuslicher Abfälle
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	534.000,37 €	524.400,37 € Durchf. Bau-/Unterh. Kreisstraßen
14 Umweltschutz	241.505,37 €	
15 Wirtschaft und Tourismus	223.567,67 €	210.069,78 € Wirtschaftsförderung

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	
Istergebnis Ergebnisrechnung	38.249.806,70 €
Istergebnis Finanzrechnung	38.055.482,76 €
Differenz	194.323,94 €

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Kostenerstattung und Kostenumlagen	
Istergebnis	38.249.806,70 €
Vorjahreswert	43.577.620,62 €
Abweichung	- 5.327.813,92 €

Die Abweichungen zum Vorjahr werden im Wesentlichen wie folgt ausgewiesen:

Produktbereich	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert	Abweichung > 200.000 €
01 Innere Verwaltung	1.818.961,83 €	3.203.031,34 €	-1.384.069,51 €
05 Soziale Leistungen	31.910.732,36 €	34.533.636,52 €	-2.622.904,16 €
12 Verkehrsflächen u. -anlagen	534.000,37 €	60.075,11 €	473.925,26 €
14 Umweltschutz	241.505,37 €	1.900.404,52 €	-1.658.899,15 €

Im PB 01 waren die Erträge im Vorjahr geprägt durch die Personalkostenerstattung des Landes für das vom Land übernommene Personal.

Der Minderertrag im PB 05 ist im Wesentlichen im Produkt 05.04.09 – Kommunale Versorgungsverwaltung in Höhe von -2.432.189 € zu finden und ist auf den Wegfall des befristeten und pauschalierten 10%igen Zuschlages der Landeserstattung für den Umstellungsaufwand nach dem Wechsel der Zuständigkeit zurückzuführen.

Der Mehrertrag im PB 12 resultiert aus einer Sachkostenerstattung vom Land.

Im PB 14 sind Mindererträge in dem Produkt 14.01.03 – Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser entstanden, da die Erträge im Vorjahr durch eine einmalige Erstattungsleistung des Schadensverursachers der Altlast Hilden/Benrath in Höhe von 897.041 € geprägt waren. Weiterhin sind im Produkt 14.02.02 – Immissionsschutz Mindererträge von 599.703 € aufgrund von geringeren Personalaufwendungen und daraus resultierend geringere Personalkostenerstattungen vom Land auszuweisen.

8.1.6 Sonstige ordentliche Erträge

Ergebnisrechnung	
Sonstige ordentliche Erträge	
Istergebnis	14.058.945,81 €
Fortgeschriebener Ansatz	5.732.338,64 €
Abweichung	8.326.607,17 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird im Wesentlichen geprägt durch Mehrerträge in den Produktbereichen:

01 - Innere Verwaltung	977.066,24 €
05 - Soziale Leistungen	3.346.291,81 €
11 - Ver- und Entsorgung	826.528,24 €
14 - Umweltschutz	2.773.220,16 €

Diese Produktbereiche prägen 95 % der Abweichungen zum Planansatz und resultieren in den PB 01, 11 und 14 aus ertragswirksamen Auflösungen von Rückstellungen (Rückstellung für die Sanierung von Altlasten, Pensions- und Beihilferückstellungen Verstorbener, Sonstige Rückstellungen).

Innerhalb des PB 05 ist der Mehrertrag auf die pauschale Restebereinigung und den Erlass von uneinbringlichen Forderungen zurückzuführen.

Die Sonstigen ordentlichen Erträge stellen sich in den Teilergebnisrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Sonstige ordentliche Erträge			
hierzu gehören:			
Bußgelder, Säumniszuschläge, Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen, Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten und Erträgen aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen			
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €	
01 Innere Verwaltung	1.071.000,30 €	707.088,39 €	Allg. Personalwirtschaft
02 Sicherheit und Ordnung	4.494.742,68 €	4.285.527,98 €	Bußgeldstelle
05 Soziale Leistungen	3.346.291,81 €	2.132.060,63 €	Leistungen zum Lebensunterhalt
		385.552,09 €	Krankenhilfe, Leistungen bes. Lebenslagen
		348.408,21 €	Grundsicherung f. Arbeitssuchende
11 Ver- und Entsorgung	826.528,24 €	826.260,71 €	Entsorgung häuslicher Abfälle
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.368.257,57 €	1.318.075,00 €	ÖPNV
14 Umweltschutz	2.778.220,16 €	2.686.558,26 €	Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Sonstige ordentliche Erträge	
Istergebnis Ergebnisrechnung	14.058.945,81 €
Istergebnis Finanzrechnung	5.710.461,16 €
Differenz	8.348.484,65 €

Die oben aufgeführte Differenz ist im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen, die nicht zahlungswirksam sind, zurückzuführen.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Sonstige ordentliche Erträge	
Istergebnis	14.058.945,81 €
Vorjahreswert	10.178.002,77 €
Abweichung	3.880.943,04 €

Produktbereich	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert	Abweichung > 200.000 €
01 Innere Verwaltung	1.071.000,30 €	2.423.484,40 €	-1.352.484,10 €
05 Soziale Leistungen	3.346.291,81 €	674.100,83 €	2.672.190,98 €
11 Ver- und Entsorgung	826.528,24 €	541.212,22 €	285.316,02 €
12 Verkehrsflächen, ÖPNV	1.368.257,57 €	877,02 €	1.367.380,55 €
14 Umweltschutz	2.778.220,16 €	1.441.227,35 €	1.336.992,81 €

Die Abweichungen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

- Innerhalb des PB 01 resultiert der Minderertrag gegenüber dem Vorjahr aus der reduzierten ertragswirksamen Auflösung von Pensions- und Beihilferückstellungen.
- Im PB 05 prägen Mehrerträge und die Berichtigung der pauschalen Restebereinigung um rd. 2,1 Mio. € die Abweichung gegenüber dem Vorjahr.
- Der Mehrertrag aus dem PB 11 ergibt sich aufgrund der Rückerstattung geleisteter Abschläge an die Abfallentsorgungsunternehmen.
- Der Mehrertrag im PB 12 wird geprägt durch eine Erstattung aus der Umlage Zweckverband VRR in Höhe von 1,3 Mio. €.
- Der Mehrertrag aus PB 14 resultiert aus den ertragswirksamen Auflösungen von Rückstellungen für Altlasten und Sonstigen Rückstellungen.

8.2 Aufwendungen

8.2.1 Personalaufwendungen

Ergebnisrechnung	
Personalaufwendungen	
Istergebnis	59.667.588,02 €
Fortgeschriebener Ansatz	59.036.602,68 €
Abweichung	630.985,34 €

Die Personalaufwendungen werden gemäß § 38 Abs. 1 GemHVO in Zeile 11 der Ergebnisrechnung für jedes einzelne Produkt in den Teilrechnungen sowie zusammengefasst in der Gesamtergebnisrechnung nachgewiesen.

Die Personalaufwendungen stellen sich in den Teilrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Personalaufwendungen			
Produktbereich:	Teilergebnis: > 800.000 €	davon Teilbeträge > 800.000 €	
01 Innere Verwaltung	15.931.863,41 €	3.134.775,50 €	allg. Personalwirtschaft
		808.610,70 €	Finanzmanagement, Controlling
		1.067.268,48 €	Polizeiverwaltung
		2.806.460,39 €	Informationstechnik, Telefonzentrale *
02 Sicherheit und Ordnung	10.785.277,45 €	868.219,95 €	Bußgeldstelle
		1.308.520,71 €	Allg. Ausländerangelegenheiten
		1.170.007,91 €	Lebensmittel-, Bedarfsgegenständeüberw.
		1.502.285,05 €	Chem.- und Lebensmitteluntersuchung
03 Schulträgeraufgaben	2.818.220,93 €		
05 Soziale Leistungen	12.561.935,31 €	3.405.194,02 €	Grundsich. f. Arbeitssuchende n. d. SGB II
		999.062,62 €	Kommunale Versorgungsverwaltung **
		1.919.635,44 €	Einrichtung für behinderte Erwachsene
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	1.306.259,45 €	1.001.916,23 €	Kompetenzagentur
07 Gesundheitsdienste	4.968.532,99 €	1.378.376,89 €	Gesundh. Hilfen f. Eltern, Kinder+Jugend.
		1.249.703,12 €	Psychosoziale Versorgung
		839.529,16 €	Amts- und sozialärztliche Aufgaben
09 Räumliche Planung u. Entwicklung, Geoinform.	4.011.566,38 €	1.071.002,59 €	Raumbez. Infosysteme, kartog. Produkte
		1.460.751,20 €	Grundstücksbezogene Basisinformationen
10 Bauen und Wohnen	844.103,04 €		
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.238.533,81 €	1.116.370,71 €	Durchführ. v. Bau-/Unterhaltungsaufgab. an Kreisstraßen und Wegen
13 Natur- und Landschaftspflege	1.397.816,60 €	1.009.670,82 €	Natur und Landschaft, Planung
14 Umweltschutz	2.209.272,75 €		

* Hier spiegelt sich auch der Mehraufwand wieder der durch das „neue“ Produkt 01.16.01 – Informationstechnik, Telefonzentrale (vormals ME-Bit) entstanden ist.

** Minderaufwand bei der Kommunalen Versorgungsverwaltung durch den in 2009 atypisch hohen Rückstellungsaufwand aufgrund der Personalübernahme vom Land.

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Personalaufwendungen	
Istergebnis Ergebnisrechnung	59.667.588,02 €
Istergebnis Finanzrechnung	53.285.297,40 €
Differenz	6.382.290,62 €

Die Ergebnisrechnung übersteigt die Finanzrechnung um rd. 6,4 Mio. €. Maßgeblich hierfür sind vornehmlich die folgenden Rückstellungen, die nicht zahlungswirksam sind sondern ergebniswirksam nur als Aufwand gebucht werden.

Zuführung zu Pensionsrückstellung Beschäftigte	3.572.690,00 €
Zuführung Altersteilzeitrückstellung	2.464.612,48 €
Zuführung zu Beihilferückstellungen Beschäftigte	1.335.340,00 €
Gesamt	7.372.642,48 €

Dem gegenüber stehen Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von rd. 700 €. Die restlichen Minderaufwendungen verteilen sich auf eine Vielzahl von Produkten.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Personalaufwendungen	
Istergebnis	59.667.588,02 €
Vorjahreswert	59.036.602,68 €
Abweichung	630.985,34 €

Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr ist insgesamt unerheblich. Wie die folgende Übersicht zeigt, haben innerhalb der verschiedenen Sachkonten zu Personalaufwendungen jedoch erhebliche Verschiebungen stattgefunden.

Sachkontobezeichnung	Ergebnis lt. JA [€]	Vorjahres- wert [€]	Abweich- ung [€]
Beamtenbezüge	13.012.207	12.480.716	531.490
Vergütung tariflich Beschäftigte	28.162.352	26.142.363	2.019.989
Vergütung tariflich Beschäftigte in aktiver ATZ	1.466.248	982.083	484.165
Zuführung zu Pensionsrückstellung Beschäftigte	3.572.690	5.815.797	-2.243.107

Hervorzuheben sind die Beschäftigtenvergütungen, die um rd. 2,0 Mio. € gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Ursache ist vornehmlich die Übernahme des Personals des ME-BIT nach seiner Auflösung in die Aufwandsbuchungen des Kreises.

Ein deutlicher Minderaufwand ist bei den Pensionsrückstellungen sichtbar, begründet in dem atypischen Ergebnis in 2009. Damals entstanden im Zuge von Aufgabenübertragungen vom Land auf den Kreis mit Übernahme des Landespersonals einmalig aufzuwendende zusätzliche Pensionsrückstellungen von rd. 2,4 Mio €. In 2010 sind die Rückstellungen für das seinerzeit übernommene Personal im laufenden Rückstellungsaufwand enthalten.

8.2.2 Versorgungsaufwendungen

Ergebnisrechnung	
Versorgungsaufwendungen	
Istergebnis	6.098.654,00 €
Fortgeschriebener Ansatz	3.928.200,00 €
Abweichung	2.170.454,00 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird in voller Höhe durch Mehraufwendungen im Produkt 01.07.04 – Allgemeine Personalwirtschaft hervorgerufen.

Die Versorgungsaufwendungen setzen sich im PB 01 Innere Verwaltung aus zwei Positionen zusammen, die sich in 2010 wie folgt entwickelten:

	fortgeschr. Ansatz	Ergebnis lt.JA
Pensionen Versorgungsempfänger	3.429.450,00 €	4.727.301,00 €
Beihilfe Versorgungsempfänger	498.750,00 €	1.371.353,00 €
	3.928.200,00 €	6.098.654,00 €

Der Ansatz dieser Aufwandsposition wird aufgrund eines Gutachtens, das von der Rheinischen Versorgungskasse erstellt wird, festgelegt. Der Anstieg ist auf nicht kalkulierbare Ereignisse zurückzuführen. So wurden nach Auskunft des zuständigen Sachbearbeiters im Jahr 2010 mehrere Beamte vorzeitig pensioniert. Darüber hinaus musste eine neue Beihilfestatistik einberechnet werden.

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Versorgungsaufwendungen	
Istergebnis Ergebnisrechnung	6.098.654,00 €
Istergebnis Finanzrechnung	5.714.774,00 €
Differenz	383.880,00 €

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Versorgungsaufwendungen	
Istergebnis	6.098.654,00 €
Vorjahreswert	6.402.477,95 €
Abweichung	- 303.823,95 €

8.2.3 Sach- und Dienstleistungen

Ergebnisrechnung	
Sach- und Dienstleistungen	
Istergebnis	47.264.961,91 €
Fortgeschriebener Ansatz	49.157.577,00 €
Abweichung	- 1.892.615,09 €

Die Abweichung vom fortgeschriebenen Ansatz betrifft im Wesentlichen den PB 01 Innere Verwaltung. Minderaufwendungen sind im Bereich der baulichen Unterhaltung bei den Berufskollegs von rd. -1,5 Mio. € und bei den Förderschulen von -480 T€ entstanden. Die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket erfolgte nicht im geplanten Umfang. Die in 2010 nicht verausgabten Mittel werden in voller Höhe nach 2011 übertragen. Dem stehen Mehraufwendungen für Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II von rd. 500 T€ und bei der Entsorgung häuslicher Abfälle von 400 T€ gegenüber.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stellen sich in den **Teilrechnungen für die Produktbereiche und Produkte** wie folgt dar:

Sach- und Dienstleistungen			
hierzu gehören:			
Mitgliedsbeiträge, Aufwendungen für Wareneinkäufe, Ersatzbeschaffungen, Verbrauchsmaterial, Unterhaltung von Fahrzeugen, Maschinen und techn. Anlagen, Geschäftsausstattung, bauliche Unterhaltung von VG, BK's, Schulen u. Kindergärten, vermietete Liegenschaften und das Wohnheim für Menschen mit Behinderung, Energiekosten sowie Steuern für diese Gebäude			
Produktbereich:	Teilergebnis:	davon Teilbeträge	
	> 200.000 €	> 200.000 €	
01 Innere Verwaltung	12.357.488,17 €	367.347,21 €	Personalkostenabrechnung
		4.234.110,03 €	Kaufmännisches Gebäudemanagement
		462.073,07 €	TG, VG und Bauhof
		785.217,67 €	TG, vermietete Liegenschaften
		3.684.968,31 €	TG, Berufkollegs
		757.792,06 €	TG, Förderschulen
		224.304,86 €	TG, Wohnheim f. Menschen m. Behinderung
		1.154.330,22 €	Informationstechnik, Telefonzentrale
02 Sicherheit und Ordnung	4.511.268,52 €	284.500,88 €	Wahlen
		933.783,32 €	Leitstelle
		2.783.713,56 €	Notarztversorgung
03 Schulträgeraufgaben	1.133.834,57 €	257.057,36 €	Schülerbeförderung
05 Soziale Leistungen	2.358.742,62 €	1.521.035,11 €	Grundsicherung f. Arbeitssuchende SGB II
		519.915,65 €	Kommunale Versorgungsverwaltung
11 Ver- und Entsorgung	24.757.251,22 €	24.640.643,62 €	Entsorgung häuslicher Abfälle
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	857.767,29 €		Durchführung v. Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen und Wegen
13 Natur- und Landschaftspflege	341.987,40 €	215.078,63 €	Natur und Landschaft, Planung
14 Umweltschutz	273.316,17 €	269.728,54 €	Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser
15 Wirtschaft und Tourismus	326.540,52 €	283.332,79 €	Wirtschaftsförderung

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Sach- und Dienstleistungen	
Istergebnis Ergebnisrechnung	47.264.961,91 €
Istergebnis Finanzrechnung	47.714.157,55 €
Differenz	- 449.195,64 €

Insgesamt gehen die Auszahlungen über den Aufwand um rd. 450 T€ hinaus. Im Detail bestehen Differenzen aber auch bei Positionen, bei denen der Aufwand höher ist als die Auszahlungen. So sind Abweichungen bei insgesamt 79 Sachkonten aus fast allen Produktbereichen zu verzeichnen, die in der Summe 449.195,64 € mehr Auszahlungen als Aufwand ausweisen. Die Differenzen bei den beiden größten Positionen - bauliche

Unterhaltung von Grundstücken und Gebäuden mit 615 T€ und Sanierung von Altlasten mit 509 T€ sind darin begründet, dass die Auszahlungen fast ausschließlich aus Rückstellungen erfolgten. Dem stehen Zuschreibungen für Sonderposten von rd. 1,0 Mio. € gegenüber, die den höheren Aufwand gegenüber der Auszahlung ausmachen.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Sach- und Dienstleistungen	
Istergebnis	47.264.961,91 €
Vorjahreswert	44.759.713,92 €
Abweichung	2.505.247,99 €

Die Abweichungen betreffen im Wesentlichen folgende Produktbereiche:

Sachkonto - Bezeichnung	Ergebnis lt. JA	Vorjahresergebnis	Abweichung
PB 01 bauliche Unterhaltung Grundstücke und Gebäude	1.185.561 €	3.272.145 €	-2.086.585 €
PB 01 BK Niederberg Energiesparmaßnahme III	700.997 €	0 €	700.997 €
PB 01 Software Pflege	879.819 €	0 €	879.819 €
PB 05 Personalkostenerstattung BA für kommunale Aufgaben der ARGE	1.521.035 €	1.220.000 €	301.035 €
PB 11 Zuschreibung SOPO Abfallentsorgung	1.012.143 €	118.261 €	893.882 €

Die Maßnahmen nach dem KP II haben die Aufwendungen für die bauliche Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude um rd. 2,1 Mio. € zurückgedrängt.

Mehraufwendungen entstanden gegenüber dem Vorjahr u. a. bei der Softwarepflege von 880 T€ (durch Reintegration des ME-Bit), der Zuschreibung zu Sonderposten für die Abfallentsorgung von 890 T€ und der Energiesparmaßnahme III beim Berufskolleg Niederberg von 701 T€.

8.2.4 Transferaufwendungen

Ergebnisrechnung	
Transferaufwendungen	
Istergebnis	196.235.388,49 €
Fortgeschriebener Ansatz	196.636.925,00 €
Abweichung	- 401.536,51 €

Minderaufwendungen gegenüber dem Planansatz ergeben sich in erster Linie durch eine geringere VRR- Umlage (-0,3 Mio. €) sowie Einsparungen beim Pflegegeld (-0,2 Mio. €).

Die Transferaufwendungen stellen sich in den Teilrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Transferaufwendungen																		
hierzu gehören: Aufwendungen aus Zuweisungen und Zuschüssen, Schuldendiensthilfen und Sozialhilfetransferaufwendungen sowie soziale Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherungsleistungen, Leistungen für Arbeitssuchende u.a.																		
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €																
03 Schulträgeraufgaben	300.000,00 €	Bildungsberatung, Schulentwicklung																
05 Soziale Leistungen	71.127.309,84 €	<table border="1"> <tr><td>4.092.434,69 €</td><td>Beratung u. Leistung bei Behinderung</td></tr> <tr><td>6.774.203,19 €</td><td>Leistungen zum Lebensunterhalt</td></tr> <tr><td>14.824.207,51 €</td><td>Hilfe bei Pflegebedürftigkeit</td></tr> <tr><td>4.070.692,21 €</td><td>Krankenhilfe u. Leist. i. b. Lebenslagen</td></tr> <tr><td>23.602.477,56 €</td><td>Grusi im Alter u. bei Erwerbsminderung</td></tr> <tr><td>16.654.348,61 €</td><td>Förderung anderer Träger d. Wohlfahrts.</td></tr> <tr><td>203.170,92 €</td><td>Integration</td></tr> <tr><td>557.167,81 €</td><td>Besondere Leistungen bei Behinderung</td></tr> </table>	4.092.434,69 €	Beratung u. Leistung bei Behinderung	6.774.203,19 €	Leistungen zum Lebensunterhalt	14.824.207,51 €	Hilfe bei Pflegebedürftigkeit	4.070.692,21 €	Krankenhilfe u. Leist. i. b. Lebenslagen	23.602.477,56 €	Grusi im Alter u. bei Erwerbsminderung	16.654.348,61 €	Förderung anderer Träger d. Wohlfahrts.	203.170,92 €	Integration	557.167,81 €	Besondere Leistungen bei Behinderung
4.092.434,69 €	Beratung u. Leistung bei Behinderung																	
6.774.203,19 €	Leistungen zum Lebensunterhalt																	
14.824.207,51 €	Hilfe bei Pflegebedürftigkeit																	
4.070.692,21 €	Krankenhilfe u. Leist. i. b. Lebenslagen																	
23.602.477,56 €	Grusi im Alter u. bei Erwerbsminderung																	
16.654.348,61 €	Förderung anderer Träger d. Wohlfahrts.																	
203.170,92 €	Integration																	
557.167,81 €	Besondere Leistungen bei Behinderung																	
07 Gesundheitsdienste	2.385.348,50 €	2.324.151,16 € Psychosoziale Versorgung																
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	10.500.805,00 €	10.492.654,00 € ÖPNV																
16 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	111.166.107,84 €	111.166.107,84 € Steuern, allg. Umlagen, allg. Zuweisung																
17 Stiftungen	300.000,00 €	Neanderthal Museum																

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Transferaufwendungen	
Istergebnis Ergebnisrechnung	196.235.388,49 €
Istergebnis Finanzrechnung	196.070.121,79 €
Differenz	165.266,70 €

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Transferaufwendungen	
Istergebnis	196.235.388,49 €
Vorjahreswert	197.543.351,67 €
Abweichung	- 1.307.963,18 €

Die wesentlichen Abweichungen zum Vorjahr werden wie folgt ausgewiesen:

Produktbereich	Ergebnis lt. JA	Vorjahrswert	Abweichung > 200.000 €
05 Soziale Leistungen	71.127.309,84 €	68.683.447,16 €	2.443.862,68 €
12 Verkehrsflächen, ÖPNV	10.500.805,00 €	12.948.268,30 €	-2.447.463,30 €
16 allg. Finanzwirtschaft	111.106.107,84 €	112.575.445,00 €	-1.469.337,16 €

Die Abweichungen im PB 05 verteilen sich auf eine Vielzahl von Einzelprodukten. Eine wesentliche Steigerung der Aufwendungen ergab sich im Produkt 05.02.05 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung um 1.471.862,45 € und ist auf die steigenden Hilfeempfängerzahlen zurückzuführen.

Weiterhin erhöhten sich die Aufwendungen im Produkt 05.04.04 Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrt um 1.164.067,08 € wegen der steigenden Zahl neuer Pflegeeinrichtungen.

Der Minderaufwand im PB 12 resultiert aus einer Reduzierung der Verbandsumlage VRR.

Die Reduzierung des Aufwandes im PB 16 ist auf die Entwicklung der Landschaftsumlage zurückzuführen.

8.2.5 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Ergebnisrechnung	
Sonstige ordentliche Aufwendungen	
Istergebnis	110.619.947,43 €
Fortgeschriebener Ansatz	105.173.574,66 €
Abweichung	5.446.372,77 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird im Wesentlichen geprägt durch Mehr- bzw. Minderaufwendungen in den Produktbereichen:

01 - Innere Verwaltung	-975.641,84 €
05 - Soziale Leistungen	469.081,54 €
15 - Wirtschaft und Tourismus	6.238.783,79 €

Innerhalb des PB 01 sind die Minderaufwendungen überwiegend auf geringere Ausgaben im Bereich des Kaufmännischen Gebäudemanagements (-508.886,70 €) aufgrund der Sparvorgabe des Kämmersers zurückzuführen. Die restlichen Minderaufwendungen verteilen sich auf die restlichen Produkte mit Teilbeträgen unter 100.000 €.

Im PB 05 haben sich Mehr- bzw. Minderaufwendungen ergeben, die hauptsächlich bei den Leistungen zum Lebensunterhalt (1.500.597,14 €), der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (-815.838,08 €) und der Kommunalen Versorgungsverwaltung (-131.763,61 €) zu finden sind. Die Mehraufwendungen bei den Leistungen zum Lebensunterhalt entstanden in der Hauptsache aus Wertberichtigungen auf offene Forderungen.

Die Mehraufwendungen im PB 15 Wirtschaft und Tourismus in Höhe von 6.282.524,09 € sind durch die Wertberichtigung der KVGM angefallen. Da der Wert der KVGM von den in die Gesellschaft eingelegten RWE-Aktien bestimmt wird, musste aufgrund des gesunkenen Wertes der Aktien, eine Wertberichtigung vorgenommen werden.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen stellen sich in den Teilrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Sonstige ordentliche Aufwendungen			
hierzu gehören:			
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen, Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten, Geschäftsaufwendungen, Steuern, Versicherungen, Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit, aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen, Wertveränderungen bei Vermögensgegenständen, weitere sonstige Aufwendungen für laufende Verwaltungstätigkeit			
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €	
01 Innere Verwaltung	6.901.576,82 €	857.100,61 €	Kreistag, Ausschüsse, Frakt./Gruppen
		948.604,09 €	Zentrale Dienste
		376.904,10 €	Fin.manag., Contr., so. Fin.dienstleist.
		2.053.563,30 €	Kaufmännisch. Gebäudemanagement
02 Sicherheit und Ordnung	1.139.389,73 €	247.460,50 €	Notarztversorgung
03 Schulträgeraufgaben	4.011.582,93 €	3.212.745,78 €	Schülerbeförderung
05 Soziale Leistungen	90.496.261,54 €	1.530.887,14 €	Leistungen zum Lebensunterhalt
		88.107.961,92 €	Grundsich. f. Arbeitssuchende SGB II
		433.916,39 €	Kommunale Versorgungsverwaltung
07 Gesundheitsdienste	383.110,86 €	237.874,76 €	Gesundheitsförderung
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	332.122,59 €		
14 Umweltschutz	221.066,28 €		
15 Wirtschaft und Tourismus	6.649.583,79 €	6.282.524,09 €	Beteiligungsverwaltung

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Sonstige ordentliche Aufwendungen	
Istergebnis Ergebnisrechnung	110.619.947,43 €
Istergebnis Finanzrechnung	102.646.632,36 €
Differenz	7.973.315,07 €

Die oben aufgeführte Differenz spiegelt sich überwiegend in den PB 05 Soziale Leistungen mit einem Betrag von 1,6 Mio. € und im PB 15 Wirtschaft und Tourismus mit einem Betrag von

ca. 6,4 Mio. € wieder. Hierbei handelt es sich um die Aufwendungen im Zusammenhang mit den durchgeführten Wertberichtigungen, die nicht zahlungswirksam sind.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Sonstige ordentliche Aufwendungen	
Istergebnis	110.619.947,43 €
Vorjahreswert	110.496.831,88 €
Abweichung	123.115,55 €

8.3 Finanzergebnis

8.3.1 Finanzerträge

Ergebnisrechnung	
Finanzerträge	
Istergebnis	950.631,55 €
Fortgeschriebener Ansatz	1.606.200,00 €
Abweichung	- 655.568,45 €

Die Abweichung ist überwiegend geprägt durch Mindererträge in Höhe von – 661.241,56 € im Bereich Sonstige allg. Finanzwirtschaft Produkt 16.01.02. Die Ursache ergibt sich aus dem schlechten Zinsniveau im gesamten Jahr 2010, so dass die Zinserträge hinter den Erwartungen zurückblieben.

Die Finanzerträge (>200.000 €) stellen sich in dem PB 15 Wirtschaft und Tourismus und im PB 16 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft wie folgt dar:

Produkt		Ergebnis lt. JA
15.02.2001	Beteiligungsverwaltung	205.797,43 €
16.01.2002	Sonst. allg. Finanzwirtschaft	703.758,44 €

Abgleich Ergebnis-, Finanzrechnung	
Finanzerträge	
Istergebnis Ergebnisrechnung	950.631,55 €
Istergebnis Finanzrechnung	1.549.084,45 €
Differenz	- 598.452,90 €

Die Differenz betrifft im Wesentlichen die Erträge aus Festgeldzinsen, die zwar 2010 fällig wurden, jedoch Erträge in 2009 waren.

Veränderungen zum Vorjahr

Ergebnisrechnung	
Finanzerträge	
Istergebnis	950.631,55 €
Vorjahreswert	2.710.266,01 €
Abweichung	- 1.759.634,46 €

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ebenfalls eine Differenz, die überwiegend aus den Mindererträgen aus Zinseinnahmen von -1.697.561,56 € im Bereich Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft Produkt 16.01.02. resultiert.

8.4 Investitionstätigkeit

8.4.1 Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen

Finanzrechnung	
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	
Istergebnis	6.699.168,46 €
Fortgeschriebener Ansatz	8.258.080,00 €
Abweichung	- 1.558.911,54 €

Der wesentliche Teil der Abweichung ist im PB 01 im Technischen Gebäudemanagement (ca. - 1,6 Mio. €) entstanden und ist darauf zurückzuführen, dass es bei der Umsetzung der Maßnahmen, die mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden, zu Verzögerungen kam. Da die Mittel erst nach Rechnungseingang bei der Bezirksregierung abgerufen werden können, konnte nur ein Teil der angesetzten Mittel abgerufen werden.

Die Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen stellen sich in den **Teilfinanzrechnungen für die Produktbereiche und Produkte** wie folgt dar:

Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen		
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €
01 Innere Verwaltung	1.894.306,62 €	1.627.281,69 € TG, Berufskollegs
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.010.400,00 €	Durchführung v. Bau-/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen (Panoramaradweg, Neubau K 20n und Brücke K 16)
16 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	3.617.671,80 €	Steuern, allg. Umlagen, allg. Zuweisungen

Veränderungen zum Vorjahr

Finanzrechnung	
Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	
Istergebnis	6.699.168,46 €
Vorjahreswert	4.526.979,26 €
Abweichung	2.172.189,20 €

Produktbereich	Ergebnis lt. JA	Vorjahreswert	Abweichung > 200.000 €
01 Innere Verwaltung	1.894.306,62 €	0,00 €	1.894.306,62 €
12 Verkehrsflächen	1.010.400,00 €	2.920.000,00 €	-1.909.600,00 €
16 allg. Finanzwirtschaft	3.617.671,80 €	1.481.371,01 €	2.136.300,79 €

Im PB 01 ist die Höhe der Investitionszuwendungen durch die Mittel die der Kreis aus dem Konjunkturpaket erhält, geprägt. Derartige Zuwendungen hat der Kreis in 2009 nicht erhalten. Die Abweichung im PB 12 ist darauf zurückzuführen, dass 2009 hohe Zuwendungsbeträge für die Maßnahmen Neubau Brücke Dieker Straße (K 16) und Neubau K 20n geflossen sind.

Im PB 16 werden zentral die Investitionspauschale (1,36 Mio. €) und die Schul-/Bildungspauschale (2,26 Mio. €) veranschlagt und vereinnahmt. Im Vergleich zum Vorjahr fallen die Zuwendungen höher aus, da in 2009 die Schulpauschale für konsumtive Maßnahmen verwendet wurde.

8.4.2 Veräußerung von Finanzanlagen

Finanzrechnung	
Veräußerung von Finanzanlagen	
Istergebnis	13.768.933,94 €
Fortgeschriebener Ansatz	13.770.000,00 €
Abweichung	- 1.066,06 €

Der Betrag von 13.768.933,94 € setzt sich wie folgt zusammen:

Wertpapiere	Betrag	Fälligkeit
Pensionsfond I	12.060.189,80 €	März 2010
Pensionsfond II	1.021.313,32 €	März 2010
Sparbrief	687.430,82 €	September 2010
Gesamt:	13.768.933,94 €	

Bei den Finanzanlagen handelt es sich um Wertpapiere in Form von 2 Sparkassenbriefen mit einer Laufzeit von 2 Jahren. Diese dienen der Absicherung der Pensionsansprüche der beamteten Beschäftigten. Der Sparbrief in Höhe von 687.430,82 € hat eine Laufzeit von 14 Monaten. Die Wertpapiere wurden zu den o.g. Terminen fällig. Die Beträge sind dem Produkt 16.01.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft zugeordnet und unter dem Sachkonto 142730 Kapitalmarktpapiere entsprechend verbucht.

Da sich in 2010 die Zinsen nicht positiv entwickelt haben, wurde das Geld für den Pensionsstock nicht neu angelegt.

Veränderungen zum Vorjahr

Finanzrechnung	
Veräußerung von Finanzanlagen	
Istergebnis	13.768.933,04 €
Fortgeschriebener Ansatz	- €
Abweichung	13.768.933,04 €

Da die Sparbriefe eine Laufzeit über 2009 hinaus hatten, erfolgte in 2009 keine Veräußerung.

8.4.3 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken

Finanzrechnung	
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	
Istergebnis	478.553,73 €
Fortgeschriebener Ansatz	1.729.660,00 €
Abweichung	- 1.251.106,27 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz ist im Wesentlichen im PB 12 - Verkehrsflächen in Höhe von -1,25 Mio. € entstanden und ist auf Verzögerungen bei dem Grundstückserwerb für die Osttangente Mettmann zurückzuführen.

Die Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken stellen sich im Wesentlichen im Produkt 12.01.01 - Durchführung von Bau/Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen und Wegen in Höhe von 447.056,32 € dar und wurden für den Grunderwerb für den Panoramaweg verausgabt.

Veränderungen zum Vorjahr

Finanzrechnung	
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	
Istergebnis	478.553,73 €
Vorjahreswert	537.854,79 €
Abweichung	- 59.301,06 €

Die Auszahlungen waren in 2009 geprägt durch den Grundstückserwerb für den Neubau der Sporthallen am BK Neandertal und in 2010 wurden 447.056,32 € für den Grunderwerb für den Panoramaradweg verausgabt.

8.4.4 Auszahlungen für Baumaßnahmen

Finanzrechnung	
Auszahlungen für Baumaßnahmen	
Istergebnis	3.505.725,18 €
Fortgeschriebener Ansatz	6.795.746,52 €
Abweichung	- 3.290.021,34 €

Die Abweichungen gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz zeigten sich im Wesentlichen in dem PB 01 Innere Verwaltung von -870 T€ und in dem PB 12 Verkehrsflächen von -2,35 Mio. €.

Die Abweichung von -870 T€ ist im Wesentlichen im Bereich der Sonderkindergärten entstanden und darauf zurückzuführen, dass die geplanten Maßnahmen am HPK Heiligenhaus, Erweiterung Kita Velbert für U3 Betreuung und der Ersatzanbau HPK Ratingen nicht wie geplant realisiert wurden.

Die Abweichung im PB 12 Verkehrsflächen von -2,35 Mio. € lässt sich damit erklären, dass es bei den Baumaßnahmen Panoramaradweg, Neubau des Kreisverkehrs K25/ K4 zu Verzögerungen kam, so dass nicht die gesamten für 2010 angesetzten Mittel verausgabt werden konnten.

Die Auszahlungen für Baumaßnahmen stellen sich in den **Teilfinanzrechnungen für die Produktbereiche und Produkte** wie folgt dar:

Auszahlungen für Baumaßnahmen		
Produktbereich:	Teilergebnis:	davon Teilbeträge
	> 200.000 €	> 200.000 €
01 Innere Verwaltung	1.363.651,07 €	1.211.650,71 € TG, Förderschulen (Neubau FS Virneburg u. Neubau HM-Haus Helen-Keller Schule)
12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV	1.565.097,94 €	Durchführung v. Bau- und Unterhaltungsmaßn. a. Kreisstraßen (Brücke K16, Neubau K 20n, Panoramaradweg, Vollausbau K30)
14 Umweltschutz	541.932,62 €	Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser (Grundwassersanierungsanlage Hilden/Benrath)

Veränderungen zum Vorjahr

Finanzrechnung	
Auszahlungen für Baumaßnahmen	
Istergebnis	3.505.725,18 €
Vorjahreswert	11.240.844,76 €
Abweichung	- 7.735.119,58 €

Die Höhe der Auszahlungen für Baumaßnahmen war in 2009 geprägt durch den Neubau der Sporthalle am BK Neandertal, den Neubau der FS Virneburg und den Neubau der K 20n. Da diese Maßnahmen in 2010 zum überwiegenden Teil abgeschlossen wurden, reduzierte sich die Summe der Auszahlungen für Baumaßnahmen gegenüber dem Vorjahr im PB 01 um ca. 5,2 Mio. € und im PB 12 um ca. 2,6 Mio. €.

8.4.5 Erwerb von beweglichem Anlagevermögen

Finanzrechnung	
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	
Istergebnis	2.478.719,63 €
Fortgeschriebener Ansatz	5.139.155,48 €
Abweichung	- 2.660.435,85 €

Die Abweichung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz wird im Wesentlichen geprägt durch Minderauszahlungen in den PB 01 Innere Verwaltung (-1,68 Mio. €), PB 02 Sicherheit und Ordnung (-0,35 Mio. €) und PB 03 Schulträgeraufgaben (-0,454 Mio. €).

Die Auszahlungen stellen sich in den Teilfinanzrechnungen für die Produktbereiche und Produkte wie folgt dar:

Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			
Produktbereich:	Teilergebnis: > 200.000 €	davon Teilbeträge > 200.000 €	
01 Innere Verwaltung	1.586.648,27 €	216.918,11 €	TG, Berufskollegs
		1.042.829,63 €	Informationstechnik, Telefonzentrale
02 Sicherheit und Ordnung	356.264,02 €		
03 Schulträger- aufgaben	424.242,19 €		

Die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen erfolgen über das Sachkonto 783*. Alle Auszahlungen > 410 € unterliegen im Rahmen der Visakontrolle der Prüfung durch das RPA. Im Jahr 2010 wurden 379 Buchungen geprüft und freigegeben.

Veränderungen zum Vorjahr

Finanzrechnung	
Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	
Istergebnis	2.478.819,63 €
Vorjahreswert	2.624.219,71 €
Abweichung	- 145.400,08 €

Die Abweichungen gegenüber dem Vorjahr werden hauptsächlich in den PB 01 mit rd. +856 T€ und im PB 03 mit rd. -863 T€ nachgewiesen. Im PB 01 hängen die höheren Auszahlungen mit der Eingliederung ME-Bit zusammen. Die geringeren Auszahlungen im PB 03 sind darauf zurückzuführen, dass in 2009 die Höhe der Auszahlungen durch die Erstausrüstung diverser Berufskollegs und Förderschulen geprägt war.

8.4.6 Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen

Finanzrechnung	
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	
Istergebnis	- €
Fortgeschriebener Ansatz	20.318.300,00 €
Abweichung	- 20.318.300,00 €

Der fortgeschriebene Ansatz von 20.318.300 € setzt sich wie folgt zusammen:

Produkt	Betrag	Anmerkungen
15.02.01 Beteiligungsverwaltung	25.600,00 €	Anteile der aufgelösten Beschäftigungsgesellschaft
16.01.02 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	14.292.700,00 €	geplante Neuanlage der in 2010 fälligen Wertpapiere einschließlich Zinsen
16.01.02 Sonstige allg. Finanzwirtschaft	6.000.000,00 €	geplante Zuführung zum Pensionsstock jeweils 3,0 Mio. € in 2009 und in 2010
Gesamt:	20.318.300,00 €	

Da mit der Auflösung der Beschäftigungsgesellschaft gerechnet wurde, ist in 2009 entsprechend die Auszahlung der Einlage des Kreises in Höhe von 25.600 € vorgeplant worden. Da die Auflösung erst 2011 rechtswirksam wurde, wurde der Betrag per Ermächtigungsübertragung in die nächsten Haushaltsjahre übertragen.

Weiter wurde geplant, die in 2010 fälligen Wertpapiere in Höhe von 13.768.933,94 € plus Zinsen = 14.292.700,00 € entsprechend erneut anzulegen. Aufgrund des anhaltenden niedrigen Zinsniveaus wurde das Geld in 2010 nicht mehr angelegt. Eine Verzinsung erfolgte im Rahmen von Tagesgeldanlagen.

2009 wurde auch geplant dem Pensionsstock zur Deckung der Pensionsansprüche der beamteten Beschäftigten des Kreises jährlich 3,0 Mio. € zuzuführen. Es erfolgte ebenfalls eine Ermächtigungsübertragung in die nächsten Haushaltsjahre, so dass der Ansatz mit 6,0 Mio. € fortgeschrieben wurde.

Damit konnte keine der vorgeplanten Maßnahmen umgesetzt werden und das Ist-Ergebnis beträgt somit 0 €.

Veränderungen zum Vorjahr

Finanzrechnung	
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	
Istergebnis	- €
Vorjahreswert	687.430,82 €
Abweichung	- 687.430,82 €

Im Vorjahr wurden Wertpapiere in Höhe von 687.430,82 € erworben, die im September 2010 fällig wurden. Der Betrag ist in der v.g. Tabelle in dem Produkt 16.01.02 enthalten.

8.5 Finanzierungstätigkeit

8.5.1 Anfangsbestand an Finanzmitteln

Der in der Finanzrechnung in Zeile 39 ausgewiesene Anfangsbestand an Finanzmitteln entspricht dem Bestand an Liquiden Mitteln zum 31.12.2009 lt. Jahresabschluss.

8.5.2 Bestandsänderung fremde Finanzmittel

Finanzrechnung	
Bestandsänderung fremde Finanzmittel	
Istergebnis	11.925.378,80 €
Fortgeschriebener Ansatz	- €
Abweichung	11.925.378,80 €

Es handelt sich hierbei um durchlaufende Gelder, u. a. um Unterhaltsbeiträge, Beihilfen der Städte Mettmann, Monheim und Wülfrath, die Beihilfen der Polizei, die Personalabrechnungen der Werkstatt für Behinderte, der Stadt Mettmann, die Rückzahlung Wechselgeld Kassenautomaten und vieles mehr.

Der Bestand von 11.925.378,80 € verteilt sich auf eine Vielzahl von unerledigten Einzelbuchungen. Im Wesentlichen resultiert die Bestandsänderung der fremden Finanzmittel aus der Bewirtschaftung fremder Haushalte (Landschaftsverband, Landeshaushalt, ARGE Me-aktiv).

Eine Beplanung der fremden Finanzmittel findet nicht statt.

Veränderungen zum Vorjahr

Finanzrechnung	
Bestandsänderung fremde Finanzmittel	
Istergebnis	11.925.378,80 €
Vorjahreswert	356.731,42 €
Abweichung	11.568.647,38 €

Die Bestandsänderung ist belegt und wurde rechnerisch nachvollzogen.

8.5.3 Bestand Liquide Mittel

Der in der Finanzrechnung ausgewiesene Betrag in Höhe von 83.873.561,78 € ist durch Saldenbestätigung oder in anderer Form belegt und mit dem unter der Bilanzposition 2.4 Liquide Mittel ausgewiesenen Betrag identisch. Auf die Ziffer 7.1.2.2 Liquide Mittel wird verwiesen.

Fazit: Prüfung – Schlussbilanz 31.12.2010, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung und Teilrechnungen

Die Schlussbilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung und die Teilrechnungen vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögenslage, der Schuldenlage, der Ertragslage und der Finanzlage des Kreises unter Berücksichtigung der Tatsache ordnungsgemäßer Buchführung.

9 ANHANG

Das Prüfungsergebnis ist aus der folgenden abgehakten Checkliste ersichtlich:

Zu erläutern sind:

- ✓ **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu jedem Posten der Bilanz und den Posten der Ergebnisrechnung (§ 44 Abs. 1 GemHVO)**

Der Anhang enthält entsprechende Erläuterungen.

- ✓ **Angewandte Vereinfachungsregelungen und durchgeführte Schätzungen (§ 44 Abs. 1 GemHVO)**

Bei der Berechnung der Durchschnittswerte für Rückstellung für Überstunden und nicht genommenen Urlaub wurde bei Beamten einheitlich von einer Jahresarbeitsleistung von 1680 Stunden und bei Beschäftigten von 1581 Jahresarbeitsstunden nach KGSt ausgegangen und aus Vereinfachungsgründen auf eine weitere Differenzierung verzichtet. Hierauf wird im Anhang hingewiesen.

Bei den Unterpositionen der Sonstigen Rückstellungen:

-Rückstellungen für die Krankenversicherungsleistungen, Beihilfen, Eingliederungshilfe und Aktivierungsmaßnahmen nach § 11 SGB XII und

-Prozesskosten für schwebende Klageverfahren

wurden auf der Basis von Vorjahres- und Erfahrungswerten Pauschalen gebildet. Hierauf wird im Anhang hingewiesen.

- ✓ **die im Verbindlichkeitspiegel auszuweisenden Haftungsverhältnisse (z. B. Bürgschaften, Bestellung von Sicherheiten) (§ 44 Abs. 1 GemHVO)**

Im Verbindlichkeitspiegel wird auf die Bürgschaften

- Regiobahn GmbH
- KDM Stadt Düsseldorf/Kreis Mettmann mbH
- Stiftung Neanderthal-Museum

hingewiesen.

- ✓ **alle Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können (§ 44 Abs. 1 GemHVO)**

Die finanzielle Zukunftsverpflichtung in Höhe von 582.000 € im Falle eines Abbruchs des VG II wird als Sachverhalt in der Anlage 8 zum Anhang angegeben. Weiterhin wird aufgeführt, dass der Kreis sich darum beworben hat, als sogenannte Optionskommune zukünftig die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II in alleiniger Zuständigkeit vornehmen zu dürfen. Da nicht absehbar ist, ob die Kostenerstattung des Bundes auskömmlich ist, wurde in der Anlage 8 darauf hingewiesen. Die Entscheidung hierüber wurde im April gefällt und der Kreis hat keine Zusage erhalten, so dass sich künftig keine weiteren finanziellen Verpflichtungen hieraus ergeben.

- ✓ besondere Umstände, die dazu führen, dass der Jahresabschluss nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt (§ 44 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO)

Anhaltspunkte für erforderliche Darstellungen im obigen Sinne liegen nicht vor.

- ✓ Abweichungen vom Grundsatz der Einzelbewertung und von bisher angewandten Bewertungs- und Bilanzierungsmethoden (§ 44 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO)

Abweichungen erfolgten nicht.

- ✓ die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, für die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen gebildet worden sind, unter Angabe des Rückstellungsbetrages (§ 44 Abs. 2 Nr. 3 GemHVO)

Eine Auflistung aller Instandhaltungsrückstellungen enthält der Anhang.

- ✓ die Aufgliederung des Postens „Sonstige Rückstellungen“ entsprechend § 36 Abs. 4 (ungewisse Verbindlichkeiten) und Abs. 5 (drohende Verluste) sofern es sich um wesentliche Beträge handelt (§ 44 Abs. 2 Nr. 4 GemHVO)

Die Aufgliederung des Postens ist im Anhang erfolgt.

- ✓ Abweichung von der standardmäßig vorgesehenen linearen Abschreibung sowie von der örtlichen Abschreibungstabelle bei der Festlegung der Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen (§ 44 Abs. 2 Nr. 5 GemHVO)

Es wird grundsätzlich linear abgeschrieben. Wesentliche Abweichungen sind nicht vorhanden.

- ✓ Verpflichtungen aus Leasingverträgen (§ 44 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO)

Die Verpflichtungen aus Leasingverträgen werden in Anlage 5 zum Anhang aufgelistet.

- ✓ außerplanmäßige Abschreibungen (§ 35 Abs. 5 GemHVO)

Die bei den Finanzanlagen vorgenommene außerplanmäßige Abschreibung wurde erläutert.

- ✓ Zuschreibungen (§ 35 Abs. 8 GemHVO)

Zuschreibungen waren nicht erforderlich.

- ✓ hinzufügen von Posten der Bilanz, wenn ihr Inhalt nicht von einem vorgeschriebenen Posten erfasst wird (§ 41 Abs. 6 GemHVO)

Für die Bilanzpositionen

1.1 Allgemeine Rücklage

1.1.1 ohne Bindung

1.1.2 davon erbrechtliche Zuwendungen

1.1.3 zweckgebundene Deckungsrücklage

wurden ergänzend zum vorgegebenen Kontenrahmen Unterkontierungen zur Erläuterung durchgeführt. Hierbei handelt es sich aber nicht um eine Hinzufügung von Posten, die im

Anhang erläutert werden müssen, da die Gesamtsummen/-beträge ordnungsgemäß unter der Bilanzposition lt. vorgegebenem Kontenrahmen aufgeführt werden.

- ✓ **Kostenunterdeckungen kostenrechnender Einrichtungen, die ausgeglichen werden sollen (§ 43 Abs. 6 GemHVO)**

In der Anlage 7 zum Anhang wird darauf hingewiesen, dass der Gebührenhaushalt Notarztversorgung eine Unterdeckung in Höhe von 2.359,74 € aufweist. Dieser Betrag wird nach dem Kreistagsbeschluss im Oktober 2011 aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich entnommen.

- ✓ **Wertberichtigungen und Wertnachholungen (§ 57 Abs. 2 GemHVO)**

Die Vorschrift betrifft die ergebnisneutrale Korrektur der Eröffnungsbilanz im Rahmen späterer Jahresabschlüsse. Hierzu sind dem Anhang Angaben über die Veränderung der Eröffnungsbilanz beigefügt.

- ✓ **Aufschlüsselung der Posten „Vorräte“, soweit diese in der Bilanz als zusammengefasster Posten ausgewiesen werden (§ 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB)**

Die in der Bilanz aktivierten Vorräte betreffen ausschließlich den Bestand des Magazins (Papier usw.), so dass eine weitere Aufschlüsselung nicht erforderlich ist.

- ✓ **weitere wichtige Angaben, soweit sie nach der Gemeindeordnung oder Gemeindehaushaltsverordnung für den Anhang vorgesehen sind (§ 44 Abs. 2 letzter Halbsatz GemHVO)**

Weitere Angaben sind nicht erforderlich.

Dem Anhang sind beizufügen (§ 44 Abs. 3 GemHVO):

- ✓ **Anlagenspiegel gemäß § 45 GemHVO**

Ein Anlagenspiegel ist beigefügt.

- ✓ **Forderungsspiegel gemäß § 46 GemHVO**

Ein Forderungsspiegel ist beigefügt.

- ✓ **Verbindlichkeitenspiegel gemäß § 47 GemHVO**

Ein Verbindlichkeitenspiegel ist beigefügt.

Fazit: Prüfung - Anhang

Der Anhang ist vollständig und vermittelt im Wesentlichen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises. Er enthält die gesetzlich vorgeschriebenen Erläuterungen.

10 LAGEBERICHT

Zum Jahresabschluss gehört nach § 37 Abs. 2 GemHVO der als Ergänzung beizufügende Lagebericht nach § 48 GemHVO.

Der Lagebericht zum Jahresabschluss soll nach § 48 GemHVO

- ✓ eine ausgewogene und umfassende Analyse darüber enthalten, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises vermittelt wird.
- ✓ In die Analyse sollen bedeutsame produktorientierte Ziele und Kennzahlen gemäß § 12 GemHVO einbezogen werden.
- ✓ Über Vorgänge besonderer Bedeutung ist zu berichten.
- ✓ Auch ist unter Angabe der zu Grunde liegenden Annahmen auf Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Kreises einzugehen.

Gemäß § 95 (2) GO enthält der Lagebericht zum Schluss folgende Angaben für den Landrat, den Kämmerer sowie für weitere Mitglieder des Verwaltungsvorstands und für die Kreistagsmitglieder

- ✓ den Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen
- ✓ den ausgeübten Beruf
- ✓ die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien
- ✓ die Mitgliedschaft in Organen von verselbständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form und
- ✓ die Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

Nach den *Handreichungen des Innenministeriums zur GemHVO*, 4. Auflage, sind bei der Erstellung des Lageberichtes die Kriterien zu beachten, die – aufbauend auf den für jede Informationsvermittlung geltenden Bedingungen – spezifizierte Anforderungen an den Lagebericht stellen. Sie werden als Grundsätze ordnungsgemäßer Lageberichterstattung (GoL) bezeichnet.

- Der Grundsatz der Richtigkeit verlangt eine der Realität entsprechende Darstellung der Angaben im Lagebericht.
- Der Grundsatz der Vollständigkeit bedeutet, dass für die Darstellung der wirtschaftlichen Lage, untergliedert in die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage, alle errechenbaren Informationsquellen ausgeschöpft werden müssen.
- Dem Grundsatz der Klarheit wird durch prägnante verständliche und übersichtliche Informationen Rechnung getragen. Dazu gehört, dass die Gemeinde bei der Darstellung im Lagebericht auf die Allgemeinverständlichkeit zu achten hat, aber auch darauf, dass sein Inhalt für den Leser nachvollziehbar wird. Dem Lagebericht muss der Leser entnehmen können, auf welche Tatsachen sich die Analysen und Schlussfolgerungen für die Haushaltswirtschaft und die Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage stützen.
- Dabei muss auch die Flut der möglichen Informationen gegenüber dem Leser beachtet werden (Grundsatz der Informationsabstufung).

- Dem Grundsatz der Vergleichbarkeit wird nachgekommen, wenn die Auswahlkriterien für die in den Lagebericht aufzunehmenden Informationen sowie die Darstellungsform grundsätzlich auch in den folgenden Haushaltsjahren beibehalten werden.
- Nach dem Grundsatz der Ausgewogenheit ist über die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung gleichermaßen und ausgewogen zu berichten.

Ziel der Prüfung war es, festzustellen, ob der Lagebericht die vorgenannten Anforderungen erfüllt. Details zum Lagebericht können dem Punkt B.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung, zum Bestand und zur Entwicklung des Kreises entnommen werden.

Fazit: Prüfung - Lagebericht

Der Lagebericht ist vollständig und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises. Die Grundsätze ordnungsgemäßer Lageberichterstattung sind beachtet worden.

11 ÜBERSICHT ÜBER DIE ÖRTLICH FESTGELEGTEN NUTZUNGSDAUERN

Im Zuge der Prüfung des Jahresabschlusses 2010 wurde die als Anlage 6 dem Anhang beigefügte Übersicht über die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände des Kreises Mettmann (Abschreibungstabelle) geprüft. Dazu wurden die Angaben des Jahresabschlusses 2010 (Stand: 31.12.2010) mit denen des Jahresabschlusses 2009 (Stand: 31.12.2009) abgeglichen.

Neu **hinzugefügt** wurden folgende Positionen:

- 2.10 – Mobiliar Außenanlagen (Gesamtnutzungsdauer 20 Jahre)
- 3.13 – Grundwassersanierungsanlagen (GND 10 Jahre)
- 4.12 – Sandsackzunäh-Maschine (GND 12 Jahre)

Die hinzugefügten Positionen sind in der Abschreibungstabelle des Innenministeriums nicht aufgeführt. Die örtlich gewählte Nutzungsdauer ist nicht zu beanstanden.

Ergänzt wurden folgende Positionen:

- 3.16 – Kabelnetze (auch Rohre, Schächte), *Unterscheidung bspw. Glasfaser- und Kupferkabel im IT-Bereich* (die GND wurde von 25 Jahre auf 20 Jahre reduziert)
- 3.23 – Parkabfertigungsanlage (Schrankenanlagen, *auch Polleranlagen*) (GND 20 Jahre)

Fazit: Prüfung - Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern

Die örtlich festgelegten Nutzungsdauern sind nicht zu beanstanden. Soweit vom Innenministerium durch die GemHVO Rahmennutzungsdauern vorgegeben wurden, sind diese beachtet worden. Beanstandungen haben sich nicht ergeben.

E. NACHTRÄGLICHE KORREKTUREN DER ERÖFFNUNGSBILANZ

Wertansätze der Eröffnungsbilanz können gemäß § 57 GemHVO nachträglich berichtigt werden, und zwar gemäß § 92 Abs. 7 GO letztmals in dem vierten der Eröffnungsbilanz folgenden Jahresabschluss.

Korrekturen 2007, 2008 und 2009

Bilanzposition	Änderung Eigenkapital
Eröffnungsbilanzkorrekturen 2007	-1.415.648,21 €
Die Korrekturen setzen sich zunächst zusammen aus 22 Posten unter 50.000 € und weiteren 8 Posten unter 100.000 €. Darüberhinaus wurden folgende Korrekturen durchgeführt:	
Sonstige Rückstellungen „Unwägbarkeit Pensionsrückstellungen“	3.057.585,00 €
Verbindlichkeiten/ Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten	1.212.247,81 €
Forderungen aus Transferleistungen	810.490,67 €
Sachanlagevermögen	425.037,28 €
Pensionsrückstellungen	419.919,00 €
Forderungen gemäß § 107 b BeamtVG	335.775,00 €
Liquide Mittel	-2.791.239,50 €
Verbindlichkeiten für ökologische Maßnahmen	-579.458,25 €
Sonderposten für den Gebührenaussgleich	-562.166,00 €
Verbindlichkeiten ARGE VG I und VG II	-316.892,78 €
Rückstellungen für Prüfungskosten GPA	-187.000,00 €
Eröffnungsbilanzkorrekturen 2008	-1.176.915,89 €
Beteiligung Lokalradio Mettmann, Betriebsgesellschaft	7.963,68 €
Unbebaute Grundstücke, Wald und Forsten	9.905,00 €
Rückstellungen für Altersteilzeit	-90.792,38 €
Sonstige Verbindlichkeiten	-88.331,28 €
	18.268,09 €
Sonderposten für Zuwendungen	-1.402.893,10 €
Sonstige Verbindlichkeiten	-55.580,69 €
Sonstige Ausleihungen	420.361,13 €
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	4.183,66 €
Eröffnungsbilanzkorrekturen 2009	1.780.264,11 €
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	-4.183,66 €
Forderungen aus Transferleistungen	2.841.816,38 €
Brücken und Tunnel	-273.397,88 €
Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	-376.560,00 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	-182.419,21 €
Unbebaute Grundstücke	-2.524,00 €
Beteiligungen	-57.643,52 €
Sonstige Rückstellungen	-164.824,00 €
Pensions- und Beihilferückstellungen	-1.549.740,00 €
	1.549.740,00 €

Korrekturen 2010

Die Anlage zum Jahresabschluss 2010 zeigt Nettokorrekturen mit einem Saldo von -1.682.175,07 € auf, der sich wie folgt zusammensetzt:

Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

EK -183.709,74 €

Die Überprüfung ergab Wertsteigerungen in Höhe von 283.827,13 €, sowie Wertminderungen in Höhe von -517.080,01 € und kumulierte Abschreibungen von 49.543,14 €, so dass sich hieraus insgesamt eine Wertkorrektur der Eröffnungsbilanz von -183.709,74 € ergibt.

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

EK -577.226,95 €

Die Überprüfung der Bilanzposition wurde vom Liegenschaftsamt in 2010 abgeschlossen. Dabei wurde festgestellt, dass die weiteren Differenzen nur im Aufmaß des Straßenbegleitgrüns und der Böschungen liegen können. Die für das Straßenbegleitgrün und die Böschungen im Rahmen der Eröffnungsbilanz gebildeten Festwerte wurden somit korrigiert (siehe Straßennetz). Insgesamt wurde der Pauschalwert in Höhe von 532.880,95 € vollständig gegen Eigenkapital ausgebucht. Weiterhin wurde eine EB-Korrektur von -44.346 € (Zugänge: 10.809 €, Abgänge: 55.155 €) vorgenommen.

Straßennetz

EK -109.213,38 €

Aufgrund der abschließenden Überprüfung der Bilanzposition Grund und Boden des Infrastrukturvermögens musste eine Korrektur der im Rahmen der Eröffnungsbilanz ermittelten Festwerte für die Böschungen und das Straßenbegleitgrün um -109.213,38 € durchgeführt werden. Der Festwert für die Böschungen (645.953,12 €) wurde um -36.071,88 € und der für das Straßenbegleitgrün (2.194.853,50 €) um -73.141,50 € korrigiert.

Unbebaute Grundstücke

EK +1.107,00 €

Es wurden EB-Korrekturen von 1.107 € (Zugänge: 1.601 €, Abgänge: 494 €) durchgeführt.

Sonstige Rückstellungen

EK -813.132,00 €

Der bisher bilanzierte Anteil der Pensionsrückstellungen für Ansprüche, die beim Kreis erworben wurden, wurde im Wege einer EB-Korrektur um 813.132 € angehoben.

F. BESTÄTIGUNGSVERMERK

Der Jahresabschluss zum 31.12.2010, bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz und dem Anhang in der überarbeiteten Fassung vom 30.09.2011 sowie der Lagebericht wurden unter Beachtung der §§ 95 und 101 Gemeindeordnung NW (GO NW) geprüft.

Die Inventur, das Inventar, die Buchführung und Rechnungslegung, die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die Sicherheitsstandards und die Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände wurden in die Prüfung einbezogen. Geprüft wurde auch, ob die gesetzlichen Bestimmungen, die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen eingehalten wurden.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss nebst Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld einschließlich der selbstständigen Aufgabenbereiche sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über die örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt.

Prüfungsrelevant waren auch die wesentlichen Einschätzungen der Verwaltungsleitung zum Jahresabschluss und ihre Würdigung in der Gesamtdarstellung und im Lagebericht.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss nebst Anhang den gesetzlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mettmann, den 10.10.2011

gez.
Beier
Leiter des Rechnungsprüfungsamtes
des Kreises Mettmann

gez.
Schiemann
Prüferin/ Berichtskordinatorin



Jahresabschluss 2010

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Aufstellungs- und Bestätigungsvermerk (weiß)	1 – 2
Aufstellungs- und Bestätigungsvermerk	
Ergebnis- und Finanzrechnung (rosa)	1 – 4
Ergebnisrechnung 2010	
Finanzrechnung 2010	
Bilanz (weiß)	1
Bilanz zum 31.12.2010	
Anhang (weiß)	1 – 64
Erläuterung der Ergebnis- und Finanzrechnung 2010	
Erläuterung der Bilanz zum 31.12.2010	
Anlagenspiegel	
Forderungsspiegel	
Verbindlichkeitspiegel	
Sonstige Anlagen	
Lagebericht (gelb)	1 – 26
Lagebericht	
Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen (weiß)	1 – 4
Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen	
Teilrechnungen	
Produktbereich 01 „Innere Verwaltung“	01 – 09
Produkt 01.01.01 „Kreistag, Ausschüsse sowie Fraktionen/Gruppen“	10 – 13
Produkt 01.02.01 „Verwaltungsführung und Repräsentation“	14 – 17
Produkt 01.02.02 „Presse- und Öffentlichkeitsarbeit“	18 – 21
Produkt 01.03.01 „Gleichstellungsstelle“	22 – 25
Produkt 01.04.01 „Personalrat, Schwerbehindertenvertretung“	26 – 29
Produkt 01.04.02 „Kantinen“	30 – 33
Produkt 01.05.01 „Zentrale Dienste“	34 – 37
Produkt 01.06.01 „Durchführung gesetzlich vorgeschriebener Prüfungen“	38 – 41
Produkt 01.06.02 „Durchführung übertragener Prüfungen“	42 – 45
Produkt 01.06.03 „Durchführung weiterer Aufgaben“	46 – 49
Produkt 01.07.01 „Personalbetreuung“	50 – 53
Produkt 01.07.02 „Personalförderung“	54 – 57
Produkt 01.07.03 „Personalabrechnung“	58 – 61
Produkt 01.07.04 „Allgemeine Personalwirtschaft“	62 – 65
Produkt 01.08.01 „Organisation und Controlling“	66 – 69
Produkt 01.09.01 „Finanzmanagement, Controlling, sonstige Finanzdienstleistungen“	70 – 73
Produkt 01.09.02 „Finanzbuchhaltung“	74 – 77
Produkt 01.10.01 „Kommunalaufsicht“	78 – 81
Produkt 01.11.01 „Rechtsberatung und –vertretung“	82 – 85
Produkt 01.12.01 „Verwaltungsbücherei, Amtsblatt“	86 – 89
Produkt 01.13.01 „Kaufmännisches Gebäudemanagement“	90 – 93

Produkt 01.13.02 „Technisches Gebäudemanagement, Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof“	94 – 99
Produkt 01.13.03 „Technisches Gebäudemanagement, vermietete Liegen- schaften“	100 – 105
Produkt 01.13.04 „Technisches Gebäudemanagement, Berufskollegs“	106 – 111
Produkt 01.13.05 „Technisches Gebäudemanagement, Förderschulen“	112 – 117
Produkt 01.13.06 „Technisches Gebäudemanagement, Wohnheim für Behinderte Menschen“	118 – 123
Produkt 01.13.07 „Technisches Gebäudemanagement, Sonderkindergärten“....	124 – 129
Produkt 01.14.01 „Lehrerpersonal-, Schüler- und Schulrechtsangelegenheiten“.	130 – 135
Produkt 01.15.01 „Polizeiverwaltung“	136 – 139
Produkt 01.16.01 „Informationstechnik, Telefonzentrale“	140 – 144
Produktbereich 02 „Sicherheit und Ordnung“	145 – 151
Produkt 02.01.01 „Wahlen“	152 – 155
Produkt 02.02.01 „Ordnungsangelegenheiten“	156 – 159
Produkt 02.02.02 „Personenstands-, Namens- und Staatsangehörigkeitsange- legenheiten“	160 – 163
Produkt 02.02.03 „Bußgeldstelle“	164 – 167
Produkt 02.03.01 „Allgemeine Ausländerangelegenheiten“	168 – 171
Produkt 02.03.02 „Zentraler Vollzug des Rechts- und Ordnungsamtes“	172 – 175
Produkt 02.04.01 „Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung“	176 – 179
Produkt 02.04.02 „Chemische- und Lebensmitteluntersuchung“	180 – 185
Produkt 02.04.03 „Veterinärwesen“	186 – 189
Produkt 02.05.01 „Verkehrssicherheit“	190 – 193
Produkt 02.05.02 „Fahr- und Beförderungserlaubnisse“	194 – 197
Produkt 02.05.03 „Zulassung von Fahrzeugen“	198 – 201
Produkt 02.05.04 „Überwachung der Halterpflichten“	202 – 205
Produkt 02.06.01 „Feuerschutz“	206 – 211
Produkt 02.06.02 „Leitstelle“	212 – 217
Produkt 02.07.01 „Allgemeiner Rettungsdienst“	218 – 221
Produkt 02.07.02 „Notarztversorgung“	222 – 227
Produkt 02.08.01 „Katastrophenschutz“	228 – 232
Produktbereich 03 „Schulträgeraufgaben“	233 – 241
Produkt 03.01.01 „Berufskolleg Hilden“	242 – 247
Produkt 03.01.02 „Berufskolleg Neandertal, Mettmann“	248 – 253
Produkt 03.01.03 „Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg Ratingen“	254 – 259
Produkt 03.01.04 „Berufskolleg Niederberg, Velbert“	260 – 265
Produkt 03.02.01 „Helen-Keller-Schule, Förderschule für geistige Entwicklung, Ratingen“	266 – 271
Produkt 03.02.02 „Schule am Thekbusch, Förderschule für geistige Entwick- lung Velbert“	272 – 275
Produkt 03.02.03 „Schule an der Virneurg, Förderschule für geistige Entwick- lung, Langenfeld“	276 – 281
Produkt 03.02.04 „Schule am Peckhaus, Förderschule für Sprache, Mettmann“	282 – 285
Produkt 03.02.05 „Leo-Lionni-Schule, Förderschule für Sprache. Monheim a.R.	286 – 291
Produkt 03.02.06 „Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung, Velbert“	292 – 297
Produkt 03.02.07 „Paul-Maar-Schule, Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung, Hilden“	298 – 303
Produkt 03.03.01 „Schülerbeförderung“	304 – 307
Produkt 03.03.02 „Bildungsberatung, Schulentwicklung“	308 – 313
Produkt 03.03.03 „Medienzentrum“	314 – 317

Produkt 03.05.01 „BaföG-Verwaltung“	318 – 322
Produktbereich 04 „Kultur und Wissenschaft“	323 – 327
Produkt 04.01.01 „Kulturelle Projekte und Vereinigungen“	328 – 331
Produkt 04.01.02 „Archiv“	332 – 336
Produktbereich 05 „Soziale Leistungen“	337 – 341
Produkt 05.01.01 „Beratung und Leistung bei Behinderung“	342 – 345
Produkt 05.01.02 „Förderung der Altenhilfe“	346 – 349
Produkt 05.01.03 „Heimaufsicht“	350 – 353
Produkt 05.02.01 „Leistungen zum Lebensunterhalt“	354 – 357
Produkt 05.02.03 „Hilfe bei Pflegebedürftigkeit“	358 – 361
Produkt 05.02.04 „Krankenhilfe, sonstige Leistungen in besonderen Lebenslagen“	362 – 365
Produkt 05.02.05 „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“	366 – 369
Produkt 05.03.01 „Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II“	370 – 373
Produkt 05.04.03 „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen“	374 – 377
Produkt 05.04.04 „Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege“	378 – 381
Produkt 05.04.05 „Betreuungsleistungen“	382 – 385
Produkt 05.04.06 „Unterhaltsvorschussleistungen“	386 – 389
Produkt 05.04.07 „Integration“	390 – 393
Produkt 05.04.08 „Kreisentwicklung und Sozialplanung“	394 – 397
Produkt 05.04.09 „Kommunale Versorgungsverwaltung“	398 – 401
Produkt 05.05.01 „Beratung bei Behinderung“	402 – 405
Produkt 05.05.02 „Besondere Leistungen bei Behinderung“	406 – 409
Produkt 05.06.01 „Einrichtungen für behinderte Erwachsene“	410 – 413
Produkt 05.06.02 „Integrative Kindertagesstätte Velbert“	414 – 417
Produkt 05.06.03 „Heilpädagogische Tagesstätte Ratingen“	418 – 421
Produkt 05.06.04 „Heilpädagogische Tagesstätte Heiligenhaus“	422 – 425
Produkt 05.06.05 „Heilpädagogische Tagesstätte Langenfeld“	426 – 430
Produktbereich 06 „Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“	431 – 435
Produkt 06.01.01 „Kompetenzagentur“	436 – 439
Produkt 06.02.01 „Elterngeld“	440 – 444
Produktbereich 07 „Gesundheitsdienste“	445 – 449
Produkt 07.01.01 „Gesundheitsförderung“	450 – 453
Produkt 07.01.02 „Gesundheitsbezogene Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche“	454 – 457
Produkt 07.01.03 „Psychosoziale Versorgung“	458 – 461
Produkt 07.02.01 „Gesundheitsschutz“	462 – 465
Produkt 07.02.02 „Medizinalaufsicht“	466 – 469
Produkt 07.03.01 „Amts- und sozialärztliche Aufgaben“	470 – 474
Produktbereich 08 „Sportförderung“	475 – 479
Produkt 08.01.01 „Sportförderung“	480 – 484
Produktbereich 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation“	485 – 489
Produkt 09.01.01 „Planung“	490 – 493
Produkt 09.02.01 „Grundlagen-, Kataster- und Ingenieurvermessungen“	494 – 497
Produkt 09.02.02 „Raumbezogene Informationssysteme und kartographische Produkte“	498 – 501
Produkt 09.02.03 „Grundstückswert und -marktdaten, gutachterliche Stellungnahmen“	502 – 505

Produkt 09.02.04 „Grundstücksbezogene Basisinformationen“	506 – 510
Produktbereich 10 „Bauen und Wohnen“	511 – 515
Produkt 10.01.01 „Brandschutztechnische Stellungnahmen sowie Brandsicherheitsschauen“	516 – 519
Produkt 10.01.02 „Maßnahmen der Bauaufsicht“	520 – 523
Produkt 10.02.01 „Förderung des Wohnungsbaus und der Modernisierung“	524 – 527
Produkt 10.03.01 „Denkmal Wülfrath-Aprath“	528 – 532
	533 – 537
Produktbereich 11 „Ver- und Entsorgung“	
Produkt 11.01.01 „Entsorgung häuslicher Abfälle“	538 – 541
Produkt 11.01.02 „Entsorgung nicht brennbarer Abfälle“	542 – 545
Produkt 11.01.03 „Abfallrechtliche Maßnahmen“	546 – 550
Produktbereich 12 „Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV“	551 – 557
Produkt 12.01.01 „Durchführung von Bau- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen“	558 – 563
Produkt 12.02.01 „Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)“	564 – 568
Produktbereich 13 „Natur- und Landschaftspflege“	569 – 575
Produkt 13.01.01 „Naherholungseinrichtungen“	576 – 579
Produkt 13.02.01 „Natur und Landschaft, Planung“	580 – 584
Produktbereich 14 „Umweltschutz“	585 – 591
Produkt 14.01.01 „Wasserrechtliche Zulassungsverfahren, Stellungnahmen und Beratung“	592 – 595
Produkt 14.01.02 „Allgemeine Gewässeraufsicht, Gefahrenabwehr“	596 – 599
Produkt 14.01.03 „Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser“	600 – 605
Produkt 14.02.01 „Umweltmanagement“	606 – 609
Produkt 14.02.02 „Immissionsschutz“	610 – 614
Produktbereich 15 „Wirtschaft und Tourismus“	615 – 621
Produkt 15.01.01 „Wirtschaftsförderung“	622 – 625
Produkt 15.02.01 „Beteiligungsverwaltung“	626 – 629
Produkt 15.03.01 „Parkraumbewirtschaftung“	630 – 635
Produkt 15.04.01 „Tourismusförderung“	636 – 640
Produktbereich 16 „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“	641 – 645
Produkt 16.01.01 „Steuern, allgemeine Umlagen, allgemeine Zuweisungen“	646 – 649
Produkt 16.01.02 „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“	650 – 654
Produktbereich 17 „Stiftungen“	655 – 659
Produkt 17.01.01 „Neanderthal Museum“	660 – 664



Kreis Mettmann

Aufstellungs- und Bestätigungsvermerk

Aufstellungs- und Bestätigungsvermerk

**Hiermit wird gem. § 53 Abs. 1 Kreisordnung NRW i.V.m. § 95 Abs. 3
Gemeindeordnung NRW der Jahresabschluss des Kreises Mettmann
zum 31.12.2010 aufgestellt.**

Mettmann, den 30. September 2011

**Sigrid Leven
Kreiskämmerin**

**Der Jahresabschluss des Kreises Mettmann zum 31.12.2010 wird hiermit
gem. § 53 Abs. 1 Kreisordnung NRW i.V.m. § 95 Abs. 3
Gemeindeordnung NRW bestätigt.**

Mettmann, den 30. September 2011

**Thomas Hendele
Landrat**



Ergebnisrechnung

Finanzrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2009	Fort- geschriebener Ansatz 2010	IST-Ergebnis 2010	Vergleich Ansatz/Ist (Spalte 4./3)	Übertragung 2011
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1		2	3	4	5	6
Erträge						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	6.054.815,37	6.060.500,00	9.446.329,84	3.385.829,84	0,00
2	Zuwendungen, allg. Umlagen	313.757.330,68	320.332.446,00	318.096.648,08	-2.235.797,92	0,00
3	Sonstige Transfererträge	10.287.863,47	4.760.150,00	5.046.067,61	285.917,61	0,00
4	Öff.-rechtl. Leistungsentgelte	32.614.511,85	34.395.050,00	32.523.344,81	-1.871.705,19	0,00
5	Privatrechtl. Leistungsentgelte	7.750.273,17	6.122.666,98	7.581.419,51	1.458.752,53	0,00
6	Kostenerstattungen,-umlagen	43.577.620,62	36.865.929,04	38.249.806,70	1.383.877,66	0,00
7	Sonstige ordentliche Erträge	10.178.002,77	5.732.338,64	14.058.945,81	8.326.607,17	0,00
8	Aktivierete Eigenleistungen	195.538,24	145.950,00	65.459,50	-80.490,50	0,00
9	Bestandsveränderungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10 = Ordentliche Erträge		424.415.956,17	414.415.030,66	425.068.021,86	10.652.991,20	0,00
Aufwendungen						
11	Personalaufwendungen	59.036.602,68	59.827.500,00	59.667.588,02	-159.911,98	0,00
12	Versorgungsaufwendungen	6.402.477,95	3.928.200,00	6.098.654,00	2.170.454,00	0,00
13	Sach- und Dienstleistungen	44.759.713,92	49.157.577,00	47.264.961,91	-1.892.615,09	2.491.750,00
14	Bilanzielle Abschreibungen	5.639.263,09	6.556.565,00	6.343.533,34	-213.031,66	0,00
15	Transferaufwendungen	197.543.351,67	196.636.925,00	196.235.388,49	-401.536,51	0,00
16	Sonstige ordentl. Aufwend.	110.496.831,88	105.173.574,66	110.619.947,43	5.446.372,77	256.060,00
17 = Ordentliche Aufwendungen		423.878.241,19	421.280.341,66	426.230.073,19	4.949.731,53	2.747.810,00
18 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit		537.714,98	-6.865.311,00	-1.162.051,33	5.703.259,67	-2.747.810,00
19	Finanzerträge	2.710.266,01	1.606.200,00	950.631,55	-655.568,45	0,00
20	Zinsen, sonstige Finanzaufw.	21.025,68	53.200,00	61.501,40	8.301,40	40.000,00
21 = Finanzergebnis		2.689.240,33	1.553.000,00	889.130,15	-663.869,85	-40.000,00
22 Ordentliches Ergebnis		3.226.955,31	-5.312.311,00	-272.921,18	5.039.389,82	-2.787.810,00
23	Außerordentliche Erträge	0,00	0,00	0,00	-0,00	0,00
24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
25 = Außerordentliches Ergebnis		0,00	0,00	0,00	-0,00	0,00
26 Ergebnis		3.226.955,31	-5.312.311,00	-272.921,18	5.039.389,82	-2.787.810,00

Ein- und Auszahlungsarten		Ergebnis 2009	Fort- geschriebener Ansatz 2010	IST-Ergebnis 2010	Vergleich Ansatz/Ist (Spalte 4./3)	Übertragung 2011
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
1		2	3	4	5	6
Einzahlungen						
1	Steuern und ähnliche Abgaben	6.054.400,50	6.440.100,00	9.445.776,71	3.005.676,71	0,00
2	+ Zuwendungen und allgemeine Umlagen	312.608.384,47	313.585.656,81	312.825.837,43	- 759.819,38	0,00
3	+ Sonstige Transfereinzahlungen	10.181.920,21	4.760.150,00	4.904.586,64	144.436,64	0,00
4	+ Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	32.721.899,39	33.245.950,00	32.980.889,03	- 265.060,97	0,00
5	+ Privatrechtliche Leistungsentgelte	7.726.704,72	6.142.228,03	7.710.245,17	1.568.017,14	0,00
6	+ Kostenerstattungen, Kostenumlagen	39.293.236,03	36.904.929,04	38.055.482,76	1.150.553,72	0,00
7	+ Sonstige Einzahlungen	4.951.940,20	5.734.777,59	5.710.461,16	- 24.316,43	0,00
8	+ Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	2.673.757,38	1.590.500,00	1.549.084,45	- 41.415,55	0,00
9	= Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	416.212.242,90	408.404.291,47	413.182.363,35	4.778.071,88	0,00
Auszahlungen						
10	- Personalauszahlungen	49.556.012,72	54.158.450,00	53.285.297,40	- 873.152,60	418.130,00
11	- Versorgungsauszahlungen	5.181.231,00	5.358.950,00	5.714.774,00	355.824,00	0,00
12	- Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	43.405.074,63	53.418.887,00	47.714.157,55	- 5.704.729,45	4.106.630,00
13	- Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	22.955,69	692.900,00	360.581,92	- 332.318,08	589.700,00
14	- Transferauszahlungen	194.047.998,13	197.475.725,00	196.070.121,79	- 1.405.603,21	1.191.420,00
15	- Sonstige Auszahlungen	106.352.597,57	105.915.675,47	102.646.632,36	- 3.269.043,11	1.054.500,00
16	= Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	398.565.869,74	417.020.587,47	405.791.565,02	- 11.229.022,45	7.360.380,00
17	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.646.373,16	- 8.616.296,00	7.390.798,33	16.007.094,33	- 7.360.380,00
Investitionstätigkeit						
Einzahlungen						
18	+ Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	4.526.979,26	8.258.080,00	6.699.168,46	- 1.558.911,54	0,00
19	+ Veräußerung von Sachanlagen	19.003,87	2.100,00	20.798,00	18.698,00	0,00
20	+ Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	13.770.000,00	13.768.933,94	- 1.066,06	0,00
21	+ Einzahlungen aus Beiträgen u.ä. Entgelten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
22	+ Sonstige Investitionseinzahlungen	63.073,12	241.350,00	190.916,30	- 50.433,70	0,00
23	Summe der investiven Einzahlungen	4.609.056,25	22.271.530,00	20.679.816,70	- 1.591.713,30	0,00
Auszahlungen						
24	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	537.854,79	1.729.660,00	478.553,73	- 1.251.106,27	50.000,00
25	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	11.240.844,76	6.795.746,52	3.505.725,18	- 3.290.021,34	2.865.920,00
26	- Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	2.624.219,71	5.139.155,48	2.478.719,63	- 2.660.435,85	1.942.610,00
27	- Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	687.430,82	20.318.300,00	0,00	- 20.318.300,00	17.318.300,00
28	- Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
29	- Sonstige Investitionsauszahlungen	54.660,00	31.000,00	20.390,00	- 10.610,00	0,00
30	Summe der investiven Auszahlungen	15.145.010,08	34.013.862,00	6.483.388,54	- 27.530.473,46	22.176.830,00
31	Saldo Investitionstätigkeit (Einzahlungen./Auszahlungen)	- 10.535.953,83	- 11.742.332,00	14.196.428,16	25.938.760,16	- 22.176.830,00
32	Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	7.110.419,33	- 20.358.628,00	21.587.226,49	41.945.854,49	- 29.537.210,00
33	+ Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	86.664,94	100.000,00	109.819,43	9.819,43	0,00
34	+ Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	- Tilgung und Gewährung von Darlehen	111.959,45	140.150,00	144.825,39	4.675,39	0,00
36	- Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 25.294,51	- 40.150,00	- 35.005,96	5.144,04	0,00
38	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	7.085.124,82	- 20.398.778,00	21.552.220,53	41.950.998,53	- 29.537.210,00
39	+ Anfangsbestand an Finanzmitteln	42.818.162,13	50.254.279,55	50.254.279,55	0,00	0,00
40	+ Bestandsänderung fremde Finanzmittel	356.731,42	0,00	11.925.378,80	11.925.378,80	0,00
41	+ Korrektur	- 5.738,82	0,00	141.682,90	141.682,90	0,00
42	Liquide Mittel	50.254.279,55	29.855.501,55	83.873.561,78	54.018.060,23	- 29.537.210,00



Kreis Mettmann

Bilanz

31.12.2010

Aktiva		
	2010 EUR	Vorjahr EUR
1. Anlagevermögen	340.157.407,61	360.771.884,44
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	1.081.112,68	216.109,25
1.2 Sachanlagen	254.356.699,65	253.344.441,59
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2.342.074,00	1.752.625,29
1.2.1.1 Grünflächen	977.485,00	396.888,00
1.2.1.2 Ackerland	176.220,00	176.220,00
1.2.1.3 Wald, Forsten	138.270,00	129.418,29
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	1.050.099,00	1.050.099,00
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	150.094.266,43	152.304.099,43
1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen	5.422.029,00	5.501.552,00
1.2.2.2 Schulen	79.481.537,43	80.745.446,43
1.2.2.3 Wohnbauten	34.772.680,00	35.224.541,00
1.2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	30.418.020,00	30.832.560,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen	65.794.052,61	68.336.296,63
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	12.410.501,94	12.978.860,63
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	6.440.459,00	6.605.328,00
1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00
1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.545.891,00	2.608.691,00
1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	42.309.926,67	43.811.296,00
1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	2.087.274,00	2.332.121,00
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	102.340,00	91.209,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	143.824,00	143.823,00
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	4.426.793,29	1.682.250,00
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.718.147,17	5.194.633,19
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	25.735.202,15	23.839.505,05
1.3 Finanzanlagen	84.719.595,28	107.211.333,60
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	79.319.861,14	85.716.530,57
1.3.2 Beteiligungen	4.602.470,20	4.602.470,20
1.3.3 Sondervermögen	0,00	1.311.356,00
1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	211.198,88	13.980.132,82
1.3.5 Ausleihungen	586.065,06	1.600.844,01
1.3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
1.3.5.2 an Beteiligungen	0,00	0,00
1.3.5.3 an Sondervermögen	0,00	1.025.083,35
1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen	586.065,06	575.760,66
2. Umlaufvermögen	106.615.953,57	74.870.398,52
2.1 Vorräte des Umlaufvermögens	130.007,32	64.716,21
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	130.007,32	64.716,21
2.1.2 Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.612.384,47	24.551.402,76
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	21.057.582,41	22.682.930,70
2.2.1.1 Gebühren	1.202.341,59	483.491,12
2.2.1.2 Beiträge	0,00	0,00
2.2.1.3 Steuern	941,00	387,87
2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen	11.087.952,19	13.670.532,30
2.2.1.5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	8.766.347,63	8.528.519,41
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	1.359.932,20	1.189.907,72
2.2.2.1 gegenüber dem privaten Bereich	680.633,74	733.096,01
2.2.2.2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	679.130,80	27,18
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen	167,66	167,66
2.2.2.4 gegen Beteiligungen	0,00	79.831,61
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	0,00	376.785,26
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	194.869,86	678.564,34
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	0,00	0,00
2.4 Liquide Mittel	83.873.561,78	50.254.279,55
nachrichtlich: Ermächtigungsübertragung für Auszahlungen nach 2011: 29.537.210,00		
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	13.265.182,85	12.890.320,80
Bilanzsumme:	460.038.544,03	448.532.603,76

Bestätigt:

Thomas Hendele
Landrat

Passiva		
	2010 EUR	Vorjahr EUR
1. Eigenkapital	194.127.969,95	196.767.892,10
1.1 Allgemeine Rücklage	191.382.664,43	190.312.392,16
1.1.1 ohne Bindung	188.351.520,51	184.707.401,62
1.1.2 erbrechtliche Zuwendungen	243.333,92	242.679,54
1.1.3 zweckgebundene Deckungsrücklage	2.787.810,00	5.362.311,00
1.2 Sonderrücklagen	3.260.748,00	3.260.748,00
1.3 Ausgleichsrücklage	1,00	1,00
1.4 Jahresüberschuss/-fehlbetrag Kreishaushalt	-272.921,18	3.226.955,31
1.5 Jahresüberschuss/-fehlbetrag fremde Haushalte	-242.522,30	-32.204,37
2. Sonderposten	59.013.787,47	58.978.851,44
2.1 für Zuwendungen	56.152.281,42	56.223.764,85
2.2 für Beiträge	0,00	0,00
2.3 für den Gebührenaussgleich	2.861.506,05	2.755.086,59
2.4 Sonstige Sonderposten	0,00	0,00
3. Rückstellungen	169.423.891,41	166.689.378,36
3.1 Pensionsrückstellungen	126.518.383,00	121.948.903,00
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	12.727.919,31	15.911.522,65
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	857.621,55	1.886.990,09
3.4 Sonstige Rückstellungen nach § 36 Abs. 4 und 5 GemHVO	29.319.967,55	26.941.962,62
4. Verbindlichkeiten	24.802.971,67	26.080.318,89
4.1 Anleihen	0,00	0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	849.846,03	888.144,52
4.2.1 von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
4.2.2 von Beteiligungen	0,00	0,00
4.2.3 von Sondervermögen	0,00	0,00
4.2.4 vom öffentlichen Bereich	849.846,03	888.144,52
4.2.5 vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00	0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.659.939,53	2.391.467,19
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	436.464,47	300.340,68
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	20.856.721,64	22.500.366,50
5. Passive Rechnungsabgrenzung	12.669.923,53	16.162,97
Bilanzsumme:	460.038.544,03	448.532.603,76

Aufgestellt:

Sigrid Leven
Kreiskammerin



A N H A N G

zum Jahresabschluss 2010

Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung 2010

1. Vorbemerkung

Die nachfolgenden Ausführungen erläutern die wesentlichen Abweichungen der Ergebnisse 2010 zu den ursprünglich geplanten bzw. fortgeschriebenen Haushaltsansätzen der Ergebnisplanung. Abweichungen zwischen geplantem und fortgeschriebenem Ansatz ergeben sich durch

- nicht verbrauchte Haushaltsermächtigungen des Jahres 2009, die nach 2010 übertragen wurden und für ihren Zweck noch benötigt werden (Ermächtigungsübertragungen),
- vom Kreistag genehmigte über- oder außerplanmäßigen Mittel und
- Mittelерhöhungen durch Erhöhung der zweckgebundenen Zuweisung.

Allgemeiner Hinweis:

In den nachstehenden Tabellen werden die wichtigsten Ertrags- und Aufwandsarten bzw. Ein- und Auszahlungsarten nach Gruppen zusammengefasst ausgewiesen. Die Addition der Einzelbeträge führt in einigen Fällen nicht zu dem in der jeweiligen Zeile der Ergebnis- bzw. Finanzrechnung ausgewiesenen Betrag. Hier wurde zu Gunsten der Übersichtlichkeit auf die Darstellung aller statistisch zu differenzierenden Gruppen, bei denen nur unerhebliche Beträge ausgewiesen werden, verzichtet.

2. Jahresergebnis

Das **Jahresergebnis** ergibt sich aus dem Saldo des ordentlichen und des außerordentlichen Ergebnisses. Das ordentliche Ergebnis wiederum setzt sich aus dem Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit und dem Finanzergebnis zusammen.

Gegenüber der Haushaltsplanung, die ursprünglich ein ausgeglichenes Ergebnis vorsah, ergab sich zwischenzeitlich gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz ein Fehlbedarf i.H.v. 5,3 Mio. € der aber unterjährig durch Sparmaßnahmen und Ergebnisverbesserungen in Höhe von 5,0 Mio. € nahezu vollständig kompensiert werden konnte. Somit schließt der Kreis Mettmann sein Rechnungsergebnis 2010 mit einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 273 T€ ab.

Folgende Ursachen waren hierfür maßgeblich:

2.1 Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit

Das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit umfasst alle regelmäßig anfallenden Aufwendungen und Erträge aus dem Saldo der ordentlichen Erträge und ordentlichen Aufwendungen.

Der ursprüngliche Planansatz wird durch Übertragungen nicht ausgeschöpfter aber weiterhin benötigter Ermächtigungen aus dem Vorjahr sowie unterjährig über- bzw. außerplanmäßig bereitgestellter Mittel zum fortgeschriebenen Ansatz. Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr führen dabei zunächst zu einer Erhöhung der Aufwandsermächtigungen des laufenden Jahres, da zum Ausgleich erforderliche Mehrerträge nicht übertragen werden. Über- bzw. außerplanmäßige Mittel müssen dagegen im laufenden Haushaltsjahr durch entsprechende Mehrerträge / Minderaufwendungen gedeckt sein.

Der fortgeschriebene Ansatz 2010 umfasst rd. 5,3 Mio. € zusätzliche Befrachtung aus Ermächtigungsübertragungen aus 2009 – hiervon allein rd. 2,2 Mio. € für Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II - sowie weitere rd. 2,1 Mio. € überplanmäßig bereitgestellte Mittel.

Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit 2010

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	5.879	6.061	9.446	3.385	55,9 %
Zuwendungen, allg. Umlagen	319.701	320.332	318.097	- 2.235	- 0,7 %
Sonstige Transfererträge	4.760	4.760	5.046	286	6,0 %
Öff.-rechtl. Leistungsentgelte	34.395	34.395	32.523	- 1.872	- 5,4 %
Privatrechtl. Leistungsentgelte	6.091	6.123	7.581	1.458	23,8 %
Kostenerstattungen, -umlagen	36.850	36.866	38.250	1.384	3,8 %
Sonstige ordentl. Erträge	4.519	5.732	14.059	8.327	145,3 %
Aktivierete Eigenleistungen	146	146	66	- 80	- 54,8%
Ordentliche Erträge	412.341	414.415	425.068	10.653	2,6 %
Personalaufwendungen	59.828	59.827	59.668	- 159	- 0,3%
Versorgungsaufwendungen	3.928	3.928	6.099	2.171	55,2 %
Sach- und Dienstleistungen	44.566	49.158	47.265	- 1.893	- 3,9 %
Bilanzielle Abschreibungen	5.736	6.556	6.343	- 213	- 3,2 %
Transferaufwendungen	195.422	196.637	196.235	- 402	- 0,2 %
Sonstige ordentl. Aufwendungen	104.414	105.174	110.620	5.446	5,2 %
Ordentliche Aufwendungen	413.894	421.280	426.230	4.950	1,2 %
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	- 1.553	- 6.865	- 1.162	5.703	83,1 %

Der Vergleich des fortgeschriebenen Ansatzes mit dem Ergebnis 2010 zeigt, dass sich das **Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit** um 5,7 Mio. € verbessert hat. Diese Ergebnisverbesserung ergibt sich überwiegend aus Mehrerträgen in Höhe von rd. 10,7 Mio. sowie Mehraufwendungen in Höhe von rd. 5,0 Mio. €.

Die Mehrerträge bei den **ordentlichen Erträgen** ergeben sich durch Mehrerträge bei

- den **Steuern und ähnlichen Abgaben** (+ 3,4 Mio. €),
- den **sonstigen Transfererträgen** (+ 0,3 Mio. €)
- den **Privatrechtlichen Leistungsentgelten** (+ 1,5 Mio. €),
- den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** (+ 1,4 Mio. €) und bei
- den **sonstigen ordentlichen Erträgen** (+ 8,3 Mio. €).

Den Mehrerträgen stehen Mindererträge gegenüber bei

- den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** (- 2,2 Mio. €) und
- den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** (- 1,9 Mio. €).

Die Minderaufwendungen bei den ordentlichen Aufwendungen ergeben sich durch Minderaufwendungen bei

- den **Personalaufwendungen** (- 0,2 Mio. €),
- den **Sach- und Dienstleistungen** (- 1,9 Mio. €),
- den **bilanziellen Abschreibungen** (- 0,2 Mio. €)
- den **Transferaufwendungen** (- 0,4 Mio. €) und

Den Minderaufwendungen stehen Mehraufwendungen gegenüber bei

- den **Versorgungsaufwendungen** (+ 2,2 Mio. €)
- den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** (+ 5,4 Mio. €).

Die wesentlichen Ertrags- und Aufwandsveränderungen der Ergebnisrechnung werden wie folgt erläutert:

2.1.1 Ordentliche Erträge

Bei der Analyse der Steigerung der ordentlichen Erträge um insgesamt + 10,7 Mio. € sind zunächst die **Steuern und ähnlichen Abgaben** zu betrachten, bei denen saldiert rd. 3,4 Mio. € Mehrerträge ausgewiesen werden.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	5.879	6.061	9.446	3.385	55,8 %
Jagdsteuer	43	43	41	- 2	- 4,7 %
Wohngeldeinsparung SGB II	5.836	6.017	9.404	3.387	56,3 %

Neben den Jagdsteuern, die in 2010 nur noch einen marginalen Betrag ausmachen und entsprechend der gesetzlichen Änderung ab 2013 komplett entfallen, ist hier auch die Ausgleichsleistung für den Wegfall des Wohngeldes in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe zu verbuchen. Die Verfassungswidrigkeit der Berechnungsgrundlage für die Verteilung der eingesparten Wohngeldmittel des Landes an die Kreise und kreisfreien Städte war Mitte 2010 festgestellt worden. Eine Neuberechnung wurde von der neuen Landesregierung kurzfristig vorgenommen und im Dezember beschlossen. Die Neufassung der Berechnungsgrundlage für die Verteilung der Wohngeldeinsparung bescherte dem Kreis Mettmann für 2010 Mehreinnahmen in Höhe von rd. 3,4 Mio. €. Auch für die beiden Planjahre 2011/2012 ergibt sich daraus eine Aufstockung der bisherigen Erträge um mehr als 50%.

Die neue Berechnungsgrundlage führt jedoch bei einigen Kreisen und kreisfreien Städten zu erheblichen Rückzahlungsverpflichtungen, so dass davon ausgegangen werden kann, dass auch gegen diese neue Berechnung vor dem Landesverfassungsgericht geklagt wird.

Die **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** weisen saldiert Mindererträge von 2,2 Mio. € aus.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Zuwendungen, allg. Umlagen	319.701	320.332	318.097	- 2.235	- 0,7 %
Zuweisungen und Zuschüsse	2.722	2.889	2.241	- 648	- 22,4 %
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuweisungen	6.292	6.749	5.594	- 1.155	- 17,1 %
Allgemeine Umlagen	310.693	310.693	310.260	- 432	- 0,1 %

Hierzu gehören Zuweisungen und Zuschüssen des Bundes und des Landes sowie weiterer Dritter für laufende Zwecke, aber auch die zahlungsunwirksamen Erträge aus der Auflösung der Sonderposten aus Zuwendungen für Investitionen und die allgemeinen Umlagen (Kreisumlage, Mehrbelastung Berufskollegs, Sonderumlage für den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)).

Neben geringen Mehrerträgen und kleineren Verschiebungen zwischen den Ansätzen der **Zuweisungen und Zuschüsse** für die unterschiedlichsten laufenden Zwecke in verschiedenen Produkten führte insbesondere ein ursprünglich konsumtiv veranschlagter Zuschuss für eine Altlastensanierung in Höhe von 760 T€ zu den Mindererträgen von rd. 0,6 Mio. €.

Bislang konnte davon ausgegangen werden, dass für die Altlast „LCKW-Fahnenanlage Hilden/Benrath“ eine Grundwassersanierungsanlage durch den Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW (AAV) erstellt wird, in dem der Kreis Mettmann Mitglied ist. An den Kosten solcher Maßnahmen werden die Mitglieder in der Regel mit 20% beteiligt; ihnen obliegt nach Fertigstellung die Unterhaltung der Anlagen des AAV. In diesem Fall sollte jedoch der Kreis die Sanierung selbst durchführen und für die Grundwassersanierungsanlage einen 80 %-igen Zuschuss vom AAV erhalten. Die Anschaffung und der Einbau der Anlage wurden als planmäßige Entnahme aus Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten und der Zuschuss des AAV als konsumtiver Zuschuss veranschlagt. Da der Kreis nunmehr aber als wirtschaftlicher Eigentümer

der Grundwassersanierungsanlage definiert wird, handelt es sich dann um eine Investition des Sachanlagevermögens (Maschinen, technische Anlagen), so dass der hierfür gewährte Zuschuss des AAV als Sonderposten der Anlage zuzuordnen ist. Die Auflösung dieses Sonderpostens erfolgt jetzt zusammen mit der Abschreibung der Anlage und führt so in den Folgejahren zu gleich hohen Erträgen.

Die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten aus Zuweisungen für Investitionen weisen Mindererträge von rd. 1,1 Mio. € aus. Ursächlich hierfür ist, dass Sanierungsmaßnahmen an den kreiseigenen Schulen im Rahmen des Konjunkturpaketes II sowie weitere eigene Baumaßnahmen nicht im geplanten Umfang durchgeführt bzw. abgeschlossen werden konnten. Die Maßnahmen werden als „Anlagen in Bau“ geführt, und verursachen in diesem Sinne noch keine Abschreibungen.

Entsprechend können auch noch keine Erträge aus der Auflösung der Sonderposten verbucht wurden. Die Maßnahmen bzw. Erträge werden in 2011 fortgesetzt bzw. generiert.

Im Übrigen konnte von den allgemeinen Umlagen die Sonderumlage VRR nach Vorlage der Abrechnung 2009 aufgrund entsprechender Minderaufwendungen um rd. 0,4 Mio. € gesenkt werden. Die Sonderumlage VRR beinhaltet die Umlagen für den allgemeinen Verbundetat, die Betriebsleistungen des Busverkehrs Rheinland und des Schienenpersonennahverkehrs sowie den Eigenaufwand der VRR AöR und des ZV VRR. Berücksichtigt wird auch die jeweilige Ergebnisrechnung des ZV VRR.

Das Ergebnis der sonstigen Transfererträge, zu denen insbesondere die Ersätze von Leistungen nach dem SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen zählen, weisen gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz saldiert eine Verbesserung von knapp 0,3 Mio. € auf.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Sonstige Transfererträge	4.760	4.760	5.046	286	6,0 %
Ersatz von Leistungen a. Einrichtungen	2.622	2.622	2.658	36	1,4 %
Ersatz von Leistungen in Einrichtungen	1.697	1.697	1.987	290	17,0 %
Andere sonstige Transfererträge	440	440	399	- 41	- 9,1 %

Der Ersatz der Leistungen außerhalb von Einrichtungen entwickelte sich weitgehend planmäßig. Während beim Ersatz von Leistungen in Einrichtungen Mehrerträge verbucht werden konnten. Hier konnten im Bereich der stationären Hilfe zur Pflege Mehrerträge von rd. 450 T€ bei der Rückerstattungen gewährter Leistungen bzw. den Unterhaltsbeiträgen verbucht werden, die zum Teil durch Mindererträge von rd. 180 T€ im Bereich der stationären Krankenhilfe wieder aufgezehrt wurden.

Auch die Erträge aus der Erstattung von Pflegewohngeld blieben um rd. 41 T€ hinter der Planung zurück.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte fallen um rd. 1,9 Mio. € geringer aus als geplant.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte	34.395	34.395	32.523	- 1.872	- 5,4 %
Verwaltungsgebühren	8.593	8.593	8.555	- 38	- 0,4 %
Benutzungsgebühren	24.394	24.394	23.566	- 828	- 3,4 %
Zweckgebundene Abgaben	30	30	2	- 28	- 90,4 %
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für den Gebührenaussgleich	1.378	1.378	400	- 978	- 71,0 %

Zu den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten gehören die Verwaltungsgebühren, die Benutzungsgebühren für die beiden gebührenrechnenden Einrichtungen „Notarztversorgung“ und „Ab-

fallentsorgung“, die Erträge aus der Auflösung der in diesem Zusammenhang gebildeten Sonderposten für den Gebührenaussgleich sowie die sonstigen zweckgebundenen Abgaben.

Die Erträge aus Verwaltungsgebühren entsprechen insgesamt den Ansätzen, auch wenn sich Verschiebungen zwischen den einzelnen Bereichen ergeben haben. Insbesondere im Straßenverkehrsamt blieben die Zulassungsgebühren um rd. 0,4 Mio. € hinter den Erwartungen zurück, die jedoch durch entsprechende Mehrerträge u.a. bei der Überwachung der Halterpflichten ausgeglichen werden konnten. Bei den Zulassungen machten sich die in 2009 vorzeitig getätigten Neuzulassungen aufgrund der Abwrackprämie für Altfahrzeuge negativ bemerkbar.

Von den Benutzungsgebühren entfallen allein rd. 20,7 Mio. € auf die Abfallentsorgung. Gebühren sollen grundsätzlich kostendeckend sein. Überschüsse sind daher dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zuzuführen und nach dem Kommunalabgabengesetz innerhalb von 3 Jahren zur Senkung bzw. Stabilisierung der Gebühren wieder aufzulösen.

Da in Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise 2009 die Altpapiererlöse dramatisch eingebrochen sind, wurde auch für 2010 nur mit verminderten Erträgen aus der Altpapierverwertung gerechnet. Um diesen Ausfall nicht vollständig über eine Anhebung der Gebühren auffangen zu müssen, wurden Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für den Gebührenaussgleich in Höhe von knapp 1 Mio. € eingeplant. Da die Altpapierpreise sich in 2010 aber schnell wieder erholten, konnte auf entsprechende Erträge aus Abfallgebühren (- 0,8 Mio. €) und die Auflösung der Gebührenaussgleichsrücklage (- 1 Mio. €) verzichtet werden.

Ermöglicht wurde dieser Verzicht durch entsprechende Mehrerträge im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von insgesamt rd. 1,5 Mio. €.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.091	6.123	7.581	1.459	23,8 %
Mieten und Pachten	3.706	3.706	3.615	- 91	- 2,5 %
Erlöse aus Verkauf	2.096	2.097	3.668	1.571	75,0 %
Sonstige privatrecht. Leistungsentgelte	289	320	299	- 21	- 6,6 %

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten gehören die Erlöse aus der Vermietung und Verpachtung kreiseigener Grundstücke und Gebäude. Weitere Verkaufserlöse, wie z.B. aus dem Verkauf von Altpapier, aber auch von Werbeartikeln, kartografischen Werken oder aus Kantinenbetrieb sowie sonstige Leistungsentgelte wie z.B. Versicherungsentschädigungen oder Kostenbeiträge der Mitarbeiter für die Gemeinschaftsverpflegung in den Einrichtungen.

Die Mehrerträge hier resultieren in erster Linie aus den gestiegenen Erlösen bei der Altpapierverwertung (+1,5 Mio. €). Mit rd. 3,3 Mio. € konnte in etwa wieder das Vorjahresergebnis erreicht werden, obwohl Mitte 2009 die Altpapiererlöse zunächst drastisch eingebrochen waren.

Die übrigen privatrechtlichen Leistungsentgelte entwickelten sich weitgehend planmäßig.

Bei den Kostenerstattungen und -umlagen können Mehrerträge von insgesamt rd. 1,4 Mio. € erzielt werden.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Kostenerstattungen, -umlagen	36.849	36.866	38.250	1.384	3,8 %
Kostenerstattungen und -umlagen	17.246	17.271	18.500	1.229	7,1 %
Leistungsbeteiligung SGB II	19.595	19.595	19.750	155	0,8 %

Zu den Kostenerstattungen und Kostenumlagen zählt neben den Personal- und Sachkostenerstattungen in vielfältigen Bereichen der Verwaltung auch die Leistungsbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für Bezieher von Leistungen nach dem SGB II.

Die Personalkostenerstattungen konnten insgesamt um rd. 0,7 Mio. € auf 6,9 Mio. €, die Sachkostenerstattungen, insbesondere im Bereich der Straßenunterhaltung und den Einrichtungen für behinderte Menschen um rd. 0,5 Mio. € gesteigert werden.
Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft für SGB II Empfänger ist gesetzlich festgelegt. Steigen die Aufwendungen, steigen auch die Erträge aus der Bundesbeteiligung.

Im Bereich der **sonstigen ordentlichen Erträge** ergeben sich saldiert Mehrerträge in Höhe von rd. 8,3 Mio. €.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Sonstige ordentliche Erträge	4.519	5.732	14.059	8.327	145,3 %
Erträge aus dem Verkauf von Sach- und Finanzanlagen	0	0	27	27	n.b.
Sonstige ordentliche Erträge	4.518	4.518	4.527	9	0,2 %
Nicht zahlungswirksame ordentl. Erträge	0	0	7.572	7.572	n.b.
Andere sonstige ordentliche Erträge	1	1.212	1.929	716	59,1 %

* da der fortgeschriebene Wert Null, das Ergebnis aber positiv ist, lässt sich eine prozentuale Abweichung nicht berechnen.

Zu den sonstigen ordentlichen Erträgen gehören die Erträge aus dem Verkauf von Sach- und Finanzanlagen, die sonstigen ordentlichen Erträge wie z.B. Bußgelder und Säumniszuschläge, die nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge aus Zuschreibungen zum Anlagevermögen, der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen etc. sowie andere sonstige ordentliche Erträge wie z.B. die Rückerstattung von in Vorjahren geleisteten Versicherungsbeiträgen o.ä..

Erträge aus dem Verkauf von Sach- und Finanzanlagen ergeben sich aus dem Verkauf von Gegenständen der Betriebs- und Geschäftsausstattung bzw. Fahrzeugen, deren Nutzungsdauer in der Regel abgelaufen ist. Finanzanlagen wurden nicht veräußert.

Die nicht zahlungswirksamen Mehrerträge in Höhe von knapp 7,6 Mio. € ergeben sich zum einen aus der Auflösung nicht benötigter Rückstellungen für

- den Bereich der Altlastensanierung (2,6 Mio. €),
- Pensions- und Beihilferückstellungen Verstorbener (1,0 Mio. €),
- Instandhaltungsrückstellungen (0,2 Mio. €)
- sonstigen Rückstellungen (1,5 Mio. €) und betreffen insbesondere den Bereich SGB II und SGB XII (Krankenhilfe) sowie die Abfallentsorgung (Abrechnung Vorjahr).

sowie zum anderen aus der Herabsetzung der Pauschalen Wertberichtigung der Forderungen aus dem Bereich der Sozialhilfe in Höhe von 2,1 Mio. €. Durch die Wertberichtigung einer Vielzahl alter uneinbringlicher Forderungen aus diesem Bereich konnte der Anteil der Pauschalen Wertberichtigung entsprechend angepasst werden. Der hier generierte Mehrertrag führt jedoch auch zu entsprechenden Mehraufwendungen (siehe unter „sonstige ordentliche Aufwendungen“).

Die Rückstellungen im Bereich der Altlastensanierung wurden noch einmal daraufhin überprüft, ob sie auch Beträge für Baumaßnahmen und Einbauten von technischen Anlagen im Zuge der erstmaligen Sanierung von Altlasten und Deponien enthalten. Da solche Maßnahmen als Investitionen zu betrachten sind, wurden die Rückstellungen um die entsprechenden Beträge nach unten angepasst.

Die Mehrerträge bei den anderen sonstigen ordentlichen Erträgen sind zum einen auf die Rückerstattungen bereits geleisteter Abschlagszahlungen in Höhe von rd. 0,6 Mio. € an die Abfallentsorgungsbetriebe aufgrund geringerer tatsächlicher Abfallmengen und zum anderen auf Erstattungen aus der VRR Umlage 2009 (100 T€) zurückzuführen.

Die Erträge aus der **Aktivierung von Eigenleistungen** in Zusammenhang mit der Erstellung von Baumaßnahmen liegen um rd. 80 T€ unter dem insgesamt nur geringen Ansatz von 140 T€.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Aktivierbare Eigenleistungen	145	146	66	- 80	- 55,2%

Hier ist zu berücksichtigen, dass die Ansätze für die aktivierbaren Eigenleistungen schwer zu kalkulieren sind, da deren Ertrag erst anfällt, wenn eine Baumaßnahme aktiviert und die dazugehörige „Anlage im Bau“ abgerechnet wird. In der Regel lassen sich weder der Zeitpunkt der endgültigen Fertigstellung noch der teilweisen Inbetriebnahme von Anlagen exakt prognostizieren, so dass hier immer Abweichungen von den Planwerten auftreten werden.

2.1.2 Ordentliche Aufwendungen

Bei der Analyse des Ergebnisses der ordentlichen Aufwendungen zeigen die **Personalaufwendungen** in der Summe nur eine geringe Abweichung von – 0,2 Mio. €.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Personalaufwendungen	59.828	59.828	59.668	- 160	- 0,3%
Dienstaufwendungen, SV-Beiträge	52.128	52.128	51.502	- 656	- 1,3 %
Beihilfen	950	950	793	- 157	- 16,5 %
Zuführung zu Rückstellungen	6.720	6.720	7.373	653	9,7 %

Es haben sich zwar Verschiebungen zwischen den Bereichen Dienstaufwendungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Beschäftigte ergeben, die in der Summe jedoch annähernd gleich hoch sind. Während bei den Dienstbezügen rd. 0,6 Mio. € und den Beihilfen rd. 0,2 Mio. € eingespart werden konnten, erhöhten sich die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen.

Im Bereich der **Versorgungsaufwendungen** ergaben sich erhebliche Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2,2 Mio. € aufgrund der vorzeitigen Pensionierung mehrerer Beamter und der Berücksichtigung einer neuen Beihilfestatistik.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Versorgungsaufwendungen	3.928	3.928	6.098	2.170	55,2 %
Zuführung zu Pensionsrückstellungen	3.429	3.429	4.726	1.297	37,8 %
Zuführung zu Beihilferückstellungen	499	499	1.372	873	175,1 %

Die **Sach- und Dienstleistungen** weisen einen Minderaufwand in Höhe von rd. 1,9 Mio. € aus.

Maßgeblich für dieses Ergebnis sind Minderaufwendungen im Bereich der baulichen Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude in Höhe von 2,6 Mio. €, von denen der größte Teil (2,2 Mio. €) auf Minderaufwendungen für energetische Sanierungsmaßnahmen in den Schulen und Kindergärten im Rahmen des Konjunkturpaketes II (siehe hierzu weiter unten) entfällt. Die in 2010 nicht verausgabten Mittel aus dem Konjunkturpaket II werden in voller Höhe nach 2011 übertragen.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Sach- und Dienstleistungen	44.566	49.158	47.265	- 1.893	- 3,9 %
Unterhaltung Grundstücke und Gebäude	5.107	8.293	5.703	-2.590	- 31,2 %
- <i>hiervon KoPa II Maßnahmen</i>	2.476	5.052	2.824	- 2.228	- 44,1 %
Unterhaltung sonst. unbew. Vermögen	539	959	1.005	46	4,7 %
Erstattungen an Dritte (lfd. Verwaltung)	6.973	7.772	8.012	240	3,1 %
Bewirtschaftung Grundst. und Gebäude	5.657	5.653	5.930	277	4,9 %
Unterhaltung bewegliches Vermögen	1.736	1.888	1.829	- 59	- 3,0 %
Besonderer Verw.- und Betriebsaufwand	330	330	225	- 105	- 31,8 %
Sonstige Sachleistungen	861	880	792	- 88	- 10,0 %
Sonstige Dienstleistungen	23.363	23.383	23.769	386	1,7 %

Daneben ergeben sich aber auch Minderaufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 0,25 Mio. € bei der Unterhaltung des beweglichen Vermögens, den besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz) sowie den sonstigen Sachleistungen.

Den Minderaufwendungen stehen Mehraufwendungen bei der Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens (Straßen und Infrastruktur), der Erstattungen an Dritte, der Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude und der sonstigen Dienstleistungen in Höhe von insgesamt knapp 1 Mio. € gegenüber.

Bei den Erstattungen an Dritte handelt es sich um die Personalkostenerstattung für Mitarbeiter des Bundes in der ARGE ME-aktiv. Während hier rd. 0,5 Mio. € mehr aufgewendet werden mussten, gingen die Erstattungen an die ka Städte um rd. 250 T€ zurück.

Die Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude verteuerte sich insbesondere durch den Anstieg der Steuern und Abgaben (+ 160 T€) sowie den Mehraufwendungen für Reinigung (+ 65 T€) und Strom (+140 T€). Die Kosten für Heizenergie konnten dagegen um rd. 70 T€ gesenkt werden.

Der Mehraufwand bei den sonstigen Dienstleistungen erklärt sich durch die Zuschreibung in die Sonderposten für den Gebührenausschlag aus der Abfallgebührenabrechnung 2009 bzw. der vorläufigen Abrechnung 2010 in Höhe von rd. 1 Mio. €. Denen stehen entsprechende Minderaufwendungen bei der Abfallentsorgung von rd. 0,6 Mio. € gegenüber.

Umsetzung des Konjunkturpaketes II

Angesichts der Krise der Finanzmärkte und der Realwirtschaft hat der Bund Ende 2008 eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts festgestellt und beschlossen, zur Bekämpfung der Krise zusätzliche Investitionen der Länder und Kommunen durch Finanzhilfen in Höhe von insgesamt 10 Mrd. € im Rahmen des sogenannten Konjunkturpakets II zu unterstützen. Die Finanzhilfen des Bundes werden nach Maßgabe des Art. 104 b GG für Investitionen der Kommunen im Bildungsbereich (65%) und im Bereich sonstigen Infrastruktur (35%) gewährt.

Das Land Nordrhein-Westfalen erhält aus dem Konjunkturpaket Mittel in Höhe von 2,133 Mrd. €. Hierzu kommt ein vom Land und den Kommunen aufzubringender Eigenanteil in Höhe von 25% so dass insgesamt Mittel in Höhe von 2,844 Mrd. € für zusätzliche Investitionen in den Jahren 2009 – 2011 zur Verfügung stehen.

Der Kreis Mettmann hat von diesen 2,844 Mrd. € folgende pauschale Zuweisungen erhalten:

Investitionsschwerpunkt Bildung	4.497.879 €
Investitionsschwerpunkt Infrastruktur	1.178.121 €
Gesamt	5.676.000 €

Die Umsetzung von 25 – überwiegend energetischen - Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Bildungsinfrastruktur sowie 10 Maßnahmen im Bereich der sonstigen Infrastruktur wurde vom

Kreistag beschlossen. In 2010 konnten 3 Maßnahmen aus dem Bildungsbereich und 5 Maßnahmen aus dem Bereich allgemeine Infrastruktur abgeschlossen werden.

Bildungsinfrastruktur:

Lfd. Nr.	Maßnahme	Geplante Kosten	Bisherige Kosten
2.01	BK Niederberg - Energiesparmaßnahme I Beleuchtungsoptimierung - Präsenzmelder	45.962,96	32.896,43
2.02	BK Neandertal - Energiesparmaßnahme I Ersatz eines Heizkessels als BHKW	375.000,00	354.083,03
2.03	BK Neandertal - Energiesparmaßnahme II Erneuerung der Kesselanlage im Bauteil D	35.000,00	26.430,46
2.04	BK Hilden - Energiesparmaßnahme I Ersatz eines Heizkessels und Optimierung der Heizkörper im Werkstattbereich	205.000,00	157.164,64
2.05	BK Hilden - Energiesparmaßnahme II Erneuerung und energetische Ertüchtigung der Dachhaut im Altbaubereich	210.000,00	208.354,49
2.07	BK Hilden, Sporthalle Bandsbusch Einbau einer Wärmerückgewinnung in die vorhandene Lüftungszentrale	31.500,00	7.566,68
2.09	BHKW in der Schule am Thekbusch Abwärme für Bäder + Stromnutzung	406.000,00	71.986,26
2.10	BHKW in der Schule an der Virneburg Abwärme für Bäder + Stromnutzung	160.000,00	120.121,12
2.13	HPK Ratingen - Energiesparmaßnahme Dachsanierung und Ertüchtigung der Wärmedämmung	170.000,00	57.579,83
2.14	BK Niederberg - Energiesparmaßnahme II Einsatz eines BHKW als Kraft-Wärmekopplung und Einbau einer Heizungsanlage	250.000,00	197.116,81
2.15	BK Niederberg - Energiesparmaßnahme III Fenstererneuerung und Fassadendämmung (zusätzlich nach Thermographie)	1.039.000,00	711.639,80
2.16	BK Niederberg - Energiesparmaßnahme IV zusätzliche Ergänzung der Gebäudeleittechnik	46.600,00	19.908,92
2.17	BK Niederberg, Hausmeisterhaus - Energiesparmaßnahme V Außenhautdämmung	65.000,00	20.683,23
2.18	BK Neandertal - Energiesparmaßnahme III zusätzliche Ergänzung der Gebäudeleittechnik	67.500,00	39.157,82
2.19	BK Neandertal, Hausmeisterhaus - Energiesparmaßnahme IV zusätzliche Ergänzung der Gebäudeleittechnik	43.600,00	22.688,93
2.20	BK Neandertal, Energiesparmaßnahme V Erneuerung der Dachflächen und der restlichen Fenster, Sonnenschutzanlagen	435.810,00	346.494,97
2.21	Schule an der Virneburg - Energiesparmaßnahme Deckenstrahlheizung in der Sporthalle mit Beleuchtung	100.000,00	5.548,20
2.22	Förderzentrum Velbert - Energiesparmaßnahme Ertüchtigung der Heizanlage und Steuerung	105.000,00	104.678,97
2.23	Einrichtung eines Anbaus am Heilpädagogischen Kindergarten Ratingen	138.000,00	6.531,34
2.24	BK Neandertal - Umgestaltung / Neueinrichtung eines Biologieraumes	86.000,00	57.415,86
2.25	Berufskollegs - Bereitstellung von Activboards Bereitstellung von je 3 interaktiven, digitalen Tafelsystemen für die Berufskollegs	85.000,00	38.699,42
2.26	BK Hilden - Errichtung zusätzlicher Klassenräume Errichtung zweier zusätzlicher Klassenräume im Keller des Berufskollegs Hilden	315.000,00	167.994,17
		4.497.879,00	2.857.180,30

Sonstige Infrastruktur:

Lfd. Nr.	Maßnahme	Geplante Kosten	Bisherige Kosten
3.01	BHKW für das VG I - Energiesparmaßnahme I Einsatz eines BHKW als Kraft-Wärmekopplung	143.350,00	3.109,26
3.08	EDV Serverraum Herstellung eines zusätzlichen Serverraumes	523.000,00	29.322,09
3.09	Lückenschluss Wanderwegenetz in Erkrath/Haas Verbindung von Wander-/Wirtschaftswegen zur Optimierung des Wanderwegenetzes	30.000,00	26.663,71
3.11	Notstromversorgung Verwaltungsgebäude	233.437,30	5.826,83
		929.787,30	64.921,89

Bereits abgeschlossene Maßnahmen:

Lfd. Nr.	Maßnahme	Entstandene Kosten
2.06	Bezirkssportanlage Bandbusch, Hilden - Energiesparmaßnahme Änderung der Beleuchtung und Lichtsteuerung	29.787,42
2.11	Schule am Peckhaus - Energiesparmaßnahme I Ersatz von Glasbausteinen durch Fenster	16.555,58
2.12	Schule am Peckhaus - Energiesparmaßnahme II Erneuerung und energetische Ertüchtigung der Dachhaut	36.095,18
3.02	VG I - Energiesparmaßnahme II Lichtsteuerung in Fluren und Aufenthaltsbereichen	18.793,33
3.04	VG IV - Energiesparmaßnahme Lichtsteuerung in Fluren und Aufenthaltsbereichen	6.132,53
3.05	Frauenhaus - Energiesparmaßnahme Optimierung der Heizungssituation	78.341,00
3.06	Außenwohngruppe des Wohnheims für Behinderte in der Peter-Kraft-Str. 63 in Ratingen	9.064,05
3.07	Wohnheim für Behinderte - Energiesparmaßnahme energetische Ertüchtigung des Altbaubereiches durch Fenstererneuerung	136.002,75
		330.771,84

Bei den **Bilanziellen Abschreibungen** werden Minderaufwendungen von rd. 213 T€ ausgewiesen.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort-geschrieben T€		T€	%
Bilanzielle Abschreibungen	5.735	6.557	6.344	- 213	- 3,2 %
Abschreibungen auf Sachanlagen	5.735	6.557	6.344	- 213	- 3,2 %

Die Ursachen für die Minderaufwendungen bei den bilanziellen Abschreibungen sind unterschiedlich. So wurden verschiedene Investitionen noch nicht getätigt bzw. in Bau befindliche Anlagen noch nicht oder später als geplant in Betrieb genommen, so dass hier auch die Abschreibungen erst später einsetzen.

Die **Transferaufwendungen** weisen Minderaufwendungen in Höhe von rd. 0,4 Mio. € aus.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort-geschrieben T€		T€	%
Transferaufwendungen	195.422	196.637	196.235	- 402	- 0,2 %
Zuweisungen, Zuschüsse für lfd. Zwecke	30.306	31.521	30.839	- 682	- 2,2 %
Schuldendiensthilfen	23	23	23	0	0
Sozialtransferaufwendungen	53.927	53.927	54.207	280	0,5 %
Allgemeine Umlagen	111.166	111.166	111.166	0	0

Zuweisungen und Zuschüssen für lfd. Zwecke werden im Wesentlichen für die Umlage an den Zweckverband VRR (10,7 Mio. €), für Aufgaben im Bereich der Gesundheitsvorsorge (Leistungsverträge Sozialpsychiatrie, Zahngesundheit etc. 2,4 Mio. €) und für Aufgaben im Bereich der Wohlfahrtspflege (Pflegerwohnung, ambulante Pflegeeinrichtungen, Seniorentreffs, Beratungsstellen etc. 17 Mio. €) geleistet. Die Minderaufwendungen ergeben sich in erster Linie durch eine geringere VRR-Umlage (- 0,3 Mio. €) sowie Einsparungen beim Pflegerwohnung (- 0,2 Mio. €).

Eine Schuldendiensthilfe hat der Kreis Mettmann 1980 für den Bau des Wohnheimes der Lebenshilfe Velbert e.V. übernommen. In 2012 wird das Darlehen getilgt sein. Weitere Schuldendiensthilfen bestehen nicht.

Entsprechend der statistischen Vorgaben betreffen die Sozialtransferaufwendungen nur den Bereich des SGB XII. Die Aufwendungen für die Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II sind dagegen als „Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung“ unter den „sonstigen ordentlichen Aufwendungen“ verbucht. Damit wird ein Großteil der Transferaufwendungen je nach Organisationsstruktur (Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II in alleinige Regie, Wahrnehmung der Aufgaben zusammen mit dem Bund in einer Arbeitsgemeinschaft – ARGE – oder Wahrnehmung der Aufgaben als Optionskommune) an anderer Stelle in der Ergebnisrechnung abgebildet.

Zwischen den verschiedenen Leistungen im Rahmen des SGB XII kam es zwar zu Verschiebungen, die Mehraufwendungen betragen aber insgesamt nur 0,5% des Ansatzes. Vor dem Hintergrund, dass die Aufwendungen in diesem Bereich nur schwer zu prognostizieren sind, ist dieses Ergebnis zu begrüßen.

Die wesentlichsten Verschiebungen betreffen folgende Bereiche:

- Im Produkt 05.01.01 „Beratung und Leistung bei Behinderung“ entstanden bei der sonstigen Eingliederungshilfe Mehraufwendungen in Höhe von 0,6 Mio. €.
- Im Produkt 05.02.01 „Leistungen zum Lebensunterhalt“ konnten bei den laufenden Leistungen rd. 0,5 Mio. € eingespart werden.
- Im Produkt 05.02.03 „Hilfe bei Pflegebedürftigkeit“ sind bei der vollstationären Hilfe zur Pflege rd. 0,2 Mio. € Mehrkosten entstanden.
- Im Produkt 05.02.04 „Krankenhilfe, sonstige Leistungen in besonderen Lebenslagen“ konnten sowohl bei der ambulanten als auch der stationären Krankenhilfe rd. 0,8 Mio. € eingespart werden.
- Im Produkt 05.02.05 „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ mussten aufgrund steigender Hilfeempfängerzahlen rd. 1 Mio. € mehr für Leistungen zum Lebensunterhalt aufgewendet werden.

Die allgemeinen Umlagen betreffen die Umlage an den Landschaftsverband Rheinland, die mittlerweile mehr als 25% des Gesamtvolumens des Kreishaushaltes mit einer weiterhin steigenden Tendenz beträgt.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden Mehraufwendungen von rd. 5,4 Mio. € ausgewiesen.

	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fort- geschrieben T€		T€	%
Sonstige ordentl. Aufwendungen	104.414	105.174	110.620	5.446	5,2 %
Sonstige Personalaufwendungen	717	744	464	- 280	- 37,4 %
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9.018	9.636	8.488	- 1.148	- 11,9 %
Geschäftsaufwendungen	4.349	4.316	3.968	- 348	- 8,1 %
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	725	771	751	- 20	- 2,6 %
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung	88.924	88.924	88.107	- 817	- 0,9 %
Wertänderungen Vermögen	120	120	8.208	8.088	6.740 %
Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	561	663	564	- 29	- 4,4 %

Im Bereich der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind zwar insgesamt rd. 5,4 Mio. € Mehraufwendungen entstanden, diese betreffen jedoch in erster Linie nicht zahlungswirksame Wertänderungen des Kreisvermögens, wie z.B. bei den Finanzanlagen (KVGGM und Beschäftigungsgesellschaft) in Höhe von 6,2 Mio. € sowie bei den Forderungen in Höhe von 1,6 Mio. €.

Unabhängig von diesen Wertberichtigungen macht sich insbesondere hier die Sparvorgabe des Kämmers für das Haus bemerkbar, indem hier laufende Aufwendungen im Dienstbetrieb in Höhe von insgesamt rd. 1,8 Mio. € eingespart werden konnten.

Im Bereich der sonstigen Personalaufwendungen wurden rd. 240 T€ Aus- und Fortbildungskosten nicht verausgabt.

Die größten Einsparungen gab es im Bereich der Inanspruchnahme von Rechten und Diensten in allen Bereichen der Verwaltung. Eingespart wurden an den Schulen und Kindergärten rd. 190 T€, bei der IT rd. 120 T€, bei Mieten und einem Energieeinsparungskonzept rd. 0,5 Mio. €, beim ÖPNV rd. 125 T€ sowie bei vielen kleineren Positionen, die über den ganzen Haushalt verteilt sind, wie z.B. auch den Reisekosten (- 30 T€).

Bei den Geschäftsaufwendungen konnten in allen Bereichen kleinere und größere Einsparungen generiert werden. Hervorzuheben sind Einsparungen beim Porto, der Herstellung von Drucksachen, Ausschreibungen, Gerichts- und Anwaltskosten sowie Vergütungen an Sachverständige.

Auch die aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung (Kosten der Unterkunft nach dem SGB II) weist Minderaufwendungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. € aus. Während die eigentlichen Kosten der Unterkunft leicht um 0,6 Mio. € anstiegen, konnten bei den sonstigen Leistungen für Unterkunft und Heizung (z.B. Übernahme Mietschulden und Kautionen, Heizkostennachzahlungen etc.) rd. 1,3 Mio. € eingespart werden.

Durch den Erlass überalterter Forderungen aus dem Sozialhilfebereich ist ein Mehraufwand aus der Wertänderung von (Umlauf-)Vermögen in Höhe von rd. 1,6 Mio. € entstanden. In 2010 wurden alle Unterhaltsforderungen, die auf der Grundlage des Bundessozialhilfegesetz (das seit dem 1.1.2005 nicht mehr gilt) entstanden sind, bei denen seit Jahren keine Zahlungen verzeichnet werden konnten und bei denen aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse des Schuldners (Insolvenz, Eidesstattliche Versicherung) auch nicht mit einer Begleichung der Forderung gerechnet werden kann, wertberichtigt. Durch die endgültige Ausbuchung der Forderung kommt es zu einem entsprechenden Aufwand und gleichzeitig verringert sich der Umfang der als nicht werthaltig erachteten Forderungen aus dem Sozialhilfebereich. Durch die Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung konnte ein Ertrag in Höhe von 2,1 Mio. € generiert werden (siehe unter „sonstige ordentliche Erträge“).

Darüber hinaus mussten aber auch Wertänderungen bei den Finanzanlagen vorgenommen werden. Die beschlossene Liquidierung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH hat dazu geführt, dass die Gesellschaft in 2010 lediglich ihre Liquidierung aber kein operatives Geschäft mehr betrieben hat. Der Verkaufserlös deckte die entstandenen Aufwendungen nicht, so dass ein entsprechender Verlust erwirtschaftet wurde, der zur Abwertung der Gesellschaft führt (- 0,2 Mio. €). Daneben musste auch eine Wertberichtigung der KVGM vorgenommen werden. Da der Wert der KVGM von den in die Gesellschaft eingelegten RWE-Aktien bestimmt wird, führt der gesunkene Wert der Aktien zu einer Wertberichtigung in Höhe von 6,2 Mio. €. (siehe hierzu die Bilanzerläuterung zu Punkt 1.3 – Finanzanlagen)

Unter den weiteren sonstigen Aufwendungen werden Minderaufwendungen von 29 T€ ausgewiesen. Hier wurden Ersatzmaßnahmen der Unteren Landschaftsbehörde nicht im ursprünglich geplanten Umfang durchgeführt.

2.2 Finanzergebnis

Der Saldo aus den Finanzerträgen sowie den Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen wird als Finanzergebnis bezeichnet.

Das Finanzergebnis ist um 664 T€ niedriger ausgefallen als geplant. Diese Ergebnisverschlechterung ergibt sich durch das extrem niedrige Zinsniveau während des ganzen Jahres 2010. Die kurz- bis mittelfristig nicht benötigten Mittel zur Aufrechterhaltung der Kassenliquidität werden kontinuierlich festgelegt. In 2010 konnten aber auch für längerfristige Festgeldanlagen in der Regel keine wesentlich besseren Konditionen als für Tagesgeldanlagen erreicht werden, so dass die Zinserträge hinter den Erwartungen zurückblieben.

Die Mindererträge konnten nicht durch Minderaufwendungen ausgeglichen werden, die Aufwendungen hier sind seit der Entschuldung 2007, die durch den Verkauf der RWE-Aktien ermöglicht

wurde, auf einem historischen Tiefststand. Der Kreis ist praktisch schuldenfrei. Es bestehen lediglich noch einige ältere Darlehen des Bundes, des Landes und des Landschaftsverbandes die extrem niedrig bzw. gar nicht verzinst werden, so dass deren vorzeitige Ablösung unwirtschaftlich wäre.

Finanzergebnis 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	<i>geplant</i> T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Zinserträge	1.431	1431	744	- 687	- 47,9 %
Gewinnanteile an verbundenen Unternehmen u. Beteiligungen	175	175	197	22	11,4 %
Sonstige Finanzerträge	0	0	10	10	n.b.
Finanzerträge	1.606	1.606	951	- 655	- 40,8 %
Zinsaufwendungen	13	13	10	- 3	- 23,1 %
Sonstige Finanzaufwendungen	40	40	52	12	30,0 %
Zinsen, sonst. Finanzaufw.	53	53	62	9	15,1 %
Finanzergebnis	1.553	1.553	889	- 664	- 42,8 %

* da der fortgeschriebene Wert Null, das Ergebnis aber positiv ist, lässt sich eine prozentuale Abweichung nicht berechnen.

Aufgrund der auskömmlichen Finanzausstattung des Kreises mussten in 2010 weder Investitionskredite noch Blockkredite zur kurzfristigen Stärkung der Kassenliquidität aufgenommen werden.

Dennoch ergaben sich Steigerungen bei den Finanzaufwendungen, da die Rückzahlung von Einnahmen aus Vorjahren höher als geplant ausfiel. Insgesamt kam es zu geringen Mehraufwendungen in Höhe von 9 T€.

2.3 ordentliches Ergebnis

Ordentliches Ergebnis 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	<i>geplant</i> T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	- 1.553	- 6.865	- 1.162	5.703	- 83,1 %.
Finanzergebnis	1.553	1.553	889	- 664	- 42,8 %
Ordentliches Ergebnis	0	- 5.312	- 273	5.039	- 94,9 %.

*

Das ordentliche Jahresergebnis setzt sich aus dem **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** und dem **Finanzergebnis** zusammen. Es bildet damit das Ergebnis des gesamtwirtschaftlichen Handelns des Kreises ab.

Trotz des vorliegenden negativen Ordentlichen Ergebnisses in Höhe von – 273 T€ ergibt sich eine Verbesserung gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz von rd. 5,0 Mio. €.

Die Gründe, die zu dieser Ergebnisverbesserung geführt haben, wurden in den vorstehenden Ausführungen zu den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen genannt.

2.4 Außerordentliches Ergebnis

Unter dem **außerordentlichen Ergebnis** sind solche Vorfälle zu erfassen, die ungewöhnlich in der Art, selten im Vorkommen und von einiger materieller Bedeutung sind und damit das Jahresergebnis besonders beeinflussen.

Derartige Vorfälle sind in 2010 nicht zu verzeichnen.

2.5 Zusammenfassung der Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung schließt mit einem negativen Betrag in Höhe von rd. 0,3 Mio. € ab. Bei dem Vergleich des fortgeschriebenen Ansatzes mit dem Jahresergebnis 2010 ergibt sich dennoch eine Verbesserung in Höhe von rd. 5,0 Mio. €. Wie die vorstehenden Ausführungen darlegen, resultiert diese Verbesserung gegenüber der Planung insbesondere aus den um 10,7 Mio. € höheren ordentlichen Erträgen sowie 5,7 Mio. € höheren Aufwendungen.

In dem Zusammenhang ist anzumerken, dass nicht verausgabte Beträge im Bereichen der Sach- und Dienstleistungen und der sonstigen ordentlichen Aufwendungen, insbesondere die, die sich auf das Konjunkturpaket II beziehen, zwar als Einsparungen im Rechnungsjahr 2010 anzusehen sind, dass der inhaltliche Aufwandsbedarf aber weiterhin besteht. Dies wird dadurch deutlich, dass allein für diese Bereiche insgesamt **Ermächtigungsübertragungen nach 2011** in Höhe von rd. 2,8 Mio. € vorgenommen wurden. Es handelt sich damit um Aufwandsermächtigungen, die in 2010 aus unterschiedlichen Gründen nicht in Anspruch genommen werden konnten, für die aber weiterhin der Bedarf besteht, so dass die Ermächtigungen ins Haushaltsjahr 2011 übertragen wurden und im entsprechenden Umfang zunächst zu einer Etatbelastung in 2011 führen

2.6 Ergebnisbeitrag auf Produktebene

Wie die nachstehende Produktübersicht und die Darstellung der Differenz zwischen den Plan- und Ergebniszahlen 2010 belegt, wurde das positive Ergebnis im abgelaufenen Jahr durch verschiedene Steuerungsmaßnahmen und Vorgaben sowie unterschiedliche Entwicklungen in den Fachbereichen der Verwaltung erreicht.

Produkt	Bezeichnung	Plan Betrag	Ergebnis Betrag	Differenz	
01.01.01	Kreistag, Ausschüsse sowie Fraktionen / Gruppen	-1.012.300	-1.064.220	-51.920	
01.02.01	Verwaltungsführung und Repräsentation	-744.200	-761.121	-16.921	
01.02.02	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	-287.800	-253.712	34.088	
01.03.01	Gleichstellungsstelle	-118.550	-71.373	47.177	
01.04.01	Personalrat, Schwerbehindertenvertretung	-319.150	-305.511	13.639	
01.04.02	Kantinen	-130.450	-108.366	22.084	
01.05.01	Zentrale Dienste	-1.540.450	-1.206.086	334.364	
01.06.01	Durchführung gesetzlich vorgeschriebener Prüfungen	-275.900	-283.826	-7.926	
01.06.02	Durchführung übertragener Prüfungen	-47.650	-49.601	-1.951	
01.06.03	Durchführung weiterer Aufgaben	-261.400	-348.554	-87.154	
01.07.01	Personalbetreuung	-674.350	-702.738	-28.388	
01.07.02	Personalförderung	-450.350	-365.654	84.696	
01.07.03	Personalabrechnung	-313.250	-310.438	2.812	
01.07.04	Allgemeine Personalwirtschaft	-5.586.700	-7.687.425	-2.100.725	Zuführung Pensionsrückstellungen Versorgungsempfänger
01.08.01	Organisation und Controlling	-833.150	-776.538	56.612	

01.09.01	Finanzmanagement, Controlling, sonstige Finanzdienstleistungen	-1.601.900	-1.645.853	-43.953	
01.09.02	Finanzbuchhaltung	-799.900	-788.686	11.214	
01.10.01	Kommunalaufsicht	-203.200	-200.048	3.152	
01.11.01	Rechtsberatung und -vertretung	-310.850	-292.576	18.274	
01.12.01	Verwaltungsbücherei, Amtsblatt	-33.400	-29.807	3.593	
01.13.01	Kaufmännisches Gebäudemanagement	200.050	-449.765	-649.815	Mindererträge aus der Schulpauschale u. der MB BK's (Ist-Abrechnung)
01.13.02	Technisches Gebäudemanagement, Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof	-1.382.250	-1.699.318	-317.068	
01.13.03	Technisches Gebäudemanagement, vermietete Liegenschaften	-1.156.600	-1.206.500	-49.900	
01.13.04	Technisches Gebäudemanagement, Berufskollegs	30.200	-466.594	-496.794	
01.13.05	Technisches Gebäudemanagement, Förderschulen	-964.750	-1.265.568	-300.818	
01.13.06	Technisches Gebäudemanagement, Wohnheim für Behinderte	-187.100	-208.288	-21.188	
01.13.07	Technisches Gebäudemanagement, Sonderkindergärten	-252.750	-357.676	-104.926	
14.01.01	Lehrerpersonal-, Schüler- und Schulrechtsangelegenheiten	-797.350	-714.226	83.124	
15.01.01	Polizeiverwaltung	-963.850	-965.305	-1.455	
16.01.01	Informationstechnik, Telefonzentrale	0	0	0	
02.01.01	Wahlen	-22.100	-18.240	3.860	
02.02.01	Ordnungsangelegenheiten	-142.250	-158.170	-15.920	
02.02.02	Personenstands-, Namens- und Staatsangehörigkeitsangelegenheiten	-229.800	-158.128	71.672	
02.02.03	Bußgeldstelle	3.345.350	3.201.459	-143.891	
02.03.01	Allgemeine Ausländerangelegenheiten	-1.118.300	-1.287.754	-169.454	
02.03.02	Zentraler Vollzug des Rechts- und Ordnungsamtes	-440.700	-412.215	28.485	
02.04.01	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung	-941.550	-919.209	22.341	
02.04.02	Chemische- und Lebensmitteluntersuchung	-1.142.850	-1.000.865	141.985	
02.04.03	Veterinärwesen	-749.000	-635.000	114.000	
02.05.01	Verkehrssicherheit	93.800	-86.192	-179.992	
02.05.02	Fahr- und Beförderungserlaubnisse	-204.700	-218.841	-14.141	
02.05.03	Zulassung von Fahrzeugen	1.125.650	1.269.569	143.919	
02.05.04	Überwachung der Halterpflichten	-280.300	-90.808	189.492	
02.06.01	Feuerschutz	-135.750	-92.854	42.896	
02.06.02	Leitstelle	-270.850	-276.002	-5.152	
02.07.01	Allgemeiner Rettungsdienst	-162.500	-115.416	47.084	
02.07.02	Notarztversorgung	-28.300	110.218	138.518	
02.08.01	Katastrophenschutz	-281.500	-162.899	118.601	
03.01.01	Berufskolleg Hilden	-2.050	70.783	72.833	
03.01.02	Berufskolleg Neandertal, Mettmann	150	149.401	149.251	
03.01.03	Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg, Ratingen	200	102.317	102.117	
03.01.04	Berufskolleg Niederberg, Velbert	5.650	93.489	87.839	
03.02.01	Helen-Keller-Schule, Förderschule für Geistige Entwicklung Ratingen	-399.450	-375.062	24.388	

03.02.02	Schule am Thekbusch, Förderschule für Geistige Entwicklung Velbert	-349.500	-308.732	40.768	
03.02.03	Schule an der Virneburg, Förderschule für Geistige Entwicklung Langenfeld	-510.150	-447.218	62.932	
03.02.04	Schule am Peckhaus, Förderschule für Sprache Mettmann	-156.000	-145.427	10.573	
03.02.05	Leo-Lionni-Schule, Förderschule für Sprache Monheim a.R.	-210.250	-212.632	-2.382	
03.02.06	Förderschule für emotionale u. soziale Entwicklung Velbert	-327.500	-311.466	16.034	
03.02.07	Paul-Maar-Schule, Förderschule f.emotionale u.soziale Entwicklung Hilden	-307.750	-274.247	33.503	
03.03.01	Schülerbeförderung	-2.044.900	-2.158.339	-113.439	
03.03.02	Bildungsberatung, Schulentwicklung	-624.350	-617.272	7.078	
03.03.03	Medienzentrum	-156.050	-176.156	-20.106	
03.05.01	BaföG-Verwaltung	-193.550	-189.046	4.504	
04.01.01	Kulturelle Projekte und Vereinigungen	-308.450	-189.400	119.050	
04.01.02	Archiv	-150.550	-113.450	37.100	
05.01.01	Beratung und Leistung bei Behinderung	-3.965.800	-4.209.537	-243.737	
05.01.02	Förderung der Altenhilfe	-59.600	-54.958	4.642	
05.01.03	Heimaufsicht	-300.200	-275.247	24.953	
05.02.01	Leistungen zum Lebensunterhalt	-6.436.800	-5.255.163	1.181.637	Minderaufwendungen bei den lfd. Leistungen zum Lebensunterhalt
05.02.03	Hilfe bei Pflegebedürftigkeit	-13.955.650	-13.697.292	258.358	
05.02.04	Krankenhilfe, sonstige Leistungen in besonderen Lebenslagen	-4.698.700	-3.657.990	1.040.710	Minderaufwendungen bei der ambulanten Krankenhilfe
05.02.05	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	-19.706.250	-20.586.182	-879.932	Mehraufwendungen bei den lfd. Leistungen zum Lebensunterhalt
05.03.01	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	-69.618.800	-69.040.721	578.079	Minderaufwendungen bei den sonstigen Kosten der Unterkunft
05.04.03	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	-220.100	-202.632	17.468	
05.04.04	Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege	-15.453.950	-15.231.184	222.766	
05.04.05	Betreuungsleistungen	-637.900	-614.427	23.473	
05.04.07	Integration	-453.200	-288.090	165.110	
05.04.08	Kreisentwicklung und Sozialplanung	-180.700	-174.187	6.513	
05.04.09	Kommunale Versorgungsverwaltung	-996.850	-740.634	256.216	
05.05.01	Beratung bei Behinderung	-9.800	-27.486	-17.686	
05.05.02	Besondere Leistungen bei Behinderung	-931.950	-895.048	36.902	
05.06.01	Einrichtungen für behinderte Erwachsene	-378.550	-438.803	-60.253	
05.06.02	Integrative Kindertagesstätte Velbert	-87.300	-86.027	1.273	
05.06.03	Heilpädagogische Tagesstätte Ratingen	-36.750	-2.877	33.873	
05.06.04	Heilpädagogische Tagesstätte Heiligenhaus	-26.800	9.491	36.291	
05.06.05	Heilpädagogische Tagesstätte Langenfeld	-102.550	-57.346	45.204	
06.01.01	Kompetenzagentur	-563.700	-530.443	33.257	
06.02.01	Elterngeld	-313.050	-237.744	75.306	
07.01.01	Gesundheitsförderung	-559.800	-491.894	67.906	
07.01.02	Gesundheitsbezogene Hilfen für Eltern, Kinder und	-1.607.700	-1.525.243	82.457	

	Jugendliche				
07.01.03	Psychosoziale Versorgung	-3.437.450	-3.401.172	36.278	
07.02.01	Gesundheitsschutz	-825.650	-700.529	125.121	
07.02.02	Medizinalaufsicht	-281.100	-286.150	-5.050	
07.03.01	Amts- und sozialärztliche Aufgaben	-750.150	-683.241	66.909	
08.01.01	Sportförderung	-145.400	-143.955	1.445	
09.01.01	Planung	-405.250	-414.467	-9.217	
09.02.01	Grundlagen-, Kataster- und Ingenieurvermessungen	-781.650	-714.337	67.313	
09.02.02	Raumbezogene Informationssysteme und kartographische Produkte	-1.362.250	-1.285.493	76.757	
09.02.03	Grundstückswerte und -marktdaten, gutachterliche Stellungnahmen	-599.650	-609.725	-10.075	
09.02.04	Grundstücksbezogene Basisinformationen	-1.341.150	-1.311.055	30.095	
10.01.01	Brandschutztechnische Stellungnahmen sowie Brandsicherheitsschauen	-33.050	-65.801	-32.751	
10.01.02	Maßnahmen der Bauaufsicht	-363.250	-311.997	51.253	
10.02.01	Förderung des Wohnungsbaus und der Modernisierung	-513.250	-426.669	86.581	
10.03.01	Denkmal Wülfrath-Aprath	-8.450	-7.232	1.218	
11.01.01	Entsorgung häuslicher Abfälle	3.000	3.705	705	
11.01.02	Entsorgung nicht brennbarer Abfälle	-342.900	-319.868	23.032	
11.01.03	Abfallrechtliche Maßnahmen	-203.350	-201.303	2.047	
12.01.01	Durchführung v. Bau-/ Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen	-1.896.150	-2.465.785	-569.635	Mehrerträge durch höhere Kostenerstattungen des Landes
12.02.01	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	1.150	-8.685	-9.835	
13.01.01	Naherholungseinrichtungen	-551.800	-606.720	-54.920	
13.02.01	Natur und Landschaft, Planung	-1.524.650	-1.432.930	91.720	
14.01.01	Wasserrechtliche Zulassungsverfahren, Stellungnahmen und Beratung	-680.800	-638.849	41.951	
14.01.02	Allgemeine Gewässeraufsicht, Gefahrenabwehr	-482.000	-474.530	7.470	
14.01.03	Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser	-60.700	1.864.132	1.924.832	Mehrerträge aus der Auflösung der Rückstellung für Altlasten
14.02.01	Umweltmanagement	-128.400	-74.863	53.537	
14.02.02	Immissionsschutz	-236.050	-227.628	8.422	
15.01.01	Wirtschaftsförderung	-916.600	-677.686	238.914	
15.02.01	Beteiligungsverwaltung	-71.950	-6.221.050	-6.149.100	Wertberichtigung KVGM und BGM
15.03.01	Parkraumbewirtschaftung	-23.600	-3.356	20.244	
15.04.01	Tourismusförderung	-225.150	-196.139	29.011	
16.01.01	Steuern, allgemeine Umlagen, allgemeine Zuweisungen	186.826.100	190.438.649	3.612.549	Mehrerträge aus der Wohngelderstattung des Landes
16.01.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	1.311.800	694.457	-617.343	geringere Zinserträge
17.01.01	Neanderthal Museum	-308.350	-311.811	-3.461	

3. Finanzrechnung

Die Finanzrechnung umfasst sämtliche Ein- und Auszahlungen des Haushaltsjahres und spiegelt damit die Entwicklung der Liquidität wider.

Sie setzt sich aus dem Saldo der **laufenden Verwaltungstätigkeit**, dem Saldo der **Investitionstätigkeit** und dem Saldo der **Finanzierungstätigkeit** zusammen. Insgesamt hat sich in 2010 eine positive Veränderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln in Höhe von 21,5 Mio. € ergeben. Folgende Ursachen waren hierfür maßgeblich:

3.1 Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit

Saldo aus laufenden Verwaltungstätigkeit 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Steuern und ähnliche Abgaben	5.879	6.440	9.446	3.006	46,7 %
Zuwendungen, allg. Umlagen	313.408	313.586	312.826	- 760	- 0,2 %
Sonstige Transfereinzahlungen	4.760	4.760	4.905	145	3,0 %
Öff.-rechtl. Leistungsentgelte	33.246	33.246	32.981	- 265	- 0,8 %
Privatrechtl. Leistungsentgelte	6.118	6.142	7.710	1.568	25,5 %
Kostenerstattungen, -umlagen	36.850	36.905	38.055	1.150	3,1 %
Sonstige Einzahlungen	4.515	5.735	5.710	- 25	- 0,4 %
Zinsen , sonst. Finanzeinzahlg.	1.590	1.590	1.549	- 41	- 2,6 %
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	406.366	408.404	413.182	4.778	1,2 %
Personalauszahlungen	54.159	54.159	53.285	-874	- 1,6 %
Versorgungsauszahlungen	5.359	5.359	5.715	356	6,6 %
Sach- und Dienstleistungen	45.835	53.419	47.714	- 5.705	- 10,7 %
Zinsen , sonst. Finanzauszahlg	693	693	360	- 333	- 47,9 %
Transferauszahlungen	195.422	197.476	196.070	- 1.406	- 0,7 %
Sonstige Auszahlungen	104.311	105.915	102.647	- 3.268	- 3,1 %
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	405.779	417.021	405.791	- 11.230	- 2,7 %
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	587	- 8.616	7.391	16.007	n.b.

* da der fortgeschriebene Wert negativ, das Ergebnis aber positiv ist, lässt sich eine prozentuale Abweichung nicht berechnen.

Im Prinzip spiegelt der o. a. Saldo das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit wider, soweit es sich um zahlungswirksame Vorgänge handelt.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Ansatz, der einen negativen Saldo vorsah, ergibt sich in der Finanzrechnung zum 31.12.2010 ein positiver Abschluss.

Ausschlaggebend hierfür sind Mehreinzahlungen in Höhe von 4,8 Mio. € sowie Minderauszahlungen in Höhe von 11,2 Mio. €. Diese ergeben sich einerseits aus den bereits unter 2.1 näher aufgelisteten zahlungswirksamen Mehrerträgen bzw. Minderaufwendungen, andererseits aber auch aus der Tatsache, dass einige der 2010 zuzurechnenden Aufwendungen nicht mehr in 2010, sondern erst in 2011 zur Auszahlung kommen. Dies zeigt sich auch an den gegenüber der Ergebnisrechnung wesentlich höheren Ermächtigungsübertragungen in Höhe von rd. 7,4 Mio. € nach 2011.

3.2 Saldo aus Investitionstätigkeit

Der **Saldo aus Investitionstätigkeit** ergibt sich aus der Summe der investiven Einzahlungen abzüglich der Summe der investiven Auszahlungen. Auch hier ergibt sich ein positiver Saldo in Höhe von rd. 14,2 Mio. €.

Saldo aus Investitionstätigkeit 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Zuwendungen f. Investitionen	7.611	8.258	6.699	- 1.559	- 18,6 %
Veräußerung von Sachanlagen	2	2	21	19	950,0 %
Veräußerung von Finanzanlagen	13.770	13.770	13.769	- 1	0,0 %
Sonst. Inv.-einzahlungen	241	241	191	- 50	- 20,7 %
Summe investiver Einzahlungen	21.624	22.272	20.680	- 1.592	7,1 %
Erwerb von Grundstücken	323	1.730	479	- 1.251	- 72,3 %
Baumaßnahmen	3.561	6.796	3.506	- 3.290	- 48,4 %
Erwerb bew. Anlagevermögen	2.251	5.139	2.479	- 2.660	- 51,8 %
Erwerb Finanzanlagen	17.293	20.318	0	- 20.318	-100,0 %
Sonst. Investitionsauszahlungen	31	31	20	- 11	- 32,2 %
Summe investiver Auszahlungen	23.459	34.014	6.484	- 27.530	-80,9 %
Saldo Investitionstätigkeit	-1.835	- 11.742	14.196	25.938	n.b.

* da der fortgeschriebene Wert negativ, das Ergebnis aber positiv ist, lässt sich eine prozentuale Abweichung nicht berechnen.

Ausschlaggebend hierfür ist die Verschiebung der Finanzanlagen für den Pensionsstock des Kreises. Die im Frühjahr 2010 planmäßig frei gewordene Anlage wurde aufgrund des niedrigen Zinsniveaus zunächst nicht für einen längeren Zeitraum festgelegt, um flexibel auf eine Zinssteigerung reagieren zu können. Da sich auch über das Jahresende 2010 hinaus die Zinsen nicht positiv entwickelten, wurde das Geld für den Pensionsstock bisher nicht neu angelegt. Hierdurch haben sich entsprechende Minderauszahlungen in Höhe von 20,3 Mio. € ergeben.

Darüber hinaus sind aber auch in allen anderen Investitionsbereichen geringere Auszahlungen angefallen. Bei den Grundstücksverhandlungen für die „Seibel-Spange/B7n“ in Mettmann kam es zu Verzögerungen und somit wurden weniger Mittel verausgabt als veranschlagt (- 1,2 Mio. €), während verschiedene Hoch- und Tiefbaumaßnahmen (Anbau des Heilpädagogischen Kindergartens Ratingen, Panoramaradweg Niederbergbahn (Velbert, Heiligenhaus, Wülfrath) nicht im geplanten Umfang abgewickelt werden konnten. Wegen der nach wie vor bestehenden Bedarfsdeckung werden auch die hierfür benötigten Mittel nach 2011 übertragen.

Insgesamt ergeben sich so Minderauszahlungen in Höhe von 27,5 Mio. €.

Den Minderauszahlungen stehen Mindereinzahlungen von 1,6 Mio. € gegenüber. Da die Zuweisungen aus den Mitteln des Konjunkturpaketes II als Investitionszuweisungen zu vereinnahmen sind, grundsätzlich aber erst nach Bestätigung der Vorlage entsprechender Rechnungen abgerufen werden können, ergeben sich aus der nicht planmäßigen Abwicklung der Maßnahmen in 2010 und Verschiebung nach 2011 zunächst in 2010 entsprechende Mindereinzahlungen.

3.3 Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag

Aus dem Saldo laufender Verwaltungstätigkeit und Investitionstätigkeit ergibt sich der **Finanzmittelüberschuss oder –fehlbetrag**.

Finanzmittelüberschuss /-fehlbetrag 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	587	- 8.616	7.391	16.007	n.b.
Saldo Investitionstätigkeit	-1.834	- 11.743	14.196	25.939	n.b.
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	- 1.247	- 20.359	21.587	41.946	n.b.

* da der fortgeschriebene Wert negativ, das Ergebnis aber positiv ist, lässt sich eine prozentuale Abweichung nicht berechnen.

Als Finanzmittelüberschuss wird ein Betrag in Höhe von knapp 21,6 Mio. € ausgewiesen, der sich aus einem positiven Saldo aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 7,4 Mio. € und einem positiven Saldo aus Investitionstätigkeit in Höhe von 14,2 Mio. € zusammensetzt.

Somit konnte auf die Aufnahme von Krediten zur Stärkung der Kassenliquidität oder zur Finanzierung von Investitionen verzichtet und die Zielvorgabe des Kreises, schuldenfrei zu bleiben, erreicht bzw. weiterhin eingehalten werden.

3.4 Saldo aus Finanzierungstätigkeit

Der Saldo aus Finanzierungstätigkeit weist einen negativen Betrag von 35 T€ aus.

Saldo aus Finanzierungstätigkeit 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrie- ben T€		T€	%
Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen	100	100	110	10	10,0 %
Tilgung und Gewährung von Darlehen	140	140	145	5	3,6 %
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 40	-40	-35	5	- 12,5 %

Bei der Gewährung von Darlehen bzw. den daraus zufließenden Rückflüssen handelt es sich um Gehaltsvorschüsse, die vom laufenden Gehalt direkt wieder einbehalten werden, und Kleindarlehen, die der Kreis Mettmann an seine Mitarbeiter z.B. für den Erwerb eines dienstlich benötigten PKW's vergibt. Im Durchschnitt bestehen rd. 40 solcher Kleindarlehen, die eine Laufzeit von 2 bis 3 Jahren haben. In 2010 wurden 8 neue Darlehen in Höhe von insgesamt 20.390 € vergeben. Darüber hinaus bestehen noch 20 Darlehen mit einer Restforderungssumme in Höhe von insgesamt 38 T€, die bis in die 90-iger Jahre an Mitarbeiter zum Aufbau von Wohneigentum vergeben wurden.

Die Tilgung von Darlehen betrifft 12 ältere Darlehen des Bundes, des Landes bzw. des Landschaftsverbandes, die in der Regel nur mit einer 1%-igen Tilgung bedient werden. Der Darlehensbestand beträgt 849.846 €. Neue Darlehen wurden nicht aufgenommen.

2.5 Zusammenfassung der Finanzrechnung

Die Finanzrechnung schließt mit einer Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln in Höhe von 21,5 Mio. € ab. Unter Berücksichtigung des Anfangsbestandes an liquiden Mittel (50,3 Mio. €) sowie der Bestandsänderung fremder Finanzmittel aus der Bewirtschaftung fremder Haushalte (11,9 Mio. € Landschaftsverband, Landeshaushalt, ARGE Me-aktiv) ergibt sich ein Endstand von 83,7 Mio. €.

Die hohe Bestandsveränderung resultiert wie die vorstehenden Ausführungen darlegen, hauptsächlich aus der bis zum 31.12.2010 noch nicht vorgenommenen Neuanlage der Finanzmittel für den Pensionsstock.

Des Weiteren beinhaltet der hohe Bestand die Ermächtigungsübertragungen für die Auszahlungen i.H.v. alleine rd. 29,5 Mio. €, deren Realisierungsbedarf und –notwendigkeit weiterhin besteht. Diese Mittel konnten zwar in 2010 aus unterschiedlichen Gründen nicht ausgezahlt werden, führen aber bei der Inanspruchnahme in 2011 in entsprechendem Umfang zu einem Liquiditätsabfluss.

Erläuterung der Bilanz zum 31.12.2010

Vorbemerkungen

Die Ziffern der einzelnen Überschriften geben die jeweilige Bilanzposition wieder. Die gerundeten Vorjahreswerte werden in Klammern dargestellt.

Änderungen der Eröffnungsbilanz

Änderungen der Eröffnungsbilanz sind gemäß § 92 Abs. 7 GO innerhalb von vier Jahren ab dem Eröffnungsbilanzstichtag, für den Kreis Mettmann also letztmalig zum 31.12.2010, möglich.

Die noch zu berücksichtigenden Wertkorrekturen betreffen folgende Vorgänge:

- Der in Ansatz gebrachte Pauschalwert beim Grund und Boden Infrastrukturvermögen war durch die exakt ermittelten Werte zu ersetzen. Die noch verbliebene Summe des Pauschalansatzes betrug zum 1.1.2010 insgesamt 532.881 €.
- Die Abmessungen der Lärmschutzwände waren zu überprüfen und die Bewertung ggf. anzupassen.
- Die bestehenden Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit § 107 b des Beamtenversorgungsgesetzes bzw. des Versorgungslastenverteilungsgesetzes (im Rahmen der Versetzung eines Beamten entstehende versorgungsrechtliche Erstattungsverpflichtung des abgebenden Dienstherrn) waren wertmäßig zu vervollständigen und als sonstige Rückstellung in Ansatz zu bringen. Die bilanzierten Forderungen aus diesen Vorschriften waren zu überprüfen.

Die Wertkorrekturen werden mit diesem Jahresabschluss vollständig berücksichtigt und sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen dargestellt. Sie werden darüber hinaus in der Anlage 4 aufgelistet.

AKTIVA

1. ANLAGEVERMÖGEN

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen für den Kreis, zu deren Erlangung Aufwendungen aus einem Kauf oder Tausch entstanden sein müssen. Sind diese Gegenstände nicht entgeltlich erworben oder sind sie selbst hergestellt worden, dürfen sie nicht aktiviert werden.

Der Wertansatz für immaterielle Vermögensgegenstände beträgt 1.081.112,68 € (VJ 216.109 €).

Zu dieser Bilanzposition gehörte bis zur Auflösung des ME-BIT (Eigenbetrieb für Informationstechnologie des Kreises Mettmann) zum 31.12.2009 lediglich die EDV-Software der Kreisleitstelle, die Schulsoftware (teilweise), die EDMOND Lizenzen (Elektronische Distribution von Bildungsmedien on Demand) des Medienzentrums sowie Marken- und Namensrechte.

Mit der Auflösung des Eigenbetriebes und der Wiedereingliederung des Sondervermögens als Amt 16 „Amt für Informationstechnologie“ in die Ämterstruktur der Kreisverwaltung ging das gesamte immaterielle Vermögen des ME-BIT (hauptsächlich Software-Lizenzen) in Höhe von 0,7 Mio. € in die Bilanz des Kreises ein. Die weitere Erhöhung des Wertansatzes ergibt sich aus der Anschaffung von weiteren Software-Lizenzen.

Der Medienbestand des Medienzentrums an Bild- und Tonträgern wird unter der Position Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

1.2 Sachanlagen

Das Sachanlagevermögen umfasst alle Vermögensgegenstände, die gemäß § 33 Abs. 1 Satz 2 GemHVO dazu bestimmt sind, dauernd der Aufgabenerfüllung zu dienen.

Bei Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, sind die Anschaffungs- und Herstellungskosten um planmäßige Abschreibungen zu vermindern. Die Anschaffungs- oder Herstellungskosten werden dazu linear auf die Haushaltsjahre verteilt, in denen der Vermögensgegenstand voraussichtlich genutzt wird.

Die Nutzungsdauern sind entsprechend den verbindlichen Vorgaben zu § 35 GemHVO festgelegt worden (Anlage 6 „Abschreibungstabelle des Kreises Mettmann“).

Im Bereich der Kreisleitstelle und des Notarztsystems wurde für einzelne Anlagegüter eine kürzere Abschreibungsdauer angesetzt.¹

Insgesamt beläuft sich der Wertansatz für das Sachanlagevermögen auf 254.356.699,65 € (VJ 253.344.442 €).

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Der Grundbesitz gliedert sich in Grünflächen, Ackerland, Wald und Forsten und sonstige unbebaute Grundstücke.

Im Bereich dieser Bilanzposition haben sich durch die Aktivierung der Hochwasserschutzanlagen am Aprather Mühlenteich in Heiligenhaus Wertveränderungen ergeben. Der Ansatz beträgt insgesamt 2.342.074,00 € (VJ 1.752.625 €).

Grund und Boden, der dem Infrastrukturvermögen zuzuordnen ist, wird unter der entsprechenden Bilanzposition (1.2.3.1) ausgewiesen.

1.2.1.1 Grünflächen

Die Bilanzposition Grünflächen umfasst neben den klassischen Grünflächen auch sog. Unland (Flächen, die nicht nutzbar sind) sowie Wasserflächen mit einer Fläche von insgesamt rd. 400.000 qm. Annähernd die Hälfte (rd. 186.000 qm) sind Wasserflächen:

Lage	Bemerkungen	Wasserfläche
Hilden	Oerkhaussee	106.081 qm
Hilden	Baggersee	108 qm
Ratingen	Baggersee	61.712 qm
Wülfrath	Teich	17.613 qm
diverse Gemeinden	Bäche	613 qm
Summe		186.127 qm

Der Wert der Grünflächen beträgt insgesamt 977.485,00 € (VJ 396.888 €). Die Ansatzsteigerung ist auf die Inbetriebnahme der Hochwasserschutzanlagen zurückzuführen. Diese wurden bislang als Anlagen in Bau geführt.

Anschaffungen vor dem Eröffnungsbilanzstichtag wurden durchschnittlich mit 1 €/qm (Grünflächen, Wasserflächen) bewertet; Brachland bzw. Unland wurde in der Eröffnungsbilanz mit einem pauschalen Festwertansatz von 0,50 €/qm in Ansatz gebracht.

¹ Bspw. werden die Stühle der Kreisleitstelle durchgehend genutzt und unterliegen daher einer höheren Abnutzung (6 Jahre Gesamtnutzungsdauer, Ziffer 5.3 Abschreibungstabelle) als vergleichbare Stühle im klassischen Verwaltungsbereich (20 Jahre Gesamtnutzungsdauer).

1.2.1.2 Ackerland

Diese Position umfasst landwirtschaftlich genutzte Flächen, die sich in die Kategorien Ackerland und Grünland gliedern. Die Fläche des Ackerlandes beträgt insgesamt rd. 59.000 qm; der Wertansatz liegt unverändert bei 176.220 €.

Der Ackerlandwert lag beim Kreis Mettmann zum Eröffnungsbilanzzeitpunkt im Durchschnitt bei 3,85 €/qm, der Grünlandwert bei 1,79 €/qm. Da bei der Bilanzierung eine Differenzierung zwischen Acker- und Grünland nicht erfolgt, wurde für den Flächenbestand zum 01.01.2007 ein durchschnittlicher Wert von 3,00 €/qm angesetzt. Im abgelaufenen Jahr wurden keine Anschaffungen bzw. Veräußerungen getätigt.

1.2.1.3 Wald und Forsten

Der Ansatz für Wald- und Forstflächen erhöhte sich wegen der Anschaffung einer neuen Schutzhütte im Bereich Naherholung (ca. 12.800 €) auf 138.270,00 € (VJ 129.418 €). Die Flächen verteilen sich wie folgt:

Lage	Nutzfläche
Erkrath	8.647 qm
Haan	7.461 qm
Hilden	180 qm
Langenfeld	31.862 qm
Mettmann	43.147 qm
Ratingen	4.203 qm
Velbert	596 qm
Wülfrath	4.867 qm
Summe	100.963 qm

Der Wertansatz für Grund und Boden inkl. Aufwuchs beträgt in Abstimmung mit dem Gutachterausschuss 1 € je qm.

In dieser Bilanzposition werden zudem auch vorhandene Aufbauten (z.B. Schutzhütten) dargestellt.

1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke

Unter dieser Position sind unverändert drei Grundstücke mit einem Ansatz in Höhe von insgesamt 1.050.099 € ausgewiesen:

Lage	Bemerkungen	Nutzfläche	Betrag in €
Mettmann	Erbbaurecht	3.119 qm	748.559
Velbert	Erbbaurecht	1.820 qm	300.300
Velbert	E-Versorgung	67 qm	1.240
Summe		5.006 qm	1.050.099

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Gemäß § 55 Abs. 1 GemHVO wurden bebaute, kommunal nutzungsorientierte Grundstücke (bebaut mit Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Schulen) für die Eröffnungsbilanz i.d.R. nach dem Sachwertverfahren bewertet.

Der Wert der baulichen Anlagen richtet sich nach den gewöhnlichen Herstellungskosten je Raum- und Flächeneinheit (Normalherstellungskosten NHK 2000, NHK 1995) mit den entsprechenden Bezugsgrößen (Bruttogrundfläche, Bruttorauminhalt). Der Sachwert setzt sich aus dem Wert der baulichen Anlagen (u. a. der Gebäude), dem Bodenwert und dem Wert der Außenanlagen zusammen.

Bei Gebäuden, die am Eröffnungsbilanzstichtag jünger als fünf Jahre waren, wurden die historischen (Anschaffungs-/Herstellungskosten) angesetzt (Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung Velbert und Neubau am Berufskolleg Neandertal).

Die Turnhalle des Berufskollegs Hilden wurde im Rahmen eines Erbbaurechtes vom Kreis und der Stadt Hilden auf einem Grundstück der Stadt Hilden errichtet und 1990 in Betrieb genommen. Hier erfolgte die Bewertung gem. § 55 GemHVO wegen der kommunal-orientierten Nutzung nach dem Sachwertverfahren. In Abstimmung mit der Stadt Hilden wurde als Berechnungsgrundlage der Wiederbeschaffungszeitwert auf der Grundlage der tatsächlichen Herstellungskosten auf den Bilanzstichtag hochindiziert und der Anteil des Kreises i.H.v. 72 %, zugrunde gelegt. Die Bewertung der Eigentumswohnung Dieselstr. 7 in Ratingen (Nutzung durch eine Außenwohngruppe von Menschen mit Behinderungen) wurde nach dem Vergleichswertverfahren durchgeführt, da laut Gutachten der Bewertungsstelle des Gutachterausschusses eine genügende Anzahl von Verkaufspreisen aus dem entsprechenden Wohnhaus vorliegen.

Der Wert von Grund und Boden kommunal-nutzungsorientierter Gebäude wurde gemäß § 55 Abs. 1 Satz 4 GemHVO für die Eröffnungsbilanz mit 40 % des aktuellen Wertes des umgebenden Baulandes in der bestehenden örtlichen Lage angesetzt.

Soweit Wertminderungen wegen Bauschäden bei den Gebäuden zum Bilanzstichtag vorhanden waren, wurden diese in Form einer Übernahme eines geminderten Gebäudewertes berücksichtigt. Ein separater Ausweis in der Eröffnungsbilanz erfolgte nicht, da die festgehaltenen Mängel allesamt dem altersgemäßen Zustand der Gebäude zum Bilanzstichtag entsprechen und durch Abschläge bei der Bewertung bereits bilanziell eingeflossen sind.

Nicht kommunal-nutzungsorientierte Gebäude (Wohnbauten, Bürogebäude) wurden gemäß § 55 Abs.1 S. 3 GemHVO marktvergleichend nach dem Ertragswertverfahren bewertet. Beim Ertragswertverfahren wird von nachhaltig erzielbaren Erlösen je Einheit (qm) zunächst der Rohertrag ermittelt. Nach Abzug der Bewirtschaftungskosten errechnet sich der Reinertrag des Gebäudes. Die Abschreibung wird durch Einrechnung in den Vervielfältiger, der bei der Ermittlung des Ertragswertes verwendet wird, berücksichtigt. Eine gesonderte Ermittlung von Werten für die Außenanlagen entfällt im Rahmen des Ertragswertverfahrens. Der Bodenwert beträgt 100 % des Bodenrichtwertes.

Zu den grundstücksgleichen Rechten zählen u.a. Erbbaurechte. Der Kreis ist Erbbaurechtsnehmer bei der Turnhalle Bandsbusch in Hilden und dem Heilpädagogischen Kindergarten in Langenfeld. Die Gebäude sind bei den entsprechenden Bilanzpositionen berücksichtigt.

Vom Bilanzansatz in Höhe von 150.094.266,43 € (VJ 152.304.099 €) entfallen auf

Bilanzposition	Gebäudewert in €	Bodenwert in €	Summe 31.12.2010	Summe 31.12.2009
Kinder- und Jugendeinrichtungen	4.865.753	556.276	5.422.029	5.501.552
Schulen	67.770.793	11.710.744	79.481.537	80.745.446
Wohnbauten ²	13.084.249	21.688.431	34.772.680	35.224.541
Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	18.657.930	11.760.090	30.418.020	30.832.560
Summe	104.378.725	45.715.541	150.094.266	152.304.099

Das Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg, Ratingen und die Leo-Leonni-Schule, Monheim a.R. sowie die Paul-Maar-Schule in Hilden stehen nicht im Eigentum des Kreises und werden daher nicht im Bilanzansatz berücksichtigt.

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Unter dieser Bilanzposition werden neben Grund und Boden des Infrastrukturvermögens auch die Straßen, die Kanalisation und sonstige Verkehrseinrichtungen ausgewiesen. Der Wert des Infrastrukturvermögens beläuft sich auf insgesamt 65.794.053,61 € (VJ 68.336.297 €). Die K 20n in Haan konnte aufgrund fehlender Schlussvermessung noch nicht aktiviert werden (siehe Position

² In dieser Bilanzposition sind die vermieteten Büroliegenschaften ebenfalls enthalten.

1.2.8 – geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau). Sie wurde im Dezember 2009 in Betrieb genommen. Die K20 ist noch im Ansatz enthalten.

1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens

Unter dieser Bilanzposition wird der dem Infrastrukturvermögen zuzuordnende Grund und Boden ausgewiesen.

Gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO wurden Grund und Boden von Infrastrukturvermögen im planungsrechtlichen Innenbereich in der Eröffnungsbilanz mit 10 % des gebietstypischen Wertes für baureifes Land¹ und im planungsrechtlichen Außenbereich mit 10 % des Bodenrichtwertes für Ackerland angesetzt; als Mindestbetrag aber ist 1 € pro Quadratmeter zu Grunde gelegt worden.

Der Ackerlandwert lag zum Eröffnungsbilanzstichtag im Kreis Mettmann im Mittel bei 3,85 €/qm, so dass im planungsrechtlichen Außenbereich grundsätzlich 1 €/qm in Ansatz gebracht worden ist. Die Spanne im planungsrechtlichen Innenbereich lag zwischen 21,50 €/qm und 33,00 €/qm.

Der Grund und Boden umgewidmeter Straßen wird unabhängig von einer Grundbuchumschreibung gemäß § 10 Abs. 1 Straßen- und Wegegesetz NRW beim Kreis Mettmann als gesetzlicher Baulastträger bilanziert.

Der Ansatz in der Eröffnungsbilanz sollte auf einer parzellenscharfen Einzelwertermittlung der jeweiligen Grundstücksflächen gemäß § 55 Abs. 2 GemHVO basieren. Aufgrund von Differenzen zwischen den in der Anlagenbuchhaltung geführten und den aufgemessenen Flächen wurde zunächst zusätzlich zu den bereits einzeln bewerteten Flächen ein an dem Verhältnis der freien Strecken zu den Ortsdurchfahrten (3:1) orientierter Pauschalwert in Höhe von 857.454 € eingestellt. In 2009 erfolgte für ein Teil der Grundstücke die parzellenscharfe Einzelwertermittlung, so dass der Pauschalansatz auf 532.881 € reduziert wurde. In 2010 wurde festgestellt, dass die weiteren Differenzen nur im Aufmaß des Begleitgrüns und der Böschung liegen können und der Pauschalwert viel zu hoch angesetzt wurde. Alle Flächen wurden neu vermessen und die für Böschungen und Begleitgrün gebildeten Festwerte überarbeitet. Die hierzu gehörenden Korrekturbuchungen über insgesamt 109.213,38 € (36.071,88 € und 73.141,50 €) beziehen sich auf die Bilanzposition Straßennetz 1.2.3.5 und werden hier lediglich informativ angeführt. Insgesamt wurde der Pauschalwert vollständig gegen Eigenkapital ausgebucht sowie eine darüber hinausgehende Eigenkapitalminderung in Höhe von 152.452,38 € vorgenommen.

Nach dem 01.01.2007 erworbene Grundstücke werden mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Grund und Boden des Infrastrukturvermögens werden mit insgesamt 12.410.501,94 € (VJ 12.978.861 €) in Ansatz gebracht.

1.2.3.2 Brücken und Tunnel

Der Kreis Mettmann betreut annähernd 80 Brückenbauwerke im Verlauf von Kreisstraßen sowie im Bereich der Naherholung. Der Wert dieser Bilanzposition beläuft sich auf 6.440.459,00 € (VJ 6.605.328 €).

Der Wiederbeschaffungszeitwert der Brücken im Verlauf von Kreisstraßen wurde für die Eröffnungsbilanz auf Grundlage der DEKRA-Wertgutachten nach den von dort zugrunde gelegten anerkannten Herstellungskosten, vorhandenen Brückenbüchern, Bauunterlagen und Brückenprüfberichten ermittelt.

Die Bewertung der Brücken im Bereich der Naherholung erfolgte entsprechend der Konstruktionsart anhand von Mittelpreisen je qm Brückenfläche unter Berücksichtigung der spezifischen örtlichen Gegebenheiten.

Die Nutzungsdauer der Brücken wurde entsprechend den Vorgaben des NKF, der RStO (Richtlinien für die Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen) und den Ablöserichtlinien des Bundesverkehrsministeriums festgelegt. Die Einzelfestlegungen variieren je nach Bauart zwischen 40 und 100 Jahren.

Bestandsänderungen haben sich im abgelaufenen Jahr nicht ergeben.

¹ für frei stehende Ein- und Zweifamilienhäuser des individuellen Wohnungsbaus in mittlerer Lage

1.2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen

Gleisanlagen stehen nicht im Eigentum des Kreises Mettmann.

1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen

Unter diese Position fallen u.a. ober- und unterirdische Abwasserkanalsysteme. Straßenentwässerungsanlagen sind bis zum Einlauf in den eigentlichen Kanal gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 a StrWG NRW dem Straßenkörper zuzurechnen und unter dieser Position bilanziert.

Die Schachtbauwerke sind den Kanälen zugeordnet.

Die Kanäle sind für die Eröffnungsbilanz nach Teilstücken, die sich aus dem Kanalkataster ergeben, auf der Basis von typisierten durchschnittlichen Herstellungskosten für Kanalbaumaßnahmen bewertet worden. Die Schachtbauwerke sind den Kanälen zugeordnet und sind in den durchschnittlichen Herstellungskosten mit berücksichtigt.

Der Bilanzansatz der Kanäle beläuft sich auf 2.545.891,00 € (VJ 2.608.691 €). Bestandsänderungen haben sich im abgelaufenen Jahr nicht ergeben.

1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen

Unter dieser Position werden die Kreisstraßen, Geh- und Radwege ausgewiesen.

Zur Straße gehören die Fahrbahn, die Beschilderung, die Abwasserrinnen, die Markierungen, die Leitpfosten, die Sinkkästen, die Bordsteine und Schutzplanken sowie die Busbuchten, Kreisverkehre, das Straßenbegleitgrün und die Böschungen.

Der Wert der einzelnen Straßenteilstücke ist für die Eröffnungsbilanz auf der Basis von typisierten durchschnittlichen Herstellungskosten für Straßenbaumaßnahmen mit durchschnittlichen Ausstattungsmerkmalen (Fahrbahn mit Abwasserrinnen, Beschilderungen, Markierungen, Leitpfosten und Sinkkästen) bewertet worden.

Das Straßenbegleitgrün (Trennstreifen, Bankette, Gräben, Mulden etc.) und die Böschungen sind gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO als pauschalierter Festwert berücksichtigt.

Die Straßen- sowie die Rad- und Gehwegeabschnitte wurden zur Wertermittlung auf den Eröffnungsbilanzstichtag in Zustandsklassen eingeteilt; der hinterlegte Faktor berücksichtigt den entsprechenden bis zur Erreichung der Zustandsklasse aufgetretenen Werteverzehr, so dass nach dem visuell erfassten bautechnischen Zustand eines jeden Straßenabschnitts auch eine Aussage zu der Restnutzungsdauer besteht. Der Eröffnungsbilanzwert der Straßen errechnet sich nach den mit dem Faktor der Zustandsklasse gewichteten durchschnittlichen Herstellungskostensatz.

Zustands- klasse	Baulicher Zustand	Faktor	Restnutzungs- dauer in Jahren
1	keine Mängel/ Neuzustand	1,0	49-60
2	geringe Mängel/ wenige punktuelle Schäden	0,8	48
3	viele punktuelle Schäden	0,6	36
4	leichte flächenhafte Schäden	0,4	24
5	mittlere flächenhafte Schäden	0,2	12
6	starke flächenhafte Schäden	0,0	0-11

Für die Bewertung der Zugänge von Straßen, Rad- und Gehwegen durch Umwidmung wurden die ermittelten durchschnittlichen Anschaffungs-/Herstellungskosten herangezogen und unter Berücksichtigung evtl. Preissteigerungen (Baupreisindexentwicklung + 5%) angepasst.

Insgesamt beträgt der Ansatz unter dieser Bilanzposition 42.309.926,67 € (VJ 43.811.296 €). Bestandsänderungen haben sich im abgelaufenen Jahr nicht ergeben.

1.2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens

Unter dieser Bilanzposition werden die im Kreiseigentum stehenden Stützmauern, Schallschutzmauern, Regenrückhaltebecken und Schilderbrücken ausgewiesen.

Die Bewertung der sonstigen Bauten erfolgte für die Eröffnungsbilanz einzeln unter Berücksichtigung der spezifischen Gegebenheiten durch sachverständige Begutachtung. Grundlage für die Bewertung der Schilderbrücken waren die ursprünglichen Herstellungskosten, indiziert auf den Bilanzstichtag.

Die Prüfung bezüglich der Bewertung der Lärmschutzwände und Stützmauern wurde vom Fachamt in 2010 abschließend durchgeführt. Überprüft wurden Schallschutzwände und Stützmauern an 33 Straßenabschnitten. Die Überprüfung ergab Wertsteigerungen in Höhe von 283.827,13 € sowie Wertminderungen in Höhe von 517.080,01 €, so dass sich hieraus insgesamt eine Wertkorrektur für die Eröffnungsbilanz in Höhe von – 233.252,88 € ergibt.

Der Bilanzansatz bei den sonstigen Bauten des Infrastrukturvermögens liegt bei 2.087.274,00 € (VJ 2.332.121 €).

Weitere Bestandsänderungen haben sich im abgelaufenen Jahr nicht ergeben.

1.2.4 Bauten auf fremden Grund und Boden

Der Kreis hat auf dem Grundstück der Kreisdeponie Langenfeld ein Gebäude auf Grund und Boden der Stadt Langenfeld errichtet. Es besteht hierfür kein das Grundverhältnis sicherndes dingliches Recht, sondern lediglich eine vertragliche Vereinbarung.

Die auf dem Gelände der Leo-Lionni Förderschule in Monheim a.R. errichtete Fertigarage wurde in 2010 aktiviert. Beide Gebäude sind unter der Bilanzposition Bauten auf fremden Grund und Boden mit einem Ansatz in Höhe von 102.340,00 € (VJ 91.209 €) auszuweisen.

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Zu dieser Bilanzposition gehören Vermögensgegenstände, deren Erhaltung wegen ihrer Bedeutung für Kunst, Kultur und Geschichte im Interesse des Kreises liegt sowie sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal ist mit einem Erinnerungswert berücksichtigt.

Der Bilanzansatz der Kunstgegenstände beläuft sich auf insgesamt 143.824,00 € (VJ 143.823 €).

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Der Ansatz für Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge steigt auf 4.426.793,29 € (VJ 1.682.250 €).

Auch bei dieser Bilanzposition macht sich die Wiedereingliederung des ME-BIT bemerkbar. Allein die Leitungsnetze umfassen einen Wert von rd. 1,3 Mio. €. Hinzu kommen Messanlagen sowie Kälte- und Stromerzeugungsanlagen, aktive Netztechnik und interne DV-Systeme mit einem weiteren Bilanzwert von knapp 0,4 Mio. €.

Des Weiteren konnte die Grundwassersanierungsanlage mit Anschaffungs- und Herstellungskosten in Höhe von rd. 1 Mio. für die LCKW-Fahrensanierung in Hilden/Benrath aktiviert werden.

Die Ansatzsteigerung ist darüber hinaus auf die Anschaffung

- zweier Geschwindigkeitsmessanlagen für das Straßenverkehrsamt
- einer Brandmeldeanlage
- einer Gleichwellenfunkanlage für die Leitstelle
- sowie von Fahrzeugen und Fahrzeuganbauteilen für den Bauhof und das Ordnungsamt

zurückzuführen.

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung

Geringwertige Wirtschaftsgüter (Anschaffungswerte unter 410 €) werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und mit einem Erinnerungswert in der Bilanz angesetzt.

Für Betriebs- und Geschäftsausstattung, deren Bestand in Größe, Zusammensetzung und Wert nur geringen Schwankungen unterliegt, wurde gem. § 34 Abs. 1 GemHVO, sofern von einem regelmäßigen Ersatz auszugehen ist, ein Festwert gebildet (z.B. Schulmobiliar, Feuerlöscher).

Die Bild- und Tonträger des Medienzentrums werden in einem gesonderten Erfassungssystem geführt; der Verleih erfolgt über dieses System. Diese Vermögenswerte wurden in Gruppen zusammengefasst.

Der Wert der Betriebs- und Geschäftsausstattung steigt auf 5.718.147,17 € (VJ 5.194.633 €) an. Der Anstieg ist z.B. auf folgende Maßnahmen zurückzuführen

- Übernahme der Betriebs- und Geschäftsausstattung des ME-BIT
- Einrichtung des Neubaus der Schule an der Virneburg in Langenfeld
- Einrichtung des neuen Biologieraumes am Berufskolleg Hilden

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Unter dieser Bilanzposition werden neben ggf. schon erfolgten Anzahlungen noch nicht fertig gestellte bzw. endabgerechnete Sachanlagen mit ihren bis zum Bilanzstichtag angefallenen, aktivierungsfähigen Anschaffungs- oder Herstellungskosten in der Bilanz ausgewiesen. Der Ansatz beträgt 25.735.202,15 € (VJ 23.839.505 €).

Die Bilanzposition wird geprägt durch folgende Projekte:

Bezeichnung	31.12.2010 in €	31.12.2009 in €
Neubau K 20n, Haan	9.176.479	8.410.286
Ersatzbau Schule an der Virneburg, Langenfeld	6.558.974	5.615.277
Sporthallenbau Berufskolleg Neandertal, Mettmann	4.534.654	4.484.020
Erneuerung Brücke K 16, Haan	2.273.025	1.905.663
Panoramaradweg Niederbergbahn	920.053	0

1.3 Finanzanlagen

Der Gesetzgeber hat durch die Regelung in § 1 Abs. 1 S. 2 Sparkassengesetz NRW entschieden, dass Sparkassen nicht in der kommunalen Bilanz anzusetzen sind.

Bei kommunalen Finanzanlagen können gem. § 35 Abs. 5, Satz 2 GemHVO außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen werden, um diese mit einem niedrigeren Wert anzusetzen, der den Finanzanlagen am Abschlussstichtag beizulegen ist. Die Entscheidung über eine außerplanmäßige Abschreibung ist danach in das pflichtgemäße Ermessen des Kreises gestellt.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter dieser Position werden Anteile an öffentlich-rechtlichen oder privatrechtlichen Organisationen angesetzt, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zu diesen Organisationseinheiten herzustellen und die unter Kontrolle des Kreises stehen. Dies ist bei privatrechtlichen Unternehmen der Fall, wenn eine Beteiligung von mehr als 50 % vorliegt, oder andere Gründe, z.B. ein Vertrag, dafür sprechen.

Zum Bilanzstichtag besitzt der Kreis folgende Anteile an verbundenen Unternehmen:

	Anteil Kreis %	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH	100	66.025.220	72.266.729
WFB Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH	100	13.261.274	13.261.274
Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH	54,55*	5.413	160.573
Fachseminar für Altenpflege GmbH	100	27.954	27.954
Summe		79.319.861	85.716.530

* siehe Erläuterung beim Punkt Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH

Die Anteile des Kreises an der KVGM und der Beschäftigungsgesellschaft mussten vom Wert her korrigiert werden.

Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH

Der Wertansatz für die Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH ist geprägt von den dort eingelegten RWE-Stammaktien. Die aus den Aktien resultierenden Dividendenerträge dienen der Abdeckung des operativen Verlusts der Gesellschaft.

Für die Eröffnungsbilanz des Kreises Mettmann wurde eine Substanzwertbewertung der Gesellschaft durchgeführt. Ihr lag der niedrigste Kurswert in den letzten drei Monaten vor dem Eröffnungsbilanzstichtag (75,33 €) abzüglich latenter Steuern zugrunde.

Die Werthaltigkeit der Finanzanlage KVGM unterliegt aufgrund des dort eingelegten Aktienpakets naturgemäß zum Teil deutlichen Schwankungen. Von einer Wertberichtigung wegen dauerhafter Wertminderung wurde jedoch in den zurückliegenden Abschlüssen abgesehen, da nach den Prognosen langfristig eine Erholung des Kursniveaus zumindest auf den in der Eröffnungsbilanz zu Grunde gelegten Wert möglich erschien.

Gem. § 35 Abs. 5 S.2 GemHVO können bei Finanzanlagen außerplanmäßige Abschreibungen auf den beizulegenden Wert vorgenommen werden. Im Rahmen dieser Ermessensausübung ist der Oberbegriff beizulegender Wert auszufüllen, der nicht zwangsläufig als Börsenwert zu deuten ist. Vielmehr ist ein Kurs festzulegen, der die Kursentwicklung seit der Eröffnungsbilanz sowie die Perspektiven angemessen abbildet. Daher hat der Kreis einen gemittelten Wert auf Basis des Kurses der Eröffnungsbilanz, der Kurse der Bilanzstichtage 2008, 2009, 2010, des Kurses vom Tag der Bilanzpressekonferenz vom 24.02.2011 sowie eines Prognosewertes der sich aus dem arithmetischen Mittel aus Eröffnungsbilanzwert und dem halbierten aktuellen Tageskurs ergeben hat, gebildet. Im Ergebnis errechnete sich hierdurch eine Abschreibung in Höhe von 6,2 Mio. €.

WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

Aufgrund des im Geschäftsjahr 2009 erwirtschafteten Überschusses i. H. v. 1.060.914 € (VJ 967.077 €) sowie der von der Gesellschaft abgegebenen positiven Ergebnisprognose 2010 (rd. 700 T€) ergibt sich keine Ansatzänderung gegenüber dem Vorjahr.

Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH

Die Beschäftigungsgesellschaft hat im Geschäftsjahr 2009 einen Verlust von -152.549 € erwirtschaftet. Nach Einschätzung der Gesellschaft (Stand Februar 2011) wird das Jahr 2010 voraussichtlich mit einem weiteren Fehlbetrag von rund 259 T€ abschließen. Vor diesem Hintergrund sowie der Tatsache, dass die Beschäftigungsgesellschaft durch Gesellschafterbeschluss vom 18.01.2010 aufgelöst wurde (eine Eintragung ins Handelsregister ist noch nicht erfolgt), ergibt sich ein weiterer Abwertungsbedarf im vorliegenden Abschluss.

Der Kreis hat den städtischen Mitgesellchaftern in 2009 angeboten, deren Stammkapitalanteile zum Nennwert zu übernehmen. Die Gesellschafter haben das Angebot angenommen, die notwendige notarielle Beurkundung für die Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsverträge ist noch nicht abgeschlossen und daher noch nicht rechtswirksam. Im Außenverhältnis hält der Kreis Mettmann immer noch 54,55 % der Anteile. Im Innenverhältnis haben die Gesellschafter ihre Anteile an den Kreis zum 31.12.2009, 31.01.2010 bzw. 31.05.2010 abgetreten. Vor diesem Hintergrund hält der Kreis Mettmann zum Abschlussstichtag 100% der Anteile.

Gemessen an den Anteilen im Außenverhältnis wurde der Wertansatz der Beschäftigungsgesellschaft im Abschluss auf 5.413 € (VJ 160.573 €) herabgesetzt.

Fachseminar für Altenpflege des Kreises Mettmann GmbH

Das Geschäftsjahr 2009 wurde mit einem operativen Verlust von 41.237 € (VJ 67.511 €) abgeschlossen. Für das Jahr 2010 rechnet die Gesellschaft mit einem operativen Verlust in Höhe von rund 30 T€. Nach dem Gesellschaftsvertrag gleicht der Kreis entstehende Verluste bis zu einer Höhe von 2,25 Mio. € aus. Der Bilanzansatz bleibt gegenüber dem Vorjahr unverändert.

1.3.2 Beteiligungen

Als Beteiligungen werden alle Anteile des Kreises, d.h. die mitgliedschaftlichen Vermögens- und Verwaltungsrechte an Organisationseinheiten eingeordnet, die in der Absicht gehalten werden, eine dauernde Verbindung zu diesen Organisationseinheiten herzustellen. Eine Beteiligung des Kreises liegt i.d.R. vor, wenn der Kreis zu mehr als 20 % an einer Kapitalgesellschaft oder an einer sonstigen juristischen Person beteiligt ist. Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Beteiligungsverhältnisse:

	Anteil Kreis %	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Stiftung Neanderthal Museum	-	3.260.748	3.260.748
Regionale Bahngesellschaft Kaarst-Neuss-Düsseldorf- Erkrath-Mettmann-Wuppertal mbH	20	555.626	555.626
KDM - Kompostierungs- und Vermarktungsgesellschaft für Stadt Düsseldorf/Kreis Mettmann mbH	33	464.520	464.520
Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH	25,1	264.912	264.912
Zweckverband Wildgehege Neandertal	38,5	56.665	56.665
Summe		4.602.471	4.602.471

Die Beteiligungsquoten sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben.

Stiftung Neanderthal Museum

Bei der Stiftung handelt es sich nicht um Anteile im gesellschaftsrechtlichen Sinne. Für die Ermittlung des Eröffnungsbilanzwertansatzes wurde eine fiktive Beteiligungsquote errechnet. Dazu wurde das Verhältnis der geleisteten Zustiftungen des Kreises zu den Zustiftungen Dritter ermittelt. Der Anteil des Kreises ist danach von 35,89 % (01.01.2007) auf 31,71 % (31.12.2009) gesunken. Aufgrund der positiven Eigenkapitalentwicklung der Stiftung ist jedoch der Wert der Beteiligung des Kreises gestiegen. Der Wertansatz bleibt im Abschluss erhalten.

Entsprechend der Handreichung des Innenministeriums zu § 53 GemHVO wird in Höhe des dem Kreis Mettmann zuzurechnenden Eigenkapitalanteils der rechtlich selbstständigen Stiftung Neanderthal Museum eine Sonderrücklage unter der Eigenkapitalposition ausgewiesen (siehe Passiva Ziffer 1.2.).

Zweckverband Wildgehege Neandertal

Der Ansatz für den Zweckverband Wildgehege wurde im Wege einer Eröffnungsbilanzkorrektur im Jahresabschluss 2009 angepasst, da die seinerzeitige Bewertung für die Eröffnungsbilanz des Kreises auf einer vorläufigen Vermögensaufstellung beruhte. Im Zuge der NKF-Einführung beim Zweckverband konnte für die Bewertung der Beteiligung im Abschluss 2009 des Kreises der Entwurf einer Eröffnungsbilanz herangezogen werden. Diese wurde allerdings nicht zum 01.01.2007 sondern erst zum Stichtag 01.01.2009 erstellt. In Abstimmung mit der örtlichen Rechnungsprüfung wurde der bisherige Wertansatz durch den auf den Kreis entfallenden Eigenkapitalanteil des Zweckverbandes aus dem Eröffnungsbilanzentwurf 2009 ergebnisneutral ersetzt, weil bezogen auf den Stichtag 01.01.2007 kein genauere Erkenntnisstand mehr zu erlangen war. Für die EB-Korrektur in 2009 wurde ein Eigenkapital des Zweckverbandes i. H. v. 147.181 € herangezogen. Daraus ergab sich für den Kreis bei einem Anteil von 38,5 % ein Wert von 56.665 €.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses 2010 lag dem Kreis die geprüfte Eröffnungsbilanz des Zweckverbandes vor. Gegenüber dem Entwurf sind die Vermögenswerten unverändert geblieben, so dass der in Ansatz gebrachte Anteil von 56.665 € im Abschluss 2010 des Kreises bestehen bleiben kann. Überlegungen hinsichtlich einer Wertkorrektur konnten nicht vorgenommen werden, da bislang keine geprüfte Schlussbilanz 2009 des Zweckverbandes vorliegt. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 12.11.2010 die Auflösung des Zweckverbandes zum 31.12.2010 beschlossen. Durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Bestandssicherung des eisezeitlichen Wildgeheges hat sich der Kreis Mettmann bereiterklärt, nach Auflösung des Zweckverbandes in dessen Rechtsnachfolge einzutreten und das Vermögen des Zweckverbandes mit allen Rechten und Pflichten sowie die Betriebsführung des Wildgeheges zu übernehmen.

1.3.3 Sondervermögen

Unter diesem Bilanzposten war bis zum Abschluss 2009 der Eigenbetrieb für Informationstechnologie (ME-BIT) mit einem Wert von 1.311.356 € angesetzt.

Das Sondervermögen wurde zum 01.01.2010 in die Kernverwaltung reintegriert. Damit entfällt der Ansatz unter den Finanzanlagen.

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

Unter diesem Bilanzposten sind Wertpapiere anzusetzen, die keine Anteile an verbundenen Unternehmen oder Beteiligungen darstellen. Sie stellen eine Kapitalanlage aus den Finanzmitteln des Kreises mit einer beabsichtigten Haltedauer von mehr als einem Jahr dar.

Aufgrund der strategischen Entscheidung des Kreistags, dem zukünftig steigenden Liquiditätsbedarf aus Pensionsansprüchen der verbeamteten Beschäftigten durch den Aufbau eines Kapitalstocks zu begegnen, wurden auch Sparkassenbriefe erworben, die hier zu bilanzieren sind. Die Sparkassenbriefe wurden für eine Laufzeit von 24 Monaten erworben, die im Mai 2010 ablief. Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wurde in 2010 auf die neuerliche Anlage über einen längeren Zeitraum verzichtet. Der Bilanzansatz verringert sich daher zum 31.12.2010 erheblich. Fest angelegt war über den 31.12.2010 hinaus nur der Sparbrief, der in Zusammenhang mit der erbrechtlichen Zuwendung an den Kreis besteht.

Der Bilanzansatz beläuft sich daher auf lediglich 211.198,88 € (VJ 13.980.133 €).

1.3.5 Ausleihungen

Unter Ausleihungen werden ausschließlich Forderungen verstanden, welche gegen Hingabe von Kapital erworben wurden und dem Geschäftsbetrieb dauerhaft dienen. Die Gesamtlaufzeit der Ausleihungen muss mehr als 1 Jahr betragen.

Zu den Ausleihungen zählen auch Darlehensforderungen, z.B. Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, stille Beteiligungen (ohne Verlustbeteiligung) und Mitarbeiterdarlehen (längerfristige Gehalts- und PKW-Vorschüsse).

Der Bilanzansatz beläuft sich auf 586.135,06 € (VJ 1.600.844 €).

Mit der Wiedereingliederung des ME-BIT entfällt das bislang unter „Ausleihung an Sondervermögen“ bilanzierte Gesellschafterdarlehen des Kreises an den ME-BIT. Der Ansatz dieser Bilanzposition beträgt daher in 2010 Null € (VJ 1.025.083 €).

Im Übrigen bestehen nur noch sonstige Ausleihungen. Sie wurden mit dem Rückzahlungsbetrag zum Stichtag angesetzt.

Die sonstigen Ausleihungen gliedern sich wie folgt:

	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr	420.361,13	420.361
Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co.KG (Anteil 6,2 %)	55.220,36	31.818
Anteile Mettmanner Bauverein e.G. (27 Anteile)	16.200,00	16.200
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Anteil 1,1 %)	12.827,00	12.827
d-NRW Public Konsortium GbR (Anteil 0,65 %)	8.034,92	
KDN – Dachverband Kommunaler IT-Dienstleister (Anteil 7,69 %)	3.125,00	
Gehalts- und PKW-Vorschüsse	32.212,00	43.275
Kreisbedienstetenzinsdarlehen	38.154,65	49.280
Arbeitgeberbaurdarlehen	0,00	1.999
Summe	586.135,06	575.760

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

Der Wertansatz für die Mitgliedschaft im Zweckverband VRR wurde ermittelt, indem der prozentuale Anteil des Kreises an der Umlageerhebung zur Deckung des Verwaltungsanteils (6,441%) mit dem Eigenkapital des Zweckverbandes zum 01.01.2007 multipliziert wurde.

Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co, KG

Der Wertansatz der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG fällt im Jahresabschluss 2010 mit 55.220,36 € höher aus als im Vorjahr (31.818 €). Ausschlaggebend hierfür sind Nachbuchungen in 2010, die Korrekturen der letzten 3 Jahre betreffen. Die Gesellschaft verwaltet für jeden Gesellschafter ein Verlustkonto auf welchem anteilig die Jahresüberschüsse/ -fehlbeträge sowie Zinsen erfasst werden. Die in 2010 erfolgten Nachbuchungen waren erforderlich, um das Sachkonto des Kreises der Darstellungsweise der Lokalradio Betriebsgesellschaft anzupassen. Dazu wurden Zinsen und Beteiligungserträge der letzten Jahre (insgesamt 23.402,37 €) nachgebucht. Künftig wird mit Eingang des aktuellen Jahresabschlusses der Gesellschaft das Verlustkonto des Kreises angepasst. Hierdurch wird sich der Beteiligungswert der Lokalradio Mettmann Betriebsgesellschaft mbH & Co, KG jährlich ändern.

VkA – Verband der Kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

Das Eigenkapital des VkA hat sich in den letzten Jahren rückläufig entwickelt. Die Gesellschaft erwirtschaftet seit 2007 Jahresfehlbeträge, die durch Nachschüsse der Gesellschafter und Entnahmen aus der Gewinnrücklage gedeckt werden. Auf eine außerplanmäßige Abschreibung der Finanzanlage wird vorerst aufgrund der Geringfügigkeit des Wertansatzes (12.827 €) verzichtet.

d-NRW Public Konsortium GbR und KDN – Dachverband Kommunalen IT-Dienstleister

Im Abschluss 2010 erfolgt erstmals der Ausweis der d-NRW Public Konsortium GbR und des Zweckverbands KDN – Dachverband Kommunalen IT-Dienstleister. Der Ausweis dieser beiden Beteiligungen erfolgte bisher aufgrund der wirtschaftlichen Zuordnung in der Bilanz des ME-BIT – Eigenbetrieb für Informationstechnologie des Kreises Mettmann. Mit der Auflösung des ME-BIT zum 01.01.2010 gingen die Anteile auf den Kreis über.

Der Ausweis erfolgt mit dem gleichen Wert, mit dem die Finanzanlagen in der Bilanz des Eigenbetriebes ausgewiesen wurden (Bilanzierung zu Anschaffungskosten).

2. UMLAUFVERMÖGEN

Zum Umlaufvermögen gehören alle Vermögensgegenstände, die nicht dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb des Kreises zu dienen.

2.1 Vorräte des Umlaufvermögens

Unter dieser Bilanzposition wird der Lagerbestand des Magazins mit seinem vorsichtig geschätztem Zeitwert ausgewiesen. Der Wert hat sich gegenüber dem Vorjahr annähernd auf 130.007,32 € (VJ 64.716 €) verdoppelt, da hier jetzt auch die Lagerbestände des ehemaligen ME-BIT an Tonerkartuschen etc. vorgehalten werden.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Unter dieser Bilanzposition werden öffentlich-rechtliche Forderungen (z.B. Gebühren, Beiträge und Steuern aber auch Erstattungsansprüche aufgrund des Übergangs von Pensionsansprüchen gem. § 107b BeamtVG bzw. Versorgungslastenverteilungsgesetz) sowie privatrechtliche Forderungen dargestellt.

Der deutliche Rückgang des bilanzierten Forderungsbestands gegenüber dem Vorjahr auf 22.612.314,47 € (VJ 24.551.403 €) ist insbesondere auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Erlass aller uneinbringlichen Forderungen aus Unterhaltrückständen, die bereits älter als 10 Jahre sind, bei denen mehrfache Beitreibungsversuche erfolglos blieben und bei denen nicht mit einer Besserung der wirtschaftlichen Situation der Schuldner zu rechnen ist - 1,4 Mio. €
- Ausgleich der Forderungen durch Zuweisung von Mitteln aus dem Konjunkturpaket II - 2,1 Mio. €

Die Bilanzposition „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ wird von den öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen geprägt. Hier stehen die Forderungen aus Transferleistungen mit knapp 9 Mio. € (VJ 13,7 Mio. €), die sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen mit rd. 8,8 Mio. € (VJ 8,5 Mio. €) sowie die Gebühren mit rd. 1,2 Mio. € (VJ 0,5 Mio. €) im Vordergrund.

Die privatrechtlichen Forderungen sind gegenüber dem Vorjahr leicht auf knapp 1,4 Mio. € (VJ 1,2 Mio. €) gestiegen.

Die pauschale Wertberichtigung der öffentlich-rechtlichen Forderungen wurde aufgrund des Erlasses einer Vielzahl nicht werthaltiger Forderungen aus dem Sozialhilfebereich gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,1 Mio. € herabgesetzt und liegt jetzt bei rund 4,7 Mio. € (VJ 7,1 Mio. €).

Einzelwertberichtigungen wurden entsprechend des Bestandes niedergeschlagener Forderungen in Höhe von insgesamt rd. 550 T€ (VJ 1,3 Mio. €) vorgenommen. Durch den Erlass uneinbringlicher Forderungen aus Unterhaltsrückständen konnte ein großer Teil der in Vorjahren indirekt wertberichtigten, niedergeschlagenen Forderungen endgültig ausgebucht und so die Einzelwertberichtigungen reduziert werden.

Der deutliche Rückgang des Wertansatzes der sonstigen Vermögensgegenstände auf 195 T€ (VJ 678 T€) ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die noch aus Vorjahren bestehende Forderung aus der Rückzahlung des an den ME-BIT vergebenen Gesellschafterdarlehens in Höhe von 205 T€ im Zuge der Wiedereingliederung des ME-BIT ausgebucht wurde.

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Zum Bilanzstichtag befanden sich keine Wertpapiere mit einer ursprünglichen Laufzeit von weniger als einem Jahr im Besitz des Kreises.

2.4 Liquide Mittel

Unter diesem Posten werden alle liquiden Mittel in Form von Bar- oder Buchgeld angesetzt, über die der Kreis frei verfügen kann. Der Guthabenbestand ist geprägt von Festgeld- und Tagesgeldanlagen bei der Kreissparkasse Düsseldorf und anderen Banken.

Die Mittel dienen insbesondere der Finanzierung bestehender Verbindlichkeiten und Rückstellungen, sowie übertragener Auszahlungsermächtigungen.

In dem Bilanzposten „Liquide Mittel“ wird der Inventurbestand in Höhe von 83.873.561,78 € (VJ 50.254.280 €) ausgewiesen. Die Ermittlung dieses Bestands fußt auf den Saldenbestätigungen der Banken sowie den Meldungen über die Bestände der Bar- und Handvorschusskassen, Automaten etc. der Ämter.

Die Anpassung der Bestände der Handkassen, Automaten etc. erfolgte nicht über finanzrechnungswirksame debitorische / kreditorische Buchungen, da sich eine stichtagsbezogene zahlungsmäßige Abwicklung der Barmittel- und Postwertzeichenbestände aus organisatorischen Gründen nicht für die Gesamtverwaltung am letzten Arbeitstag des Jahres realisieren lässt. Eine Anpassung erfolgte daher lediglich im Hauptbuch. Diese Anpassung wird im Folgejahr neutralisiert, weil dann erst die Verbuchung der Ein- bzw. Auszahlung durch die Kreiskasse, und damit die Berücksichtigung in der Finanzrechnung erfolgt. Eine nachträgliche Verbuchung dieser Abrechnungen durch die Zahlungsabwicklung im alten Geschäftsjahr ist aus technischen Gründen nicht möglich.

Der aus diesem Umstand und der zeitversetzten Zahlungsbuchung zur Abrechnung der Bestände resultierende Korrekturbetrag in der Finanzrechnung beträgt im Abgleich zu den per Inventur festgestellten liquiden Mitteln – 141.682,90 € (VJ - 5.738,82 €).

Die Übertragung von Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 29.537.210 € ins Folgejahr führt zu einer Belastung dieser Bilanzposition im Zeitpunkt des Mittelabflusses.

3. AKTIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Unter dieser Position werden bereits geleistete Auszahlungen ausgewiesen, die aber erst in den Folgejahren Aufwand darstellen. Die Bilanzposition beläuft sich auf insgesamt 13.265.182,85 € (VJ 12.890.321 €). Den größten Anteil bilden die Auszahlungen im Rahmen des SGB II und XII für Januar 2011 mit rd. 11,7 Mio. € (VJ 11,3 Mio. €) und die Besoldung der Beamtinnen und Beamten sowie die Umlagezahlung an die Rheinische Versorgungskasse für Januar in Höhe von insgesamt rd. 1,6 Mio. € (VJ 1,5 Mio. €).

PASSIVA

1. EIGENKAPITAL

Das Eigenkapital ergibt sich als "Reinvermögen" aus der Eröffnungsbilanz nach Abzug der Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten vom Aktivvermögen.

Das vom Kreistag in der Eröffnungsbilanz zum Stichtag 01.01.2007 festgestellte und mit den Jahresabschlüssen 2007, 2008 und 2009 berichtigte Eigenkapital ist durch weitere erforderliche Berichtigungsbuchungen mit dem Jahresabschluss 2010 letztmalig ergebnisneutral um insgesamt rd. 1,68 Mio. € (VJ 1,78 Mio. €) nach unten korrigiert worden. Eine genaue Aufstellung der durchgeführten Wertkorrekturen ist als Anlage 4 dem Anhang beigelegt.

Durch den ermittelten Jahresfehlbetrag in der Ergebnisrechnung in Höhe von – 272.921,18 € (VJ + 3,23 Mio. €), die notwendige Verrechnung der Eröffnungsbilanzberichtigungen und die Bereinigung um das Defizit aus der Bewirtschaftung durchlaufender Mittel Dritter i.H.v. - 242.522,30 € (VJ – 32.204,37 €) beträgt die Minderung des Eigenkapitals des Kreises Mettmann saldiert rd. 2,87 Mio. € (VJ 5,01 Mio. €). Das Eigenkapital beläuft sich auf 194.127.969,95 € (VJ 196.767.892 €).

1.1 Allgemeine Rücklage

Der Posten Allgemeine Rücklage stellt eine Saldogröße dar. Der Ansatz beträgt 191,4 Mio. € nach 190,31 Mio. € im Vorjahr. Der Wert erhöhte sich aufgrund der Durchbuchung des Jahresüberschusses 2009 und berücksichtigt den Saldo der vorgenommenen Eröffnungsbilanzkorrekturen.

Die Allgemeine Rücklage wird berechnet, indem vom Eigenkapital die Ausgleichsrücklage, die Sonderrücklagen und der Jahresüberschuss abgezogen werden.

Unter dieser Position sind die im Eigenkapital zweckgebundenen Mittel für erbrechtliche Zuwendungen und die Deckungsrücklage dargestellt. Die Deckungsrücklage wird in Höhe der übertragenen Aufwandsermächtigungen mit 2.787.810,00 € (VJ 5.362.311 €) ausgewiesen. Sie macht deutlich, in welcher Höhe das künftige Haushaltsjahr durch geplante, im abgelaufenen Jahr jedoch noch nicht ausgeführte Maßnahmen belastet wird.

Die erbrechtlichen Zuwendungen belaufen sich auf rd. 243 T€.

Die Beschlussfassungen des Kreistages zu den Betriebskostenabrechnungen „Notarztsystem“ und „Müllentsorgung“ für das Jahr 2010 standen zum Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses noch aus. Aufgrund der vom Innenministerium festgelegten Begrenzung des Werterhellungszeitraums auf den 31.03. des Folgejahres wird das Abrechnungsergebnis der Gebührenhaushalte erst im folgenden Jahresabschluss berücksichtigt.

1.2 Sonderrücklagen

Unter der Bilanzposition Sonderrücklagen werden Eigenkapitalbeträge erfasst, die einer bestimmten Zweckbindung unterliegen. Entsprechend der Handreichung des Innenministeriums zu § 53 GemHVO ist in Höhe des dem Kreis Mettmann zuzurechnenden Eigenkapitalanteils der rechtlich selbstständigen Stiftung Neanderthal Museum eine Sonderrücklage anzusetzen. Dadurch kommt zum Ausdruck, dass der Eigenkapitalanteil des Kreises aus dem Stiftungsgeschäft nicht frei verfügbar ist. Die Sonderrücklage beträgt unverändert 3.260.748 €.

1.3 Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage stellt neben der allgemeinen Rücklage und den Sonderrücklagen einen gesondert anzusetzenden Posten des Eigenkapitals dar (§ 75 Abs. 3 GO, § 56 a KrO). Im bundesweiten Prozess der Reform des kommunalen Haushaltsrechts stellt diese Regelung jedoch eine Sonderlösung nur für NRW dar, die es den NRW-Kommunen ermöglicht, ohne aufsichtsrechtliche Konsequenzen einen erheblichen Eigenkapitalanteil zu verzehren.

Vor dem Hintergrund der soliden Finanzpolitik des Kreises und der Fortsetzung einer solchen hat der Kreistag auf diese Sonderausweisung verzichtet und bereits in der Eröffnungsbilanz lediglich einen symbolischen Wert von 1 € Ausgleichsrücklage dotiert.

1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Diese Position ergibt sich aus der Ergebnisrechnung, die alle Erträge und Aufwendungen des Haushaltsjahres aufzeigt. Das Ergebnis des Kreises Mettmann beläuft sich auf einen Jahresfehlbetrag in Höhe von – 272.921,18 € (VJ 3.226.955,31 €).

Über die Behandlung des Jahresfehlbetrags entscheidet der Kreistag gem. § 96 der Gemeindeordnung i.V.m. § 53 KrO.

Gem. § 75 Abs. 2 GO ist zur Deckung des Fehlbetrages zunächst die Ausgleichsrücklage aufzulösen und ansonsten eine Verrechnung mit der Allgemeinen Rücklage vorzunehmen.

1.5 Jahresüberschuss fremde Haushalte

Der Kreis nimmt aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Aufgaben für Dritte (Land NRW, ka. Städte, LVR) wahr. Die anfallenden sächlichen Ein- und Auszahlungen stellen fremde durchlaufende Finanzmittel dar.

Der abrechnungsbedingte, temporäre Verlust von – 242.522,30 € (VJ -32.204,37 €) wird durch Erfassung entsprechender Forderungen gegenüber dem Land, dem LVR bzw. den Kooperationspartnern auf neue Rechnung vorgetragen und im Folgejahr ausgeglichen.

2. SONDERPOSTEN

2.1 – 2.4 Sonderposten für Zuwendungen, Beiträge, Gebührenaussgleich, sonstige Sonderposten

Erhaltene Zuwendungen für investive Zwecke sind zeitgleich zur Aktivierung des jeweiligen durch die Zuwendung geförderten Vermögensgegenstandes als Sonderposten zu passivieren. Analog zur Abschreibung des Vermögensgegenstandes erfolgt die ergebniswirksame Auflösung des Sonderpostens, die damit einen buchmäßigen Korrekturposten zur Vermögensminderung durch die buchmäßigen Abschreibungen des Vermögens darstellt.

Die ermittelten Sonderposten für Einzel- und Pauschalzuwendungen teilen sich wie folgt auf:

Zuwendungsgeber	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Bund	9.445.868,69	9.639.057
Land	45.565.509,14	46.546.008
Sonstiger öffentlicher Bereich	1.053.874,87	8.864
Private Unternehmen	6.330,37	7.965
Sonstiger Bereich	80.698,35	21.871
Gesamtsumme	56.152.281,42	56.223.765

Nach § 6 KAG NRW sind die Kommunen verpflichtet, Über- oder Unterdeckungen bei den kostenrechnenden Einrichtungen am Ende des Kalkulationszeitraums in den darauf folgenden drei Jahren auszugleichen. Die durch den Kreistag in 2010 festgestellte Gebührenüberdeckung im Bereich der Abfallentsorgung bzw. der Unterdeckung beim Notarztsystem aus der Abrechnung des Jahres 2009 konnte aufgrund der Begrenzung des Wertaufhellungszeitraums erst im Abschluss 2010 verbucht werden. Die Sonderposten für den Gebührenaussgleich entwickelten sich wie folgt:

Kostenrechnende Einrichtung	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Abfallentsorgung	2.535.883,64	2.117.434
Notarztsystem	325.622,41	637.652
Gesamtsumme	2.861.506,05	2.755.086

Sonderposten aus Beiträgen und sonstige Sonderposten sind beim Kreis nicht in Ansatz zu bringen. Die Bilanzposition weist insgesamt einen Ansatz von 59.013.787,47 € (VJ 58.978.851 €) aus.

3. RÜCKSTELLUNGEN

Die Rückstellungen teilen sich wie folgt auf:

Rückstellungsart	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Pensions- und Beihilferückstellungen	126.518.383,00	121.948.903
Rückstellungen für Deponien und Altlasten	12.727.919,31	15.911.523
Instandhaltungsrückstellungen	857.621,55	1.886.990
Sonstige Rückstellungen	29.319.967,55	26.941.963
Gesamtsumme	169.423.891,41	166.689.378

3.1 Pensions- und Beihilferückstellungen

Die Pensionsrückstellungen betreffen die Versorgungs- und Beihilfeansprüche für aktive und ehemalige Beschäftigte im Beamtenverhältnis. Die Ermittlung der Teilwerte wurde durch die Rheinische Versorgungskasse (RVK) in Köln auf Basis vorläufiger Dienstzeitalterberechnungen einzelfallbezogen durchgeführt. Die Anhebung der Altersgrenze für den Pensionseintritt wurde im Gutachten der RVK berücksichtigt.

Der Bilanzansatz enthält alle Pensionsverpflichtungen des Kreises. Enthalten sind auch die Ansprüche, die Beamte aus einer früheren Dienstzeiten bei anderen Dienstherrn erworben haben. Ebenfalls enthalten sind die Ansprüche der im Zuge der Kommunalisierung der Versorgungs- und Umweltverwaltung übernommenen Beamten des Landes NRW in Höhe von 6.033.335 €. Diesen Ansprüchen sind jedoch Forderungen in gleicher Höhe gegenüber dem Land gegenüberzustellen.

Im Vergleich zum Vorjahr musste die Rückstellungssumme für Pensions- und Beihilfeansprüche von Versorgungsempfängern gem. des Gutachtens der RVK per Saldo um rund 3,0 Mio. € auf

58,4 Mio. € und die für die aktiven Beamten um rund 1,3 Mio. € auf 62,0 Mio. € angehoben werden.

3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften ist eine Kommune als Betreiber einer Deponie verpflichtet, nach Erreichen der Verfüllmenge die Deponie wieder in das Landschaftsbild einzufügen und schädlichen Umweltauswirkungen vorzubeugen. Für diese Rekultivierung und Nachsorge kommunaler Deponien sind nach § 36 Abs. 2 GemHVO Rückstellungen zu bilden. Für die Sanierung der Altlasten, zu denen der Kreis gesetzlich oder vertraglich verpflichtet ist, sind ebenfalls die voraussichtlichen Kosten zu schätzen und als Rückstellungsbetrag anzusetzen.

Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien werden insbesondere für die Deponie Langenfeld Immigrath passiviert. Die in 2008 begonnenen Vertragsverhandlungen mit dem neuen privaten Gesellschafter der AKM zum Betrieb der Deponie konnten auch in 2010 noch nicht zum Abschluss gebracht werden. Dadurch verzögerte sich die Durchführung der geplanten Maßnahmen zur Zwischenrekultivierung der Deponie. Der bereits zum 01.01.2007 in Ansatz gebrachte Betrag i.H.v. rd. 4,6 Mio. € bleibt deshalb unverändert bestehen.

Die Rückstellungen für die Sanierung und Nachsorge von Altlasten belaufen sich auf rd. 8,1 Mio. € (VJ 11,3 Mio. €). Die zurückgestellten Beträge betreffen Aufwendungen für die Versiegelung der Altlastenflächen, die Einrichtung von Grundwassermessstellen, für zusätzliche Quellsanierungen sowie die Kosten für die Nachsorge (wiederkehrende Untersuchungen des Grundwassers hochgerechnet auf 10 -30 Jahre je nach Einzelfall).

Der Rückstellungsbetrag für die Altlastensanierung wurde gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,8 Mio. € herabgesetzt, da die Grundwassersanierungsanlage Hilden / Benrath nach Abstimmung mit der Rechnungsprüfung investiv zu verbuchen war. Daraus resultieren entsprechende Auflösungserträge im Abschlussjahr.

Rückstellungsart	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Sanierung von Altlasten	5.449.099,66	7.067.932
Nachsorge von sanierten Altlasten	2.701.870,00	4.266.641
Rekultivierung von Deponien	3.942.158,37	3.942.159
Nachsorge von Deponien	634.791,28	634.791
Gesamtsumme:	12.727.919,31	15.911.523

3.3 Instandhaltungsrückstellungen

Nach § 36 Abs.3 GemHVO sind für Instandhaltung von Sachanlagen Rückstellungen zu bilden, wenn die Instandhaltungsmaßnahmen in der Vergangenheit nach sachlichen Kriterien notwendig gewesen wären und zur Durchführung geplant wurden, mangels tatsächlicher Durchführung aber als bisher unterlassen anzusehen sind. Dabei dürfen Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung nur für solche Maßnahmen gebildet werden, durch die der Wert des Vermögensgegenstandes nicht erhöht wird und die damit Anschaffungskostencharakter hätten.

Im Vorjahresabschluss wurden Instandhaltungsrückstellungen in Höhe von 1.886.990 € gebildet. Im abgelaufenen Jahr wurden hiervon Maßnahmen im Wert von 972.102,28 € nachgeholt und abgerechnet, sowie 240.766,26 € ertragswirksam aufgelöst, da der Rückstellungsgrund entfallen ist (z.B. Maßnahme wurde kostengünstiger durchgeführt oder Durchführung der Maßnahme wird nicht mehr konkret beabsichtigt aufgrund unklarer weiterer Verwendung von Räumen bzw. Gebäuden).

Im Bereich der kreiseigenen Immobilien und des Infrastrukturvermögens sind in diesem Sinne nach Abstimmung mit dem Liegenschaftsamt zum Bilanzstichtag folgende unterlassenen Instandhaltungen festzustellen:

Objekt	Maßnahme	Betrag in €
Entstehungsjahr 2008:		84.806,70
VG 1, Düsseldorfer Str. 26, Mettmann	Erneuerung Schieber-Heizungsverteilung	10.000,00
VG 2, Goethestr. 23, Mettmann	Erneuerung Heizungsverteilung	10.000,00
Berufskolleg Hilden	Erneuerung der Elektroinstallation im BTA-Bereich	10.000,00
Berufskolleg Neandertal, Mettmann	Ausbau/Erneuerung elastische Fugen	11.000,00
Helen-Keller-Schule, Ratingen	Überprüfen der Lüftungsanlage im Schwimmbad und Turnhalle	20.000,00
HPK Ratingen	PCB-Sanierung	23.806,70
Entstehungsjahr 2009:		589.314,85
VG 1, Düsseldorfer Str. 26, Mettmann	Fortführung Brandschutzmaßnahme	1.519,61
	Neue Tür- und Hinweisschilder für alle VG	4.168,63
	Überarbeitung Heizungsverteiler	18.000,00
VG 2, Goethestr. 23, Mettmann	Brandschutz: Einbau von neuen Notausgängen	10.000,00
	Brandschutz: Erneuerung von 6 Brandschutztüren	14.500,00
VG 4, Düsseldorfer Str. 47, Mettmann	Verglasung und Sonnenschutz	15.000,00
Schule am Thekbusch, Velbert	Sonnenschutz Verwaltung	6.000,00
Berufskolleg Neandertal, Mettmann	Werkstatt Fenstererneuerung	7.770,13
	Lehrküche: Instandset	3.554,33
	Türen Treppenhaus G	18.096,07
Berufskolleg Hilden	Dachsanierung	10.561,17
	Brandschutztüren im Altbau	11.765,16
	Elektro	4.500,00
Berufskolleg Hilden Sporthalle	Ing.-Kosten Heizzentrale	20.000,00
	Sanierung der Heizzentrale	140.000,00
Helen-Keller-Schule, Ratingen	Beleuchtung des Flures Erdgeschoß	15.000,00
	Überprüfen und Überarbeitung der Lüftungsanlage in Schwimmbad und Turnhalle	100.000,00
Wohnheim Ratingen	Erneuerung MSR-Technik Heizung/Warmwasser	30.000,00
Schule am Peckhaus, Mettmann	Erneuerung MSR-Technik	37.000,00
Berufskolleg Niederberg, Velbert	Erneuerung Heizkessel	121.879,75
Entstehungsjahr 2010:		183.500,00
GB Langenfeld Altbau	Instandsetzung Gründach GB Langenfeld Altbau	10.400,00
	Außengelände muss saniert werden, da Hanglage und dadurch abschwemmen des Erdreichs.	25.000,00
Kasernenstraße, Düsseldorf	Fenstererneuerung KSK	30.000,00
	Allgemeine Renovierungsarbeiten	43.000,00
Berufskolleg Hilden	Umbau von Räumen zu Klassenzimmern	75.100,00
SUMME		857.621,55

3.4. Sonstige Rückstellungen

Nach § 36 Abs. 4 GemHVO müssen für zum Abschlussstichtag bestehende Verbindlichkeiten, die dem Grunde oder der Höhe nach noch nicht genau bekannt sind, Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet werden, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig sein wird.

Es muss wahrscheinlich sein, dass der Kreis Mettmann aus den Verbindlichkeiten zukünftig in Anspruch genommen wird und die wirtschaftliche Ursache vor dem Abschlussstichtag liegt.

Für folgende Sachverhalte wurden sonstige Rückstellungen gebildet:

Art der Rückstellungen	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Altersteilzeit	8.117.906,82	6.315.048
Kostendämpfungspauschale Beihilfe	375.000,00	375.000
Urlaubs- und Überstundenrückstellungen	3.454.954,85	3.429.455
Prämienzahlung für Zielvereinbarungen	530.000,00	380.000
Rückstellungen für Versorgungsausgleich (Dienstherrenwechsel)	1.416.553,00	545.128
Gebühren Abfallentsorgung	1.642.000,00	1.028.750
Krankenversicherungsleistungen, Eingliederungshilfe, Aktivierungsmaßnahmen nach § 11 SGB XII	1.313.700,00	1.443.800
Prozesskosten für schwebende Klageverfahren	0,00	13.000
Ungewisse Verbindlichkeiten	2.269.852,88	3.211.782
Nachforderung VRR-Umlage Rechtsstreit	6.000.000,00	6.000.000
Vermögensabgänge aus Umstufung K20	4.200.000,00	4.200.000
Gesamtsumme	29.319.967,55	26.941.963

Rückstellung für Altersteilzeit

Für die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst sind die Regelungen der Altersteilzeit im aktuellen Tarifvertrag ausgestaltet. Die Altersteilzeit für Beamte ist dienstrechtlich geregelt. Bei der Altersteilzeit sind zwei Gestaltungsmöglichkeiten vorgesehen. Zum einen ist das Blockmodell mit einer Arbeitsphase (Vollzeit) und einer Freizeitphase und zum anderen das Teilzeitmodell mit halber Arbeitszeit über den gesamten Zeitraum der Altersteilzeit wählbar. Im überwiegend beim Kreis praktizierten Blockmodell ist eine Rückstellung aufgrund des Erfüllungsrückstandes rätierlich zu bilden. Aufstockungsbeträge haben Abfindungscharakter und sind daher bei beiden Modellen in vollem Umfang als Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten anzusetzen. In der Bilanz wurden Rückstellungen für sämtliche zum Bilanzstichtag abgeschlossenen Altersteilzeitverträge passiviert.

Bedingt durch das Auslaufen der rechtlichen Grundlage und der demographischen Entwicklung haben sich in den letzten Jahren vermehrt Bedienstete entschieden, die Altersteilzeit in Anspruch zu nehmen.

Kostendämpfungspauschale Beihilfe

Seit dem 01.01.1999 ist die nach Anwendung des § 12 a BVO NRW verbleibende Beihilfe um die sog. Kostendämpfungspauschale zu kürzen. Sie wird je Kalenderjahr erhoben, in dem die Aufwendungen entstanden sind.

Sie ist abhängig von der Besoldungsgruppe (bzw. der Vergütungsgruppe) und beträgt in den Besoldungsgruppen

A 7 bis A 11	=	150 €
A12 bis A15 und B 1	=	300 €
A 16, B2, B 3	=	450 €
B 4 bis B 7	=	600 €
darüber	=	750 €

Die Kostendämpfungspauschale vermindert sich um 60 € für jedes berücksichtigungsfähige Kind.

Aufgrund anhängiger Klageverfahren gegen die Rechtmäßigkeit der Kostendämpfungspauschale werden die Beihilfebescheide seit Bekanntgabe eines entsprechenden Erlasses des Finanzministeriums am 24.09.2007 mit Vorläufigkeitsvermerk erlassen.

Urlaubs- und Überstundenrückstellungen

Zum 31.12. eines jeden Haushaltsjahres ist festzustellen, in welchem Ausmaß Ansprüche der Beschäftigten aus nicht genommenen Urlaubstagen und geleisteten Überstunden für das abgelaufene Jahr bestehen. Die noch nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage und Überstunden wurden strukturiert nach standardisierten Werten der KGSt zu den einzelnen Lohn-, Gehalts- und Besoldungsgruppen ermittelt. Bei der Berechnung der Durchschnittswerte wurde aus Vereinfachungsgründen bei Beamten einheitlich von einer Jahresarbeitsleistung von 1680 Stunden und bei den tariflich Beschäftigten von 1581 Jahresarbeitsstunden nach KGSt ausgegangen.

Prämienzahlung Zielvereinbarungen

Gem. § 18 TVöD ist für die Tarifbeschäftigten ein Leistungsentgelt zu zahlen. Für Beamtinnen und Beamte ist eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage durch das Gesetz zur Stärkung der Personalhoheit der Kommunen geschaffen worden. Das Leistungsentgelt ist zweckentsprechend zu verwenden und jährlich auszuschütten.

Die Kreisverwaltung Mettmann hat in 2009 flächendeckend Zielvereinbarungen zur Ausschüttung des Leistungsentgeltes eingeführt. Die Laufzeit der Zielvereinbarung 2010 ging bis zum 31.12.2010. Die Prämie kann daher erst nach Abschluss der Laufzeit und Auswertungen der Zielerreichungen im Jahr 2011 erfolgen.

Rückstellung für Versorgungsausgleich (Dienstherrenwechsel)

Während für die bund- oder länderübergreifenden Dienstherrwechsel eine staatsvertragliche Neuregelung zum § 107b BeamtVG in Vorbereitung ist, hat das Land NRW bereits von seiner Gesetzgebungskompetenz für den Bereich Versorgung Gebrauch gemacht und die Versorgungslastenverteilung für die Fälle des landesinternen Dienstherrenwechsels mit dem Versorgungslastenverteilungsgesetz (VLVG) vom 29.11.2008 neu geregelt.

Die hier bilanzierten Rückstellungen basieren auf den bisher bekannten Personalabgängen, für die der Rheinischen Versorgungskasse die für die Berechnung der Rückstellungsbarwerte erforderlichen Parameter zugänglich waren.

Noch zu klären war, welche Rückstellungen für ehemalige Mitarbeiter des Kreises, die zu anderen Dienstherrn gewechselt sind, zu bilden sind, da hier eine entsprechende Forderung anderer Dienstherrn besteht. Der bisher bilanzierte Anteil der Pensionsrückstellungen für Ansprüche, die beim Kreis erworben wurden, wird im Wege der Eröffnungsbilanzkorrektur um 813.132 € (VJ 545 T€) auf 1,4 Mio. € angehoben.

Die Darstellung der Forderungen und Rückstellungen nach dem Versorgungslastenverteilungsgesetz bzw. nach § 107b Beamtenversorgungsgesetz wird in den nächsten Jahren entsprechend dem sich ändernden Erkenntnisstand anzupassen sein. Problematisch ist dabei für die RVK die Datenlage, da hier die bundesweite Mitwirkung aller Versorgungsträger erforderlich ist.

Rückstellungen für die Abrechnung des Gebührenhaushaltes Abfallentsorgung

Die ka Städte entrichten auf der Grundlage der erwarteten Abfallmengen (Restmüll, Bio- und Grünabfälle) Gebühren in Form von Abschlagszahlungen an den Kreis. Bei der Abrechnung der tatsächlich angefallenen Abfallmengen im Folgejahr stellt sich oftmals heraus, dass die von den ka Städten erwarteten Abfallmengen insgesamt etwas zu hoch angesetzt waren, so dass für die Differenzmenge ein Erstattungsanspruch der zuviel gezahlten Gebührenabschlüsse der ka. Städte besteht. Für derartige Fälle sind Rückstellungen zu bilden. Da der Kreis seinerseits gegenüber den Entsorgern (z.B. KDM, EKOCity) Abschlagszahlungen leistet, kommt es bei der Ist-Abrechnung im Folgejahr regelmäßig zu Nachzahlungsverpflichtungen, die ebenfalls über Rückstellungen passiviert werden.

Krankenversicherungsleistungen, Beihilfen, Eingliederungshilfe, Aktivierungsmaßnahmen nach § 11 SGB XII

Die Abrechnungsbeträge für die o.g. Leistungen aus Vorjahren sind vom Fachamt auf Basis

von Vorjahres- und Erfahrungswerten ermittelt worden.

Prozesskosten für schwebende Klageverfahren

Gleiches gilt für die Prozesskosten (Gerichts- und Rechtsanwaltskosten) aus schwebenden Klageverfahren der Fachämter, die in der Bilanz ausgewiesen werden.

Rechtsstreit

Zu dem zwischen VRR AöR und DB Regio NRW GmbH geschlossenen "Vertrag zur außergerichtlichen Beilegung der anhängigen Rechtsstreitigkeiten und zur Verbesserung des SPNV im Zuständigkeitsgebiet des VRR" besteht keine Rechtssicherheit. Auf den Kreis können damit weiterhin Nachforderungen zukommen, die sich aus der erstinstanzlichen Verurteilung des VRR zur Nachzahlung einbehaltener Zahlungen ergeben.

Straßenumstufung K20

Der Rat der Stadt Haan hat im abgelaufenen Jahr einer Umstufung der K 20 in Ausführung des Planfeststellungsbeschlusses der Bezirksregierung Düsseldorf zugestimmt. Bei der Rückstufung der K 20 zur Gemeindestraße handelt es sich um einen noch zu vollziehenden Verwaltungsakt, der seine wirtschaftliche Verursachung in der Verwirklichung der K 20n durch deren Eröffnung im Dezember 2009 hat.

4. VERBINDLICHKEITEN

Diese Bilanzposition zeigt alle am Bilanzstichtag dem Grunde, der Höhe und der Fälligkeit nach feststehenden Schulden des Kreises auf. Zu den Verbindlichkeiten zählen insbesondere die Rückzahlungsverpflichtungen aus Kreditaufnahmen, erhaltene Anzahlungen von Dritten sowie entstandene Zahlungsverpflichtungen aus Lieferung und Leistung.

Im Einzelnen stellen sich die Verbindlichkeiten des Kreises wie folgt dar:

Verbindlichkeiten	31.12.2010 €	31.12.2009 €
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	849.846,03	888.144
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.659.939,53	2.391.467
Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	436.464,47	300.341
Sonstige Verbindlichkeiten	20.856.721,64	22.500.367
Summe:	24.802.971,67	26.080.319

Bei den ausgewiesenen Verbindlichkeiten für Kredite aus Investitionen handelt es sich um unverzinsliche bzw. niedrig verzinsliche Bundes- und Landesdarlehen, deren vorzeitige Tilgung für den Kreis unwirtschaftlich wäre.

Bei den sonstigen Verbindlichkeiten werden u.a. erhaltene Anzahlungen⁴ von Zuwendungsgebern für Investitionen in Höhe von ca. 6,4 Mio. € (VJ 7,8 Mio. €) sowie erhaltene Zuwendungen⁵ in Höhe von ca. 12,6 Mio. € (VJ 12,3 Mio. €) ausgewiesen.

5. PASSIVE RECHNUNGSABGRENZUNG

Unter dieser Position sind unter anderem Einzahlungen von insgesamt 151.427,91 € (VJ 16.163 €) und zum anderen die Nachzahlungen aus der Wohngelderstattung des Landes für die Jahre 2007 bis 2009 in Höhe von 12,5 Mio. € ausgewiesen, die Erträge im nächsten Haushaltsjahr darstellen.

⁴ Hierbei handelt es sich um erhaltene Einzahlungen auf Zuwendungsbescheide. Die entsprechenden Maßnahmen sind noch nicht abgeschlossen und wurden daher noch nicht aktiviert.

⁵ Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuwendungsbescheide, auf die noch keine Einzahlungen erfolgt sind.

Anlagen zum Anhang

- (1) Anlagenspiegel**
- (2) Forderungsspiegel**
- (3) Verbindlichkeitspiegel**
- (4) Veränderungen Eröffnungsbilanz**
- (5) Verpflichtungen aus Leasingverträgen**
- (6) Abschreibungstabelle**
- (7) Kostenunterdeckung Gebührenhaushalte**
- (8) Sachverhalte über künftige finanzielle Verpflichtungen**
- (9) Haushaltsausführungsverfügung, Bewirtschaftungsgrundsätze**

Anlagenspiegel 2010

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen				Buchwerte	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte AHK 31.12.	Abschreibung im Haushaltsjahr	Abgang Kum. AfA	Kumulierte Abschreibung (aus Vorjahren)	Kumulierte Abschreibungen 31.12.	31.12. Haushaltsjahr	31.12. Vorjahr
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12,00
	+	+	-	+/-	=	-	+	-	=			
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	348.115,34	1.143.814,29		1.706,00	76.939,75	1.567.163,38	354.431,61	387,00	132.006,09	486.050,70	1.081.112,68	216.109,25
2. Sachanlagen	272.402.476,17	8.313.871,68		1.371.521,02	-76.939,75	279.267.887,08	5.989.101,73	135.949,03	19.058.034,58	24.911.187,43	254.356.699,65	253.344.441,59
2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.755.015,39	24.482,08	0,00	494,00	577.755,77	2.356.759,24	12.295,14		2.390,10	14.685,24	2.342.074,00	1.752.625,29
2.1.1 Grünflächen	396.889,50	14.045,78		494,00	577.755,77	988.197,05	10.710,55		1,50	10.712,05	977.485,00	396.888,00
2.1.2 Ackerland	176.220,00					176.220,00					176.220,00	176.220,00
2.1.3 Wald, Forsten	131.806,39	10.436,30				142.242,69	1.584,59		2.388,10	3.972,69	138.270,00	129.418,29
2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	1.050.099,50					1.050.099,50			0,50	0,50	1.050.099,00	1.050.099,00
2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	159.256.767,00	1.504,09		1,00	89.060,51	159.347.330,60	2.300.396,60		6.952.667,57	9.253.064,17	150.094.266,43	152.304.099,43
2.2.1 Kindertageseinrichtungen	5.764.885,79				8.448,43	5.773.334,22	87.971,43		263.333,79	351.305,22	5.422.029,00	5.501.552,00
2.2.2 Schulen	84.779.057,76	1.504,09			80.612,08	84.861.173,93	1.346.025,17		4.033.611,33	5.379.636,50	79.481.537,43	80.745.446,43
2.2.3 Wohnbauten	36.580.123,98			1,00		36.580.122,98	451.860,00		1.355.582,98	1.807.442,98	34.772.680,00	35.224.541,00
2.2.4 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	32.132.699,47					32.132.699,47	414.540,00		1.300.139,47	1.714.679,47	30.418.020,00	30.832.560,00
2.3 Infrastrukturvermögen	73.653.346,33	340.997,19		1.249.424,88	26.725,00	72.771.643,64	1.711.860,72	51.319,39	5.317.049,70	6.977.591,03	65.794.052,61	68.336.296,63
2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	12.978.881,33	50.678,08		613.024,78	-6.012,00	12.410.522,63		0,01	20,70	20,69	12.410.501,94	12.978.860,63
2.3.2 Brücken und Tunnel	7.111.422,06	6.491,98		10.106,69		7.107.807,35	163.030,48	1.776,19	506.094,06	667.348,35	6.440.459,00	6.605.328,00
2.3.3 Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen												
2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	2.811.860,46					2.811.860,46	62.800,00		203.169,46	265.969,46	2.545.891,00	2.608.691,00
2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	48.242.856,57			109.213,38	32.737,00	48.166.380,19	1.424.893,00	0,05	4.431.560,57	5.856.453,52	42.309.926,67	43.811.296,00
2.3.6 Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	2.508.325,91	283.827,13		517.080,03		2.275.073,01	61.137,24	49.543,14	176.204,91	187.799,01	2.087.274,00	2.332.121,00
2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	98.604,00				13.915,22	112.519,22	2.784,22		7.395,00	10.179,22	102.340,00	91.209,00
2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	144.002,20	250,00		1,00		144.251,20	248,00		179,20	427,20	143.824,00	143.823,00
2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.788.002,65	2.198.306,07		54.367,23	1.066.595,28	5.998.536,77	510.163,93	44.173,10	1.105.752,65	1.571.743,48	4.426.793,29	1.682.250,00
2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.867.233,55	1.909.383,05		67.233,06	92.260,57	12.801.644,26	1.451.353,12	40.456,54	5.672.600,36	7.083.496,94	5.718.147,17	5.194.633,19
2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	23.839.505,05	3.838.949,20			-1.943.252,10	25.735.202,15					25.735.202,15	23.839.505,05
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	272.750.591,51	9.457.685,97		1.373.227,02	0,00	280.835.050,46	6.343.533,34	136.336,03	19.190.040,67	25.397.238,13	255.437.812,33	253.560.550,84
3. Finanzanlagen	192.604.158,53	60.683,87		16.155.752,76	0,00	176.509.089,64	6.396.669,43		85.392.824,93	91.789.494,36	84.719.595,28	107.211.333,60
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	171.109.355,50					171.109.355,50	6.396.669,43		85.392.824,93	91.789.494,36	79.319.861,14	85.716.530,57
3.2 Beteiligungen	4.602.470,20					4.602.470,20					4.602.470,20	4.602.470,20
3.3 Sondervermögen	1.311.356,00			1.311.356,00							0,00	1.311.356,00
3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens	13.980.132,82			13.768.933,94		211.198,88					211.198,88	13.980.132,82
3.5 Ausleihungen	1.600.844,01	60.683,87		1.075.462,82	0,00	586.065,06					586.065,06	1.600.844,01
3.5.1 an verbundene Unternehmen	0,00										0,00	
3.5.2 an Beteiligungen	0,00										0,00	
3.5.3 an Sondervermögen	1.025.083,35			1.025.083,35							0,00	1.025.083,35
3.5.4 Sonstige Ausleihungen	575.760,66	60.683,87		50.379,47		586.065,06					586.065,06	575.760,66
Anlagevermögen gesamt	465.354.750,04	9.518.369,84		17.528.979,78	0,00	457.344.140,10	12.740.202,77	136.336,03	104.582.865,60	117.186.732,49	340.157.407,61	360.771.884,44

Stand: 22.09.11

Anlage 2

Forderungsspiegel

Bilanzposition 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Gesamtbetrag des Haushaltsjahres 31.12.2010	mit einer Restlaufzeit von			Gesamtbetrag des Vorjahres 31.12.2009
	EUR	bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	EUR
2.2.1. öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	21.057.582,41	15.024.247,41	0,00	6.033.335,00	22.682.930,70
1 Gebühren	1.202.341,59	1.202.341,59			483.491,12
2 Beiträge					
3 Steuern	941,00	941,00			387,87
4 Forderungen aus Transferleistungen	11.087.952,19	11.087.952,19			13.670.532,30
davon Konjunkturpaket II und Vergabemarktplatz NRW	3.718.146,92	3.718.146,92			6.008.000,00
davon aus der Unterhaltsheranziehung der ka Städte	2.841.816,38	2.841.816,38			2.841.816,38
5 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	8.766.347,63	2.733.012,63		6.033.335,00	8.528.519,41
davon Versorgungslastenverteilungsgesetz und §107 b BeamtVG	6.033.335,00	6.033.335,00		6.033.335,00	5.719.995,00
2.2.2. Privatrechtliche Forderungen	1.359.932,20	1.359.932,20			1.189.907,72
1 gegenüber dem privaten Bereich	680.633,74	680.633,74			733.096,01
2 gegenüber dem öffentlichen Bereich	679.130,80	679.130,80			27,18
3 gegen verbunden Unternehmen	167,66	167,66			167,66
4 gegen Beteiligungen	0,00				79.831,61
5 gegen Sondervermögen	0,00				376.785,26
Summe aller Forderungen	22.417.514,61	16.384.179,61	0,00	6.033.335,00	23.872.838,42
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	194.869,86	194.869,86			678.564,34
Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22.612.384,47	16.579.049,47	0,00	6.033.335,00	24.551.402,76

Verbindlichkeitspiegel 2010

Art der Verbindlichkeiten	Gesamt- betrag des Haushalts- jahres	mit einer Restlaufzeit von			Umbuchung und Änderung Darstellung wg. Aufl. der WfA	Gesamt- betrag des Vorjahres
		bis zu 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4	1a	5
1. Anleihen						
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	849.846,03	38.298,49	153.193,96	658.353,58	888.144,52	888.144,52
2.1 von verbundenen Unternehmen						
2.2 von Beteiligungen						
2.3 von Sondervermögen						
2.4 vom öffentlichen Bereich	275.394,29	18.446,51	73.786,04	183.161,74	293.840,80	888.144,52
2.4.1 vom Bund						20.498,67
2.4.2 vom Land	75.593,38	7.232,51	28.930,04	39.430,83	82.825,89	695.857,25
2.4.3 von Gemeinden (GV)	199.800,91	11.214,00	44.856,00	143.730,91	211.014,91	171.788,60
2.4.4 von Zweckverbänden						
2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich						
2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen						
2.5 vom privaten Kreditmarkt	574.451,74	19.851,98	79.407,92	475.191,84	594.303,72	0,00
2.5.1 von Banken und Kreditinstituten	574.451,74	19.851,98	79.407,92	475.191,84	594.303,72	0,00
2.5.2 von übrigen Kreditgebern						
3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung						
3.1 vom öffentlichen Bereich						
3.2 vom privaten Kreditmarkt						
4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen						
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.659.939,53	2.659.939,53				2.391.467,19
6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	436.464,47	436.464,47				300.340,68
7. Sonstige Verbindlichkeiten	20.856.721,64	20.856.721,64				22.500.366,50
8. Summe aller Verbindlichkeiten	24.802.971,67	23.991.424,13	153.193,96	658.353,58	888.144,52	26.080.318,89
Nachrichtlich:						
Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten	954.677,76					1.153.730,89
Lebenshilfe e.V., Velbert			bilanziell als Verbindlichkeit erfasst, da Kreis sich zur Tilgung verpflichtet hat			
Regio-Bahn, Mettmann	374.382,17					444.416,52
KDM, Düsseldorf	262.253,23					386.722,96
Stiftung Neanderthal Museum	318.042,36					322.591,41

Bei den angegebenen Haftungsverhältnissen handelt es sich um Kreditausfallbürgschaften gegenüber der Kreissparkasse Düsseldorf und der KfW Bankengruppe für die KDM - Kompostierungs- und Vermarktungsgesellschaft für Stadt Düsseldorf / Kreis Mettmann mbH, die Regiobahn GmbH und die Stiftung Neanderthal-Museum.

Korrekturen der Eröffnungsbilanz im Abschluss 2010 mit ihren Auswirkungen auf das Eigenkapital

Nr.	Grund	Betrag in €
1	Korrekturen Stützmauern und Lärmschutzwände	
	Wertsteigerungen	283.827,13
	Wertminderungen	-517.080,01
	Abgang kumulierte Abschreibungen	49.543,14
	Saldo	-183.709,74
2	Korrekturen unbebaute Grundstücke	
	Wertsteigerungen	1.107,00
	Saldo	1.107,00
3	Korrekturen Grund- und Boden Infrastruktur	
	Ausbuchung Pauschalansatz	- 532.880,95
	Wertsteigerungen Grund und Boden Infrastruktur	11.303,00
	Wertminderungen Grund und Boden Infrastruktur	- 55.649,00
	Saldo	-577.226,95
4	Korrekturen Straßennetz	
	Wertminderungen Festwert Böschungen und Begleitgrün	-109.213,38
	Saldo	- 109.213,38
5	Korrekturen Sonstige Rückstellungen in Zusammenhang mit § 107 b Beamtenversorgungsgesetz	- 813.132,00
	Saldo	-813.132,00
	Eigenkapitaländerungen aufgrund der Korrekturen zur Eröffnungsbilanz:	- 1.682.175,07

Bilanz - Aktiva - Veränderungen (durch EB-Korrekturen und RE-Integration)

Kto.- Text	Ifd. Jahr EURO
1. Anlagevermögen	
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00
1.2 Sachanlagen	-815.180,51
1.3 Finanzanlagen	-1.311.356,00
Summe	-2.126.536,51
2. Umlaufvermögen	
2.1 Vorräte	
2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	
Summe (Zeile 5)	0,00
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	0,00
2.2.1.1 Gebühren	
2.2.1.2 Beiträge	
2.2.1.3 Steuern	
2.2.1.4 Transferleistungen	0,00
2.2.1.5 sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	0,00
2.2.2 Privatrechtliche Forderungen	0,00
2.2.2.1 gegen den privaten Bereich	
2.2.2.2 gegen den öffentlichen Bereich	
2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen	
2.2.2.4 gegen Beteiligungen	
2.2.2.5 gegen Sondervermögen	0,00
2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	0,00
Summe	0,00
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	
2.4 Liquide Mittel	0,00
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	-49.543,14
BILANZSUMME	-2.176.079,65

Bilanz - Passiva - Veränderungen (durch EB-Korrekturen und RE-Integration)

Kto.-Text	Ifd. Jahr EURO
1. Eigenkapital	
1.1 Allgemeine Rücklage	3.194.750,94
Allgemeine Rücklage RE-Integration ME-BIT	852.849,56
1.2 Sonderrücklagen	0,00
1.3 Ausgleichsrücklage	0,00
1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag KME	0,00
1.5 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag fremde Haushalte	0,00
Summe /Zeilen 1-4	4.047.600,50
2. Sonderposten	
2.1 für Zuwendungen	0,00
2.2 für Beiträge	0,00
2.3 für den Gebührenaussgleich	0,00
2.4 sonstige Sonderposten	0,00
Summe	0,00
3. Rückstellungen	
3.1 Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen	0,00
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	0,00
3.3 Rückstellungen für Instandhaltung	0,00
3.4 Sonstige Rückstellungen	-813.132,00
Summe	-813.132,00
Summe	3.234.468,50
4. Verbindlichkeiten	
4.1 Anleihen	0,00
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	11.883,42
4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00
4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00
4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00
4.7 Sonstige Verbindlichkeiten	0,00
Summe	11.883,42
5. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00
BILANZSUMME	3.246.351,92

1.070.272,27

Anlage 5

Verpflichtungen aus Leasingverträgen

Gemäß § 44 Abs. 2 GemHVO sind im Anhang der Bilanz die eingegangenen Verpflichtungen aus Leasingverträgen gesondert auszuweisen und zu erläutern. Folgende Leasing- und leasingähnliche Verträge bestehen zum Bilanzstichtag:

Gegenstand	Vertragsablauf am	Zahlungen in 2010 in €	erwartete Zahlungen 2011 bis Vertragsablauf
Amt 10:			
Miete ME-AS 8591	15.04.2011	2.623,60	1.311,80
Leasing ME-KV 33	28.04.2011	3.013,08	4.017,44
Miete ME-KD 1000	30.09.2011	777,24	3.497,58
Miete ME-KV 14	17.10.2011	663,51	2.211,70
Leasing ME-KV 18	01.11.2011	575,08	3.162,94
Leasing ME-KV 23	02.11.2011	5.217,36	4.782,58
Leasing ME-KV 21	16.11.2011	4.585,56	8.597,93
Miete Druckmaschinen Druckerei	28.02.2015	35.094,53	140.378,11
Amt 16			
SW TeleDAS	31.05.2010	2.093,17	0,00
Personenaufzugsstem	31.05.2010	1.454,35	0,00
Nachtrag SW TeleDAS	31.05.2010	357,55	0,00
Nachtrag SW TeleDAS	31.05.2010	323,93	0,00
Div. HW für Schulen und Verwaltung	31.08.2010	46.834,44	0,00
PC's, Scanner, Drucker	30.09.2010	14.176,47	0,00
SICAD/OPEN + Homage	31.10.2010	18.571,47	0,00
Mediakonverter u. Switche	31.10.2010	9.237,51	0,00
SW cVMS	31.10.2010	5.153,01	0,00
diverse Hardware f. ME-BIT	31.10.2010	15.298,14	0,00
Blade Server 300 u. 600	31.12.2010	11.422,28	0,00
Dogro NKF-Module 1. Teilzahlung	31.01.2011	14.698,48	0,00
Dogro NKF-Module 2. Teilzahlung	31.01.2011	16.331,64	0,00
Dogro Modul DBD	31.01.2011	6.556,04	0,00
div. Hardware f. ME-BIT	28.02.2011	16.807,80	0,00
Backup System	31.03.2011	21.609,56	5.402,39
Erweiterung Backup System	31.03.2011	5.933,48	1.483,37
Bladeserver + MS Server-Lizenzen	30.06.2011	20.911,52	10.455,76
Erweiterung OS und Assistra	31.07.2011	9.508,54	4.754,26
Tintenstrahldrucker u. Scanner f. Schulen	31.07.2011	6.437,72	3.218,86
TFT, Notebooks, Drucker, PC für Verwaltung	31.10.2011	17.488,52	13.116,39
Miete Etagenkopierer (075091)	31.10.2011	20.735,46	22.742,64
Windows Server-Lizenzen, Cubeware, Bladeserver	30.11.2011	17.213,92	12.910,44
Personenaufuranlage Führerscheinstelle	31.12.2011	3.306,68	3.306,68
Nadel-Matrixdrucker, Laserdrucker, weitere Hardware	31.12.2011	14.680,16	0,00
3 TK-Anlagen TELBA	31.01.2012	8.715,12	8.715,12
TFT's, Drucker u. PC's f. ME-BIT; Drucker u. Notebooks f. Schulen	31.01.2012	47.790,56	47.790,56
diverse HW für Schulen	30.04.2012	34.920,44	43.650,55

Gegenstand	Vertragsablauf am	Zahlungen in 2010 in €	erwartete Zahlungen 2011 bis Vertragsablauf
Office Lizenzen BK Me	31.05.2012	12.395,88	17.560,83
Div. HW f. Schulen u. Verw.	30.06.2012	28.312,24	42.468,36
2 TK-Anlagen ENGEL	31.07.2012	4.576,36	6.864,54
diverse HW für Schulen	31.07.2012	51.590,44	77.385,66
Klimaanlage einschl. Erweiterung THOMAS	30.09.2012	5.894,40	10.315,20
diverse HW für Schulen	30.09.2012	49.784,44	87.122,77
Div. HW f. Schulen u. Kreis	30.09.2012	10.862,00	19.006,50
Drucker u. Notebooks	31.12.2012	9.451,56	18.903,12
PC´s u. TFT´s	31.12.2012	16.608,68	33.217,36
PC´s, TFT´s u. Notebooks	28.02.2013	17.387,68	34.775,36
Laserdrucker farbe	28.02.2013	777,44	1.554,88
ESRI-Arbeitsplatz	31.03.2013	9.592,08	21.582,18
PC´s, TFT´s u. Notebooks	31.03.2013	21.034,00	47.326,50
Server (Schulen u. Kreis)	31.05.2013	24.030,20	54.067,95
MS-Lizenzen f. Schulen	30.06.2013	27.543,16	68.857,90
TFT´s für Schulen	30.06.2013	19.109,44	47.773,60
PC´s , TFT´s u. Drucker	30.06.2013	25.065,20	62.663,00
96 PC-Systeme f. Schulen	31.07.2013	12.849,12	32.122,80
Scanner	31.07.2013	23.679,96	59.199,90
Beamer, Dig. schwarze Bretter (Schulen), Switche	31.08.2013	10.287,96	25.719,90
Beamer, Dig. schwarze Bretter (Schulen), Switche	31.08.2013	6.376,72	15.941,80
Beamer, Dig. schwarze Bretter (Schulen), Switche	31.08.2013	1.359,08	3.397,70
2 Hess-Kassenautom.	30.09.2013	16.951,60	46.618,90
SW f. Kassenautomaten	30.09.2013	2.031,12	5.585,58
Laserdrucker	30.09.2013	1.776,48	4.885,32
TFT´s, Drucker, Notebook, Pen-PC´s	30.11.2013	11.010,36	30.278,49
Geoportal	31.12.2013	6.000,00	18.000,00
PC + Monitore (Schulen)	31.12.2013	22.602,48	67.807,44
Pers.aufrufanlage L´feld, 5 Lizenzen AdminStudio	31.12.2013	10.509,40	31.528,20
SMS Enhancementstool u. Serverblades	28.02.2014	6.546,76	19.640,28
Redesign Firewallsystem	28.02.2014	43.453,28	130.359,84
3. Hess Kassenautomat	30.04.2014	7.528,24	24.466,78
HW u. SW Zeiterfassung	30.06.2014	11.048,92	38.671,22
Ergänzung Zeiterfassung	30.06.2014	2.375,24	8.313,34
Ergänzung Zeiterfassung	30.06.2014	2.299,76	8.049,16
Div. Server (DELL)	31.07.2014	17.769,36	62.192,76
PC Systeme, TFT´s u. Notebooks	31.07.2014	44.148,84	154.520,94
SW GIS Portal, FME ESRI, Arc Editor	31.07.2014	14.796,60	51.788,10
TFT´s, dig., schwarze Bretter	30.09.2014	12.834,80	48.130,50
Beamer, Fiberswitche, Plotter, Wunsch- kennzeichenterminals, Großfarbscanner	30.09.2014	10.139,64	38.023,65
ADVIS-Lizenz., KVM Switch	31.10.2014	8.295,52	31.108,20
Beamer; Zutritts-kontrollsystem; ArcView- Lizenzen; Alcatel-Lucent-Switche; FortiGates	30.11.2014	12.195,56	45.733,35
Erweiterung Brand- und Einbruchüberwachungssystem	31.12.2017	502,96	3.520,72
Erweiterung Brand- und Einbruchüberwachungssystem	31.12.2017	767,04	5.369,28

Gegenstand	Vertragsablauf am	Zahlungen in 2010 in €	erwartete Zahlungen 2011 bis Vertragsablauf
Brand- und Einbruchüberwachungssystem	31.12.2017	8.350,88	58.456,16
Miete Glasfaser Dt. Telekom (V101401/000000)	jährl. Verläng.	17.814,96	17.814,96
Miete Testa. T-Systems (TDN8100/7905)	jährl. Verläng.	16.701,84	16.701,84
Miete Internet, Dt. Telekom (Kd.1250226074)	jährl. Verläng.	39.070,08	39.070,08
Miete Internet dt. Telekom (Serv.Center) (VBC70863251)	jährl. Verläng.	36.000,84	36.000,84
Miete Siemens Feuerwehranschluss (M234679)	jährl. Verläng.	887,22	887,22
Miete Siemens Feuerwehranschluss (M235182)	jährl. Verläng.	887,22	887,22
Miete Siemens Feuerwehranschluss (M235188)	jährl. Verläng.	887,22	887,22
Miete Bosch Aufschaltg. POL/FW (400385384)	jährl. Verläng.	2.042,32	2.042,32
Miete BFL Drucker(M8111048)		6.940,08	9.831,78
Software-Pflegeverträge (gesamt)		776.777,53	2.027.303,37
Hardware-Wartungsverträge		170.904,17	208.359,17
Leitungsnetze-Wartungsverträge (gesamt)		72.360,09	103.064,64
Amt 36			
ME-KV 119	09/2013	534,52	4.958,31
ME-KV 120	09/2013	534,52	4.958,31
ME-KV 104 (Polizei)	11/2014	3.184,44	12.463,67
ME-KV 105 (Polizei)	11/2014	3.184,44	12.463,67
ME-KV 111	12/2014	4.912,31	19.348,65
Amt 39			
ME-OD 1962	30.06.2011	3.072,00	1.536,00
ME-TR 1964	30.06.2011	3.252,00	1.626,00
ME-MS 1809	30.06.2011	3.072,00	1.536,00
ME-SO 400	23.02.2012	3.274,80	3.820,60
ME-AR 339	29.04.2012	2.866,80	3.822,40
ME-M 8200	13.05.2012	3.094,80	4.384,30
ME-OO 518	01.06.2012	3.094,80	4.384,30
ME-SE 295	22.04.2013	3.395,07	7.921,83
Amt 40			
ME-278	31.12.2010	3.755,64	3.755,64
ME-OC 780	30.06.2011	2.845,56	1.422,78
Kopierer Schulen	31.10.2011	42.282,91	33.213,20
Kopierer Einrichtungen	31.10.2011	507,60	423,00
ME-OR 812	16.09.2012	2.913,12	5.097,96
ME-OV 785	28.02.2013	4.725,49	11.169,34
Summe:		2.359.397,19	4.667.539,74

Die aufgeführten Fahrzeuge werden durch den Fahrdienst genutzt und zur Durchführung von Dienstreisen zur Verfügung gestellt. Ferner dienen sie der Erledigung der Aufgaben der Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung sowie der des Kreisbauhofes.

Die Fahrzeuge des Amtes für Schulen, Kultur und Behindertenförderung sind an der Paul-Maar-Schule Hilden sowie dem Wohnverbund für Menschen mit Behinderung in Ratingen eingesetzt und dienen dort zur Beförderung von Schülerinnen und Schülern im Rahmen von Unterrichts-, Sport- oder Notfallfahrten bzw. zur Beförderung der Bewohner des Wohnverbundes im Rahmen von Ausflügen, Urlauben, Arztbesuchen usw.

**Übersicht über die festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände des
Kreises Mettmann (Abschreibungstabelle)**

Stand 31.12.2010

Anmerkungen:

Gem. § 35 Abs. 3 GemHVO ist die Bestimmung der jeweiligen Nutzungsdauer von Vermögensgegenständen so vorzunehmen, dass eine Stetigkeit für zukünftige Festlegungen von Abschreibungen gewährleistet ist.

Vor diesem Hintergrund wurden auch solche Vermögensgegenstände aufgenommen, die der Kreis Mettmann zur Zeit nicht führt, deren Anschaffung bzw. Herstellung jedoch für die Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann.

Nr.	Vermögensgegenstand	Gesamt- nutzungs- dauer
1	<u>Gebäude¹ und bauliche Anlagen</u>	
1.01	Abwasserhebe- und reinigungsanlagen (baulicher Teil)	40
1.02	Abwasserkanäle (einschließlich Schachtbauwerke)	80
1.03	Auslaufbauwerke einschl. Rechen und Schützen (Bauwerke)	50
1.04	Baracken, Behelfsbauten	40
1.05	Einlaufbauwerke einschl. Rechen und Schützen (Bauwerke)	50
1.06	Garagen (massiv)	60
1.07	Garagen (sonstige Bauweise)	40
1.08	Garten-/Gerätehaus	20
1.09	Gebäude in containerähnlicher Bauweise (einfachste Baumaterialien)	40
1.10	Gebäude in containerähnlicher Bauweise (hochwertige Baumaterialien)	60
1.11	Gebäude als Fertighäuser in Leichtbauweise	60
1.12	Geschäftshäuser (auch gemischt genutzt mit Wohnungen)	80
1.13	Hallen (massiv)	60
1.14	Hallen (sonstige Bauweise)	40
1.15	Heime, Personal- und Schwestern-, Alten-, Kinderheime	80
1.16	Hochwasseranlage (dauerhaft befestigt)	70
1.17	Industriegebäude, Werkstätten (mit und ohne Sozialtrakt)	60
1.18	Kindergärten, Kindertagesstätten	80
1.19	Lager (massiv)	60
1.20	Lager (sonstige Bauweise)	40
1.21	Parkhäuser, Tiefgaragen	50
1.22	Pumpenhäuser	50
1.23	Schulgebäude (massiv)	80
1.24	Schulgebäude (sonstige Bauweise)	40
1.25	Schutzhütten (Naherholung)	25
1.26	Silobauten (Kunststoff oder Stahl)	25
1.27	Sportanlagen (nur Sozialgebäude u.a. Funktionsgebäude)	60
1.28	Sport- und Turnhallen	50
1.29	Straßenabläufe einschl. Anschlusskanäle (und Rückhaltebecken)	80
1.30	Transformatoren- und Schalthäuser, Trafostationshäuser	50

¹ inkl. Außenanlagen

1.31	Tunnel	80
1.32	Verwaltungsgebäude (massiv)	80
1.33	Verwaltungsgebäude (sonstige Bauweise)	40
1.34	Wohncontainer	20
1.35	Wohnhäuser (auch Mehrfamilienhäuser)	80
2	<u>Straßen, Wege, Plätze (Grundstückseinrichtungen)</u>	
2.01	Betonmauer, Ziegelmauer	40
2.02	Brücken:	
2.021	Holzbrücke	40
2.022	Rahmenbauwerk (mehrteilig)	50
2.023	Rahmenbauwerk (einteilig)	60
2.024	zwei- oder mehrstegige Plattenbalken mit zwei Hohlkörpern; Amco Thyssen Profil; Spannbeton (filigran); Stahlbetonplattenbalken (filigran)	70
2.025	Einfeldplattenbalken (dünn); Spannbetonplattenbalken (dünn); Stahlbetonplatten-bauten (dünn)	75
2.026	Einfeldplattenbalken (dick); einsteigige Vollplatten; Stahlbetonplattenbalken (dick)	80
2.027	Stahlbetonplattenbalken (dick, mit kurzer Spannweite)	85
2.028	Einfeldplattenbalken (dick, mit kurzer Spannweite)	90
2.029	Gewölbebrücke (Stein); Bogenbrücke (Stein)	100
2.03	Holme, Handläufe (an Park- und Rastflächen, z.B. Naherholung)	12
2.04	Gewässerausbau naturnah, offene Gräben	50
2.05	Informationstafeln	10
2.06	Kompostdeponie, -plätze	25
2.07	Krötentunnel	60
2.08	Lichtsignalanlagen	20
2.09	Löschwasserteiche	40
2.10	Mobiliar Außenanlagen	20
2.11	Poller	40
2.12	Reitersperren	20
2.13	Schranken	40
2.14	Schilderbrücken	10
2.15	Spielplätze, Bolzplätze	15
2.16	Sportplätze (Rasen- und Hartplätze)	25
2.17	Straßen (Anlieger-, Hauptverkehrsstraßen) Wege, Plätze, Parkflächen	60
2.18	Straßen- und Stadtmobiliar	30
2.19	Treppen (im Außenbereich, z.B. Naherholung)	20
2.20	Wandertafeln / Hinweisschilder	25
2.21	Wege, Plätze, Parkflächen (in einfacher Bauart) . z.B. Geh- und Radwege	30
2.22	Zäune	15
3	<u>Technische Anlagen (Betriebsanlagen)</u>	
3.01	Abgasabsauganlage	10
3.02	Abwasserhebe- und -reinigungsanlagen (maschinelle Einrichtungen)	33
3.03	Alarmgeber, Alarmanlagen, auch Einbruch- und Brandmeldeanlagen	15
3.04	Aufzüge (mobil), Hublifte, Hebebühnen, Arbeitsbühnen	25
3.05	Baucontainer, Bürocontainer, Transportcontainer	20
3.06	Beleuchtungsanlagen	30
3.07	Beschallungsanlagen	15

3.08	Blockheizkraftwerke (Kraft- und Wärmekopplungsanlagen)	20
3.09	Dampfkessel, Dampfmaschinen, Dampfturbinen, Dampfversorgungsleitungen)	20
3.10	Druckluftanlagen, Kompressoren	15
3.11	Druckrohrleitungen	40
3.12	Gasleitungen	45
3.13	Grundwassersanierungsanlagen	10
3.14	Heiß- und Kaltluftanlagen, Abzugsvorrichtungen, Ventilatoren, Klimaanlage, Kühlaggregate	15
3.15	Heizkanäle	50
3.16	Kabelnetze (auch Rohre, Schächte), Glasfaser- und Kupferkabel im IT-Bereich	20
3.17	Leitstellentechnik	15
3.18	Mess- und Prüfgeräte	12
3.19	Mikrofonsprechanlage	15
3.20	Notstromaggregate, Stromaggregatoren, -umformer, Gleichrichter	20
3.21	Oxidationsanlage, anodisch	15
3.22	Ozonmessstation, Umweltmessstation	12
3.23	Parkabfertigungsanlage (Schrankenanlagen, auch Polleranlagen)	20
3.24	Photovoltaikanlagen	25
3.25	Solaranlagen	15
3.26	Soleerzeuger	15
3.27	Stromverteileranlagen	15
3.28	Telekommunikationseinrichtungen, Betriebsfunkanlagen, Antennenmasten	15
3.29	Verkehrsrechner (Verkehrsleitsystem)	15
3.30	Videoanlagen, Videoüberwachungsanlagen	15
3.31	Waschanlage, Waschstraße (auch Reifenreinigungsanlage)	15
3.32	Wasseraufbereitungsanlagen, Wasserenthärtungsanlagen, Wasserreinigungsanlagen	15
4	Maschinen und Geräte	
4.01	Atenschutzgeräte, Maskendichtprüfgeräte	12
4.02	Desinfektionsgeräte	10
4.03	Druckereimaschinen und ähnliches	15
4.04	Fachraumausstattung an den Schulen des Kreises, z.B. <ul style="list-style-type: none"> - Kfz-Werkstatt (z.B. Motor, Bremsenprüfstand, Bremsflüssigkeitstester) - Metallwerkstatt (z.B. Dreh-, Fräs, Schleifmaschine, Metallsäge) - Holztechnik / Maschinenraum (z.B. Schwenk-Fräsmaschine, Kantenschleifer, Tischbohrmaschine, Drechselbank) - Baulabor (z.B. Sandschütte, Steintrennmaschine) - Farblabor (z.B. Normspritzwand, Kleistermaschine) - Friseur-/Kosmetiklabor (z.B. Trockenhaube, Heißluftsterilisator) - Photolabor (z.B. Blitzanlage) - Sanitärlabor (z.B. Lüftungsanlage, Schallpegelmessgeräte, Leckmengenmessgerät, Dichtprüfgerät) - Backlabor (z.B. Teigausroll-, Teigteilmaschine) 	10
4.05	Fahrzeugaengeräte (z.B. Kehrbesen, Streugerät, Frontmulcher, Grabenfräse)	12
4.06	Feuerlöschgeräte	10
4.07	Filmentwicklungsmaschine, Filmbetrachter	20
4.08	Förderbänder	15
4.09	Geschwindigkeitsmessstellen	20
4.10	Luftreinigungsgeräte	10

4.11	Prüf- und Ladegeräte, Batterietester	10
4.12	Sandsackzunäh-Maschine	12
4.13	Spielgeräte im Außenbereich die nicht unter Ziff. 4.13 fallen (z.B. Wippe, Rutsche, Schaukel u.ä.)	10
4.14	Spielgeräte aus naturbelassenen Materialien im Außenbereich (z.B. Weidenkorbhütten)	4
4.15	Verkaufsautomaten u.ä. (z.B. Parkscheinautomat)	12
4.16	Warmwasserspeicher	10
4.17	Werkzeug – mobil (z.B. Handbohrmaschine, Akkuschauber, Handkreissäge)	8
4:18	Werkzeugmaschinen – stationär (z.B. CNC-Fräsmaschine, Kreissäge)	10
5	<u>Büro- und Geschäftsausstattung</u>	
5.01	Abfallbehälter, Mülltonnen	12
5.02	Abrollcontainer	15
5.03	Arbeitsgeräte - Bauhof (z.B. Dampfstrahler, Freischneider, Heckenschere) - Handwerker (z.B. Hobelmaschine) - Hausmeister (z.B. Hochdruckreiniger, Rasenmäher) - im Gesundheitsbereich (z.B. Photometer, Quantimeter) - Gewässeraufsicht (z.B. Wasserprobenentnahmegeräte) - Lebensmittelkontrolleure (z.B. Temperaturmessgerät) - Schüler - Techniker (z.B. Feuchtmesser) - Zentrale Dienste (z.B. Transportkarre, Hubwagen)	10
5.04	Audio- und Videogeräte (z.B. Kameras, Musikanlage)	10
5.05	Batterien	5
5.06	Beleuchtung (z.B. Bürolampe, OP-Beleuchtung)	10
5.07	Bücher ²	3
5.08	Büromaschinen und -geräte (z.B. Aktenvernichter, Schreibmaschine, Diktiergerät, Kopiergerät)	10
5.09	Büromobiliar	20
5.10	Container (für Wärmegewöhnungsanlage)	3 ³
5.11	Computer und Zubehör	5
5.12	Demonstrationsmodelle (z.B. Vorführmodelle für den Schulunterricht)	10
5.13	Funkgeräte, Handy u.ä. ³	5
5.14	Funktionsmodelle (z.B. Puppe, Zahnmodell des Gesundheitsamtes)	10
5.15	Einrichtung allgemein (z.B. sonstiges Mobiliar, das nicht unter Ziff. 5.01, 5.06, 5.09, 5.20, 5.21, 5.23, 5.24, 5.26, 5.27, 5.28, 5.35, 5.38, 5.44, 5.47 fällt)	20
5.16	Haushaltsgeräte (z.B. Mixer, Herd, Staubsauger)	10
5.17	Heizgeräte, Heizlüfter (mobil)	10
5.18	Kindersitze u.ä.	5
5.19	Klimageräte (mobil)	10
5.20	Krankenbetten, Pflegebetten	6
5.21	Krankentragen mit Fahrgestell	8
5.22	Küchenausstattung (z.B. Geschirr, Töpfe, Besteck)	10
5.23	Kücheneinrichtung (z.B. Edelstahlspüle, Hängeschrank)	20
5.24	Kunstgegenstände ⁴ (z.B. Bilder, Skulpturen)	20

² Hierunter fallen nicht Loseblattsammlungen, die durch laufende Ergänzungslieferungen auf dem aktuellen Stand gehalten werden.

³ Es wird davon ausgegangen, dass die Container durch sehr hohe Temperaturen schnell stark verschleißten und verglühen.

⁴ Ausgenommen: Kunstwerke anerkannter Meister

5.25	Laborausstattung (z.B. Mikroskop, Laborwaage, Sterilisator)	10
5.26	Laboreinrichtung (z.B. Laborschrank, -hocker,- untersuchungstisch)	15
5.27	Lagereinrichtung (z.B. Metallregal, Schrank)	20
5.28	Medizinische Ausstattung	10
5.29	Musikinstrumente	10
5.30	Nebelmaschine	10
5.31	Organisationsmittel (z.B. Flipchart, Jahresplaner)	10
5.32	Schilder (zur Verkehrsabsicherung)	10
5.33	Schließanlagen (mechanisch)	30
5.34	Schmutzfangmatten	5
5.35	Schulmobiliar (z.B. Tafel, Stuhl, Tisch)	20
5.36	Spiel- u. Sportgeräte	10
5.37	Streugutbehälter	20
5.38	Stühle der Kreisleitstelle	6
5.39	Tankübungsanlage und Kriechtunnel der Atemschutzübungsstrecke	20
5.40	Telefaxgeräte	7
5.41	Therapiegeräte ⁵	10
5.42	Therapielernspielzeug	5
5.43	Transportbehältnisse (Transportkoffer, Pilotenkoffer)	5
5.44	Tresore	30
5.45	Unterrichtsmittel ⁶ (z.B. Schulmikroskop)	8
5.46	Vermessungsausrüstung (z.B. Erfassungsgerät, Dreifuss, Tachymeter, Husky)	10
5.47	Werkstatteinrichtung (z.B. Hobelbank, Arbeitstisch)	15
5.48	Zeiterfassungssystem	10
6	Fahrzeuge	
6.01	Anhänger, Auflieger (z.B. Abrollcontainer)	15
6.02	Bagger, sonstige Baufahrzeuge	12
6.03	Fahrräder, -anhänger, Dreiräder	8
6.04	Hochdruckspülwagen, Fäkalienwagen u.ä.	10
6.05	Hubwagen, Gerätewagen	10
6.06	Kleintransporter	10
6.07	Krankentransportwagen, -fahrzeuge, Rettungstransportwagen.	8
6.08	Lastkraftwagen, Sattelschlepper, Wechsellaufbauten u.ä.	12
6.09	Motorräder, -roller, Mofas	10
6.10	Notarzteinsetzungsfahrzeug	6
6.11	Omnibusse (z.B. auch Schulbus)	10
6.12	Personenkraftwagen	10
6.13	Traktoren	12
7	Immaterielle Vermögensgegenstände⁷	
7.01	Konzessionen	3-10
7.02	Lizenzen	3-10

⁵ Zur Abgrenzung: Therapiegeräte werden von den Therapeuten verwendet, um die Kinder zu behandeln. Therapielernspielzeug wird in der Regel – ggf. unter Anleitung der Therapeuten - benutzt, damit Kinder spielerisch Fertigkeiten wie z.B. Feinmotorik entwickeln.

⁶ Hierzu gehören Vermögensgegenstände, die im Unterricht für verschiedene praktische Versuche benötigt werden.

⁷ Abhängig von der vertraglichen Regelung; ohne Befristung maximal 10 Jahre

Kostendeckung Gebührenhaushalte

Die Abrechnung der Gebührenhaushalte „Notarztversorgung“ und „Abfallentsorgung“ für das Haushaltsjahr 2010 ist noch nicht abgeschlossen. Die Betriebskostenabrechnungen erfolgen turnusmäßig immer zeitversetzt im nächsten Haushaltsjahr.

Aus den vorläufigen Ergebnissen 2010 der Betriebskostenabrechnungen für die Gebührenhaushalte ist jedoch erkennbar, dass

- im Gebührenhaushalt „Abfallentsorgung“ ein Überschuss in 2010 erwirtschaftet werden konnte. Dieser wird gem. § 43 Abs. 6 GemHVO NRW nach Kreistagsbeschluss im Oktober 2011 zeitversetzt dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich zugeführt.
- der Gebührenhaushalt „Notarztversorgung“ eine Unterdeckung in Höhe von 2.359,74 € für das Jahr 2010 aufweist. Dieser wird ebenfalls zeitversetzt gem. §43 Abs. 6 GemHVO dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich nach Kreistagsbeschluss im Oktober 2011 entnommen.
- Darüber hinaus sind die Überschüsse der Gebührenhaushalte als liquide Mittel in einer Festgeldanlage gebunden. Die hierüber erwirtschafteten Zinserträge werden jährlich dem jeweiligen Sonderposten zugeführt.

Sachverhalte, aus denen sich künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Unter Zugrundelegung aktueller Ausschreibungsergebnisse für andere Maßnahmen ist für den Abbruch des Verwaltungsgebäudes 2 mit Kosten in Höhe von rund 582.000 € zu rechnen. Diese Kosten werden erst mit Abriss des Gebäudes Aufwand darstellen, so dass hieraus in der Zukunft finanzielle Verpflichtungen des Kreises gegeben sein werden.

Der Kreis Mettmann hat sich darum beworben, als sogenannte Optionskommune zukünftig die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II nicht mehr in Zusammenarbeit mit der Bundesanstalt für Arbeit, sondern in alleiniger Zuständigkeit vornehmen zu dürfen. Die Entscheidung hierüber wird Anfang April 2011 fallen. Trotz der Zusage, die Optionskommunen finanziell nicht zusätzlich zu belasten, ist nicht absehbar, ob die Kostenerstattung des Bundes auskömmlich ist.

Weitere Sachverhalte, aus denen sich künftig erheblich finanzielle Verpflichtungen ergeben können, sind nicht bekannt bzw. vorhersehbar

2. NKF-Haushaltsausführungsverfügung

- 1) Die Vorschriften der Gemeindeordnung, der Gemeindehaushaltsverordnung und dieser Verfügung sind hinsichtlich der Planung und Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln strikt zu beachten. Insbesondere sind die bis zum Inkrafttreten der Haushaltssatzung geltenden Bestimmungen des § 82 GO einzuhalten.
- 2) Im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 GO dürfen grundsätzlich nur Aufwendungen/Auszahlungen geleistet werden, zu denen der Kreis rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; insbesondere dürfen Investitionen aus dem Vorjahr fortgesetzt werden. Soweit ein Auftragswert von mindestens 5.000 € erreicht wird, ist vor Auftragserteilung bzw. bereits vor Herausgabe der Ausschreibung/Einleitung des Ausschreibungsverfahrens oder vor Herausgabe einer Preisanfrage im Rahmen der Freihändigen Vergabe die Zustimmung des Dezernenten und der Kämmerei einzuholen.
- 3) Zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung werden Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden. In den Budgets ist die Summe der Erträge und Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich.
Für TUI-Aufwendungen / Personal-, Versorgungs- und Beihilfeaufwendungen / Rückstellungen für Personal- und Versorgung / Abschreibungen und Verkaufsverluste / sonstige Querschnittsaufgaben Amt 10 bzw. sonstige Querschnittsaufgaben Amt 20 werden - inkl. der jeweils zugehörigen Erträge - fachamtsübergreifende Budgets gebildet. Diese Mittel dürfen nur nach Abstimmung mit der Kämmerei zur Deckung anderer Aufwendungen eines Fachamtes eingesetzt werden.
- 4) Darüber hinaus wird jedem Fachamt ein Amtsbudget auf der Basis der vom Fachamt bewirtschafteten Sachkonten zugeordnet.
Für die folgenden Fachämter wird dieses Budget aufgesplittet:
Amt 40: Budget Schulen (Produkt 01.14.01 und 06.01.01 sowie die Produkte im PB 03, außer 03.05.01), Budget Behindertenförderung (Produkte in den Produktgruppen 05.05 und 05.06) und Budget Kultur und Tourismus (übrige Produkte des Amtes 40)
Amt 50: Budget SGBII/XII (Produkte in den Produktgruppen 05.02 und 05.03) und Budget sonstige Aufgaben (übrige Produkte des Amtes 50)
Amt 66: Budget Hochbau (Produkte in der Produktgruppe 01.13 sowie Produkt 15.03.01) und Budget Tiefbau (übrige Produkte des Amtes 66).
- 5) Die Ein- und Auszahlungen für Investitionen werden ebenfalls in einzelnen Fachamtsbudgets zusammengefasst.
- 6) Der Kreis macht von der gesetzlichen Möglichkeit nach § 13 GemHVO Gebrauch und erklärt die Ansätze der mittelfristigen Finanzplanung im investiven Bereich insgesamt zu Verpflichtungsermächtigungen.
- 7) Zweckgebundene Mehrerträge erhöhen die entsprechenden Aufwandsermächtigungen. Das gleiche gilt für Mehreinzahlungen aus Investitionen. Entsprechend gedeckte Mehraufwendungen / -auszahlungen stellen keine überplanmäßigen Mittel dar.
- 8) In den Gebührenhaushalten ist für die Berechnung der Gebühren die Nutzungsdauer neu angeschaffter Anlagegüter an die allgemeine Nutzungsdauer nach NKF anzupassen.
- 9) Nicht verbrauchte Ermächtigungen sollen ins Folgejahr übertragen werden, wenn die ursprünglich geplante Maßnahme nicht rechtzeitig im Planjahr durchgeführt werden konnte, die Durchführung im Folgejahr erfolgen soll und hierfür keine ausreichenden Mittel zur Verfügung stehen. Die Ermächtigungsübertragungen sind unter Angabe der Maßnahme bei der Kämmerei zu beantragen; mit dem Kämmerer abzustimmen und dem Kreistag zur Entscheidung.

derung vorzulegen. Für ihren eigentlichen Zweck nicht mehr benötigte Ermächtigungsübertragungen dürfen nicht für andere Maßnahmen verwandt werden.

- 10) Um den Stand der Haushaltswirtschaft und das voraussichtliche Rechnungsergebnis beurteilen und einschätzen zu können, ist jeweils zum 30.4., 31.7. und 31.10. eines Jahres die finanzielle Entwicklung der einzelnen Produkte im Rahmen des Finanzcontrollings darzustellen. Hierzu sind von den Fachämtern die entsprechenden Hochrechnungen sowie evt. erforderliche Erläuterungen mit dem Formular „Finanzcontrolling“ zeitnah zu den Stichtagen zu erfassen.
- 11) Soweit die Entwicklung der Haushaltswirtschaft oder der Liquidität es erfordern, kann der Kämmerer jederzeit entsprechende Maßnahmen zur Stützung des Haushaltes ergreifen.

Zu beachtende Planungs- und Bewirtschaftungshinweise

- 1) Bei pflichtigen Aufgaben sind alle Möglichkeiten einer Kostenreduzierung auszuschöpfen und gesetzliche Ansprüche sind mit dem Ziel zu überprüfen, sie auf kostengünstige Weise zu erfüllen. Hinsichtlich Art, Umfang und Standard der Aufgabenwahrnehmung sowie bei der Ermessensausübung sind die Haushaltsgrundsätze der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verstärkt zu berücksichtigen.
- 2) Die freiwilligen Aufwendungen bzw. Auszahlungen sowie Ermessensleistungen des Kreises sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Neue Leistungsverpflichtungen sind unzulässig, hierzu gehören auch Erstattungen oder Zuschüsse etc.
- 3) Die Verbuchung interner Leistungsbeziehungen wird, solange eine Entscheidung hinsichtlich der Einführung einer Kosten- und Leistungsrechnung nicht gefällt wurde, auf die Betriebe gewerblicher Art, die gebührenrechnenden Einrichtungen, die Kompetenzagentur (Produkt 06.01.01) sowie die Versorgungsverwaltung (Produkte 05.04.09 und 06.02.01) beschränkt.
- 4) Ein Einzelausweis von Investitionen ist ab einer Gesamtinvestitionssumme von 50.000 € erforderlich. Der nach § 14 Abs. 1 GemHVO erforderliche Wirtschaftlichkeitsvergleich ist der Kämmerei vorzulegen. Für Investitionen unter 50.000 € ist eine Kostenabrechnung ausreichend.
- 5) Für investive Baumaßnahmen sind, neben dem erforderlichen Wirtschaftlichkeitsnachweis, grundsätzlich entsprechende Unterlagen gem. § 14 Abs. 2 GemHVO im Fachamt vorzuhalten. Der Kämmerei ist eine maßnahmenscharfe Auflistung der Anschaffungs- und Herstellungskosten, verteilt auf die einzelnen Haushaltsjahre gem. Bauzeitenplan, sowie eine Schätzung der für die Dauer der Nutzung entstehenden jährlichen Haushaltsbelastung vorzulegen.
- 6) Soweit für Beschaffungen oder die Einrichtung kreiseigener Liegenschaften begleitend bauliche Maßnahmen erforderlich sind, ist vor Aufnahme der Maßnahme in den Haushaltsplan eine gemeinsame Abstimmung mit dem Regiebetrieb Gebäude und Straßen und der Kämmerei vorzunehmen.
- 7) Bei der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel ist besonders darauf zu achten, dass
 - Erträge und Einzahlungen so frühzeitig wie möglich realisiert bzw. offene Forderungen zeitnah beigetrieben werden,
 - Aufwendungen und Auszahlungen nicht vor ihrer Fälligkeit geleistet werden, wobei Skontoabzug grundsätzlich zu beachten ist,
 - bei durchlaufenden Geldern Auszahlungen erst geleistet werden dürfen, wenn die Einzahlungen tatsächlich eingegangen sind.
- 8) Der/die budgetverantwortliche Amtsleiter/in hat den Einsatz der Haushaltsmittel so zu steuern, dass die geplanten Mittel zur Deckung aller im Laufe des Haushaltsjahres notwen-

dig werdenden Aufwendungen / Auszahlungen ausreichen und damit dem Erfordernis der Bereitstellung von über- bzw. außerplanmäßigen Mitteln durch geeignete Maßnahmen zur Reduzierung des Bedarfs rechtzeitig begegnet wird. Auf die flexiblen Möglichkeiten im Rahmen der Budgets wird verwiesen. In diesem Sinne stellen Verschiebungen innerhalb der Budgets keine überplanmäßigen Mittel dar.

- 9) Auf den absoluten Ausnahmecharakter von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird hingewiesen. Nur ein eingehend begründetes – sachlich wie zeitlich - unabweisbares Bedürfnis rechtfertigen einen entsprechenden Antrag. Soweit Entscheidungen, die nicht auf pflichtigen gesetzlichen Vorgaben beruhen, zu Mehraufwendungen/-auszahlungen führen, sind diese nicht unvorhersehbar und damit nicht unabweisbar. Über Ausnahmen entscheidet der Kämmerer nach Vorlage einer besonderen Begründung. Der Nachweis einer Deckung in Form eines echten Verzichts auf bewilligte Haushaltsmittel oder zusätzliche Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen ist erforderlich. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass es unzulässig ist, Dritten Leistungen in Aussicht zu stellen, ohne dass die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Auch die Tatsache, dass es für bestimmte Bereiche Richtlinien des Kreises gibt, reicht nicht aus, rechtliche Verpflichtungen einzugehen, wenn die hierfür erforderlichen Haushaltsmittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen. Evtl. nachteilige Folgen für den Kreis sind darzulegen, soweit der Antrag abgelehnt würde.
- 10) Gemäß § 83 Abs. 4 GO NRW ist auch bereits ein entsprechender Antrag vor dem Eingehen einer Verpflichtung, d.h., vor der Erteilung eines Auftrages zu stellen, wenn daraus später über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen entstehen können. Die Entscheidung über die üpl./apl. Aufwendungen bzw. Auszahlungen trifft nach den vom Kreistag beschlossenen Erheblichkeitsregelungen der Kämmerer (bis zu 1‰ der Gesamtsumme des Ergebnis- bzw. Finanzplans) bzw. der Kreisausschuss.



Lagebericht

**zum Jahresabschluss 2010
des Kreises Mettmann**

1. Vorbemerkung

Nach § 95 Gemeindeordnung (GO NRW) ist zum 31.12.2010 ein Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen. Gemäß § 48 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde vermittelt wird. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen.

2. Ertragslage

Nach den Regeln des Neuen kommunalen Finanzmanagements (NKF) steht der Ergebnisplan im Mittelpunkt der kommunalen Haushaltswirtschaft. Er enthält alle erwarteten Ressourcenzuwächse (Erträge) und voraussichtlichen Ressourcenverbräuche (Aufwendungen), die im Zusammenhang mit der kommunalen Leistungserbringung entstehen.

Das Jahresergebnis aus dem Saldo aller Erträge und Aufwendungen spiegelt damit auch die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals wider. Ein positives Jahresergebnis führt zu einem Zuwachs, ein negatives Jahresergebnis zu einem Verzehr des Eigenkapitals. Daher ist das Jahresergebnis auch die maßgebliche Größe für den Haushaltsausgleich. Der Haushalt ist ausgeglichen, wenn das Jahresergebnis keinen negativen Wert ausweist.

Die **Ergebnisrechnung 2010** weist folgende Werte aus:

Ergebnisrechnung 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	geplant T€	fortgeschrieben T€		T€	%
Ordentliche Erträge	412.341	414.415	425.068	10.653	2,6 %
Ordentliche Aufwendungen	413.894	421.280	426.230	4.950	1,2 %
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	- 1.553	- 6.865	- 1.162	5.703	- 83,0 %
Finanzergebnis	1.553	1.553	889	- 664	- 42,7 %
Jahresergebnis	0	- 5.312	- 273	5.039	- 94,9 %

Das Jahresergebnis weist einen negativen Saldo aus Erträgen und Aufwendungen von 273 T€ aus. Gegenüber der Haushaltsplanung, die ursprünglich einen ausgeglichenen Haushalt vorsah und nach Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen durch Befruchtungen des Jahres 2009 zunächst mit 5,3 Mio. € ins Minus rutschte, ist dieses Ergebnis zu begrüßen.

Die Ursachen für diesen Jahresabschluss sind detailliert im Anhang zur Ergebnisrechnung erläutert. An dieser Stelle sollen daher nur die wesentlichen Veränderungen zusammengefasst werden.

Bei der Analyse der Steigerung der ordentlichen Erträge von insgesamt + 10,7 Mio. € sind zunächst die **Steuern und ähnlichen Abgaben** zu betrachten. Die im Dezember von der Landesregierung beschlossene Neufassung der Berechnungsgrundlage für die Verteilung der Wohngeldeinsparung in Zusammenhang mit der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe an die Kreise und kreisfreien Städte führte im Kreis Mettmann zu Mehreinnahmen in Höhe von rd. 3,4 Mio. €.

Bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** werden Mindererträge von - 2,2 Mio. € ausgewiesen. Dies resultiert u.a. aus der Verschiebung von rd. 0,8 Mio. € Zuweisungen aus den Mitteln für das Konjunkturpaket II nach 2011, da die Mittel erst abgerufen werden können, wenn entsprechende Rechnungen vorliegen. Den Mindererträgen stehen daher auch entsprechende Minderaufwendungen gegenüber.

Darüber hinaus musste ein ursprünglich konsumtiv veranschlagter Zuschuss für eine Altlastensanierung in Höhe von 0,8 Mio. € als Sonderposten verbucht werden, weil die durchgeführten Maßnahmen für den Kreis als wirtschaftlichen Eigentümer investiver Natur waren.

Im Übrigen wurde die VRR-Umlage nach Vorlage der Abrechnung 2009 und des Heranziehungsbescheides 2010 durch den VRR nicht in der ursprünglich geplanten Höhe von den ka. Städten abgefordert (- 0,4 Mio. €). Auch hier steht den Mindererträgen ein entsprechender Minderaufwand gegenüber.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte**, die sich hauptsächlich auf den Bereich der Abfallentsorgung beziehen, fallen um 1,9 Mio. € geringer aus als geplant, da zum einen auf die Auflösung der Gebührenausschleichrücklage (0,9 Mio. €) verzichtet wurde und zum anderen die Abfallgebühren um 0,9 Mio. € gesenkt wurden. Ermöglicht wurde dieser Verzicht auf die geplanten Erträge durch entsprechende Mehrerträge im Bereich der **privatrechtlichen Leistungsentgelte**. Hier erreichten die Erträge aus der Altpapierverwertung mit knapp 3,3 Mio. € in etwa wieder das Vorjahresergebnis, obwohl zum Ende 2009 die Altpapiererlöse zunächst drastisch eingebrochen waren. Das tatsächliche Ergebnis lag damit um rd. 1,5 Mio. € über dem geplanten Ansatz.

Bei den **Kostenerstattungen und –umlagen** konnten Mehrerträge von knapp 1,4 Mio. € erzielt werden, die sich aus einer Vielzahl von über den ganzen Haushalt verteilten Personal- und Sachkostenerstattungen ergeben.

Für den Bereich der **sonstigen ordentlichen Erträge** ergaben sich insgesamt Mehrerträge in Höhe von rd. 8,3 Mio. €. Die Mehrerträge sind überwiegend nicht zahlungswirksam, da sie insbesondere durch die Auflösung nicht benötigter Rückstellungen im Bereich der Altlastensanierung (2,6 Mio. €), der Personalarückstellungen (0,6 Mio. €), der Instandhaltung (0,2 Mio. €) und der sonstigen Rückstellungen (1,4 Mio. €) sowie aus der Herabsetzung der Pauschalen Wertberichtigung auf Forderungen aus dem Sozialhilfebereich (2,1 Mio. €) entstanden sind.

Daneben konnten zahlungswirksame Mehrerträge aus Rückerstattungen der Abfallentsorgungsunternehmen auf bereits geleistete Abschläge in Höhe von rd. 0,6 Mio. € verbucht werden. Aufgrund des Rückgangs der zu entsorgenden Abfallmengen waren die Abschläge an die Müllverbrennungsanlagen höher als die tatsächlichen Aufwendungen.

Die ordentlichen Aufwendungen sind insgesamt um rd. 4,9 Mio. € höher ausgefallen als veranschlagt.

Für **Personal- und Versorgungsaufwendungen** mussten insgesamt rd. 2 Mio. € mehr aufgewendet werden. Während die Aufwendungen für das aktive Personal leicht hinter dem geplanten Ergebnis zurückblieben (- 0,2 Mio. €), mussten die Zuführungen zu den Rückstellungen für Versorgungsempfänger (Pensionen und Beihilfen) um rd. 2,2 Mio. € aufgestockt werden.

Die Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** weisen im Ergebnis insgesamt Einsparungen in Höhe von rd. 1,9 Mio. € aus. Die Umsetzung der Maßnahmen nach dem Konjunkturpaket II erfolgte nicht wie geplant, so dass hier allein 2,3 Mio. € nicht zur Auszahlung kamen. Die Mittel werden nach 2011 übertragen. Auch im Bereich der Abfallentsorgung ergeben sich aufgrund der geringeren Abfallmengen Einsparungen in Höhe von 0,6 Mio. € ebenso wie bei der allgemeinen baulichen Unterhaltung rd. 0,3 Mio. €. Diesen Minderaufwendungen stehen Mehraufwendungen für die Personalkostenerstattung für Mitarbeiter des Bundes in der ARGE ME-aktiv von rd. 0,5 Mio. € sowie die Zuführung des Ergebnisses aus der Abfallgebührenabrechnung 2009 bzw. des vorläufigen Ergebnisses 2010 in Höhe von insgesamt rd. 0,9 Mio. € in den Sonderposten für den Gebührenausschleich gegenüber.

Bei den **Transferaufwendungen** ergaben sich kleinere Einsparungen im Bereich des SGB XII in Höhe von rd. – 200.000 € sowie weitere – 200.000 € bei der VRR-Umlage.

Im Bereich der **sonstigen ordentlichen Aufwendungen**, die zu 80% von den Aufwendungen für den Bereich SGB II dominiert werden, entstanden Mehraufwendungen von rd. 5,4 Mio. €.

Neben Minderaufwendungen in diesem Bereich (- 0,8 Mio. €) konnten auch - verteilt über die gesamte Verwaltung - bei den Betriebs- und Geschäftsaufwendungen (Geschäftsaufwendungen, Mieten, Aus- und Fortbildung, sonstige Rechte und Dienstleistungen) insgesamt rd. 1,9 Mio. € eingespart werden. Den Minderaufwendungen standen aber auch Mehraufwendungen durch Wertberichtigungen auf Forderungen im Bereich der Sozialhilfe (1,6 Mio. €) bzw. auf Finanzanlagen (6,3 Mio. €) gegenüber. Im Bereich der Sozialhilfe wurden alle älteren, nicht werthaltigen Forderungen auf Erstattung von Unterhaltsleistungen erlassen und ausgebucht.

Das Finanzergebnis aus dem Saldo von **Finanzerträgen und –aufwendungen** (Zinsen) ist um rd. 664 T€ niedriger ausgefallen als geplant. Diese Ergebnisverschlechterung ergibt sich durch das extrem niedrige Zinsniveau während des ganzen Jahres 2010.

Aus dem insgesamt negativen Jahresergebnis 2010 ergibt sich ein leichter Vermögensverzehr in Höhe von 273 T€.

Vor dem Hintergrund der zum Teil dramatisch negativen Entwicklung der Haushalte der kreisangehörigen Städte aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise veranlassten die positiven Bilanz- und Haushaltsdaten der vergangenen Jahre den Kreistag, für den Zweijahreshaushalt 2011/2012 einen Eigenkapitalverzehr i.H.v. 9,2 Mio. € vorzusehen, um so durch den Verzicht auf die Heranziehung zur Kreisumlage in entsprechender Höhe die ka Städte entlasten zu können.

Da das geplante Jahresergebnis aus dem Saldo aller Erträge und Aufwendungen die voraussichtliche Entwicklung des Eigenkapitals widerspiegelt, wird sich das Eigenkapital des Kreises in entsprechender Höhe abbauen.

Da ab 2013 wieder mit einer Normalisierung der wirtschaftlichen Gesamtsituation gerechnet wird, wurden ab diesem Zeitpunkt auch wieder ausgeglichene Haushalte geplant.

3. Finanzlage

Die Finanzlage wird grundsätzlich durch das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit, das Ergebnis der Investitionstätigkeit sowie das Ergebnis der Finanzierungstätigkeit (Aufnahme bzw. Tilgung der Kredite) beeinflusst.

Die Finanzrechnung weist eine insgesamt positive Änderung des Bestandes eigener liquider Mittel in Höhe von 21,55 Mio. € aus. Ursächlich hierfür ist in erster Linie die Verschiebung der bis dato langfristig als Finanzanlage angelegten, aber in 2010 freigewordenen Mittel für den Pensionsstock in den kurzfristigeren Anlage-/Liquiditätsbereich aufgrund des niedrigen Zinsniveaus. Hierdurch kommt es in der Finanzrechnung und in der logischen Folge in der Bilanz aufgrund des Aktivtausches zwischen Finanzanlagen und Liquididen Mitteln zu der hohen Bestandsänderung an Finanzmitteln.

Die Finanzrechnung 2010 weist folgende Werte aus:

Finanzrechnung 2010					
	Haushaltsansatz		Ergebnis T€	Abweichung	
	<i>geplant</i> T€	fortgeschrieben T€		T€	%
Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	587	- 8.616	7.391	16.007	n.b.*
Saldo aus Investitionstätigkeit	- 1.835	- 11.742	14.196	25.939	n.b.*
Finanzmittelüberschuss (+) Finanzmittelfehlbetrag (-)	- 1.248	- 20.359	21.587	41.946	n.b.*
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	- 40	- 40	- 35	5	- 12,5 %
Änderung des Bestandes eigener liquider Mittel	- 1.288	- 20.399	21.552	41.951	n.b.*

* da der fortgeschriebene Wert negativ, das Ergebnis aber positiv ist, lässt sich eine prozentuale Abweichung nicht berechnen.

Grundsätzlich wirken sich in der Finanzrechnung aber auch alle zahlungswirksamen Mehrerträge bzw. Minderaufwendungen positiv auf die Finanzlage des Kreises aus.

Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass ein Großteil der liquiden Mittel bereits gebunden ist und nicht zur freien Disposition steht. So sind allein rd. 29,5 Mio. € an Ermächtigungsübertragungen für Auszahlungen gebildet worden, die bei Inanspruchnahme zu einem entsprechenden Liquiditätsabfluss führen.

Insgesamt ist die Finanzlage des Kreises Mettmann nach wie vor solide und auskömmlich. Die in 2007 vorgenommene Tilgung aller Kredite vom Kreditmarkt hat den Kreis fast vollständig entschuldet. Die jetzt noch bestehenden Investitionskredite sind langfristige Kredite des Bundes, des Landes bzw. des Landschaftsverbandes die zum Teil zinsfrei, im Übrigen aber zu einem sehr günstigen Zinssatz vergeben wurden, so dass deren vorzeitige Tilgung unwirtschaftlich wäre. In 2010 wurden alle Investitionen aus dem vorhandenen Vermögen finanziert; Kredite zur Liquiditätssicherung mussten zu keiner Zeit aufgenommen werden.

Die planmäßige Umsetzung der beiden Planjahre 2011/2012 führt zwar in der Folge zu einem Abbau der liquiden Mittel in Höhe von 10,8 Mio. € (2011) und 10,0 Mio. € (2012), jedoch bleibt nach heutiger Planung bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2015 ein Bestand an Finanzmitteln in Höhe von 32,1 Mio. € erhalten.

4. Vermögens- und Schuldenlage

Die Schlussbilanz zum 31.12.2010 vermittelt ein umfassendes Bild über die Vermögens- und Schuldenlage des Kreises Mettmann. Durch den Vergleich der einzelnen Positionen mit den Werten des Vorjahres lassen sich darüber hinaus die wesentlichen Auswirkungen des abgelaufenen Haushaltsjahres auf die Bilanz darstellen.

Die vielfältigen Ursachen für die Veränderungen der Bilanzpositionen sind detailliert im Anhang in den Erläuterungen zur Bilanz dargestellt. An dieser Stelle sollen daher nur die wesentlichen Positionen benannt werden.

Bilanz zum 31.12.2010 Aktiva		31.12.2009		31.12.2010		Veränderung	
		T€	in %	T€	in %	T€	in %
1.	Anlagevermögen	360.772	80,4	340.157	73,9	-20.615	-5,7
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	216	0,0	1.081	0,2	865	400,5
1.2	Sachanlagen	253.345	56,5	254.356	55,3	1.011	0,4
1.3	Finanzanlagen	107.211	23,9	84.720	18,4	-22.491	-21,0
2.	Umlaufvermögen	74.871	16,7	106.616	23,2	31.745	42,4
2.1	Vorräte	65	0,0	130	0,0	65	103,1
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.552	5,5	22.612	4,9	-1.940	-7,9
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0,0	0	
2.4	Liquide Mittel	50.254	11,2	83.874	18,2	33.620	66,9
3.	Aktive Rechnungsabgrenzung	12.890	2,9	13.265	2,9	375	2,9
	Summe Aktiva	448.533	100	460.039	100	11.506	2,6

Bilanz zum 31.12.2010 Passiva		31.12.2009		31.12.2010		Veränderung	
		T€	in %	T€	in %	T€	in %
1.	Eigenkapital	196.768	43,9	194.127	42,2	-2.641	-1,3
2.	Sonderposten	58.979	13,1	59.014	12,8	35	0,1
2.1	für Zuwendungen	56.224	12,5	56.152	12,2	-71	-0,1
3.	Rückstellungen	166.689	37,2	169.424	36,8	2.735	1,6
3.1	Pensionsrückstellungen	121.949	27,2	126.518	27,5	4.570	3,7
3.4	Sonstige Rückstellungen	26.942	6,0	29.320	6,4	2.379	8,8
4.	Verbindlichkeiten	26.080	5,8	37.321	8,1	11.241	43,1
4.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	888	0,2	850	0,2	-38	-4,4
4.7	Sonstige Verbindlichkeiten	22.500	5,0	33.375	7,3	10.875	48,3
5.	Passive Rechnungsabgrenzung	16	0,0	151	0,0	135	843,8
	Summe Passiva	448.532	100	460.039	100	11.506	2,6

Das Volumen der Schlussbilanz des Kreises Mettmann zum 31.12.2010 von 460 Mio. € ist gegenüber dem Vorjahr um 11,5 Mio. € oder 2,6 % gestiegen.

Durch die Reintegration des Eigenbetriebes ME-BIT zum 1.1.2010 als Amt 16 kommt es auf der Aktivseite der Bilanz zu Verschiebungen zwischen der Position 1.3 Finanzanlagen und verschiedenen anderen Positionen.

Das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen setzt sich mit 73,9 % aus eher langfristig kommunalnutzungsorientiertem Anlagevermögen zusammen. Davon entfallen rd. 254,4 Mio. € auf das Sachanlagevermögen (Schulen, Kindergärten, Straßen) und 84,7 Mio. € auf die Finanzanlagen (Verbundene Unternehmen, Beteiligungen, Wertpapiere des Anlagevermögens). Die Immateriellen Vermögensgegenstände (1,1 Mio. €) stellen trotz der Reintegration des ME-BIT weiterhin nur einen Bruchteil des Anlagevermögens dar.

Bei den Sachanlagen stellen die bebauten Grundstücke (insbesondere Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen) mit rd. 150,1 Mio. € sowie das Infrastrukturvermögen (Straßen- und Brückenbauwerke mit Grund und Boden) mit 65,8 Mio. € die größten Posten dar. Auf das restliche Sachanlagevermögen (u. a. unbebaute Grundstücke, Maschinen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Kunstgegenstände, Anlagen im Bau) entfallen rd. 38,5 Mio. €.

Von den Finanzanlagen in Höhe 84,7 Mio. € beziehen sich rd. 79,3 Mio. € auf Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, die fast vollständig auf die beiden 100%-igen Tochtergesellschaften KVGM und WfB GmbH entfallen.

Das Umlaufvermögen in Höhe von knapp 106,6 Mio. € macht 23,2% der Bilanzsumme aus, wobei rd. 22,6 Mio. € an Forderungen und 83,9 Mio. € an liquiden Mittel ausgewiesen werden.

Auf die aktive Rechnungsabgrenzung entfallen mit 13,3 Mio. € rd. 2,9 % der Bilanzsumme. Hierbei handelt es sich größtenteils um die bereits Ende Dezember auszahlende Sozialhilfe nach dem SGB II und SGB XII sowie die Beamtenbesoldung für Januar 2011.

Die auf der Passivseite dargestellte Kapitalstruktur der Bilanz gibt Auskunft darüber, wie das Vermögen des Kreises finanziert ist.

Das Eigenkapital als Saldo zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Verbindlichkeiten des Kreises im weiteren Sinne (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten, passive Rechnungsabgrenzung) beträgt 194,1 Mio. € oder 42,2 % der Bilanzsumme. Da der Kreis bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz die Ausgleichsrücklage nur mit dem symbolischen Wert von 1 € angesetzt und bisherige Jahresüberschüsse der Allgemeinen Rücklage zugeführt hat, ist fast das gesamte Eigenkapital in der Allgemeinen Rücklage gebunden.

Die Verbindlichkeiten im weiteren Sinne teilen sich auf in Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung. Die Sonderposten machen mit rd. 59,0 Mio. € einen Anteil von 12,8 % an der Bilanzsumme aus und stellen damit den zweitgrößten Posten auf der Passivseite dar. Die Sonderposten unterteilen sich in den Sonderposten für Zuwendungen (56,1 Mio. €) und den Sonderposten für den Gebührenaussgleich (2,9 Mio. €) für die beiden gebührenfinanzierten Bereiche „Notarztversorgung“ und „Abfallentsorgung“.

Das Anlagevermögen des Kreises, wie z.B. Straßen, Schulgebäude und -einrichtungen wurde und wird in vielen Fällen durch Zuwendungen des Bundes und des Landes (Schul-, Feuerschutzpauschale, allgemeine Investitionspauschale) ko-finanziert. In der Bilanz sind diese Zuweisungen als Sonderposten auszuweisen und entsprechend der Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes in der Ergebnisrechnung ertragswirksam aufzulösen. Die als Aufwand auszuweisenden Abschreibungen werden somit zum Teil durch die Erträge aus der Auflösung der Sonderposten kompensiert. Bezieht man den Wert der Sonderposten für Zuwendungen in Höhe von 56,1 Mio. € auf den Wert des Sachanlagevermögens in Höhe von 254,4 Mio. € ergibt sich ein durchschnittlicher Zuwendungsanteil von 22,1 %.

An Rückstellungen wurden 169,4 Mio. € oder 36,8 % der Bilanzsumme gebildet, die damit den größten Posten auf der Passivseite ausmachen. Von den Rückstellungen entfallen allein 126,5 Mio. € auf die Pensionsrückstellungen. Weitere 12,7 Mio. € wurden für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien und Altlasten eingestellt. Für weitere Verpflichtungen wurden sonstige Rückstellungen in Höhe von rd. 29,3 Mio. € gebildet. Auch hier entfällt rd. die Hälfte auf Verpflichtungen gegenüber dem Personal (Altersteilzeit, Urlaub und Überstunden).

Die konkreten Verbindlichkeiten betragen 37,3 Mio. € und machen rd. 8,1 % der Bilanzsumme aus. Hierunter werden auch Zuweisungen des Bundes oder des Landes verbucht, die noch nicht zweckentsprechend verwendet wurden. Diese „sonstigen Verbindlichkeiten“ betragen allein 33,4 Mio. €. Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen betragen hingegen lediglich 850 T€.

Die Passive Rechnungsabgrenzung beträgt 151 T€.

Die Bilanz spiegelt die nachhaltig geordnete Finanzpolitik des Kreises wider und weist u.a. eine Eigenkapitalquote von 42,2 % aus. Grundsätzliches Ziel bleibt, die Eigenkapitalquote in den Folgejahren zu erhalten und den gesetzlich geforderten Haushaltsausgleich sicherzustellen.

Die diesbezüglichen, grundlegenden Risiken sowohl zum Haushaltsausgleich (Inanspruchnahme von allgemeinen Rücklagemitteln) als auch zu einer konstanten Eigenkapitalquote im Zeitraum der mittelfristige Finanzplanung 2011 – 2013 wurden dargestellt.

5. Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung

Aufgrund des gesetzmäßigen Zeitversatzes führen die Steuerausfälle, die die kreisangehörigen Städte wegen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2009/10 verkraften mussten erst 2011 zu einer entsprechenden Verringerung der Umlagegrundlagen für den Kreis. Angesichts der zum Teil dramatisch schlechten Finanzlage der ka Städte will der Kreis seiner Verantwortung den

Städten gegenüber gerecht werden und sie entlasten, da die gesamte Entwicklung der Ertragssteuern, insbesondere der für die Kommunen so wichtigen Gewerbesteuer, derzeit nicht vorhersehbar ist. Selbst unter Berücksichtigung der momentan positiven Signale aus der Wirtschaft wird nicht mit einer kurzfristigen Steigerung der Erträge auf das Niveau von 2008 gerechnet.

Die vorausschauende und wirtschaftlich ausgeglichene Haushaltspolitik der vergangenen Jahre versetzt den Kreis in die Lage, entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen, indem er die Allgemeine Rücklage in Anspruch nimmt.

Es wird erwartet, dass sich die gesamtwirtschaftliche Situation bis 2015 wieder erholt, so dass nach der Planung für den Doppelhaushalt 2011/12 mit einem ausgeglichen geplanten Haushalt 2011 und einem unausgeglichenen, durch den Verzehr allgemeiner Rücklagemittel in Höhe von gesamt 9,2 Mio. € gedeckten Haushalt 2012 für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2013 - 2015 entsprechend den Anforderungen des Gesetzgebers ausgeglichene Haushalte geplant wurden. Somit besteht für den Kreis Mettmann zumindest mittelfristig aufgrund der geordneten Haushaltswirtschaft der vergangenen Jahre nur ein geringes Risiko hinsichtlich einer evt. erforderlichen Haushaltssicherung.

Unbeachtlich dieser Grundüberlegung bestehen für die folgenden Jahre einige Risiken, deren finanzielle Auswirkungen noch nicht endgültig abgeschätzt werden können.

So läuft der Mietvertrag für das Verwaltungsgebäude III (Am Kolben) Ende 2013 aus. Da das Gebäude stark sanierungsbedürftig ist und nicht den Anforderungen an ein modernes Bürogebäude genügt, soll von einer Vertragsverlängerung abgesehen werden. Darüber hinaus ist auch das im Eigentum des Kreises stehende Verwaltungsgebäude II (Goethestr.) sanierungsbedürftig, da es sowohl stark asbestbelastet als auch in einem schlechten energetischen Zustand ist und nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden kann.

Daher soll ein Raumkonzept zur wirtschaftlichen und zweckmäßigen Nutzung aller Verwaltungsgebäude erstellt werden. Ob Gebäude aufgegeben, erweitert bzw. umgebaut oder ob geeignete Büroflächen angemietet werden sollen, muss noch entschieden werden.

Auch bleibt die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes in 2011 und 2012 abzuwarten. Aktuell weist die Arbeitslosenstatistik zwar einen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Kreisgebiet aus und der konjunkturelle Aufschwung scheint gefestigt, aber ob die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes bis März 2012 auch weiterhin zu einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt beitragen kann, muss sich noch zeigen.

Soweit sich hier die Prognosen verschlechtern sollten, ist mit einem Anstieg der Zahl der Haushalte, die auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen sind, zu rechnen. Ein Anstieg um 100 Bedarfsgemeinschaften (entspricht einer Steigerung von ungefähr 0,5%) würde allein zu Mehraufwendungen von rd. 0,5 Mio. € führen.

Auch die Auflösung der ARGE ME-aktiv zum 31.12.2010 und die Aufgabenerledigung in einer sogenannten gemeinsamen Einrichtung (GE) birgt Risiken. Um hier den betroffenen Menschen optimal helfen zu können hat sich der Kreistag in seiner Sitzung am 07.10.2010 für eine Bewerbung als Optionskommune entschieden. Die finanziellen Auswirkungen würden ab 2012 wirksam, sind derzeit aber nicht seriös bezifferbar. Ob der Kreis mit seiner Bewerbung Erfolg hat entscheidet das Land NRW Anfang April 2011.

6. NKF – Kennzahlenset NRW

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Kommunen wurde von den Aufsichtsbehörden und der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung das NKF-Kennzahlenset erarbeitet (RdErl. d. Innenministeriums v. 01.10.2008, 34-48.04.05/01 – 2323/08).

Die Kennzahlen beleuchten dabei die folgende 4 Bereiche:

- Hauswirtschaftliche Gesamtsituation
- Vermögenslage
- Finanzlage
- Ertragslage

Die nachfolgenden Kennzahlen wurden auf der Grundlage der festgestellten Schlussbilanzen 2008 und 2009, des Entwurfs der Schlussbilanz zum 31.12.2010 bzw. der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2010 sowie der Planansätze des Haushalts 2011/2012 ermittelt.

Kennzahl	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Aufwandsdeckungsgrad	99,2%	100,1%	99,7%	96,8%	97,7%	99,8%
Eigenkapitalquote 1	45,9%	43,9%	42,2%			
Eigenkapitalquote 2	59,6%	56,4%	54,4%			
Fehlbetragsquote	-1,9%	-1,7%	0,1%	5,2%	5,2%	0,0%
Infrastrukturquote	16,9%	15,2%	14,3%			
Abschreibungsintensität	1,4%	1,4%	3,0%	1,4%	1,4%	1,4%
Drittfinanzierungsquote	102,1%	23,1%	22,7%	14,7%	17,2%	19,2%
Investitionsquote	153,3%	211,8%	31,4%			
Anlagendeckungsgrad 2	70,9%	70,3%	73,8%			
Liquidität 2. Grades	391,2%	267,4%	274,6%			
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	3,0%	4,8%	7,9%			
Zinslastquote	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%
Allg. Umlagenquote	74,1%	73,9%	73,0%	74,4%	75,0%	77,7%
Personalintensität	12,3%	13,9%	14,0%	13,8%	14,0%	13,7%
Sach- / Dienstleistungsintensität	12,7%	10,6%	11,1%	10,2%	10,4%	11,0%
Transferaufwandsquote	45,1%	46,6%	46,0%	47,8%	49,3%	49,4%

Kennzahl	Wert 2010	Analyse
Kennzahlen zur Hauswirtschaftlichen Gesamtsituation:		
Aufwandsdeckungsgrad	99,7%	Grundlage ist das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (ohne Finanzergebnis). Die ordentlichen Aufwendungen werden zu 99,7 % durch die ordentlichen Erträge gedeckt. In diesem Bereich ergibt sich also ein Defizit von 0,3 % bzw. 1,2 Mio. €.
Eigenkapitalquote 1	42,4%	Die Kennzahl misst den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtvolumen der Bilanz.
Eigenkapitalquote 2	54,4%	Bei dieser Kennzahl werden zusätzlich zum „echten“ Eigenkapital die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter (Zuschüsse und Beiträge) dem Gesamtvolumen gegenübergestellt.
Fehlbetragsquote	0,1%	Ein positives Ergebnis wird in diesem Fall als negative, ein negatives Ergebnis als positive Zahl ausgedrückt. Das negative Jahresergebnis von 274 T€ macht 0,1 % der Summe aus Ausgleichsrücklage und Allgemeinen Rücklage aus.

Kennzahlen zur Vermögenslage:		
Infrastrukturquote	14,3%	Die Kennzahl misst den Anteil des Infrastrukturvermögens (insb. Kanäle, Straßen, Brücken) am Gesamtvermögen.
Abschreibungsintensität	3,0%	Die Kennzahl stellt die Abschreibungen auf das Anlagevermögen den gesamten ordentlichen Aufwendungen gegenüber. Das ordentliche Ergebnis wird mit einem Anteil von 1,5 % oder 6,3 Mio. € durch Abschreibungen auf Sachanlagevermögen sowie zusätzlich in etwa gleicher Höhe durch Abschreibungen auf Finanzanlagen belastet.
Drittfinanzierungsquote	22,7%	Durch das Verhältnis von Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten zu den Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen wird deutlich, inwieweit die Belastung durch Abschreibungen durch die Drittfinanzierung (Zuschüsse, Beiträge) gemildert wird. Danach verbleibt eine Nettobelastung durch Abschreibungen in Höhe von 77,3 % oder 4,9 Mio. €.
Investitionsquote	31,4%	Diese Kennzahl bezieht sich nur auf das gesamte Anlagevermögen aus immateriellem Vermögen, Sach- und Finanzanlagen. Dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgänge steht der Zuwachs an Vermögen gegenüber. Der Substanzverlust ist in 2010 höher als der Zuwachs. Nur 31,4% des Substanzverlustes wurde durch Neuinvestitionen ausgeglichen. Das Anlagevermögen hat sich um 20,6 Mio. € verringert, da die Finanzanlagen aufgelöst (Pensionsstock) bzw. wertberichtigt (KVGM, BGM) wurden.
Kennzahlen zur Finanzlage:		
Anlagendeckungsgrad 2	73,8%	Die Kennzahl gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens durch Eigenkapital und langfristige Verbindlichkeiten finanziert sind.
Liquidität 2. Grades	274,6%	Die Kennzahl gibt Auskunft über die kurzfristige Liquidität, indem sie die liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen ins Verhältnis zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten setzt. Die Liquidität ist ausreichend, um die kurzfristigen Verbindlichkeiten komplett bedienen zu können.
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	7,9%	Der Anteil der kurzfristigen Verbindlichkeiten an der gesamten Bilanzsumme beträgt 7,9 %. Hier ist zu beachten, dass zu den kurzfristigen Verbindlichkeiten auch die bereits gewährten, aber noch nicht (vollständig) verbrauchten Zuwendungen für Investitionen zählen. Die Verbindlichkeit wird erst mit Aktivierung der Investition in den Sonderposten umgebucht.
Zinslastquote	0,0%	Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.
Kennzahlen zur Ertragslage:		
Allg. Umlagenquote / Zuwendungsquote	73,0%	Die Kennzahl gibt den Anteil der Umlagen an den gesamten ordentlichen Netto-Erträgen an. Da der Kreis Mettmann seit Jahren keine Schlüsselzuweisungen erhält, ist

		sie mit der Zuwendungsquote identisch. Die Kennzahl macht deutlich, dass der Kreis Mettmann nur zu rd. $\frac{1}{4}$ über eigenen Erträge verfügt.
Personalintensität	14,0%	Der Anteil der Bruttopersonalaufwendungen (einschließlich der Zuführungen zu den Rückstellungen, aber ohne die Versorgungsaufwendungen) an den gesamten ordentlichen Aufwendungen beträgt 14,0 % bzw. 59,7 Mio. €. Nicht berücksichtigt werden Personalkostenerstattungen in Höhe von 6,9 Mio. €.
Sach- und Dienstleistungsintensität	11,1%	Die Kennzahl soll darstellen, inwieweit Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen im Verhältnis zu den gesamten ordentlichen Aufwendungen entstanden sind. Der Anteil beträgt 11,1 % bzw. 47,3 Mio. €.
Transferaufwandsquote	46,0%	Die Kennzahl stellt den Anteil der Transferaufwendungen an den gesamten ordentlichen Aufwendungen dar. Er beträgt 46,0 % bzw. 196,2 Mio. €. Neben den hohen Zuwendungen im Bereich des SGB XII sind hier auch die Umlage an den VRR und die Landschaftsumlage mit erfasst. Nicht erfasst sind hingegen die Aufwendungen für den Bereich des SGB II, die rd. 88,1 Mio. € betragen.

Anhang zum Lagebericht

Angaben gemäß § 95 Abs. 2 GO NRW

Am Schluss des Lageberichtes sind gemäß § 95 Abs. 2 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) für den Landrat und den Kämmerer, sowie für die Kreistagsmitglieder, auch wenn die Personen im Haushaltsjahr ausgeschieden sind, anzugeben:

- a) der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen
- b) der ausgeübte Beruf
- c) - die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Abs. 1 Satz 3 des Aktiengesetzes,
- die Mitgliedschaften in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form,
- die Mitgliedschaften in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen

Die folgenden Angaben entsprechen der vorstehenden Zuordnung:

LANDRAT

a) **Hendele, Thomas**

b) Landrat

c) Mitglied im Aufsichtsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, Mitglied im Allgemeinen Deutschen Automobil Club, Mitglied im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für koronare Prävention und Rehabilitation des Kreissportbundes, Mitglied im Aufsichtsrat der Astragard NV B – 2940 Stabroek (Belgien), Mitglied im Ausschuss für Wohnungsbauförderung bei der Wohnungsbauförderungsanstalt NRW, Mitglied im Bürgerverein Hilden-Meide, Mitglied im Bürgerverein Hilden-Nord, Mitglied im Bürgerverein Hilden-Süd, Mitglied in der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Mitglied, Mitglied des Kreisvorstandes und Delegierter zu Bezirks-, Landes- und Bundesparteitagen der Christlich Demokratischen Union, Mitglied im Förderverein Erkrath blüht e.V., Vorsitzender des Fördervereins Berufskolleg Hilden e.V., Mitglied im Förderverein Neanderthal Museum e.V., Mitglied im Beirat der GVV Kommunalversicherung VvAG, Mitglied der Verbandsversammlung und Verbandsvorsteher des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, Mitglied im Haus Hildener Künstler, Mitglied im Heimatverein Düsseldorfer Jonges, Mitglied in der International Police Association, Kreisvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU, Vorsitzender der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., Seminarhonorar des KPV Kreisverbandes Mettmann, Vorsitzender des Verwaltungsrates und des Risikoausschusses der Kreissparkasse Düsseldorf, Mitglied im Hauptausschuss der Kreissparkasse Düsseldorf, Mitglied der Gewährträgerversammlung der Landesbausparkasse, Mitglied des Vorstandes und Vizepräsident, Vorsitzender des Fachausschusses Polizei und Mitglied der Mitgliederversammlung im Landkreistag NRW, Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland, Mitglied des Vorstandes und Vertreter in der Mitgliederversammlung des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Rheinischen Versorgungskasse, Mitglied im Kassenausschuss der Rheinischen Zusatzversorgungskasse, Mitglied im Präsidium und im Aufsichtsrat der Regionalen Bahngesellschaft mbH (Regio-Bahn), Mitglied im Regionalbeirat West der

RWE Energy AG, Mitglied im Schulverein Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium, Mitglied im Kuratorium der Stiftung Gemeinwohl der Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretender Vorsitzender im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum, Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Notfallseelsorge, Mitglied im Sportverein Hilden-Nord, Mitglied im Verband kommunaler Wahlbeamter, Mitglied im Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH, Kreisvorsitzender und Delegierter zu Bezirkstagen des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e.V., Mitglied im Beirat Öffentliche Kunden der West LB, Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Rhein-Ruhr 2012“, Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Neanderthal Museum und Wildgehege

Kreiskämmerer

a) **Herweg, Peter**

b) Diplom-Ökonom, Kreiskämmerer

c) stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB - Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH; stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rhein-Ruhr 2012; stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR); vom Landrat benannter Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Regiobahn GmbH sowie in der zum 01.01.2011 ausgegliederten Regiobahn Fahrbetriebsgesellschaft mbH, Geschäftsführer der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH (KVGGM)

KREISTAGSABGEORDNETE

a) **Altvater, Eleonore**

b) Beamtin

c) stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, stellvertretendes Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Auer, Thomas**

b) Fraktionsgeschäftsführer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Velbert

c) stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse Hilden – Ratingen – Velbert, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Velbert Marketing GmbH, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Velbert GmbH, ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung des Klinikums Niederberg, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Velbert GmbH, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungs GmbH Velbert

a) **Berger, Lutz**

b) Dipl.-Betriebswirt (VWA)

c) ordentliches Mitglied im interkommunalen Ausschuss der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann, ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH

a) **Bosbach, Jens**

b) Kommunalbeamter (Stadt Leverkusen, Fachbereich Finanzen)

c) stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

a) **Buddenberg, Ernst**

b) Dipl.-Ing./ Architektur

c) ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied im interkommunalen Ausschuss der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann, stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum

a) **Bullert, Jürgen**

b) Pensionär, Brandoberinspektor / Maschinenbaumeister

c) stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband, Mitglied im Vorstand der SPD - Monheim – Baumberg, Mitglied der freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein, Schöffe am Landgericht Düsseldorf, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V., ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wildgehege Neandertal, Beisitzer der SPD-60+ in Monheim und im Kreis Mettmann

a) **Carraro, Udo**

b) Pensionär

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., stellvertretendes Mitglied im kommunalen Ausschuss der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Degner, Harald**

b) selbständiger Dipl.-Informatiker und Foto-Journalist

c) stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft mbH, Mitglied im Beirat der Forensik an den Rheinischen Kliniken Langenfeld, Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit Langenfeld, Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Schauplatz GmbH Langenfeld, Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke GmbH Langenfeld, Geschäftsführer der „Unabhängige Wählergemeinschaft des Kreises Mettmann“, Fraktionsgeschäftsführer der UWG-ME Kreistagsfraktion, Vorsitzender der Bürgergemeinschaft Langenfeld, stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Diedrich, Wolfgang**

b) Versorgungsempfänger als Bürgermeister a.D., Ombudsmann des Landkreises Dahme-Spreewald in Flughafenangelegenheiten (freier Mitarbeiter), Immobilienmakler, freier Journalist

c) Ehrenvorsitzender des Fördervereins Altenzentrum Haus Salem, stellvertretender Vorsitzendes des Lenkungs- und Innovationsausschusses der Euro Experts Cert

GmbH, außerordentliches Mitglied der GEMA (angeschlossenes Mitglied), ordentliches Mitglied in der Konsortialversammlung des public-Konsortiums d-NRW, ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, Ersatzmitglied für die Landschaftsversammlung Rheinland, ordentliches Mitglied im Kuratorium des Fördervereins Cromford, ordentliches Mitglied im Beirat des Fördervereins Salem Lintorf, Mitglied in der Vertreterversammlung Wohnungsgenossenschaft Ratingen

a) **Dinkelmann, Monika**

b) Diplom-Verwaltungswirtin

c) stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Ehlert, Detlef**

b) Facility Manager

c) Mitglied im Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft Erkrath eG, Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stadtwerke Erkrath GmbH, Mitglied im Aufsichtsrat der Entwicklungsgesellschaft Hochdahl mbH, Vorsitzender des Trägervereins Verlässliche Schule in Erkrath e.V., stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, ordentliches Mitglied im interkommunalen Ausschuss der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum

a) **Emmler, Stephan**

b) Diplom-Rechtspfleger, z.Zt. vollfreigestelltes Personalratsmitglied

c) Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland, Geschäftsführer des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen des Bundes Deutscher Rechtspfleger

a) **Enke, Barbara**

b) Rentnerin

c) ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „EKOCity Abfallwirtschaftsverband“, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Volkshochschulzweckverbandes, stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum, Beisitzerin im Verein Frauen beraten/ donum vitae, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Falkenau, Bernd**

b) Rentner

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, ordentliches Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann

a) **Ganteführ, Inge**

b) Hausfrau

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Giebels, Harald**

b) Rechtsanwalt, Landtagsabgeordneter

c) Mitglied im Verwaltungsrat der Stadtparkasse Haan, Vorsitzender des Risikoausschusses der Stadtparkasse Haan, Mitglied im Bilanzprüfungsausschuss der Stadtparkasse Haan, Gesellschafter und Geschäftsführer der Tobias Kaimer und Harald Giebels Grundstücksgesellschaft GbR (Objektgesellschaft Haan, Neuer Markt 21), Vorstandsmitglied des CDU-Kreisverbandes Mettmann, Vorstandsmitglied des CDU-Stadtverbandes Haan, Vorstandsmitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (Stadtverband Haan), Vorstandsmitglied der kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (Bezirk Bergisches Land), Vorstandsmitglied der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Vorstandsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Christlich-Demokratischer-Juristen (LACDJ), Mitglied im Vorstand des Vereins der Freunde und Förderer des St. Josef Krankenhauses und des Diabeteszentrums Rheinland, Haan e.V.

a) **Göbel, Karl-Heinz**

b) Rentner

c) stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V., 1. Vorsitzender der Sportgemeinschaft Monheim 94/68 e.V., 1. Vorsitzender des Stadtsportverbandes Monheim am Rhein

a) **Gödde, Jochen**

b) Lehrer am Gymnasium

c) stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband

a) **Gorris, Felix**

b) selbständiger Kaufmann

c) ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V., ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband

a) **Gräber, Alexandra**

b) selbstständig und wissenschaftliche Mitarbeiterin

c) stellvertretende Vorsitzende des Vereins Kinderstadt-Neviges e.V., Besitzerin im Vorstand des CDU-Ortsverbandes Neviges, Beisitzerin im Vorstand des CDU-Stadtverbandes Velbert, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Technischen Betriebe Velbert AöR, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Klinikum Niederberg, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Sparkasse Hilden –Ratingen – Velbert, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Volkshoch-

schule Velbert – Heiligenhaus, stellvertretendes Mitglied in der Versammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

a) **Greve-Tegeler, Ursula**

b) Industriekauffrau / Hausfrau

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, ordentliches Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum, ordentliches Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, Vorsitzende der CDU-Frauen-Union Hilden und der CDU-Frauen-Union des Bezirks Bergisch Land, Mitglied im CDU-Kreisvorstand und beratendes Mitglied im Landesvorstand Frauen-Union, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk im Kreis Mettmann e.V.,

a) **Hoffmann, Berndt**

b) Landschaftsarchitekt

c) stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V., ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Versammlung und im Verbandsrat des Zweckverbandes „EKOCity Abfallwirtschaftsverband“

a) **Hoffmann, Thomas**

b) Dipl.-Finanzwirt

c) Beisitzer im Vorstand der FDP Velbert, Beisitzer im Vorstand der Kreis-FDP Mettmann, stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., Mitglied im Aufsichtsrat der WOBAU Velbert

a) **Horzella, Werner**

b) Polizeibeamter i.R.

c) Mitglied im Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Hilden GmbH, Mitglied in der Gesellschafterversammlung und Infrastrukturkommission der Infrastrukturentwicklungsgesellschaft Hilden GmbH, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Versammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, Mitglied in der Sport- und Kulturstiftung Stadt Hilden, Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH, Mitglied im Aufsichtsrat der Stadt Hilden Holding GmbH, ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, Mitglied der Freien und Unabhängigen Wählervereinigungen im Kreis Mettmann für die UNABHÄNGIGEN Hilden, stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, ordentliches Mitglied der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V.

a) **Hruschka, Gabriele**

b) Technische Angestellte (CTA)

c) ordentliches Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Dr. Ibold, Bernhard**

b) Projektmanager/Diplom-Ökonom

c) Mitglied in der Gesellschafterversammlung der gemeinnützigen Gesellschaft gegen Arbeitslosigkeit mbH Langenfeld, stellvertretendes Mitglied in der Versammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Iven, Ottokar**

b) Rentner

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann, ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V., ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat „EKOCity GmbH“, ordentliches Mitglied in der Versammlung und im Verbandsrat des Zweckverbandes „EKOCity Abfallwirtschaftsverband“, Vorsitzender der Stiftung Notfallseelsorge des Evangelischen Kirchenkreises Düsseldorf – Mettmann, Mitglied im Aufsichtsrat des Evangelischen Krankenhauses Mettmann, Vorsitzender der Maria Neninghoven Stiftung der Evangelischen Kirche Mettmann, Presbyter im Presbyterium der Evangelischen Kirche Mettmann, Synodalältester des Kirchenkreises Düsseldorf-Mettmann, stellvertretendes Mitglied in der Versammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf,

a) **Janssen, Ingmar**

b) kaufmännischer Angestellter

c) stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates der Stadtwerke GmbH Heiligenhaus, ordentliches Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke GmbH Heiligenhaus, ordentliches Mitglied in der Versammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Heiligenhaus, Vorsitzender des Ortsverbandes Heiligenhaus der SJD-Die Falken, ordentliches Mitglied in der Versammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk im Kreis Mettmann e.V.

a) **Kammann, Marc**

b) Landwirt

c) stellvertretender Ortslandwirt Velbert, Beisitzer der Ortsbauernschaft Velbert-Wülfrath

a) **Kanschä, Ulrich**

b) Kaufmann / Hausmann

c) ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, ordentliches Mitglied in der Versammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband

a) **Klütze, Ursula**

b) Dolmetscherin, jetzt Hausfrau

c) Mitglied im Stadtmarketing Heiligenhaus, Mitglied im Förderverein Musikschule Heiligenhaus, Mitglied im Geschichtsverein Heiligenhaus, Mitglied im Förderverein Dorfkirche Isenbügel, Mitglied im Bürgerverein Isenbügel, Mitglied im Golfclub Mett-

mann, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Koester, Rainer**

b) Lehrer

c) Mitglied im Aufsichtsrat der WOBAU Velbert, Mitglied im Vorstand des Ortsverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hilden – Haan – Erkrath – Mettmann, ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Dr. Koppe, Uwe**

b) Dipl-Ingenieur / Rentner

c) Mitglied der CDU in Velbert, Beisitzer im Verein „Pro Nizzabad“ e.V., stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv

a) **Köster-Flashar, Martina**

b) Hausfrau

c) stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins des Heinrich-Heine-Gymnasiums Mettmann, ordentliches Mitglied im interkommunalen Ausschuss der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Kramer, Rolf**

b) selbständiger Kaufmann

c) ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., Mitglied im Förderverein Stadtmuseum Langenfeld

a) **Krick, Manfred**

b) Architekt

c) ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, ordentliches Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum, Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Unterbacher See, Mitglied im Vorstand der unselbständigen Stiftung Golzheimer Friedhof Düsseldorf, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH

a) **Küchler, Ilona**

b) Hausfrau

c) Vorsitzende des Vereins Arbeitsloseninitiative e.V. , ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Lachmann, Holger**

b) Rechtsassessor

c) Vorstandsmitglied des Freundeskreises der Juristischen Fakultät Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mett-

mann, Ersatzmitglied für die Landschaftsversammlung Rheinland, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Laßmann, Gerti**

b) Hausfrau

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB –Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Lessing, Nils**

b) Biologe

c) Vorstandsmitglied von „Knotenpunkte e.V.“

ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, Ersatzmitglied für die Landschaftsversammlung Rheinland, stellvertretendes Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann

a) **Lübeck, Manfred**

b) Rentner

c) stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf, Vorsitzender der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wildgehege Neandertal

a) **Lüngen, David**

b) Assessor / Diplom-Jurist

c) stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., Mitglied im Vorstand des Fördervereins Altenzentrum Haus Salem e.V.

a) **Madeia, Waldemar**

b) Architekt

c) stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, Vorstandsmitglied der Caritasgesellschaft Heiligenhaus e.V., Vorstandsmitglied im Förderverein Realschule Heiligenhaus, Kassenprüfer im Förderverein der Feuerwehr Heiligenhaus, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Müller, Klaus**

b) Diplom-Betriebswirt / Selbst. freier Journalist

c) Aufsichtsratsmitglied der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung der Stadt Mettmann, 2. Vorsitzender des Freundschaftsvereines Mettmann/ Gorazde, 3. Brudermeister der St. Sebastianus-Schützenbruderschaft Mettmann, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Münchow, Volker**

b) Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Velbert

c) stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Velbert Marketing GmbH, stellvertretender Vorsitzender der SPD im Kreis Mettmann, Mitglied im Regional-Vorstand der SPD-Niederrhein, stellvertretender Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt

im Kreis Mettmann AWO, ordentliches Mitglied im Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf, Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkassenjubiläumstiftung Velbert, Mitglied im Aufsichtsrat der AWO gemeinnützige Bergische Kooperationsgesellschaft mbH Remscheid Mettmann, Mitglied im Aufsichtsrat der Beteiligungs- und Verwaltungsgesellschaft Velbert mbH, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Hilden – Ratingen – Velbert

a) **Münnich, Marianne**

b) Fraktionsgeschäftsführerin

c) stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Nessler-Mannheim, Ulrike**

b) Diplom-Ökonomin

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, Mitglied im Vorstand der FDP Heiligenhaus, ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, stellvertretendes Mitglied in der Versammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf,

a) **Ockel, Reinhard**

b) Versicherungskaufmann, Direktionsbevollmächtigter

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, Mitglied im Verwaltungsrat des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (AöR), Mitglied im Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) GmbH, ordentliches Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH (bis 30.06.2010)

a) **Osterwind, Bernhard**

b) Studiendirektor

c) Vorsitzender der Wählergemeinschaft BmU e.V. (Bürger mit Umweltverantwortung), stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Entwicklungsgesellschaft Hochdahl (EGH iL), Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Erkrath, stellvertretendes Mitglied in der Versammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Pätzold, Michael**

b) Verwaltungsangestellter

c) ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, Vertrauensmann in der Gewerkschaft ver.di, stellvertretendes Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, Mitglied der Gesellschafterversammlung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH (bis 30.06.2010)

a) **Rech, Maximilian**

b) Beigeordneter e.D.

c) nebenamtliches Vorstandsmitglied im gemeinnützigen Bauverein Hilden e.G., stellvertretendes Mitglied in der Versammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband

a) **Reuter, Martina**

b) Diplomverwaltungswirtin

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der gemeinnützigen Jugendwerkstatt Hilden, stellvertretendes Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Roeloffs, Dieter**

b) kaufmännischer Angestellter

c) stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH (bis 30.06.2010),

a) **Rohde, Klaus**

b) Sonderschulrektor a.D.

c) Vorsitzender des Theatervereins Stadt Langenfeld, ordentliches Mitglied im Beirat der Forensik bei der Rheinischen Klinik Langenfeld, ordentliches Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, ordentliches Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Rotert, Carola**

b) Geschäftsführerin der CDU-Fraktion Velbert, Gesellschafterin der Ing.-Ges. Gräber und Rotert GbR

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, Beisitzerin im Verein Kinderstadt Neviges e.V.

a) **Ruppert, Michael**

b) Dipl. Sozialwissenschaftler

c) stellvertretendes Mitglied im interkommunalen Ausschuss der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann, ordentliches Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Neanderthal Museum, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhien-Ruhr

a) **Schettgen, Sybille**

b) Fraktionssekretärin

c) Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKiR) und des Kreissynodalvorstandes im Kirchenkreis Niederberg, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, ordentliches Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv

a) **Schlottmann, Rainer**

b) Rechtsanwalt

c) Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Hilden GmbH, Mitglied im Aufsichtsrat der Wasserwerk Baumberg GmbH, stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der Stadt Hilden Holding GmbH, Mitglied im Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Hilden mbH, Vorsitzender des Fördervereins „Freunde und Förderer der Kirchenmusik an St. Jacobus Hilden e.V.“, stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr,

a) **Schmickler, Günter**

b) Industriekaufmann / Rentner

c) Vorstandsmitglied CDU Stadtverband Erkrath, 1. Vorsitzender der Senioren Union Erkrath, ordentliches Mitglied im Kuratorium der Stiftung „Naturschutzgebiet Bruchhausen“, Ersatzmitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, ordentliches Mitglied im Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband

a) **Schneider, Hans-Dieter**

b) Diplom-Kaufmann

c) ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Hilden – Ratingen – Velbert (bis 31.12.2010), Mitglied in der Zweckverbandsversammlung der Sparkasse Hilden – Ratingen – Velbert, Mitglied im Kuratorium der Jubiläumstiftung der Sparkasse Hilden – Ratingen – Velbert (bis 31.12.2010), Mitglied im Verwaltungsrat der Technische Betriebe Velbert AöR, 1. Vorsitzender des Bürgervereins Velbert-Ost e.V., 1. Vorsitzender des Bolsover-Club e.V., Vorstandsmitglied des Bürgerzentrums An der Lankert e.V., ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der DBV–Deponiebetriebsgesellschaft Velbert mbH, ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kultur- und Veranstaltungen GmbH Velbert

a) **Schnitzler, Stephan**

b) Diplom-Sozialwissenschaftler

c) ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, ordentliches Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland

a) **Schulte, Manfred**

b) Rechtsanwalt

c) ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH (bis 30.06.2010), ordentliches Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH (bis 30.06.2010)

a) **Schwienhorst, Max**

b) Kaufmann

c) ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister

a) **Söhnchen, Paul**

b) Fr. Consulter EDV und Telekommunikation

c) stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Erkrath, stellvertretendes Mitglied in der Konsortialversammlung des public-Konsortiums d-NRW, ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister, Mitglied im Beirat der Stockhausen & van Soest GmbH & Co. KG, Geschäftsführer des Mitarbeiterkonsortiums der PSI AG

a) **Dr. Stapper, Norbert J.**

b) Biologe

c) ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH

a) **Stolz, Margret**

b) Apothekerin, Verwaltungsangestellte

c) stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, ordentliches Mitglied in der Gesundheits- und Pflegekonferenz des Kreises Mettmann, Mitglied im Vorstand des Fördervereins Pro Familia Kreis Mettmann

a) **Switalski, Udo**

b) Geschäftsführer

c) stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtmarketing- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung EV. Herminghaus gGmbH, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband

a) **Thiele, Elke**

b) Industriekauffrau

c) Mitglied im Vorstand der Arbeiterwohlfahrt, Ortsverband Hilden, stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv

a) **Tondorf, Bernd**

b) Sonderschulrektor i.R.

c) ehrenamtliches Vorstandsmitglied des Caritasverbandes Kreis Mettmann, ordentliches Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv, ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH, ordentliches Mitglied in der Landschaftsversammlung Rheinland

a) **Toska, Hartmut**

b) technischer Mitarbeiter bei der Deutschen Telekom

c) Mitglied im Vorstand bei den Freunden und Förderern der Theresienschule Hilden, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Trube, Christine**

b) Hausfrau

c) Mitglied im Erwerbslosenausschuss der ver.di Düsseldorf
stellvertretendes Mitglied in der Trägerversammlung der ARGE ME-aktiv

a) **Vahlsing, Peter**

b) Lehrer am Berufskolleg Hilden

c) Geschäftsführender Vorstand im Verband für Informations- und Telekommunikationstechnik e.V., stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der WFB – Werkstätten des Kreises Mettmann GmbH

a) **Vielhaus, Ewald**

b) Steuerberater, vereidigter Buchprüfer

c) Mitglied im Verwaltungsrat der Sparkasse Hilden-Ratingen-Velbert, Geschäftsführer der WIR Treuhand Dr. Bartels GmbH (Wirtschaftsprüfungsgesellschaft), Gesellschafter der van Emmerich & Co. GmbH, Gesellschafter der Duesing GmbH Steuerberatungsgesellschaft, Geschäftsführer der VIELHAUS GmbH Steuerberatungsgesellschaft, ordentliches Mitglied im Regionalrat des Regierungsbezirkes Düsseldorf, ordentliches Mitglied im interkommunalen Ausschuss der kommunalen Arbeitsgemeinschaft Stadt Düsseldorf – Kreis Mettmann, Ersatzmitglied für die Landschaftsversammlung Rheinland

a) **Völker, Klaus-Dieter**

b) Bankkaufmann i.R.

c) ordentliches Mitglied im Verwaltungsrat der Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf

a) **Dr. Wagner, Klaus Jürgen**

b) Vorsitzender Richter am Finanzgericht

c) Vorsitzender / Präsident der AIDA Deutschland e.V., stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverband

a) **Wedel, Dirk**

b) Referent

c) Mitglied im Vorstand der Vereinigung liberaler Kommunalpolitiker in Nordrhein-Westfalen e.V., stellvertretendes Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Ruhr

a) **Weiß, Dietmar**

b) Systemtechniker

c) stellvertretendes Mitglied in der Mitgliederversammlung der Abfallwirtschaft Region Rhein-Wupper e.V.

a) **Welp, Axel C.**

b) Diplom-Geograf

c) ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr, ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V., Mitglied im Verwaltungsrat der Anstalt öffentlichen Rechts beim Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, stellvertretendes Mitglied in der Gesellschafterversammlung des Verbandes der Kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA), stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Trägerzweckverbandes für die Kreissparkasse Düsseldorf, ordentliches Mitglied im Aufsichtsrat der Kreisverkehrsgesellschaft Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Hauptversammlung der RWE AG, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH

a) **Wetzig, Herbert**

b) Diplom-Verwaltungswirt i.R.

c) Schatzmeister der Stiftung „VLIEGEND WERK“ (gemeinnützig Stiftung privaten Rechts zur Förderung junger Leichtathleten in Haarlem/Niederlanden), 1. Ehrenvorsitzender des Turn- und Sportvereins Hilden e.V. (TuS 96 Hilden), Schatzmeister im CDU-Stadtverband Hilden

a) **Wladarz, Sebastian**

b) Finanzberater, selbständiger Handelsvertreter

c) Vorsitzender Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung der CDU/CSU Kreis Mettmann, stellvertretendes Mitglied im Verwaltungsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft Kreis Mettmann mbH, stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes EKOCity Abfallwirtschaftsverbandes



Übersicht über die Ermächtigungsübertragungen

Ermächtigungsübertragungen von Aufwendungen und Auszahlungen nach 2011

Produktbereich/ Produkt	Bezeichnung	Aufwendungen in €	Auszahlungen in €
01	Innere Verwaltung		
01.02.02	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	55.000	55.000
01.05.01	Zentrale Dienste	0	20.640
01.07.02	Personalförderung	0	5.600
01.07.04	Allgemeine Personalwirtschaft	0	530.000
01.09.01	Finanzmanagement, Controlling, sonst. Finanzdienstleistungen	48.600	88.600
01.13.01	Kaufmännisches Gebäudemanagement	0	10.400
01.13.02	Technisches Gebäudemanagement: Verwaltungsgebäude einschl. Bauhof <u>davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €:</u> -Raumorganisation 58.900 €	635.760	1.028.690
01.13.03	Technisches Gebäudemanagement: Vermietete Liegenschaften <u>davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €:</u> - Entrauchungsanlage Kasernenstr., Düsseldorf 56.000€	2.670	224.660
01.13.04	Technisches Gebäudemanagement: Berufskollegs <u>davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €:</u> - Brandmeldeanlage BK Velbert 356.290 € - Abluftanlage, Küche BK Mettmann 150.000 € - Erneuerung Turnhallenlüftung BK Mettmann 30.000 € - Sonnenschutz BK Hilden 15.000 €	1.196.200	2.502.870
01.13.05	Technisches Gebäudemanagement: Förderschulen <u>davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €:</u> - Erneuerung Schwimmbad, Schule am Thekbusch 280.000 € - Filteranlage Schwimmbad, Schule am Thekbusch 5.870 € - Neugestaltung der Außenanlagen Schule am Thekbusch 100.000 € - Ersatzbau Schule an der Virneburg 15.000 €	567.990	1.320.580
01.13.06	Technisches Gebäudemanagement: Wohnverbund für Menschen mit Behinderung	0	46.250
01.13.07	Technisches Gebäudemanagement: Sonderkindergärten <u>davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €:</u> - Erweiterung der integrativen KiTa Velbert für die U3-Betreuung 322.300 € - HPK Heiligenhaus 250.000 € (davon 150.000 € gesperrt) - KoPa II - Ersatzenbau HPK Ratingen 131.460 €	38.300	804.270
01.16.01	Informationstechnik, Telefonzentrale	28.280	79.630
	Summe PB 01	2.572.800	6.717.190
02	Sicherheit und Ordnung		
02.03.01	Allgemeine Ausländerangelegenheiten	30.410	30.410
02.05.01	Verkehrssicherheit	0	2.470
02.06.01	Feuerschutz <u>davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €:</u> - Digitalfunk 120.000 €	0	134.750
02.06.02	Leitstelle	0	130.300
02.08.01	Katastrophenschutz	0	2.100
	Summe PB 02	30.410	300.030
03	Schulträgeraufgaben		
03.01.01	Berufskolleg Hilden	0	31.480
03.01.02	Berufskolleg Neandertal, Mettmann	0	27.590
03.01.03	Adam-Josef-Cüppers-Berufskolleg, Ratingen	0	14.100
03.01.04	Berufskolleg Niederberg, Velbert	0	16.510

Produktbereich/ Produkt	Bezeichnung	Aufwendungen in €	Auszahlungen in €
03.02.02	Schule am Thebusch, Förderschule für Geistige Entwicklung	0	8.150
03.02.03	Schule an der Virneburg, Förderschule für Geistige Entwicklung Langenfeld davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €: - Einrichtung Neubau 10.000 €	0	10.000
03.02.05	Leo-Lionni-Schule, Förderschule für Sprache Monheim am Rhein	0	4.650
03.02.07	Paul-Maar-Schule, Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung Hilden	0	6.850
03.03.02	Bildungsberatung, Schulentwicklung	0	47.600
	Summe PB 03	0	166.930
04	Kultur und Wissenschaft		
04.01.01	Kulturelle Projekte und Vereinigungen	3.250	3.250
	Summe PB 04	3.250	3.250
05	Soziale Leistungen		
05.01.01	Beratung und Leistung bei Behinderung	0	1.100.000
05.03.01	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II	0	516.200
05.04.04	Förderung von anderen Trägern der Wohlfahrtspflege	0	79.900
05.04.09	Kommunale Versorgungsverwaltung	0	66.180
05.05.01	Beratung bei Behinderung	0	20.000
05.06.01	Einrichtungen für Behinderte Erwachsene	0	3.050
05.06.02	Integrative Kindertagesstätte Velbert	0	2.750
05.06.05	Heilpädagogisch/ Integrative Kindertagesstätte des Kreises Mettmann in Langenfeld	0	20.050
	Summe PB 05	0	1.808.130
06	Kinder-, Jugend- und Familienhilfe		
06.01.01	Kompetenzagentur	0	3.150
	Summe PB 06	0	3.150
07	Gesundheitsdienste		
07.01.01	Gesundheitsförderung	0	10.850
07.01.02	Gesundheitsbezogene Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche	0	14.660
07.01.03	Psychosoziale Versorgung	0	3.570
	Summe PB 7	0	29.080
09	Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformation		
09.02.01	Grundlagen-, Kataster- und Ingenieurvermessungen	0	530
09.02.02	Raumbezogene Informationssysteme und kartographische Produkte	0	1.850
09.02.03	Grundstückswerte- und marktdaten, gutachterliche Stellungnahmen	0	1.840
	Summe PB 09	0	4.220
11	Ver- und Entsorgung		
11.01.01	Entsorgung häuslicher Abfälle	0	460.000
	Summe PB 11	0	460.000
12	Verkehrsflächen und -anlagen/ÖPNV		
12.01.01	Durchführung von Bau- und Unterhaltungsaufgaben an Kreisstraßen, Wegen davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €: - Ersatzmaßnahmen Ortsumgehung in Mettmann 223.580 € - Neubau Kreisverkehr Kreuzungsbereich K25/ K 4 40.000 € - Vollausbau K 30 in Velbert 128.570 € - Ausbau K20n in Haan 749.000 € - Erneuerung Brücke K16/ Diekerstr. in Haan 68.920 € - Ausbau K 19, freie Strecke Ratingen 2.480 € - Panorama-Radweg Niederbergbahn 755.000 €	0	2.198.310
12.02.01	Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	126.520	126.520
	Summe PB 12	126.520	2.324.830

Produktbereich/ Produkt	Bezeichnung	Aufwendungen in €	Auszahlungen in €
13	Natur- und Landschaftspflege		
13.01.01	Naherholungseinrichtungen	13.330	79.040
13.02.01	Natur und Landschaft, Planung	1.500	3.360
	Summe PB 13	14.830	82.400
14	Umweltschutz		
14.01.03	Bodenschutz, Altlasten, Grundwasser	0	150.000
	Summe PB 14	0	150.000
15	Wirtschaft und Tourismus		
15.02.01	Beteiligungsverwaltung	0	25.600
	Parkraumbewirtschaftung davon für im HPI einzeln veranschlagte Investitionen/ Auszahlungen ab 50.000 €:		
15.03.01	- Neue Schrankenanlage 40.000 €	0	40.000
	Summe PB 15	0	65.600
16	sonstige allgemeine Finanzwirtschaft		
16.01.02	sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	40.000	17.422.400
	Summe PB 16	40.000	17.422.400
	Summe Gesamthaushalt	2.787.810	29.537.210

Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses

Der Jahresabschluss des Kreises Mettmann für das Haushaltsjahr 2010 bestehend aus Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen, Bilanz und dem Anhang in der Fassung vom 30.09.2011 sowie der Lagebericht wurden unter Beachtung der §§ 95 und 101 Gemeindeordnung NRW (GO NRW) geprüft.

Die Inventur, das Inventar, die Buchführung und Rechnungslegung, die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die Sicherheitsstandards und die Übersicht über die örtlich festgelegten Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände sind in die Prüfung einbezogen worden.

Geprüft wurde auch, ob die gesetzlichen Bestimmungen, die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen eingehalten wurden.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss nebst Anhang unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises Mettmann wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden konnten. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen sind die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Kreises einschließlich der verselbständigten Aufgabenbereiche sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt worden.

Im Rahmen der Prüfung wurden die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Nutzungsdauern, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung hat die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Landrats des Kreises sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang und des Lageberichts umfasst.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss nebst Anhang den gesetzlichen Vorschriften, den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage des Kreises. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss nebst Anhang, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Vermögens- und Schuldenlage des Kreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Mettmann, 17.11.2011

Weiß
Vorsitzender

Hallmann
Schriftführerin

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreistagsfraktion Mettmann



SPD-Kreistagsfraktion * Kreishaus * 40806 Mettmann

An den Vorsitzenden
des Rechnungsprüfungsausschusses
Herrn Dietmar Weiß

- im Hause -

Geschäftsstelle:
40822 Mettmann
Düsseldorfer Straße 26
Tel: 02104 - 99-2982
Fax: 02104 - 99-5982
spd.fraktion@kreis-mettmann.de

Bankverbindung:
KSK Düsseldorf
BLZ 301 502 00
Kto: 174 0208

Donnerstag, 27. Oktober 2011

Betr.: Sitzung des RPA am 17.11.2011

Hier: Anfrage der SPD-Fraktion zum Jahresabschluss „Kursentwicklung RWE-Aktie“
(öffentlich)

Sehr geehrter Herr Weiß,

vor dem Hintergrund der Kursentwicklung der RWE-Aktie fragen wir die Verwaltung:

1. Wie wirkt sich die aktuelle Kursentwicklung der RWE-Aktie auf die Bilanz und die Erfolgsrechnung des Kreises aus?
2. Welche Auswirkungen hat dies auf den Gesamtabschluss des Kreises?
3. Wie bewertet die Verwaltung das RWE-Aktienpaket des Kreises und der in die Kreisverkehrsgesellschaft eingelegten Aktien bilanziell und juristisch?

Mit freundlichen Grüßen
gez. Udo Carraro, Vorsitzender
gez. Jens Bosbach